Plenarprotokoll 16/119

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

119. Sitzung

Berlin, Freitag, den 12. Oktober 2007

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 28:

Tagesordnungspunkt 29:

Tagesordnungspunkt 30:

Tagesordnungspunkt 31:

Tagesordnungspunkt 32:

(A) (C)

119. Sitzung

Berlin, Freitag, den 12. Oktober 2007

Beginn: 9.01 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie alle herzlich. Ich wünsche uns einen guten Morgen und mindestens ähnlich gute Beratungen im Rahmen unserer heutigen Tagesordnung.

Auf der Ehrentribüne hat der **Parlamentspräsident von Kanada,** der Speaker des House of Commons, **Peter Milliken,** mit seiner **Delegation** Platz genommen. Ich begrüße Sie, lieber Peter Milliken, und Ihre Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich hier im Deutschen Bundestag.

(B) (D)

(Beifall)

Die seit vielen Jahren enge und freundschaftliche Beziehung zwischen unseren Ländern wird auch in der Zusammenarbeit unserer beiden Parlamente deutlich und hat sich nicht zuletzt im Rahmen der G-8-Parlamentspräsidenten-Treffen bewährt. Für Ihren Aufenthalt in Berlin, den anschließenden Aufenthalt in Dresden und Ihr weiteres parlamentarisches Wirken begleiten Sie unsere besten Wünsche.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 27 a und 27 b auf:

a) – Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

– Drucksachen 16/6460, 16/6612 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Eckart von Klaeden
Detlef Dzembritzki
Dr. Werner Hoyer
Wolfgang Gehrcke
Kerstin Müller (Köln)

– Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 16/6633 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Herbert Frankenhauser
Lothar Mark
Jürgen Koppelin
Dr. Gesine Lötzsch
Alexander Bonde

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

– Drucksachen 16/6460, 16/6461, 16/6613 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Bernd Schmidbauer
Detlef Dzembritzki
Dr. Werner Hoyer
Wolfgang Gehrcke
Kerstin Müller (Köln)

Präsident Dr. Norbert Lammert

Zu dem Antrag der Bundesregierung liegen ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP sowie ein weiterer Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke und zwei Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vor. Über die Beschlussempfehlung zum Antrag der Bundesregierung werden wir am Ende dieser Debatte namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster erhält das Wort der Kollege Detlef Dzembritzki für die SPD-Fraktion. – Ich stelle fest, dass Sie ein bisschen verblüfft sind. Aber ich folge wie immer den Empfehlungen, die die Geschäftsführer – sicher mit guten Gründen – ausgehandelt haben.

Bitte schön, Herr Dzembritzki, Sie haben das Wort.

Detlef Dzembritzki (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt bösere Überraschungen als die, als Erster am Freitag im Bundestag zu sprechen.

Diese Debatte ist ernst, diese Debatte ist wichtig. Wir Sozialdemokraten haben nach der Diskussion im Herbst 2006 die Konsequenz gezogen, eine Taskforce, eine Arbeitsgruppe, einzurichten, der Kollegen angehören, die Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Verteidigungsausschuss, im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und im Innenausschuss sind. Diese Taskforce setzt sich mit den besonderen Herausforderungen auseinander, die sich für uns in Afghanistan stellen. Wir haben uns in jeder Sitzungswoche getroffen und intensiv gearbeitet. Wir haben uns bemüht, aufzuarbeiten, was in den zurückliegenden Jahren in Afghanistan geschehen war. Wir haben die aktuelle Arbeit begleitet, und wir haben natürlich intensive Gespräche in Afghanistan, in Washington und in Ottawa geführt.

Ich freue mich sehr, dass der Parlamentspräsident Kanadas hier ist; denn gerade unsere kanadischen Freunde sind in Afghanistan sehr aktiv und haben ein großes Opfer gebracht. Unser Respekt, unsere Dankbarkeit und unsere Anerkennung gelten insbesondere Ihrem Land, Ihren Menschen, die sich so solidarisch in Afghanistan einbringen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Kernerkenntnis dieser Arbeit von zwölf Monaten und dieser Gespräche mit Kollegen auch aus anderen nationalen Parlamenten ist, dass wir in Afghanistan alle sehr eng zusammenarbeiten und uns dort inhaltlich nichts trennt. Wir haben allerdings festgestellt, dass wir noch entschieden besser werden können; das ist auch bei einer Konferenz vor wenigen Tagen gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der kanadischen Botschaft deutlich geworden, einem „international round table“ mit Experten aus den Vereinigten Staaten, aus europäischen Ländern, mit Kollegen aus nationalen Parlamenten. Wir können durch mehr Kooperation, durch mehr Abstimmung und durch die Mittel, die wir im personellen wie im materiellen Bereich zur Verfügung stellen, eine größere Wirkung für die Menschen in Afghanistan erreichen. Viele fragen sich dort: Wo bleiben eigentlich die Milliarden, die die internationale Gemeinschaft einbringt? Wo kommen sie bei den Menschen an? – Wir müssen tatsächlich noch mehr dafür sorgen, dass sie die Menschen in Afghanistan direkt erreichen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Die internationale Gemeinschaft hat einige Instrumente geschaffen. Im **Afghanistan Compact** haben wir die Vereinbarung, dass sich die politischen Direktoren der Außenministerien mit der afghanischen Regierung regelmäßig treffen. Hier muss sehr schnell geprüft werden, ob nicht durch intensivere Treffen, durch häufigere Zusammenkünfte eine bessere Abstimmung im internationalen Bereich erreicht werden kann.

Wir haben aber auch sehr deutlich erfahren, dass die Entscheidungen, die wir hier im Haus treffen, nicht nur für die Bundeswehr, nicht nur für unsere Menschen im Land von entscheidender Bedeutung sind, sondern immer auch in unmittelbarer Wirkung zu unseren Partnern, zu den Mitakteuren in Afghanistan stehen. Alle Länder, die in Afghanistan aktiv sind, achten auch darauf, wie der Bundestag entscheidet. Deswegen ist es umso wichtiger, zu erreichen, über diese Jahresentscheidung hinaus eine Verbindlichkeit für unser Handeln festzustellen. Die Mitakteure in Afghanistan, aber auch die Menschen dort sollen wissen, dass wir uns nicht nur von Jahr zu Jahr einbringen, sondern für einen längeren Zeitraum zur Verfügung stehen. Das Günstigste wäre, den Afghanistan Compact, der eine Wirkung für den Zeitraum von 2006 bis 2011 haben soll, dafür als Instrument zu nutzen, um vom Bundestag aus zu signalisieren: Das ist unsere Richtschnur; das ist unsere verbindliche Aussage an die Kanadier, Niederländer, Australier und all die anderen, die in Afghanistan aktiv sind. – Diese solidarische Geste ist notwendig. Sie brächte ein Stückchen Sicherheit für unsere Menschen, für unsere Soldaten, für unsere Entwicklungshelfer in Afghanistan und würde uns nicht so verwundbar machen, wie wir es im Augenblick sind, indem durch kriminelle Maßnahmen der Versuch unternommen wird, unsere Entscheidungen hier im Land zu beeinflussen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir müssen uns aber auch noch einmal intensiv mit den Feldern beschäftigen, die in besonderer Weise dafür entscheidend sind, dass – der Einsatz der internationalen Gemeinschaft ist die Grundlage unserer Arbeit in Afghanistan – die afghanischen Verantwortungsträger, Regierung und Parlament, befähigt werden, die **Sicherheit in Afghanistan** herzustellen. Das heißt, wir müssen uns intensiv anschauen: Was geschieht eigentlich beim Polizeiaufbau? Was passiert beim Armeeaufbau? Was ist mit der Justiz? Da muss insgesamt noch ein Stückchen mehr Professionalität erreicht werden. Wir müssen den Bedarf

Detlef Dzembritzki

(A) kennen; er wird bei der Polizei auf 60 000, beim Militär auf 70 000 geschätzt. Bei der Justiz ist bisher verhältnismäßig wenig Konkretes formuliert, was alles geschaffen werden müsste.

Wenn wir uns Polizei und Armee anschauen, dann stellen wir fest, dass der errechnete Bedarf bei weitem unterschritten wird. Ich bin der Regierung für den offenen Bericht, den sie vorgelegt hat, und das Konzept sehr dankbar. Sie schreibt selbst, dass zum Beispiel von den 30 000 ausgebildeten Soldaten maximal 17 000 zur Verfügung stehen. Wir müssen uns Gedanken machen: Wo sind die anderen geblieben? Wir brauchen eine weitaus größere Kapazität. Dabei spielt die Frage von Bezahlung und von Zuverlässigkeit eine Rolle. Aber wir müssen auch wissen: Wie viel Kapazität brauchen wir, braucht die internationale Gemeinschaft, um die Armee zu befähigen, die Aufgaben selbstständig zu übernehmen? Das Gleiche gilt für die Polizei. Das Gleiche gilt für die Justiz. Dann müssen die entsprechenden materiellen und personellen Ressourcen so zur Verfügung gestellt werden, dass eine Chance besteht, bis zum Jahr 2011 das Ziel von Afghanistan Compact, dieser internationalen Vereinbarung, zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Erreichen wir es nicht, dann wird es nicht möglich sein, unser Engagement schrittweise zurückzunehmen. Im Augenblick müssen wir unser Engagement verstärken, um dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

(B) Das ist die Botschaft, die aus diesem Haus hinausgehen muss.

Ich will abschließend noch sagen, dass die Besuche dort und die Gespräche mit afghanischen Kollegen immer wieder zeigen: Die Menschen in Afghanistan wollen Frieden, wollen Sicherheit, wollen Entwicklung. Schauen Sie sich zum Beispiel die Ausstellung des Verteidigungsministeriums an! Ich habe gerade eine Ausstellung im Goethe-Institut in Washington erlebt. Da war ein Workshop junger Afghanen. „Nichts als Leben“ war die Überschrift. Sie müssen sich die Bilder anschauen. Sie müssen sich vergegenwärtigen, welchen **kulturellen Anspruch** die Menschen haben, welchen Wunsch nach friedlichem Zusammenleben diese Bilder widerspiegeln. Sehr schön fand ich auch ein Theaterfestival vor einigen Wochen in Kabul: ohne Schüsse, ohne kriminelle Taten. Hunderte, Tausende von Menschen sind zusammengekommen, haben dieses Theaterfestival gefeiert.

Es wird immer davon gesprochen, dass wir Leuchttürme schaffen wollen. Dabei geht es nicht nur um die schnelle Realisierung von Krankenhausbauten zum Beispiel in Masar oder von Schulen, sondern auch darum, dabei zu helfen, dass solche kulturellen Möglichkeiten wahrgenommen werden können. Ich erinnere mich an die Nachkriegszeit in Berlin. Jedes Theater, jede Oper, jede Ausstellung, die es in den Nachkriegsjahren in Berlin gab, wurde mit Freude und in einer besonderen Weise wahrgenommen. In Kabul ist das sicherlich in gleicher Weise möglich. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht auch noch ein Leuchtturmprojekt „Nationaltheater in Kabul“. (C)

In diesem Sinne viel Erfolg für unsere Arbeit!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Guido Westerwelle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag wird dem Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung des Einsatzes in Afghanistan zustimmen. Wir stimmen diesem Antrag deshalb zu, weil er nicht nur gedacht ist, um Afghanistan zu helfen, sondern weil es auch um uns und unsere eigenen Interessen geht. Es geht nicht nur um einen Akt der Solidarität mit dem afghanischen Volk, es geht auch ganz handfest um unsere eigene Sicherheit und unsere eigene Freiheit auf dem europäischen Kontinent. Wir tun das für Afghanistan und noch mehr für uns selbst.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

(D) In dem Augenblick, in dem sich die friedliche Völkergemeinschaft und diejenigen, die in Afghanistan für Freiheit kämpfen und eintreten, aus Afghanistan zurückziehen, in dem Augenblick – am Tag danach – wird Kabul wieder zur Hauptstadt des Terrorismus der Welt. All denen, die sagen, es sei nichts erreicht worden, denen möchte ich entgegnen: Das ist eine ungewöhnlich ignorante und törichte Betrachtung. Es ist unglaublich viel erreicht worden:

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Die Kinder können wieder zur Schule gehen. Mädchen können zur Schule gehen. Frauen, die vergewaltigt worden sind, wurden früher gesteinigt. Jetzt haben sie wieder Chancen auf ein einigermaßen erträgliches Leben. Ja, die Armut ist immer noch groß. Ja, es gibt Drogenhandel. Ja, es gibt Korruption. Aber all das ist im Vergleich zu den vorherigen Barbareien der Taliban gar nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Manche meinen ja, das alles sei nun Schnee von gestern. Welches barbarische Potenzial in diesen **Talibanterroristen** steckt, das hat eine kleine, in Europa wenig beachtete, aber, wie ich finde, unglaublich grausame Nachricht gezeigt, die in der letzten Woche veröffentlicht worden ist: Da wird im Süden Afghanistans ein 15-jähriger Junge mit ein paar Dollar, die er in der

Dr. Guido Westerwelle

(A) Tasche gehabt hat, um sein karges Leben vielleicht etwas wohlhabender – so könnte man sagen – organisieren zu können, von den Taliban erwischt und anschließend aufgehängt. Die Schlinge wird dann noch langsam hochgezogen, damit der Weg in den Tod möglichst lange dauert.

Ich möchte nicht – ich bin fest davon überzeugt, das gilt auch für die große Mehrheit des Deutschen Bundestages und für die große Mehrheit unseres Volkes –, dass so etwas quasi organisiert in Afghanistan wieder passieren kann.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen kann ich der Bundesregierung nur anempfehlen, dass sie die Überlegungen, die sie uns im Kanzleramt und auch an anderer Stelle vorgetragen hat, weiterhin anstellt.

Ich denke, dass wir um unserer selbst willen gar nicht anders können, als dort Erfolg zu erzielen. All denjenigen, die meinen, der Erfolg sei ausgeschlossen, möchte ich energisch widersprechen, auch vor dem Hintergrund und den Eindrücken meiner gerade stattgefundenen Reise mit vielen Gesprächen dortselbst. Ein Erfolg für die friedliche Völkergemeinschaft in Afghanistan ist möglich, wenn wir bereit sind, dafür auch etwas zu tun, und zwar mehr und anderes, als bisher getan wurde. Es reicht für den **Aufbau von Polizeistrukturen** nicht aus, eine Handvoll Polizeibeamte nach Afghanistan zu schicken und ein paar Handschellen und ein paar Gummiknüppel mitzuliefern. (B) Wenn wir jemals wieder aus Afghanistan herauswollen, müssen wir dafür sorgen, dass dort eigene staatliche Strukturen entstehen. Dazu zählt auch eine funktionierende Polizeistruktur. Das muss zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit werden.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man mit den Leuten beispielsweise in Kunduz spricht – Sie haben während Ihrer Amtszeit als Verteidigungsminister ähnlich gesprochen und einem das auch anempfohlen –,

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

und zwar nicht nur mit den Dorf- bzw. Stammesältesten, sondern auch mit den vielen Entwicklungshelfern, dann kann es dazu kommen, so wie es Kollegin Homburger, Kollegen van Essen und mir passiert ist, dass man plötzlich zwei deutschen Polizeibeamten gegenübersteht und – es war meine erste Reise nach Afghanistan – erzählt bekommt, was alles nötig ist. Dabei bekommt man auch eine Ahnung von der Größe und von den Entfernungen, die überwunden werden müssen. Afghanistan ist ja doppelt so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Als ich dann die beiden fragte: „Was machen Sie hier?“, bekam ich zur Antwort: „Wir bauen hier den Polizeiapparat auf“. Ich fragte: „Wer hilft Ihnen denn?“ Die Antwort lautete: „Nein, nein, wir sind die beiden Einzigen“. Dabei haben sie, wenn sie innerhalb des von ihnen betreuten Gebietes von einem Ende zum anderen gelangen (C) wollen, Fahrzeiten von ungefähr elf Stunden zu überwinden. Dass zwei Polizeibeamte Polizeistrukturen in der gesamten Region Kunduz/Tachar, für die sie zuständig sind, aufbauen, ist schlechterdings unmöglich.

Nun muss der Deutsche Bundestag meines Erachtens nicht nur A, sondern auch B sagen. Ich sage es ganz klar: Wir wollen Erfolg in Afghanistan. Das heißt aber auch: Wir müssen Geld für den Polizeiaufbau in die Hand nehmen. Das sollten wir hier alle gemeinsam beschließen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte etwas an diejenigen gerichtet sagen, die vor Ort für uns arbeiten. Ich glaube, nur wenn man einmal dort gewesen ist, bekommt man eine Ahnung davon, unter welchen Bedingungen die Menschen arbeiten: diejenigen, die als zivile Helfer Schulen aufbauen oder als Polizeibeamte tätig sind, und auch unsere Soldatinnen und Soldaten. Das anzusprechen, ist für mich ein wichtiges Anliegen, weil ich persönlich erlebt habe, unter welchen Bedingungen unsere Soldatinnen und Soldaten und die Entwicklungshelfer und Aufbauhelfer Dienst tun. Damit die Soldatinnen und Soldaten, die Bürgerinnen und Bürger, die dort für Deutschland arbeiten, nicht den Eindruck bekommen, dieses Land stünde nicht hinter ihnen, sage ich hier für meine Fraktion – und ich glaube, auch für einen großen Teil dieses Hauses –: Wir sind dankbar für die Arbeit unserer Soldatinnen und Soldaten. Ich füge hinzu: Ich bin geradezu stolz auf die Arbeit der Soldatinnen und Soldaten und all der Aufbauhelfer (D) in Afghanistan vor Ort. Deren Arbeit ist gefährlich und nötig zugleich.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mit zwei kurzen Bemerkungen an diejenigen, die den Antrag heute ablehnen werden, schließen. Ich respektiere es, wenn Kolleginnen und Kollegen aufgrund von Überlegungen zu einem anderen Ergebnis kommen. Zwei Dinge respektiere ich allerdings nicht: erstens das, was in der letzten Debatte gesagt worden ist – Herr Kollege Gysi, ich glaube, Sie waren es, der das hier eingebracht hat –, nämlich dass nur 2 Millionen Mädchen wieder in der Schule seien und dass es viel mehr sein müssten. Das empfinde ich, offen gestanden, als zynisch; denn Afghanistan ist eines der ärmsten Länder der Welt.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion darum, damit aufzuhören, zu behaupten, dieser Einsatz sei durch **Recht und Gesetz** nicht gedeckt. Dieser Einsatz entspricht Recht und Gesetz, dem internationalen Völkerrecht und ausdrücklich auch unserem nationalen Verfassungsrecht.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNIS-

(A)

SES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der LINKEN)

Unsere Soldatinnen und Soldaten arbeiten dort auf der Basis unserer Verfassung. Jede andere Behauptung ist Polemik und dient in Wahrheit nur der Attacke.

Ich möchte an die Kolleginnen und Kollegen der Grünen ein Schlusswort richten.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Wenn Sie zu dem Ergebnis kommen, dass Sie der Sache nach dem Antrag nicht zustimmen wollen, dann ist das Ihr gutes Recht. Aber eines finde ich persönlich nicht akzeptabel: Wenn Sie der Meinung sind, dass dieser Einsatz richtig ist, dann müssen Sie heute als Abgeordnete für dieses Mandat stimmen. Für den Einsatz zu sein, aber, weil ein Parteitag anders entschieden hat, hier gegen das eigene Gewissen zu entscheiden, entspricht nicht dem Auftrag, den Sie nach der Verfassung haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hoffe sehr, dass es eine große Mehrheit für den Antrag in diesem Hause gibt. Wir als Oppositionsfraktion werden den Regierungsfraktionen jedenfalls beistehen, wenn dieser Einsatz heute mit großer Mehrheit beschlossen wird.

Vielen Dank.

(B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Eckart von Klaeden für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! In Afghanistan geht es in der Tat zunächst um unsere eigene Sicherheit; das hat der Kollege Westerwelle gerade in seiner Rede überzeugend dargestellt. Das machen die Bilder vom 11. September 2001 deutlich, aber auch die Tatsache, dass glücklicherweise und mit großem Aufwand und beeindruckender Leistung unserer Sicherheitsbehörden die Anschläge haben vereitelt werden können, die in Pakistan und dann im Sauerland vorbereitet worden sind. Wenn wir uns heute die Lage in Pakistan anschauen, in den Tribal Areas, wo die Situation der in Afghanistan vor 9/11 vergleichbar ist, wird deutlich: Wenn es nicht gelingt, Afghanistan zu stabilisieren, dann ist auch jede Lösung für Pakistan unmöglich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Afghanistan ist ein Land von enormer geopolitischer Bedeutung.

(Zuruf von der LINKEN)

(C)

– Sie haben mit Ihrem Hinweis, dass Afghanistan für uns schon seit längerem eine enorme geopolitische Bedeutung hat, völlig recht; denn dass die **Wiedervereinigung** in Freiheit und die **Einigung Europas** stattfinden konnten, hat auch wesentlich mit Afghanistan zu tun. Die demokratischen Kräfte in Kabul – unter ihnen der Verteidigungsminister Wardak – sagen deutlich, dass es in Afghanistan Enttäuschung über den Westen gibt. Afghanistan hat mit dem Widerstand gegen die Okkupation durch die Sowjetunion mit dafür gesorgt, dass die Sowjetunion ihren Hegemonialanspruch in Mittel- und Osteuropa nicht mehr aufrechterhalten konnte. Der Kampf der Afghanen gegen diese Besatzung hat also auch dazu geführt, dass die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und die Einigung Europas möglich geworden sind.

Das heißt, unser Land hat wesentlich von dem profitiert, was die Afghanen in der Vergangenheit geleistet haben. Aber danach hat der Westen dieses Land vergessen. Das ist ein Grund dafür, dass es zu 9/11 hat kommen können. Die terroristischen Aktivitäten, die heute die Sicherheit unseres Landes bedrohen, entstammen dem Umfeld Afghanistans. Deswegen ist dieses Land für uns von so großer geopolitischer Bedeutung. Es liegt daher in erster Linie in unserem eigenen Interesse, dass wir bei der Stabilisierung dieses Landes erfolgreich sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

(D)

Herr Kollege von Klaeden, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gehrcke?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Gern.

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Herr Kollege von Klaeden, da Sie eben auf den afghanischen Widerstand gegen die sowjetische Besatzung abgehoben haben, möchte ich Sie fragen: Würden Sie mir recht geben, dass ein wesentlicher Teil dieses Widerstandes, den Sie eben gelobt haben, von den **Taliban,** einer von Pakistan und der CIA aufgebauten Widerstandsorganisation, geleistet worden ist?

(Jörg van Essen [FDP]: Das fragt natürlich ein Altkommunist aus dem Westen!)

Herr Westerwelle hat zu Recht die menschenverachtende Politik der Taliban kritisiert. Man sollte sich daher in der Argumentation nicht auf die Taliban berufen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Herr Kollege Gehrcke, ich danke Ihnen herzlich, dass Sie mir die Gelegenheit geben, auf diese Frage zu antworten. Sie wiederholen die in Deutschland weit verbreitete, aber dennoch falsche Propaganda, dass die Taliban eine Folge der Handlungen der CIA gewesen seien.

Eckart von Klaeden

(A)

(Lachen bei der LINKEN)

In Wirklichkeit sind die Taliban eine fundamentalistische islamistische Bewegung, die sowohl aus Afghanistan als auch aus Pakistan kommt und die insbesondere vom pakistanischen Geheimdienst unterstützt worden ist. Die Amerikaner haben sich vor allem um die Unterstützung der Mudschahedin gekümmert.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Einer ihrer Repräsentanten ist der Verteidigungsminister Wardak, der heute als Mitglied der afghanischen Regierung mit uns gemeinsam für mehr Sicherheit in diesem Land sorgen will.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Ich finde es bemerkenswert, dass Sie diesen Punkt hier ansprechen; denn Ihre Partei hat, was die Herausforderung hinsichtlich unserer Sicherheitslage und der **Verteidigung unserer Freiheit** angeht, in allen drei Phasen versagt. Als es in der ersten Phase während des Kalten Krieges darum ging, in der NATO mit unseren Verbündeten gemeinsam dafür zu sorgen, die Freiheit und die Sicherheit Deutschlands und Westeuropas zu gewährleisten, hat Ihre Partei auf der anderen Seite gestanden.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Als es in der zweiten Phase der NATO-Politik darum ging, die Freiheit nach Mittel- und Osteuropa auszudehnen, die Staaten dort zu stabilisieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, Rechtsstaaten zu werden und die Marktwirtschaft einzuführen, und als es darum ging, den

(B)

Massenmord in Jugoslawien zu verhindern, hat Ihre Partei auf der anderen Seite gestanden. Herr Gysi ist sogar nach Jugoslawien gefahren und hat Milošević umarmt.

Jetzt, wo es in der dritten Phase darum geht, Gefahren von unserem Land abzuwenden, die von Extremisten ausgehen und die weit außerhalb unserer Grenzen entstehen, steht Ihre Partei wieder auf der anderen Seite.

(Zurufe von der LINKEN)

Als der Kollege von Herrn Blechschmidt – er ist glücklicherweise freigekommen – ermordet worden ist, war uns allen bekannt, dass diese Tat keinen politischen, sondern einen kriminellen Hintergrund hatte. Trotzdem hat Ihr Fraktionsvorsitzender Gysi genauso wie die Taliban dieses feige Verbrechen zum Anlass genommen, zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan aufzurufen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Pfui!)

Damit hat er sich auf die Propaganda der Taliban eingelassen, die die Diskussion bei uns sehr genau beobachten und versuchen, durch Anschläge – auch in den letzten Tagen – die Entscheidung dieses Parlaments zu beeinflussen. Sie müssen sich einmal fragen, auf welcher Seite Sie stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In Afghanistan wegen seiner besonderen geopolitischen Bedeutung für Freiheit und Stabilität zu sorgen, ist eine Aufgabe, die sich die freie Welt gemeinsam gestellt hat. Deswegen will ich hier einmal darauf hinweisen, dass das Ganze kein Engagement der Bundesrepublik Deutschland allein ist, sondern sich 26 NATO-Staaten im Bündnis gemeinsam in Afghanistan engagieren und sich neben diesen 26 NATO-Staaten weitere 11 Staaten, die nicht Mitglied der NATO sind, in Afghanistan beteiligen, um dort für Freiheit, Sicherheit und Stabilität zu sorgen. Dazu gehören Länder wie Australien, Neuseeland, Österreich oder Schweden. All diese Länder könnten, wenn sie dem hier häufig gegen den Afghanistan-Einsatz vorgetragenen Argument, Afghanistan sei doch so weit weg, folgen würden, mit guten Gründen sagen, dass sie sich nicht beteiligen. Diese Länder haben aber erkannt, dass es für ihre eigene Sicherheit, aber auch für die Glaubwürdigkeit der freien Welt erforderlich ist, ein Land wie Afghanistan nicht wieder im Stich zu lassen.

(C)

Die Extremisten in der islamischen Welt versuchen – das gilt für die Propaganda, die in Moscheen bei uns oder in Zentralasien verbreitet wird –, die Auseinandersetzung immer als eine Auseinandersetzung zwischen Morgenland und Abendland, zwischen Islam und Christentum darzustellen. Wenn wir uns auf eine solche Argumentation einlassen würden, wären wir schon auf die Propaganda dieser Extremisten hereingefallen.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Das ist unwahr!)

Es geht in Wirklichkeit darum, die moderaten Kräfte, die demokratisch gesinnten Kräfte, die rechtsstaatlich gesinnten Kräfte in der islamischen Welt zu stärken und mit ihnen gemeinsam die Extremisten zu isolieren und zu bekämpfen. Darum geht es auch in Afghanistan.

(D)

In der Debatte in Deutschland hört man immer wieder das Argument, da die Sowjetunion gescheitert sei, habe auch die NATO keine Chance, in Afghanistan erfolgreich zu sein. Man muss sich immer wieder vor Augen führen, dass wir nicht die Sowjetunion sind. Wir sind nicht dort, um das Land zu okkupieren. Wir sind dort, um die demokratisch gewählte Regierung zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

– Ich kann verstehen, dass Sie den Zeiten der Sowjetunion nachtrauern. – Deswegen ist es so, dass heute nach wie vor über 80 Prozent der Menschen in Afghanistan unser Engagement unterstützen und uns auffordern, im Land zu bleiben.

Führen wir uns einmal vor Augen, welch beeindruckende **Persönlichkeiten** sich in Afghanistan für die Zukunft ihres Landes engagieren. Ich erinnere an Professor Ashraf, ein Exilafghane, der in Karlsruhe Professor für Bergbau war und eine Aufgabe in seinem Land übernommen hat. Er ist übrigens CDU-Mitglied. Ich erinnere ferner an den Außenminister Spanta von den Grünen, der 20 Jahre lang als politischer Flüchtling in Aachen lebte, dort an der Universität gearbeitet hat und dann die schwierige Aufgabe, den Aufbau seines Landes zu unterstützen, übernommen hat. Diese Menschen sorgen gemeinsam dafür, dass das Land nach und nach an Stabilität gewinnt. Diese beeindruckenden Persönlichkeiten

Eckart von Klaeden

(A) und alle anderen Menschen, die sich für den Aufbau ihres Landes einsetzen, dürfen wir nicht im Stich lassen, wenn wir in der internationalen Politik unsere Glaubwürdigkeit nicht verlieren wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Dzembritzki hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es in Afghanistan beeindruckende Fortschritte gibt. Auch der Kollege Westerwelle hat die beeindruckende Anzahl von Schulen genannt und über Kinder gesprochen, die wieder den Unterricht besuchen können.

Aber selbst bei den schwierigen Kapiteln, zum Beispiel beim **Drogenanbau,** gibt es bemerkenswerte Fortschritte.

(Lachen bei der LINKEN)

Wir müssen zwar konstatieren, dass der Drogenanbau auch in diesem Jahr wieder zugenommen hat;

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

gleichzeitig hat aber auch die Anzahl der Provinzen in Afghanistan zugenommen, die mittlerweile drogenfrei sind. Sie hat sich von 6 auf 13 Provinzen mehr als verdoppelt. Es gibt aber nach wie vor 21 Provinzen, in denen Drogen angebaut werden, in denen der Drogenanbau sogar wesentlich zugenommen hat. Wenn man aber die Provinzen, in denen der Drogenanbau abgenommen hat, die heute als drogenfrei gelten können, mit den Provinzen vergleicht, in denen Sicherheit herrscht oder in denen sich die Sicherheitslage wesentlich verbessert hat, (B) dann findet man heraus, dass auch zur Bekämpfung des Drogenanbaus der Aufbau von Sicherheit der entscheidende Schlüssel ist. Deswegen sorgen diejenigen, die den Drogenanbau als Argument für den Rückzug verwenden, nur dafür, dass der Drogenanbau in ganz Afghanistan wieder zunimmt. Die Sicherheit in Afghanistan ist der Schlüssel zur Bekämpfung des Drogenanbaus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir dürfen nicht wackeln, weil wir damit das **Vertrauen** derjenigen zerstören oder beeinträchtigen, die sich in Afghanistan um den Aufbau ihres eigenen Landes bemühen. Wenn wir wackeln, wenn wir den Eindruck erwecken, dass die Aufgabe nicht zu meistern sei – Kollege Westerwelle hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das falsch ist –, dass die größte Gefahr für Afghanistan nicht die schwierige Aufgabe selbst, sondern unsere eigene Halbherzigkeit ist, wenn wir den Eindruck erwecken, dass wir uns aus Afghanistan, ohne die Aufgabe erfüllt zu haben, verabschieden wollen, dann werden wir diejenigen stärken oder werden dafür sorgen, dass die Zahl derjenigen zunimmt, die man im NATO-Deutsch Fence-Sitters nennt. Das sind diejenigen, die von einem imaginären Zaun die Entwicklung ihres Landes beobachten und sich sagen: Wir sind zwar nicht für die Taliban, aber wenn die internationale Gemeinschaft irgendwann einmal abzieht, und die Aufgabe ist nicht erfüllt, dann werden die Taliban zurückkommen. Deswegen wäre es jetzt für mich, weil ich das Land nicht verlassen kann, falsch, mich am Aufbau zu beteiligen. Ich muss mich dann vielmehr auf eine Situation einstellen, in der ich mich später einmal mit den Taliban wieder arrangieren kann. (C)

Deswegen sorgen Wackeln, Zögern und fehlendes Engagement dafür, dass wir die Voraussetzung für unseren eigenen Erfolg unterminieren. Deswegen darf es an unserem Engagement keinen Zweifel geben. Das gilt für die ISAF-Debatte, aber insbesondere auch für den zivilen Aufbau. Wir müssen uns darauf einstellen, dass für den Erfolg in Afghanistan auch im nächsten Jahr deutlich mehr getan werden muss.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Lothar Bisky ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im *Spiegel* der vergangenen Woche lesen wir über das Kommando Spezialkräfte, KSK, in Afghanistan. Ich zitiere:

> Im Verteidigungsausschuss … erfahren von den Abgründen gerade einmal ein paar Dutzend der insgesamt 613 Bundestagsabgeordneten, die schon bald über die Fortsetzung der Isaf und OEF-Mandate entscheiden müssen und damit auch über künftige Einsätze des KSK am Hindukusch. (D)
>
> Sie werden die Entscheidung auf der Basis von viel Vertrauen und wenig Wissen treffen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Klar, *Spiegel*-Leser sollten eigentlich mehr wissen. Dennoch frage ich mich, ob ich genug weiß, um eine Entscheidung wissend fällen zu können, zumal ich nicht automatisch – das werden Sie einsehen – Vertrauen in die Regierung der Großen Koalition entwickeln kann. Mein Vertrauen wird nicht größer, wenn ich mir ansehe, dass der Herr Außenminister in seiner Rede zur ersten Lesung sagte:

> ... in dieser Situation ist es notwendig, dass wir neben dem zivilen Engagement … auch unser militärisches Engagement aufrechterhalten.

Nun ist es nicht dem Außenminister anzulasten – das will ich ausdrücklich sagen –, dass ich der Einsicht in die Notwendigkeit vor längerer Zeit gelegentlich zu einfältig Folge geleistet habe und deshalb gelernt habe, gründlich nachzufragen. Deshalb frage ich heute nach den Erfahrungen der zivilen Kräfte und der Bundeswehr in Afghanistan. Ich will da keine Schwarz-Weiß-Malerei üben. Da ist Positives zu berichten. Ich denke an Schulen, an die Situation der Frauen, an Unterstützung humanitärer Art und an Hilfe beim demokratischen Aufbau des Landes.

Dr. Lothar Bisky

(A) Zugleich dürfen wir nicht übersehen, dass nach sechsjährigem Engagement die Gewalt in Afghanistan wieder deutlich zunimmt. Kurz: Die Ergebnisse sind widersprüchlich. Deshalb muss ich gründlicher prüfen, was eine Verlängerung des Mandats bringen könnte.

(Beifall bei der LINKEN)

In der Beantwortung dieser Frage unterscheidet uns Folgendes grundlegend: Die Regierung meint, sie würde mithilfe des Militärs den **Terrorismus** bekämpfen können. Wir von der Linken sagen: Im Ergebnis des militärischen Engagements ist der Terrorismus nicht entscheidend geschwächt worden. Tatsächlich stärken militärische Aktionen häufig Hass, in dessen Gefolge wieder terroristische Aktionen wachsen.

Wir bewerten also die gleichen Ereignisse und Prozesse unterschiedlich, auch wenn die Linke sich von terroristischen Anschlägen genauso distanziert, wie Sie es tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Ruprecht Polenz [CDU/CSU]: Sie müssen sich nicht distanzieren, Sie müssen sie bekämpfen!)

– Ja, wir sind da unterschiedlicher Meinung: Sie sagen, mit Militär, ich sage das nicht.

Herr von Klaeden, ich will eine Anmerkung machen. Der Versuch, Herrn Gysi in irgendeine Nähe zu den Taliban zu schieben, ist völlig abwegig, und ich weise das entschieden zurück.

(B) (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Sie instrumentalisieren sie!)

Ich will Ihnen jetzt erläutern, warum ich von dem von Ihnen in Aussicht gestellten Erfolg nicht überzeugt bin. Nach unserer Analyse der Situation in Afghanistan ist die UN-mandatierte und NATO-geführte Mission ISAF, an ihren eigenen und nicht an irgendwelchen anderen Zielen gemessen, gescheitert. Warum?

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Unsinn!)

Was wir als **Taliban** bezeichnen, sind ja keine Fremdkörper in Afghanistan. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um eine politische islamistische Gruppierung mit einem menschenverachtenden Weltbild. Aber – das ist entscheidend – die Taliban rekrutieren sich aus den Völkern Afghanistans, vor allem den Paschtunen; sie werden dort anders wahrgenommen als im fernen Europa, habe ich bei Scholl-Latour und anderen nachlesen können.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach je! Scholl-Latour!)

– Ja, man darf ja noch Bücher lesen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Unter den Taliban darf man das nicht!)

(C) Damit ist ganz offensichtlich eine gewisse Verankerung in der afghanischen Gesellschaft gegeben, ob uns das gefällt oder nicht; dies ist nur eine Tatsachenbeschreibung. Der Versuch, vielschichtige Wirklichkeiten auf ein einfaches Schwarz-Weiß-Bild zu reduzieren und dementsprechend politisch und militärisch zu handeln, muss Schiffbruch erleiden.

Aus diesen Gründen ist angesichts der komplexen Konfliktsituation in Afghanistan Skepsis angebracht: Die Politik der USA, nach der der Feind unseres Feindes unser Freund ist, wurde in Afghanistan seit 1979 mit dem Resultat praktiziert, dass die vermeintlichen Freunde, die Mudschahedin, letztlich zum Nährboden des Islamismus und Terrorismus wurden.

Ende 2001 praktizierten die USA diese Politik erneut: Die unbotmäßigen Taliban wurden mithilfe anderer Kriegsherren gestürzt, die gerne als moderate Islamisten bezeichnet werden. Dazu möchte ich – mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident – Frau **Malalai Joya,** Abgeordnete des afghanischen Parlaments, zitieren:

> ... sechs Jahre nach den Angriffen auf Afghanistan unter der Führung der USA liegt unser verwüstetes Land noch immer in den Ketten der fundamentalistischen Warlords. Die Regierung Bush übergab die Macht an Menschen, die sich in der Vergangenheit als Mörder und Plünderer bewährt haben und genauso finster, böse und grausam wie die Taliban sind.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos]) (D)

Ich zitiere sie weiter:

> Die westlichen Medien sprechen über Demokratie und die Befreiung Afghanistans, aber die USA und ihre Verbündeten fördern Warlords, Kriminalisierung und Drogenbarone in unserem … Land und haben durch ihre massiven Militäroperationen bisher Tausende unschuldiger Zivilisten getötet, ohne in ihrem Krieg gegen die brutalen Taliban wesentliche Fortschritte zu erzielen.

Dennoch tut die Bundesregierung so, als ob die ISAF-Mission Fortschritte erziele. Aber: ISAF mutiert von der ursprünglichen Schutztruppe immer mehr zur Kampftruppe im Sinne der OEF. Das ist die Wirklichkeit,

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

und dies wird durch den deutschen Tornadoeinsatz auch noch weiter befördert. Dies lehnen wir Linken entschieden ab.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, die ISAF-Mission läuft aus dem Ruder. Wer die deutsche Beteiligung an dieser Mission fortsetzen will, unterstützt die militärische Eskalationsstrategie der NATO. Dazu sagen wir entschieden Nein;

(A)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

wir erwarten von der Regierung eine Exit-Strategie. Schon in der Vergangenheit hat die Bundesregierung jeden Eskalationsschritt der NATO mitgetragen: von der geografischen Ausweitung des ISAF-Mandats bis hin zur Verlegung der Aufklärungstornados.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist offensichtlich: Wer glaubt, dass die Beteiligung an ISAF und OEF auf die militärische Vorgehensweise der Verbündeten einen mäßigenden Einfluss hat, irrt. Im Gegenteil: Obschon die Bundeswehr an allen Planungen und Durchführungen von ISAF und NATO beteiligt ist, ist der Strategiewechsel hin zu mehr ziviler Aufbauhilfe ausgeblieben.

(Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister: Falsch!)

Damit macht sich Deutschland an der humanitären Katastrophe mitschuldig.

Die Linke fordert einen sofortigen **Strategiewechsel.** Damit stehen wir nicht allein. VENRO, der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen, dem über 100 kirchliche und private NGOs angehören, forderte Anfang dieser Woche eine neue Strategie für Afghanistan. Ähnlich wie VENRO sind auch wir für einen Strategiewechsel, obwohl wir, damit ich nicht falsch verstanden werde, nicht alles gleich beurteilen. Wir sind entschieden dafür, das Militär in seine Schranken zu weisen. Ähnlich wie VENRO sind auch wir für eine strikte Trennung militärischer und ziviler Projekte.

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Bisky, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nachtwei?

Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE):

Ja, bitte.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Bisky, Sie haben gerade die interessante und bemerkenswerte Stellungnahme von VENRO angesprochen und sich der richtigen Forderung nach einem Strategiewechsel angeschlossen. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass VENRO wie auch Caritas international, medico international und andere gleichzeitig festgestellt hat, die Forderung nach einem Strategiewechsel ändere nichts daran, dass ISAF weiterhin unverzichtbar ist?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Und jetzt?)

Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE):

Herr Nachtwei, das habe ich nicht in Abrede gestellt.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha! – Interessant! – Ach nein? – Weitere Zurufe von der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

(C)

– Nein. – Ich habe nur gesagt: VENRO fordert einen Strategiewechsel.

(Zuruf von der SPD: Bei Anwesenheit von ISAF in Afghanistan!)

Das ist wahr, und das können Sie nachlesen. Ich habe erwähnt, dass wir zu anderen Schlussfolgerungen kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei VENRO gibt es viele, die weiterhin die militärische Unterstützung im Rahmen von ISAF wollen. Wir sagen dazu Nein. Das ist ein Unterschied.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ja! Aber nicht sehr überzeugend! – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Ja, ja! Dann sollten Sie sich aber nicht darauf berufen!)

Einen Strategiewechsel wollen wir alle. Ich habe das ja jetzt dank Ihrer Frage, Herr Nachtwei, eindeutig klarstellen können.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ja! Aber erst einmal haben Sie sinnentstellend zitiert!)

Wie ich sehe, können auch wir einer Meinung sein. Das, was VENRO fordert, ist nicht unsere Position. Ich will VENRO nicht instrumentalisieren. Dieser Verband will auch uns nicht instrumentalisieren. Das ist korrekt.

(D)

Meine Damen und Herren, wir wollen weg von der militärischen Besetzung und hin zur ausschließlich **zivilen Unterstützung** durch die internationale Gemeinschaft. Wir sagen: Es gilt, jenseits militärischer Mittel den Auf- und Ausbau einer zivilen Infrastruktur und die Teilhabe aller Menschen in Afghanistan an politischen Entscheidungen zu befördern. Diese Unterstützung kann nur zivil geleistet werden. Das bisherige zivile Engagement der internationalen Staatengemeinschaft für Afghanistan ist ungenügend. Daraus ziehen wir die richtigen Konsequenzen. Wir unterstützen Bestrebungen, um in Afghanistan zu einem Waffenstillstand zu kommen,

(Zuruf von der SPD: Mit wem denn?)

wir wollen den dortigen Drogenhandel bekämpfen, und wir wollen die Afghan Ownership mit allen zivilen Maßnahmen, die möglich sind, weiterentwickeln.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit komme ich zum Schluss. Meine Damen und Herren, der gute Zweck heiligt auch in Afghanistan keine militärischen Mittel, sie diskreditieren ihn eher.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben nach Ihrem Treffen mit dem südafrikanischen Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela gesagt – ich zitiere –:

> Wir brauchen Frieden auf der Welt, und insbesondere die Konflikte in Afrika müssen friedlich gelöst werden.

Dr. Lothar Bisky

(A) Sie bemerkten völlig zu Recht, Mandelas Beispiel habe gezeigt, dass Gewaltlosigkeit am Ende der bessere Weg sei. Dies sollte sich die Welt zu Herzen nehmen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir tun es, Frau Dr. Merkel, und deshalb sagt die Linke eindeutig Nein zur Verlängerung des Mandats.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Renate Künast.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist mehrheitlich davon überzeugt, dass eine weitere Beteiligung Deutschlands an ISAF nötig ist. Wir sind davon überzeugt, dass ISAF in Afghanistan, in dieser Region nötig ist. Aber wir sind gleichermaßen besorgt, dass die bisherige, halbherzige Politik insgesamt den Problemen in Afghanistan nicht gerecht wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stehe hier und sage Ihnen: Wir können dieser Bundesregierung bei der heutigen Abstimmung über ISAF inklusive der Tornado-Einsätze nicht einfach Prokura geben für ein Weiter-so, weil wir in tiefer Sorge (B) über das Missverhältnis zwischen dem **Militärischen** und dem **Zivilen** sind. Genau das werden wir bei der heutigen Abstimmung zum Ausdruck bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben darüber eine durchaus lange Debatte geführt – wie wir Grünen so sind. Wir zeigen das transparent und öffentlich, sodass Sie sich gerne daran delektieren können. Ich sage Ihnen: Wir haben es uns nicht einfach gemacht. Wir wissen um unsere Verantwortung als Fraktion. Wir haben uns lange Jahre mit Afghanistan beschäftigt. Wir haben – darauf sind wir stolz – den Petersberg-Prozess mit angeschoben und darauf hingewiesen, dass man auch einen zivil-militärischen Ansatz erst entwickeln muss. Der Petersberg-Prozess war wichtig, um tatsächlich eine verfassunggebende Versammlung zu bekommen. Aber auch die anderen Schritte zur Strukturierung des zivilen Aufbaus sind wichtig. An dieser Stelle stehen wir alle miteinander, steht die internationale Staatengemeinschaft allenfalls am Anfang.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es uns nicht einfach gemacht; Sie wissen um unseren Parteitag. Wir sitzen hier heute als Grüne mit diesem Parteitagsbeschluss, wir sitzen hier aber auch auf der Basis des Grundgesetzes, das uns sagt, wir sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Wir sitzen hier und sagen Ihnen ganz klar: Wir wollen Afghanistan in seiner weiteren Entwicklung unterstützen. Deshalb haben wir heute zwei Anträge eingebracht, die darauf abzielen. Es darf hier nicht nur um das Militärische gehen, es muss auch darum gehen, was jetzt zivil in Afghanistan zu tun ist. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, wir haben mit einigen in diesem Hause einen Konsens über die Problemanalyse. Wir wissen alle: Militärisch ist der Aufstand dort nicht zu besiegen. Niemand sollte glauben, dass man militärisch siegen könnte. Die internationale Staatengemeinschaft muss sich auch zivil engagieren, und wir müssen die Eigenverantwortung Afghanistans stärken, insbesondere durch Strukturen im Sicherheitsbereich. Die Bundesregierung ist unseres Erachtens nicht hinreichend gewillt, die Konsequenzen zu ziehen, um auf allen Seiten – beim Militär, bei den Entwicklungshelfern, bei der afghanischen Regierung – den **Strategiewechsel** einzuleiten. Diese Bundesregierung müsste die Kraft sein, die das international antreibt. Es darf kein Weiter-so geben. Es muss ein Land diese Veränderung der Praxis antreiben. Das müsste diese Bundesregierung tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich höre hier aber auch heute noch viel zu viele Durchhalteparolen. Wir alle wissen um das enge Zeitfenster. Ich sage aber an Herrn Bisky und seine Fraktion gerichtet: Auch Ihre Abzugsparolen werden dem Ganzen nicht gerecht. Sie müssen sich auch mit der Frage auseinandersetzen, was die Afghaninnen und Afghanen vor Ort sagen. Wir hören jetzt – ich finde, das ist ein großer Ausdruck von Respekt –, dass eine Schule im Norden Afghanistans nach Michael Diebel benannt worden ist, einem deutschen Soldaten, der dort im Mai umgebracht (D) wurde. Das drückt etwas aus, nämlich Respekt. Das ist eine Schule, auf die Afghanen gehen. Sie wollen, dass diese Schule so heißt. Was heißt das denn? Das passt doch gar nicht zu den Argumenten von der Linken.

Mir passt auch nicht die Art und Weise – das kann ich Ihnen auch von vielen weiblichen Abgeordneten aus Kabul mitteilen –, wie Sie die Abgeordnete **Malalai Joya** hier als Kronzeugin anbieten.

(Walter Kolbow [SPD]: Sehr wahr!)

Das löst gerade bei den weiblichen Abgeordneten in Afghanistan tiefes Entsetzen aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie sind entsetzt darüber, was diese Frau hier zum Besten gibt.

Die weiblichen Abgeordneten in Kabul sagen – daran erkennen Sie schon, dass sich etwas verändert haben muss –: Wir sind noch lange nicht dort, wo wir hinwollen; aber Steinigungen und den Zustand, dass überhaupt niemand zur Schule gehen kann, gibt es nicht mehr. – Deshalb haben sie ein Problem mit Malalai Joya, die sich auch vor Ort selber ins Off katapultiert hat, indem sie das Parlament als Stall beschimpft hat, in dem Esel und Hunde sitzen. Machen Sie das einmal, einen Muslimen als Hund bezeichnen. Sie wissen, dass Sie dann je-

Renate Künast

(A) den Gesprächsfaden an dieser Stelle abgeschnitten haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, Sie haben eine zweifelhafte Kronzeugin hinsichtlich der Situation in Afghanistan und des Willens nach Veränderung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Widerspruch bei der LINKEN)

Ich will an dieser Stelle auf die **Bundesregierung** zurückkommen. Wir brauchen vor Ort in Afghanistan eine Veränderung und hier in Deutschland eine breitere Debatte. Frau Bundeskanzlerin, deshalb haben wir hier zwei Anträge eingebracht. Mit dem einen werden Sie, Frau Merkel, aufgefordert, Ihrer Pflicht als Regierungschefin nachzukommen und nach Afghanistan zu reisen. Ich glaube, dass dies die vornehmste Pflicht jedes Regierungschefs und jeder Regierungschefin ist – aus Respekt vor den Polizeibeamten, Soldaten und Entwicklungshelfern, die dort eingesetzt sind, und um sich vor Ort selbst ein Bild über die Situation zu machen. Ich meine, Sie sollten sich vor Ort darüber informieren – so wie es viele Abgeordnete schon getan haben –, welche Schäden durch den OEF-Einsatz für den weiteren Friedensprozess dort verursacht wurden, unter welchen Umständen die Soldaten ihren Dienst dort verrichten müssen und was jetzt im zivilen Bereich getan werden muss.

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, ich wollte nur vorsichtig fragen, ob Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hänsel zulassen wollen.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein.

(Zuruf von der Linken: Ach ja! – Weitere Zurufe von der Linken)

– Wir leben in einem freien Land. Selbst Abgeordnete dürfen Ihre Zwischenfragen einmal nicht zulassen. Damit können Sie leben, weil Sie ja so demokratisch gesonnen sind, wie ich Ihren Zwischenrufen dort hinten unschwer entnehmen kann.

Zurück zur Bundesregierung und zum Ernsthaften. Jetzt ist es meines Erachtens nötig, dass sich Frau Merkel nach Afghanistan begibt und sich dort nicht nur anschaut, was militärisch geschieht, sondern auch, welche zivilen Maßnahmen noch durchzuführen sind.

Die Ausgestaltung des Engagements in Afghanistan wird national und international ja sehr kontrovers diskutiert. Wir alle wissen, dass auch britische Offiziere vor Ort den Einsatz von OEF-Kräften kritisieren und einen Stopp verlangen. Sie wissen, dass er vor Ort kontraproduktiv ist. Wir wissen, dass die afghanische Regierung das Vorgehen, durch das unverhältnismäßig viele zivile Opfer verursacht wurden, wiederholt kritisiert hat. Wir wissen, dass circa 100 Entwicklungshilfe- und Hilfsorganisationen kritisiert haben, dass es dieses Missverhältnis zwischen dem Militärischen und dem Zivilen gibt. (C) Sie sagen im Übrigen auch: Bei allen Problemen brauchen wir ISAF, weil uns dadurch der zeitliche Spielraum und räumliche Schutz gegeben wird, um überhaupt einen zivilen Aufbau leisten zu können.

Ich sehe, dass diese Entwicklungshelfer die Realität kennen. Sie machen keine naiven Vorschläge, wie man in einem Land wie Afghanistan mit bewaffneten Aufständischen und Selbstmordattentätern einen zivilen Aufbau organisieren kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, dass Deutschland als Steller der drittgrößten Truppe und als viertgrößte Gebernation in Afghanistan eine aktive Rolle übernimmt. Unsere Sorge heute ist aber, dass die Bundesregierung die Chancen in Afghanistan nicht erfolgreich verbessert. Sie müssten sich jetzt nämlich kritisch zu OEF äußern, Sie müssten die Mängel beim Polizei- und Armeeaufbau abbauen, und Sie müssten dafür Sorge tragen, dass der Comprehensive Approach vor Ort weiterentwickelt wird, sodass Polizei- und Justizaufbau tatsächlich voranschreiten.

Ich möchte Ihnen aber an einem Punkt, dem **Aufbau der Polizei,** schildern, was diese Regierung tatsächlich tut. Ich meine, beim Polizeiaufbau verhält sie sich wie ein Juniorpartner.

Sie haben im Juni dieses Jahres die Federführung an die EU abgegeben. Das Ziel war, dass die EU die Ressourcen bündelt, den Aufbau stärkt und das Ganze mit dem EU-Programm Justizaufbau verzahnt. Und was sehen wir in der Praxis? (D) In der Praxis sehen wir, dass man vom Regen in die Traufe gekommen ist. Die Verzahnung findet gar nicht statt. Faktisch ist es so, dass der Aufbau stockt, nur knapp die Hälfte des Personals vor Ort ist. Wir sehen vor Ort, dass die Europäische Kommission ihre Finanzmittel quasi als Faustpfand benutzt, um die Mitgliedstaaten zu erpressen, um mehr Zuständigkeit im Sicherheitsbereich für die Europäische Kommission zu bekommen.

Frau Merkel, an dieser Stelle wäre ein Punkt, an dem Sie einmal auf den Tisch hauen und dafür Sorge tragen müssen, dass EUPOL jetzt und nicht irgendwann im nächsten Jahr tatsächlich personell, technisch und finanziell ausgestattet ist, obwohl selbst das eigentlich zu wenig ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann doch nicht sein, dass wir am Ende in anderen Interessen der Europäischen Kommission hängen bleiben, einmal ganz zu schweigen von der zögerlichen Bereitstellung von Beamten durch die Bundesländer. An dieser Stelle – das muss ich sagen – ist es ein Armutszeugnis, dass die Polizeibeamten, die da sind, nicht einmal Fahrzeuge haben, um sich zu bewegen.

Wir wissen auch – das haben wir in unserem Antrag angesprochen –, dass es noch mehr braucht, es braucht nämlich ein Konzept für **Pakistan.** Wir vermissen, dass dort mit einem sortierten Konzept ordentlich vorgegangen wird. Ein regionales Konzept hat diese Bundesregie-

(A) rung nicht. Sie vertritt eine meines Erachtens kurzfristige Außenpolitik, weil sie Pakistan und Indien aufrüstet, was wir für unverantwortlich halten, weil es kein komplettes Konzept gibt, das auch dafür sorgt, dass diese Grenzregion anders ausgestattet ist.

Wir sind in tiefer Sorge, ob das Zeitfenster für Afghanistan jetzt wirklich genutzt wird. Wir stimmen mehrheitlich nicht zu, aber ich sage ganz klar: Als Opposition haben wir nicht jede Umsetzung in der Hand. Die mehrheitliche Enthaltung ist für uns der Ausdruck von Sorge, ob in Afghanistan im zivilen Bereich genug getan wird.

Es ist der Ausdruck einer Aufforderung, jetzt hinzufahren, die Konzepte zu entwickeln, das Zivile zu stärken, es mehr zu koordinieren und kontraproduktive Militäreinsätze zu unterlassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für eine Kurzintervention erhält die Kollegin Heike Hänsel das Wort.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Frau Künast, was Sie hier über **Malalai Joya** gesagt haben, kann ich so nicht stehen lassen. Diese Frau hat eine Biografie. Sie hat in jüngsten Jahren bereits gegen das Taliban-Regime gekämpft. Sie setzt sich aktiv genau gegen diese Fundamentalisten in Afghanistan ein, die in vielen wichtigen Positionen im Parlament und in den Regionen sitzen. Ich finde es ein Unding, dass Sie sie hier (B) in dieser Art und Weise als eine zweifelhafte Kronzeugin bezeichnen. Das machen Taliban und Fundamentalisten in Afghanistan genauso.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre parlamentarischen Kolleginnen, die Sie zitiert haben, haben dafür gestimmt, dass sie aus dem Parlament ausgeschlossen wird. Daran können Sie auch sehen, wie weit die Demokratisierung in dem Parlament vorangeschritten ist. Wir haben versucht, dass sie eine Möglichkeit bekommt, hier im Auswärtigen Ausschuss zu sprechen. Das wurde ihr auch mit der Begründung verwehrt, sie sei ja nicht Teil der offiziellen Delegation. Also wurde ihre Ausgrenzung hier sogar noch fortgeführt.

(Beifall bei der LINKEN)

In meinen Augen brauchen Sie nach dieser Rede das Wort von Frauenrechten in Afghanistan und der Fortführung von ISAF nicht mehr in den Mund zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von den Linken: Bravo!)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Kollegin, ich will nicht in Zweifel stellen, dass für die frühere Abgeordnete Malalai Joya die Situation in Afghanistan schwer war

(Zuruf von der Linken: Sie ist es immer noch!)

(C) und dass sie sich dort unter Gefährdung ihres eigenen Lebens engagiert hat. Ich glaube aber trotzdem, dass sie als Kronzeugin für die Zustände in Afghanistan, als die ihre Fraktion sie heranzieht, zweifelhaft ist.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Das können Sie doch nicht wissen! Reden Sie doch mit ihr!)

Denn es gibt in Afghanistan – auch ich war dort und habe mit Frauen und Männern geredet – viele Frauen, die meinen, dass sie immerhin inzwischen auf einem Weg sind, dessen Grundrichtung stimmt.

Wir alle wissen, wie extrem schwierig die Situation in Afghanistan ist. Insofern nehme ich mir diese Meinung heraus und weise darauf hin, wie viele Frauen in Afghanistan dem Parlament angehören oder in NGOs kämpfen und wie viele Entwicklungshelfer und Hilfsorganisationen Frauen vor Ort helfen, ihren Lebensalltag zu gestalten, Geld zu verdienen, sich bewegen zu können und Bildung zu erleben.

Mit Verlaub, die Frage, ob ich für Frauenrechte kämpfe, beantworten nicht Sie; das habe ich in meinen 51 Lebensjahren immer selbst entschieden. Das wird mit Sicherheit so bleiben, und das ist gut so.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul.

(D) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle sind erleichtert und froh, dass **Rudolf Blechschmidt** endlich freigekommen ist. Wir haben mit ihm und seinen Angehörigen mitgelitten und hoffen, dass er die schweren Belastungen während der Geiselnahme gesund übersteht. Wir fühlen mit ihm und hoffen, dass er die Konsequenzen gut überwinden kann. Ich denke, das kann ich für uns alle sagen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich war selbst im Dezember 2001 nach dem Sturz der Taliban in Kabul. Alle Menschen dort haben es begrüßt, dass wir gekommen sind; sie haben aber auch gefragt, ob wir auch an ihrer Seite bleiben werden, wenn die Lage schwieriger wird, oder ob sich wie 1989 nach dem Abzug der Sowjets die Welt wieder von Afghanistan abwenden wird.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ja!)

Ich habe damals zugesagt – dieser **Verpflichtung** fühle ich mich nach wie vor verbunden –: Wir werden an eurer Seite bleiben.

Ich appelliere an alle Kolleginnen und Kollegen – auch an die Kolleginnen und Kollegen der Grünen –, die das im Jahr 2001 genauso gesehen haben: Bitte ste-

Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul

(A) hen Sie zu dieser Verpflichtung. Internationale Verpflichtungen können nicht alle fünf Jahre verändert werden. Bitte stehen Sie dazu! Ich fühle mich verpflichtet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch völlig falsch, die zivile und militärische Unterstützung auseinanderzudividieren. Das geht an den Realitäten Afghanistans völlig vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ohne flankierende Unterstützung durch die Truppen der internationalen Gemeinschaft steht der **zivile Wiederaufbau** auf verlorenem Posten. Das ist die Wahrheit. Wenn Sie den Truppenabzug fordern, dann heißt das, dass Sie auch den zivilen Wiederaufbau aufgeben. Das kann nicht Ihre Position sein. Deshalb appelliere ich an die Linkspartei: Denken Sie auch in dieser Frage um!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Die Konsequenz wäre, dass **Frauen** wieder unterdrückt werden. Die afghanische Frauenministerin hat das deutlich geschildert. Sie war sechs Jahre lang im Keller ihres eigenen Hauses eingesperrt, den sie nicht verlassen konnte. Wollen Sie zulassen, dass Frauen wieder unterdrückt werden? Wollen Sie zulassen, dass es wieder zu massiven Menschenrechtsverletzungen kommt?
(B) Nein, das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das **UN-Prinzip der „Responsibility to protect“,** das seit einigen Jahren besteht und vorsieht, denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können oder deren jeweilige Regierung nicht selbst in der Lage dazu ist. Das heißt, wir müssen der Regierung in Afghanistan heute auch deshalb beistehen, damit es nicht wieder zu massiven Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen kommt. Es ist völlig klar, dass wir den zivilen, den wirtschaftlichen und den politischen Wiederaufbau voranbringen müssen. Deshalb müssen wir der Verlängerung des ISAF-Mandats zustimmen. Ich möchte an dieser Stelle **Tom Koenigs** danken, der hervorragende Arbeit geleistet hat und der Ende dieses Jahres seine Arbeit dort beenden wird. Er hat wunderbare Worte an Ihre Adresse gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Ich hoffe, dass Sie sie bei der Abstimmung beherzigen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es wurde bereits viel über die Erfolge gesagt. Deshalb nur so viel: Als ich im Jahr 2001 in Afghanistan war, konnte kein **Mädchen** in die **Schule** gehen. Heute gehen etwa 3 Millionen Mädchen in die Schule. Das ist ein wunderbares Ergebnis. Frauen sind zudem beim Zugang zum Gesundheitswesen nicht mehr diskriminiert.

(C) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass niemand einen Rückfall akzeptieren wird; das würden wir auch nicht hinnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kollegin Renate Künast, es geht nicht um ein „Weiter so“, sondern um das Setzen besonderer Schwerpunkte, zum Beispiel bei der Ausdehnung der Rechtsstaatlichkeit und der guten Regierungsführung in alle Regionen. Das bedeutet unter anderem, den Aufbau der afghanischen **Polizei** in der Fläche voranzubringen. Ich fordere die Europäische Union auf, dazu beizutragen, dass endlich logistische Probleme überwunden werden und volle Handlungsfähigkeit erreicht wird, damit die Polizei in Afghanistan in vollem Umfang ausgebildet werden kann und die Präsenz der europäischen Polizeimission wirkt; das reicht bisher nicht aus. Wir, die Bundesregierung, setzen einen besonderen Schwerpunkt bei der Ausbildung der Polizei. Das gilt sowohl in Kabul als auch – das ist neu – in Masar-i-Scharif. Wir unterstützen zudem den Fonds, aus dem die Gehälter derjenigen, die für den Rechtsstaat tätig sind, mitfinanziert werden.

Der Aufbau des **Justizsektors,** den wir unterstützen, hängt eng damit zusammen. Hier geht es insbesondere um die Unterstützung und die Hilfe für Frauen; das ist ein besonderer Schwerpunkt. Ein weiterer ist die Einbeziehung der ländlichen Bevölkerung. Renate Künast, wir reden nicht nur, sondern handeln auch praktisch. Wir ergreifen zum Beispiel Maßnahmen, die Einkommen schaffen. Wir haben es im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts von
(D) KfW-Entwicklungsbank und Aga-Khan-Stiftung geschafft, dass seit 2005 rund 30 000 **Kleinstkredite** vergeben wurden. Damit wurden 150 000 Haushalte erreicht. Das Netz soll auf 21 Niederlassungen ausgebaut werden. Das ist realer Wiederaufbau. Ihn wollen und werden wir voranbringen.

Im Zusammenhang damit steht ein weiterer Schwerpunkt, der mir ganz besonders am Herzen liegt. Rund 70 Prozent der Bevölkerung sind unter 25 Jahre. Wir wollen durch Ausbau des **Bildungswesens** und vor allen Dingen des Grundbildungsbereichs dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche, gerade Mädchen, die Chance haben, in die Schule zu gehen. Wir unterstützen den nationalen Bildungsplan des zuständigen Ministers mit 17 Millionen Euro. Damit können 1 000 Schulen neu gebaut werden und wird 8 000 Lehrerinnen und Lehrern die Chance eröffnet, mit ihrer Ausbildung dazu beizutragen, dass Kinder eine gute Zukunft haben. Das ist realer Wiederaufbau. Wir dürfen deshalb das Klima der Sicherheit nicht gefährden. Es ist wichtig, den zivilen Aufbau voranzubringen und zugleich das ISAF-Mandat zu bestätigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich möchte mich noch einmal an die Adresse der Linkspartei wenden. Ich finde, dass Sie die Augen vor einer Situation verschließen, die sich qualitativ verändert hat. **Selbstmordattentate** sind eine neue Entwicklung. Dieser Entwicklung kann man nicht mit Gewaltfreiheit

Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul

(A) begegnen. Was würden Sie denn sagen, wenn Selbstmordattentate in unserem Land begangen würden? Wohin ziehen Sie sich dann zurück?

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Eine Frage der Ursache!)

Es ist nicht links, zu sagen, es dürfe keine militärische Aktion stattfinden.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Ursachenanalyse!)

Das ist nicht links, sondern damit würden gerade die Chancen der Menschen eingeschränkt werden, eigene Entscheidungen zu treffen. Aus meiner Sicht heißt links sein, dazu beizutragen, dass Menschen bessere Lebenschancen haben und dass sie selber und eigenständig entscheiden können.

(Widerspruch des Abg. Frank Spieth [DIE LINKE])

Wer dazu beiträgt, das zu verhindern, der tut das genaue Gegenteil dessen, was man von der Linken erwartet, nämlich Menschen zu schützen und dazu beizutragen, dass sie bessere Lebenschancen und bessere Möglichkeiten haben, ihr eigenes Leben zu gestalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer wie die Linkspartei sagt, die Bundeswehr müsse raus aus Afghanistan, der versucht eigentlich, sich ganz woanders anzubiedern. Darüber müssen Sie selbst noch einmal nachdenken.

(B)

Letzter Punkt: Ich danke all denjenigen, die die Arbeit vor Ort leisten. Ich bin ganz sicher, dass der Wiederaufbau in Afghanistan ein Erfolg für die Menschen, die so lange gelitten haben, sein kann und dass der Erfolg auch im Interesse unserer eigenen Sicherheit ist.

Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Hellmut Königshaus, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Hellmut Königshaus (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute Morgen schon sehr viel über die Erfolge, die in Afghanistan erzielt wurden, gesprochen. Ja, die gibt es, und es gibt sicherlich wesentlich mehr, als die Kollegen von der Linksfraktion zuzugeben bereit sind. Würden wir uns von dort zurückziehen, würde alles das, was wir erreicht haben, zusammenbrechen. Deshalb müssen wir diese Erfolge im wahrsten Sinne des Wortes verteidigen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie, Herr Bisky, sagen, der gute Zweck heilige nicht die militärischen Mittel, dann möchte ich wissen, (C) wann denn militärische Mittel überhaupt gerechtfertigt sind, wenn nicht für einen guten Zweck.

(Beifall bei der FDP)

Das ist der Grund, weshalb die FDP-Fraktion der Verlängerung des Mandats zustimmen wird. Ohne **Sicherheit** – das ist das Credo, das wir immer wieder von den Entwicklungspolitikern, aber auch von anderen im Hause gehört haben – gibt es keine Entwicklung. Das müssen wir konkret umsetzen. Dazu dienen nicht solche unwürdigen Wortwechsel, wie wir sie hier gerade erlebt haben. Dazu ist das Thema viel zu wichtig. Frau Künast, was nun eigentlich Ihre Empfehlung an Ihre Fraktion ist, das ist, so glaube ich, niemandem hier im Raum klargeworden, Ihrer eigenen Fraktion wahrscheinlich auch nicht.

Wir dürfen uns bei diesem Thema nicht in die Büsche schlagen. Wenn wir unsere Bekenntnisse zu den Menschenrechten und zur weltweiten Entwicklung wirklich ernst meinen, dann müssen wir uns zur Solidarität mit Afghanistan bekennen. Dazu gehört, dass wir klare Bekenntnisse abgeben, wie wir tatsächlich weiter verfahren wollen. Wir jedenfalls, die Liberalen, sagen Ja zum **zivilen Aufbau** und deshalb auch Ja zu den militärischen Einsätzen; denn unter diesen konkreten Bedingungen sind das zwei Seiten einer Medaille. Diejenigen, die auf Fortschritte verweisen, haben völlig recht, aber auch diejenigen, die Zweifel anmelden, ob das schon reicht. Wenn wir nicht durchhalten – das müssen wir sehen –, werden wir keine Fortschritte machen, weder schnelle noch langsame, sondern wir werden im Gegenteil alles zerstören. Deshalb müssen wir zunächst einmal denen, (D) die vor Ort tätig sind, unsere Solidarität zeigen, unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen und unsere Unterstützung gewähren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das zentrale Problem in Afghanistan ist die ausufernde **Drogenwirtschaft.** Das ist hier viel zu wenig erörtert worden. Sie ist die wirtschaftliche Basis für den Terror, der dort ausgeübt wird. Wir werden dem Problem nicht begegnen können, wenn wir unsere Konzepte nicht entschieden ändern. Wir haben bisher kein Konzept der Bundesregierung zu diesem Thema gehört. Ein solches fordern wir hier ein.

Es geht vor allem darum, dass unsere dort tätigen Helfer, die militärischen wie die zivilen, die notwendige Unterstützung bekommen, nicht nur unsere ideelle. Wohlfeile Worte werden ihnen da nicht helfen. Die Soldaten brauchen Ausrüstung. Die zivilen Aufbauhelfer brauchen Konzepte und vor allem ein ausreichendes **Budget.** Daran fehlt es nach wie vor.

Wenn wir einfach einmal vergleichen, wo wir wirklich Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit und beim Aufbau setzen, dann werden wir feststellen: Der Schwerpunkt liegt noch immer nicht auf Afghanistan. Wir tun viel zu wenig für den zivilen Aufbau. Wenn wir das, was wir tun, mit dem vergleichen, was die **Kanadier** dort in diesem Bereich leisten – die Kollegen des kanadischen Parlaments haben die Besuchertribüne

Hellmut Königshaus

(A) gerade verlassen –, dann stellen wir fest, dass wir immer noch viel zu wenig tun.

(Beifall bei der FDP)

Wie bereits angesprochen wurde, haben wir in vielen Bereichen unsere Schulaufgaben noch nicht gemacht. In den wesentlichen Fächern, für die wir die Verantwortung übernommen hatten, haben wir noch nicht einmal angefangen, sie zu machen. Nehmen wir die **Polizeiausbildung:** Das ist doch eine Blamage sondergleichen, was wir dort erleben. Ich bin froh, dass Sie, Herr Minister Huber, hier sind. Auch die Länder haben dort eine Verpflichtung. Sie verfügen über die meisten Polizeikontingente. Auch sie müssen bereit sein, dort etwas mehr zu tun, als sie bisher getan haben. Wir Deutsche können uns nicht hinter Europa verstecken. Die Länder sind mit dabei.

(Beifall bei der FDP)

Was die Drogen- und **Korruptionsbekämpfung** angeht, erleben wir eine klassische Kopf-in-den-Sand-Politik. Frau Bundeskanzlerin, dass besser koordiniert und dass die Schwerpunktsetzung besser betrieben wird, hat übrigens nichts mit Reisen zu tun, sondern mit Führung, auch durch Sie. Sie müssen hier dafür sorgen, dass die Menschen vor Ort tatsächlich eine Friedensdividende spüren. Nur dann werden wir etwas erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Soldaten brauchen die erforderliche Ausrüstung. Das Trauerspiel um die Hubschrauber ist schlichtweg unverständlich. Auch Sie, Herr Struck, haben als (B) Verteidigungsminister über viele Jahre in Kenntnis dieses Problems nichts unternommen. Wir haben unsere Probleme mit dem gegenwärtigen Verteidigungsminister; aber er war immerhin derjenige, der neue Beschaffungen veranlasst hat. Ich weise darauf hin, auch wenn es uns noch viel zu lange dauert.

Ich komme zum Schluss. Wenn wir unsere Anstrengungen nicht massiv verstärken, werden wir nicht vorankommen, sondern zurückfallen. **Rupert Neudeck** hat kürzlich bei einer Anhörung unserer Fraktion gesagt, noch sei Afghanistan nicht verloren. Er hat das Wort „noch“ betont. Noch ist nichts verloren, meine Damen und Herren, aber die Zeit wird knapp. Darum müssen wir zusammenstehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Ich erteile das Wort dem Kollegen Ruprecht Polenz für die CDU/CSU-Fraktion.

Ruprecht Polenz (CDU/CSU):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Etwa 60 Prozent der Menschen in Deutschland antworten auf die Frage, ob die Bundeswehr in Afghanistan bleiben soll: Holt sie nach Hause. Hingegen sagen 80 Prozent der Menschen in Afghanistan: Bitte, bleibt bei uns; wir brauchen euch so lange, bis wir selber für unsere eigene Sicherheit sorgen können. Diese unterschiedlichen Meinungsspiegel in den jeweiligen Bevölkerungen machen deutlich: Man hat in Afghanistan sehr wohl verstanden, dass **die Absicherung des zivilen Aufbaus durch Streitkräfte** – sie müssen noch aus dem Ausland kommen, weil man selber nicht stark genug ist – unabdingbar ist, während in Deutschland – gerade unter dem Eindruck der Berichterstattung über den Irakkrieg – der Eindruck entsteht, dass es in Afghanistan so ähnlich wie im Irak werden könnte und dass man sich deshalb lieber früher als später zurückziehen müsse. (C)

Es stellt sich die Frage: Warum sind wir dort? Das müssen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern hier in Deutschland besprechen. Wenn die Talibanregierung Bin Laden nach den Anschlägen vom 11. September an die USA ausgeliefert hätte, dann wären unsere Truppen wahrscheinlich nicht in diesem Land. Weil sie das aber nicht getan haben, weil sie vielmehr den Eindruck erweckt haben, entschlossen zu sein, weiterhin mit **al-Qaida** zusammenzuarbeiten und ihr einen Zufluchtsort zu gewähren, hat sich die Entwicklung dann so vollzogen, wie sie sich vollziehen musste, im Interesse unserer eigenen Sicherheit.

Die Biografien der Attentäter vom 11. September, die aus verschiedenen Ländern kamen und ganz unterschiedliche Personen waren, hatten eines gemeinsam, sie waren alle für Wochen und Monate in Trainingscamps der al-Qaida in Afghanistan gewesen. Wir wissen inzwischen, dass die Anschläge der al-Qaida europaweit, weltweit Opfer gefordert haben – darunter auch Deutsche in anderen Teilen der Welt. Die Anschläge in London und Madrid und das, was im Sauerland geplant wurde, gehen ebenfalls auf al-Qaida zurück. (D)

Die Menschen bei uns fragen sich: Wie lange muss die Bundeswehr in Afghanistan bleiben? Die Antwort ist relativ einfach zu geben. Die Bundeswehr muss dort so lange bleiben, bis von Afghanistan keine Gefahr mehr für unsere Sicherheit ausgeht, bis Afghanistan selbst für seine eigene Sicherheit sorgen kann. Denn der Satz: „Ohne Frieden in Afghanistan gibt es keine Sicherheit für uns“, ist richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zum Aufbau der eigenen **Sicherheitsstrukturen** braucht Afghanistan Hilfe: zum Aufbau einer loyalen Armee, der Polizei, eines funktionierenden Justizwesens und einer funktionierenden Rechtsordnung. Dabei sind sicherlich noch stärkere Anstrengungen als bisher nötig. Insbesondere bei der **Polizeiausbildung,** bei der wir ursprünglich als Führungsnation eine besondere Verantwortung getragen haben – bei EUPOL stellen wir nach wie vor einen starken Anteil –, müssen wir mehr tun. Denn im Bewusstsein der Afghanen tritt ihnen ihr eigener Staat in den existenziellen Vorsorgevorkehrungen gerade auch durch die Polizei gegenüber. Vor ihrer alten Polizei hatten sie oft Angst. Sie war korrupt; sie war ein Werkzeug von Warlords, von anderen. Deshalb ist es so wichtig, eine zivile Bürgerpolizei aufzubauen, auf die sich die Afghanen verlassen können. Das ist auch ein Schlüssel für die Akzeptanz der afghanischen Regierung in der afghanischen Bevölkerung.

(A)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir hier eine nachlaufende Verantwortung aus unserer früheren Position als Führungsnation. Ich würde mir wünschen, dass wir hier verstärkt darüber sprechen – trotz unserer föderalen Probleme bei der Polizeiausbildung –, wie wir hier mehr tun können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Es gibt eine Zwischenfrage des Kollegen Nachtwei. Ganz offenkundig möchten Sie sie zulassen. Bitte Herr Kollege Nachtwei, Sie haben das Wort.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Kollege Polenz, Sie haben völlig zu Recht die Bedeutung des Polizeiaufbaus für eine nachhaltige Sicherheitsstruktur in Afghanistan angesprochen und woran es da bisher so eklatant fehlt. Wir waren gemeinsam auf der NATO-Parlamentarier-Versammlung in Reykjavík, bei der glücklicherweise auch acht Länderinnenminister dabei waren. Ist Ihnen bei den **Länderinnenministern,** die zum Polizeiaufbau in Afghanistan durch Polizisten auch etwas beitragen, irgendein sonderliches Interesse an der Afghanistan-Frage aufgefallen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Ja! – Lachen bei der CDU/CSU)

(B)

unter anderem des nordrhein-westfälischen Innenministers Wolf von der FDP?

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Der ist der Beste – mit Abstand!)

Ruprecht Polenz (CDU/CSU):

Ich gehe davon aus, Herr Kollege Nachtwei, dass die Innenminister von Bund und Ländern auf der einen Seite das Problem haben, dass im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung die Präsenz der Polizei etwa auf der Straße, an sozialen Brennpunkten stärker sein könnte, als sie es ist. Von daher haben sie den Eindruck, sie hätten schon in Deutschland an allen Ecken und Enden mit dem Polizeieinsatz zu knapsen. Andererseits wissen sie im Sinne einer Sicherheitsvorsorge und Prävention, dass die Hilfe für Afghanistan auch Vorkehrungen erleichtert, die sie sonst im Hinblick auf Terroranschläge, Prävention vor solchen Attentaten, hier leisten müssten. Von daher kann man wohl die Innenminister davon überzeugen oder sie sind davon überzeugt, dass ein Einsatz deutscher Polizeikräfte zu Ausbildungszwecken in Afghanistan der Sicherheit hier in Berlin auf dem Prenzlauer Berg oder in München oder in Münster, wo wir beide herkommen, in gleicher Weise dient.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen natürlich darüber nachdenken, was wir machen können, um Polizeikräfte schneller verfügbar zu haben, damit wir die Lücke, die zwischen Militäreinsatz und ziviler Verwaltung beim Aufbau von sogenannten Failed States entsteht, rascher und schneller schließen können.

(C)

Lassen Sie mich etwas zur Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit sagen. Wir sind im **Auftrag der Vereinten Nationen** in Afghanistan. Diejenigen, die heute sagen, wir können der Verlängerung des Bundeswehrmandates nicht zustimmen, oder die sich der Stimme enthalten, geben im Grunde den Vereinten Nationen diesen Auftrag zurück. Wir sind auf Bitten der afghanischen Regierung im Land. Wer sich heute der Stimme enthält oder dagegen stimmt, der sagt: Ihr habt uns vergebens gebeten, seht zu, wie ihr klarkommt! Wir sind im Bündnis mit der **NATO** in Afghanistan. Wer sich heute der Stimme enthält oder dagegen stimmt, der sagt: Es ist uns egal, wie ihr dort weitermacht. Wir verabschieden uns jetzt.

Machen Sie es sich mit den Signalen nicht so einfach! Das sage ich an die Adresse der Grünen. Sie können vielleicht noch der deutschen Öffentlichkeit das komplizierte Verfahren erklären, wie Ihre Abstimmungen hier stattfinden. In der Weltöffentlichkeit und in Afghanistan wirkt eine mehrheitliche Enthaltung Ihrer Fraktion wie der Einstieg zum Ausstieg. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei. Ich glaube, dass diese Verantwortung auf manchen von Ihnen schwer lastet. Vielleicht führt dies ja noch dazu, dass der eine oder andere sagt: Das Signal, das von dieser Bundestagsabstimmung in Kabul ankommt, ist wichtiger als das, was bei meiner eigenen Parteibasis vor Ort ankommt. Das ist die Frage, vor der Sie stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

(D)

Wir stehen zu Afghanistan und unserer Rolle, dabei mitzuhelfen, das Land zu befrieden und aufzubauen. Wir brauchen nach 30 Jahren Krieg und Bürgerkrieg einen politischen Versöhnungsprozess. Grundlage dafür muss die demokratisch verabschiedete neue afghanische Verfassung sein.

Priorität hat der zivile Wiederaufbau. Die Erhöhung der Mittel auf 125 Millionen Euro ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, aber es müssen weitere folgen. Es geht um Good Governance und um Arbeitsplätze in Afghanistan. Die militärische Bekämpfung der Aufständischen muss gemeinsam mit unseren Bündnispartnern fortgesetzt werden. Die Bundeswehr muss und wird so lange bleiben, bis afghanische Sicherheitskräfte selbst für die Sicherheit der Afghanen sorgen und gewährleisten können, dass von afghanischem Territorium keine Gefahren mehr für uns und die internationale Gemeinschaft ausgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Ursula Mogg für die SPD-Fraktion.

Ursula Mogg (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ehrt dieses Parlament und unsere Gesellschaft insge-

Ursula Mogg

(A) samt, dass wir über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte immer wieder neu miteinander ringen. Das tun wir heute einmal mehr. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass uns nur eine absolut offene und intensive Diskussion vorwärtsbringt und letztlich auch eint.

Wir erwarten heute eine breite Mehrheit im Deutschen Bundestag zur Fortsetzung des militärischen Engagements in Afghanistan einschließlich des Einsatzes der Tornados. Das ist das Ergebnis fortgesetzter Debatten – oft schwierig, zugegeben. Diese Debatten, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, folgen keiner Kriegslogik; ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Medien berichten über jede einzelne Variante unserer Diskussion, und das ist auch gut so. Wir tauschen uns mit afghanischen Kolleginnen und Kollegen ebenso aus wie mit den Kolleginnen und Kollegen im Bündnis. Als Fachpolitiker suchen wir das Gespräch mit den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz und selbstverständlich mit all denen, die in den unterschiedlichsten Organisationen Verantwortung für den demokratischen und zivilen Aufbau des Landes übernommen haben.

Uns erreichen in diesen Tagen viele Hinweise und Ratschläge von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Gerade heute Morgen haben Menschen vor diesem Parlament ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Einsatz zum Ausdruck gebracht. Ich möchte feststellen: Wir wägen jedes einzelne Argument. Wir geben nicht ein- (B) fach Prokura, liebe Kollegin Künast. Das sage ich in Würdigung Ihres persönlichen Meinungsfindungsprozesses, aber auch des Meinungsfindungsprozesses Ihrer Fraktion und Partei. Die Erfahrung lehrt, dass wir das ganz ordentlich machen. Dafür ist die Debatte über den Einsatz der Aufklärungs-Tornados ein gutes Beispiel. Nach einer mehr als kritischen und intensiven Diskussion ist der Auftrag der Tornados klar: Sie leisten keine militärische Luft-Boden-Unterstützung. Sie führen topografische Aufklärung durch. Das Lagebild, das nach der Rückkehr erstellt wird, ist mehrere Stunden alt und somit untauglich für eine direkte Zieldatenübermittlung.

(Beifall der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

Vor dem Hintergrund einer erkennbar schwierigen Lage wird der Ruf nach einem **Strategiewechsel** laut. Welche Strategie aber ist notwendig und richtig? Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich in dieser Debatte schon kritisch mit dieser Frage auseinandergesetzt. Ja, es ist wahr, wir können und müssen noch mehr tun für den zivilen Aufbau. Ja, wir können und müssen noch mehr tun für Schulen und Bildung. Ja, wir können und müssen noch mehr tun für den Aufbau und den Dialog mit der Zivilgesellschaft. Ja, der Zugang zu medizinischer Basisversorgung ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Aber stellt die Aufstockung von Mitteln für zusätzliche Projekte allein schon einen Strategiewechsel dar? Ich meine: Nein.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

(C) Notwendig und richtig aber ist es, die unterschiedlichen Ansätze und Akteure zu einem abgestimmten und kohärenten Ansatz zusammenzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte mit einem kleinen Beispiel arbeiten: Viele fleißige Arbeiter haben sich vorgenommen, ein großes schönes Haus zu bauen. Sie haben auch viele gute Ideen, wie dieses Haus aussehen soll. Allerdings sind zu viele Architekten am Werk. So ist an eine Realisierung der guten Idee nicht zu denken.

Der Kollege Bartels hat die unterschiedlichen Vorgehensweisen gestern in einem Beitrag in der *Financial Times Deutschland* am Beispiel des Sicherheitssektors beschrieben: Einheiten unter NATO-Kommando, Einheiten unter OEF-Kommando, nationale Kräfte, die keinem der beiden Kommandos unterstellt sind, und private Sicherheitsfirmen, mit deren Arbeit sich aus guten Gründen derzeit der US-Kongress beschäftigt. Darüber hinaus gibt es die afghanische Armee und die afghanische Polizei. Ich füge hinzu: Jeder dieser Akteure hat jenseits der Kommandostruktur und des Auftrags gelegentlich auch eine sehr spezielle Idee davon, wie der Auftrag, Sicherheit für Land und Leute herzustellen, erreicht werden kann. Zugegeben, das ist etwas vereinfacht. Aber es geht im Kern in der Tat um ein Konzept für Afghanistan, das die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte des internationalen Engagements auf einen gemeinsamen Nenner bringt. Nur so ist das Ziel zu erreichen.

(D) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Als Verteidigungspolitikerin unterstreiche ich klar und deutlich die Notwendigkeit, noch mehr in zivile Projekte zu investieren. Was sonst? Es ist jedoch meine Aufgabe, insbesondere einen Blick auf das ebenso unbestritten notwendige **militärische Engagement** zur Absicherung der Gesamtentwicklung zu werfen. Ministerin Wieczorek-Zeul unterstreicht zu Recht, dass eine rasche Stabilisierung der Situation in Afghanistan durch Entwicklungshilfe allein nicht zu leisten ist. Was also ist zu tun?

Aufgabe Nummer eins: alle Maßnahmen kritisch überprüfen und, wenn notwendig, neu justieren.

Aufgabe Nummer zwei: afghanische Sicherheitskräfte, Soldaten und Polizisten weiter ausbilden und damit in die Lage versetzen, die Sicherheit des Landes selbst gewährleisten zu können. Dazu gehört auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, sie so zu bezahlen, dass sie zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes nicht darauf angewiesen sind, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn der Tagelöhner im deutschen Feldlager mehr verdient als ein Polizist, darf man sich über nichts wundern. Die aktuellen Berichte nach der Befreiung der deutschen Geisel sind ein Beispiel dafür.

Aufgabe Nummer drei: Das PRT-Konzept muss weiter in die Fläche wirken können. Dazu sind kleine Teams aus zivilen und militärischen Kräften zu bilden, die die

Ursula Mogg

(A) ländliche Bevölkerung in den oft weglosen Regionen erreichen. Ihre Aufgabe muss es sein, mit der Bevölkerung vor Ort sinnvolle Projekte zu identifizieren und zu realisieren. Dabei geht es auch um die Stärkung der Afghan Ownership. Dabei müssen die finanziellen Mittel, die den PRTs zur Verfügung stehen, im Interesse einer schnellen und flexiblen Hilfe aufgestockt werden.

(Beifall der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

Aufgabe Nummer vier: Kohärenz erarbeiten für alle Bereiche. Das ist nicht nur naheliegend – siehe Beispiel Sicherheitssektor –, sondern zwingend notwendig.

Last, not least Aufgabe Nummer fünf: Wir müssen uns offen und ehrlich mit der Situation in Afghanistan befassen. Das bedeutet auch, dass wir unseren eigenen militärischen Beitrag kritisch an der Herausforderung messen. Darauf hat unter anderem der ehemalige Bundeswehrgeneralinspekteur Kujat in einem Beitrag in der Ausgabe des *Tagesspiegel* von vorgestern hingewiesen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Blick auf ein Ereignis dieser Woche werfen: die Fotoausstellung des Bundesministeriums der Verteidigung, nur einige Meter von hier entfernt im Paul-Löbe-Haus. Es sind fantastische Bilder von grandiosen Landschaften, von Menschen, jungen, dynamischen Menschen, Kindern, zum Beispiel einem Jungen, der sich mit seiner Jacke als Fan des FC Bayern München präsentiert.

(Beifall des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(B) Ich rate Ihnen allen, diese Ausstellung anzusehen. Herr Minister, ich schlage Ihnen vor, darüber nachzudenken, diese Ausstellung auf Reisen gehen zu lassen, damit sie überall im Land gesehen werden kann. Sie ist wirklich absolut fantastisch.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich wünsche sehr, dass das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen möglichst bald möglichst vielen Afghanen viele neue Perspektiven bietet; denn im Kern geht es um unser aller Sicherheit. Zur Fortsetzung des Mandates gibt es derzeit keine Alternative.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Bernd Schmidbauer ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bernd Schmidbauer (CDU/CSU):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit einem Zitat von Herrn Naumann beginnen, der jüngst unter dem Titel „Bündnisfall im Bundestag“ zu der aktuellen Debatte über Afghanistan Stellung bezogen hat. Ich stimme ihm zu. Er verweist auf eine Kommission des britischen Parlaments, die festgestellt hat:

(C) Afghanistan braucht eine dauerhafte militärische und finanzielle Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft. Wenn sie am Hindukusch Erfolg haben will, muss der Umfang ihres Engagements sehr groß sein – wesentlich größer, als es die Weltgemeinschaft gegenwärtig wahrhaben will, geschweige denn zu leisten bereit ist.

Das ist eine Seite der Debatte über unseren Einsatz in Afghanistan.

Zu Recht führt Herr Naumann aus, dass der Bundeswehreinsatz in Afghanistan keine Frage von Monaten, sondern von Jahren ist. Ich teile auch die Ansicht, dass, wenn sich die internationale Gemeinschaft aus Afghanistan zurückzieht, das Land zurück in die Hände der Taliban fällt und wieder eine Brutstätte des Terrorismus wird. Die Gefahren würden von dort zu uns kommen, und wir müssten ihnen auf unserem Boden begegnen. Wer hier noch Anschauungsunterricht braucht, sollte einmal die letzten terroristischen Angriffe in Europa analysieren; dann sieht er, woher sie eigentlich gekommen sind. Wenn wir unser Engagement aufgeben, dann hat nicht nur die NATO, sondern die ganze zivilisierte Welt verloren.

Es wird mehrfach betont, dass Afghanistan eines der ärmsten und am meisten geschundenen Länder dieser Welt ist. 30 Jahre lang befindet sich Afghanistan im Krieg. Die Menschen leben unter furchtbaren Umständen; sie haben viele Familienangehörige und Freunde verloren, ebenso ihre Häuser, ihr Hab und Gut. Außerdem gibt es kaum Erwerbsmöglichkeiten in dieser Zeit.

(D) Hinzu kommen schwierige Umweltbedingungen. Die Wüste breitet sich immer stärker aus; die Menschen haben unter Dürreperioden zu leiden. Die Menschen fliehen, die Menschen werden vertrieben. Walter Kälin, der Beauftragte des UN-Generalsekretärs für die Menschenrechte von Binnenflüchtlingen, hat aktuell darauf hingewiesen, dass es mindestens 80 000 Binnenflüchtlinge gibt.

Wenn von humanitärer Leistung geredet wird, wird oft vergessen, dass der Zugang zu dieser Hilfe ein großes Problem darstellt. Sie ist kaum mehr möglich, da Mitarbeiter von Hilfsorganisationen angegriffen oder sogar getötet werden. Diesen Umstand nicht zu beachten, ist ein Schwachpunkt in der Argumentation vieler. Ich bin dafür, dass wir **humanitäre Hilfe** leisten. Aber es kann nicht angehen, dass gleichzeitig der militärische Einsatz verteufelt wird. Dabei wird nämlich vergessen, dass das eine ohne das andere völlig unmöglich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Seit sechs Jahren unternimmt die Weltgemeinschaft den Versuch, aus Afghanistan, einem – um es vornehm auszudrücken – sehr instabilen Land, in dem zum Teil katastrophale Zustände herrschen und das zum Teil Brutstätte des Terrorismus war und noch immer ist, ein Land mit Perspektiven für die Bevölkerung zu entwickeln. Eines ist aber klar: Wunder sind nicht zu erwarten. Viele Dinge – das wird deutlich – laufen gut; viele Dinge laufen schlecht oder nur sehr schleppend. Viele Fragen und

Bernd Schmidbauer

(A) Probleme sind nicht gelöst. Ich nenne beispielsweise den Drogenanbau, Drogenhandel, Korruption, fehlende oder kaum belastbare Sicherheitsstrukturen sowie die Ausbildung der Polizei- und der Armeekräfte. Hier muss es Druck auf die Karzai-Regierung geben.

Lieber Herr Kollege Nachtwei, ich möchte noch etwas zu Ihrer Argumentation von vorhin bezüglich der Länder sagen. Ich glaube, wir können feststellen, dass der Innensenator von Berlin, Herr Dr. Hanning und andere mehrfach in Afghanistan waren und sich um diese Dinge gekümmert haben. Es ist nicht so, dass man alles schleifen lässt. Trotzdem gehört zur Wahrheit, dass sich die internationale Gemeinschaft, insbesondere Europa, intensiver um diese Fragen kümmern muss und dafür eintreten muss, dass bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. Es darf letztendlich nicht über Reisekosten debattiert werden, sondern man muss über die Probleme vor Ort wie den Aufbau von Sicherheitsstrukturen reden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Eine Bemerkung noch zum Thema **Drogenanbau,** das schon ein Kollege angesprochen hat. Es ist wahr, dass 92 Prozent des Rohopiums aus diesem Land kommen und damit überall Unheil angerichtet wird. Es ist aber auch wahr – der Kollege von Klaeden hat darauf hingewiesen –, dass in einigen Provinzen kein Opium mehr produziert wird. Es gibt also einen leichten Rückgang bei der Opiumproduktion. Was heißt aber schon leichter Rückgang? Dies sind nur sehr kleine Fortschritte. Aber sie gehören zur Beschreibung der Realität

(B) dazu.

Es muss deutlich werden, dass wir nicht nur den militärischen Aspekt in den Vordergrund stellen und nur über die Fortsetzung unseres militärischen Engagements reden. Auch der zivile Wiederaufbau ist von ganz entscheidender Bedeutung. Es muss hier ein Zusammenspiel von Sicherheits- und Entwicklungspolitik geben. Das ist die Forderung, die an uns herangetragen wird und die sich in der Konzeption der Bundesregierung niederschlägt. Auch die NGOs können ihre Arbeit nicht ohne den Schutz des Militärs leisten.

Ich will noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, nämlich auf die **Nachbarländer.** Wenn wir über Afghanistan reden, verkennen wir oft die Situation im Iran und in Pakistan. Dieser Mangel soll jetzt mithilfe der Vorschläge der G 8 behoben werden. Herr Bundesaußenminister, eine wichtige Bitte: Lassen Sie an dieser Stelle nicht locker! Pakistan ist der Schlüssel für die Befriedung Afghanistans.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer anderes erzählt, verkennt die Wirklichkeit. Er sieht nicht, welche Kämpfe sich in den Provinzen im Grenzgebiet zu Pakistan abspielen. Dieses Gebiet ist ein Rückzugsgebiet der Taliban, wo sie sich mit al-Qaida-Kämpfern treffen, um Anschläge vorzubereiten und um

(C) Menschen auszubilden, die dann in unser Land zurückkehren.

Ich muss nicht besonders darauf hinweisen, wie sensibel derzeit der Dialog mit dem Iran ist. Denn auch der Iran leidet unter der Bedrohung, die von Afghanistan ausgeht.

Sicherlich geht es mit dem Fortschritt nur langsam voran. Aber es geht voran. Es gibt keine Alternative zu unserer Politik. Ich will, ohne alles aufzuzählen, auf folgende Fortschritte hinweisen: 50 Prozent der schulpflichtigen Kinder haben Zugang zu Schuleinrichtungen. Vor einigen Jahren waren es nur 20 Prozent. Insgesamt wurden 3 500 Schulen, allein 300 von der Bundesrepublik Deutschland, gebaut. Es besteht eine medizinische Grundversorgung in weiten Teilen des Landes. All diese Dinge sind nicht zu übersehen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege.

Bernd Schmidbauer (CDU/CSU):
Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Bei aller Kritik dürfen wir jetzt das kleine Pflänzchen Hoffnung, dass wir angebaut haben, nicht der Zerstörung preisgeben. Wenn wir jetzt aufgeben und kapitulieren, dann haben die Gegner der zivilisierten Welt gewonnen. Das wollen wir nicht zulassen. Wir werden den Menschen in Afghanistan zur Seite stehen und helfen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Gehen Sie mit!

(D) Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort hat nun der Kollege Gert Weisskirchen für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum wird die SPD dem Antrag der Bundesregierung zustimmen?

(Zuruf von der LINKEN: Ja, genau!)

Mit unserem Ja werden wir deutlich machen und dazu beitragen, dass die afghanische Bevölkerung ihre Lebensbedingungen durch ihr eigenes Handeln verbessern kann. Damit die afghanische Bevölkerung dies tun kann, braucht sie ein Mindestmaß an Sicherheit. Deshalb ist es nötig, dass wir die Mandate verlängern, und deshalb ist es nötig, dass ISAF gestärkt wird.

ISAF hat kein zentral militärisches Ziel; das wissen alle, die sich intensiv mit der Sache befassen, lieber Kollege Gehrcke. ISAF hat das Ziel, politisch dazu beizutragen, die Institutionen – den gewählten Präsidenten, das gewählte Parlament und die Provinzräte – und die Zivilgesellschaft in Afghanistan zu stärken. Die Menschen in Afghanistan sollen die Chance erhalten, ihr Leben in die

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

(A) eigene Hand zu nehmen. Deshalb brauchen wir die Verlängerung des Mandats. Das wissen alle, die sich mit Afghanistan im Detail befassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich empfehle denjenigen, die in ihrer Entscheidung noch schwanken, sich zu überlegen, ob sie nicht einmal in dieses Land fahren sollten, um den Menschen vor Ort zu begegnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Versperren Sie doch nicht die Augen vor der Realität in Afghanistan! Manchmal habe ich das Gefühl, dass Sie sich die Ohren zustopfen, weil Sie die Klagen der Menschen in Afghanistan nicht hören wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die Menschen in Afghanistan wollen, dass wir dort sind. Sie wollen, dass wir uns nicht wieder abwenden, und sie wollen sich gemeinsam mit uns auf einen neuen Weg begeben.

Gibt es irgendeinen Zweifel daran, was geschehen würde, wenn wir heute mit Nein stimmen würden? Lieber Kollege Ströbele, Sie werden das ja gleich tun. Meinen Sie nicht, dass Ihr Nein dazu führen könnte, dass die Tweede Kamer, die in den Niederlanden im nächsten November über die Verlängerung entscheiden wird, das Mandat beendet? Meinen Sie nicht, dass dann auch die Kollegen im Abgeordnetenhaus in Ottawa mit Nein (B) stimmen und sich dem Mandat verweigern werden?

Was wäre denn die Konsequenz? Afghanistan würde wieder in die Hände der Taliban fallen. Lieber Kollege Ströbele, wollen Sie das etwa? Das kann ich mir nicht vorstellen. Deswegen bitte ich Sie, noch einmal sehr genau darüber nachzudenken, ob ein Nein nicht vielleicht doch dem Terrorismus die Chance böte, sich weiter einzunisten, den Menschen zu beleidigen und Frauen zu unterdrücken. Das wollen wir beenden, und deswegen brauchen wir die Verlängerung des ISAF-Mandats.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lieber Kollege Ströbele und alle anderen, die noch nachdenken: Stimmen Sie mit Ja, damit ISAF mithelfen kann, dafür zu sorgen, dass Afghanistan eine Chance hat, sich gut und friedlich zu entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Kollegin Mogg hat darauf hingewiesen, dass man sich im **Paul-Löbe-Haus** gegenwärtig eine **Ausstellung über Afghanistan** anschauen kann. Ich bitte Sie herzlich, sich diese Ausstellung anzuschauen. Die Bilder, die Sie dort sehen können, zeigen Menschen aus Afghanistan, die, wenn wir mit Nein stimmen würden, ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft verlieren würden.

Schauen Sie sich das eindrucksvolle Bild an, das eine Witwe zeigt! Sie heißt Sakina. Dort steht in der Dokumentation, dass sie mit ihren drei Kindern in einer Felshöhle lebt. Sie hat eine ganz kleine Tür, die sie vor Eindringlingen schützt. Diese Tür hat aber nicht vor den (C) Taliban geschützt, die gekommen sind und ihren Mann vor ihren Augen erschossen haben. Sakina sagt – auch das können Sie in der Dokumentation lesen –: Alle Tränen habe ich schon vergossen.

Ich hoffe sehr, dass wir alle bei unseren Entscheidungen, die wir hier treffen, genau solche Menschen vor Augen haben, die ihre Hoffnung darauf setzen, dass sie von dieser Schreckensherrschaft befreit werden. Unser Ja dient dazu, dass diese Menschen wissen: Es gibt weit weg von ihnen, in Europa, in Deutschland und anderswo, gewählte Frauen und Männer in den Parlamenten, die ihr Schicksal sehr genau kennen und mit ihnen gemeinsam versuchen, Elend, Hunger und Not abzuwenden. Das brauchen diese Menschen. Unser Ja ist ein Ja zu ihrer guten Zukunft.

Deshalb bitte ich Sie alle, dem Antrag der Bundesregierung zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Gysi das Wort.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Dienstreiseantrag nach Afghanistan stellen!)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Weisskirchen, ich habe Ihnen und auch Frau Wieczorek- Zeul sehr genau zugehört. Ich möchte kurz (D) darauf erwidern.

Erstens. Es gibt viele zivile Aufbauhelfer – das erwähnen Sie nie –, die sagen, dass sie überhaupt nur aktiv in Afghanistan tätig sein können, wenn der erste Soldat zehn Kilometer entfernt ist. Das widerlegt Ihre These, dass sie die Soldaten dringend benötigen, um Aufbauhilfe zu leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Sie setzen sich nicht mit der Frage auseinander, dass wir nur ein Fünftel der Mittel für Entwicklungshilfe und vier Fünftel der Mittel für die Bundeswehr zur Verfügung stellen. Das Verhältnis ist grob falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Sie haben mich hier das letzte Mal ausgelacht, als ich von **Selbstbefreiung** gesprochen habe. Herr Weisskirchen, worauf hoffen wir beide in Birma? Wir hoffen auf Selbstbefreiung und nicht darauf, dass die Bundeswehr das regelt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen die Mönche und die Zivilbevölkerung unterstützen, damit es dort eine Selbstbefreiung gibt. Allerdings weise ich darauf hin: Anschließend darf der Westen sich nicht die Reichtümer des Landes aneignen. Auch das ist wichtig, damit es eine Selbstbefreiung wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi

Lassen Sie mir meine Logik. Sie haben Ihre Logik, aber auch ich habe eine. Versuchen Sie doch einmal, sie zu verstehen. Es gibt entsetzliche terroristische Akte. Darüber sind wir uns völlig einig. Wie reagiert der Westen? Mit Bomben. Wir führen Krieg. Bomben führen immer zu Kollateralschäden, auch in Afghanistan. Dort wurden zum Beispiel eine Geburtsfeier und eine Hochzeitsgesellschaft bombardiert. Es gibt also unter Unbeteiligten Tote. Was ist die Folge? Als Folge entsteht Hass. Dann findet sich jemand wie Bin Laden, der den Hass dieser Leute nutzt und aus ihnen Terroristen macht. Dann erleben wir die nächsten Anschläge in Madrid und London. Daraufhin kommen von uns wieder Bomben. Verstehen Sie nicht, dass wir aus dieser Spirale der Gewalt herausmüssen? Das ist unser Anliegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Lieber Kollege Gysi, offenbar hat es das, was im **September 2001** geschehen ist, nicht gegeben. Haben Sie vergessen, dass die Brutstätte jener Terroristen in Afghanistan war?

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Haben Sie vergessen, dass al-Qaida dort ihren Mordzug begonnen hat? Haben Sie vergessen, dass es Bin Laden war, der unsere eigene Zivilisation zum Ziel gemacht hat, um seine instrumentelle Sicht, seinen Terrorismus durchzusetzen? Haben Sie das alles vergessen, lieber Kollege Gysi? Ich habe es nicht vergessen.

(Zurufe von der LINKEN: Schauspieler!)

Wenn Sie den Eindruck erwecken, dass die Antwort, die die UNO gibt – sie ist völkerrechtlich gesichert, steht auf dem Boden unserer nationalen Rechte und wird durch das Bundesverfassungsgericht unterstützt –, völkerrechtlich fragwürdig ist, dann muss ich Ihnen sagen: Sie sind Jurist. Was für ein Jurist sind Sie denn? Was ist denn das für eine völkerrechtliche Argumentation?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie Beifall bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Hans Raidel für die CDU/CSU-Fraktion. Dann wird es noch eine Erklärung zur Abstimmung geben, Herr Kollege Ströbele, die nach unserer Geschäftsordnung am Schluss der Aussprache erfolgt. – Kollege Raidel.

Hans Raidel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor wenigen Monaten saßen Parlamentarierinnen aus Afghanistan hier auf der Tribüne; damals haben alle Fraktionen weitere Unterstützung zugesagt. Heute besteht die Möglichkeit, dieses Versprechen einzulösen. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu diesem Mandat. Die Regierung in Afghanistan, die Bevölkerung, das Parlament, sie alle bitten uns um weitere Unterstützung, vor allem um deutsche Unterstützung, weil sie um die Qualität unseres Engagements im zivilen und im militärischen Bereich wissen.

Niemand bestreitet Rückschläge, niemand bestreitet Schwierigkeiten, aber insgesamt gibt es eine **positive Entwicklung,** die doch nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Das wurde auch heute wieder in allen Beiträgen deutlich.

Die **Bundeswehr** leistet einen hervorragenden, einen entscheidenden Sicherheitsbeitrag; darauf sollten wir stolz sein, statt diesen Beitrag kleinzureden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich wünschte mir, dass wir manchmal mehr Zivilcourage hätten, hier im Parlament und auch draußen bei öffentlichen Diskussionen.

(Zuruf von der SPD: Haben wir doch!)

Ich danke allen, die sich dort in Afghanistan im zivilen und vor allem im militärischen Bereich für diese gute Sache einsetzen, in erster Linie unserer Bundeswehr. Sie hat hierbei sicherlich den schwierigsten und gefährlichsten Part zu leisten. Deshalb – das muss hier ebenfalls betont werden – steht der **Schutz unserer Soldaten** für uns an oberster Stelle.

Nach meiner Überzeugung leistet die Bundeswehr auch den wichtigsten Part in dem gesamten Wiederaufbauszenario, weil jeder Kundige weiß: Ohne Sicherheit gibt es keinen **Wiederaufbau. –** Dieses Zitat von Ihnen, Herr Struck, stimmt in vollem Umfang.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir sind im Norden des Landes eingesetzt, meine Damen und Herren, und wir erledigen unsere Aufgaben umsichtig und vor allem effektiv. Nach meiner Auffassung sollten wir es dabei belassen. Wir sollten **keine inhaltliche Ausweitung des Mandates** beschließen, weil wir die Bundeswehr damit personell und materiell überfordern könnten und dadurch die Erfüllung des jetzigen Auftrages möglicherweise an Qualität einbüßte. Umfangreiche Nothilfe für andere Partner leisten wir ohnehin, materiell und auch personell.

Damit hier nichts falsch verstanden wird: Wir sind für jede konstruktive Kritik dankbar. Aber Kritik, ohne Besseres anzubieten, kann doch keine Beachtung finden. Das gilt für NGOs, und das gilt auch hier im Parlament, meine Damen und Herren. Es kann doch nun wirklich keine Alternative sein, aus Afghanistan herauszugehen, denn das würde das bisher Erreichte auf allen Gebieten gefährden.

Unser Ziel bleibt auch weiterhin: Wir wollen die Herzen der afghanischen Bevölkerung gewinnen und sie auf dem Weg in eine gute Zukunft unterstützen. Unsere eigene Bevölkerung wollen wir weiter davon überzeugen, dass unser Engagement auch unserer Sicherheit dient. Wir kennen alle Probleme in Afghanistan: Wir kennen unsere dortigen Probleme, wir kennen diejenigen der Regierung und die der Bevölkerung. Die Bundesregie-

Hans Raidel

(A) rung hat deshalb dankenswerterweise einen neuen Afghanistan-Plan beschlossen. Die Erhöhung der Sicherheit und die Fortsetzung des zivilen Aufbaus werden neu bewertet und verbessert. Wir begrüßen diesen Fortschritt und unterstützen alle Einzelmaßnahmen.

Meine Damen und Herren, mit dem heutigen Beschluss zur Verlängerung dieses Mandats stehen unsere **Glaubwürdigkeit** und unsere **Zuverlässigkeit** bei der Bevölkerung in Afghanistan auf dem Prüfstand. Wir dürfen nicht nur Staub aufwirbeln, sondern wir müssen dort auch Spuren hinterlassen. Deswegen bitte ich Sie alle: Geben Sie unseren Soldaten mit Ihrer Zustimmung den notwendigen parlamentarischen Rückhalt! Setzen wir für Afghanistan ein weiteres Zeichen der Hoffnung!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 16/6612 zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan unter Führung der NATO.

(B) Hierzu liegen zahlreiche Erklärungen zur Abstimmung von Mitgliedern des Hauses vor, die dem Protokoll beigefügt werden.[1)]

Bevor wir mit der Abstimmung beginnen, erhält nach § 30 unserer Geschäftsordnung der Kollege Ströbele die Gelegenheit, eine Erklärung zur Aussprache abzugeben, in der die Möglichkeit besteht, Äußerungen klarzustellen, die sich auf die eigene Person bezogen haben. Diese Erklärung erfolgt nach unserer Geschäftsordnung nach Schluss der Aussprache, also jetzt. Sie müssen sich daher noch einen kleinen Augenblick gedulden. Ich schlage vor, dass Sie das im Sitzen tun.

Bitte schön, Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke, Herr Präsident. – Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil mich der Kollege Weisskirchen in seiner Rede mehrfach angesprochen und aufgefordert hat, statt mit Nein mit Ja zu stimmen. Er hat einige Gründe vorgetragen, zu denen ich etwas sagen möchte.

Herr Kollege Weisskirchen, ich hatte den Eindruck, Sie haben Ihre Rede von vor drei Jahren gehalten. Diesen Eindruck hatte ich auch bei der Rede der Ministerin und bei einigen Reden aus den Reihen der Koalition, weil keiner von Ihnen – auch Sie nicht, Herr Weisskirchen – mit einer einzigen Silbe dazu Stellung

[1)] Anlagen 2 bis 10

(C) genommen hat, dass sich die Situation in Afghanistan in den letzten drei Jahren dramatisch verändert hat.

Sie sagten, Sie wollen die Herzen der Menschen in Afghanistan gewinnen. Wir sind immer weiter davon entfernt, die Herzen der Menschen zu gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich will mich jetzt nicht mit Ihnen darüber streiten, ob es überhaupt noch viele Leute in Afghanistan gibt, die sagen: Die Militärs sollen bleiben. Aber eines ist klar: Die OEF-Einsätze, die im Süden Afghanistans stattfinden, tragen dazu bei, das Hass gesät wird und den Taliban neue Kämpfer zugetrieben werden.

Sie können doch nicht heute Ihre Rede von damals halten, ohne darauf einzugehen, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan dramatisch verschärft hat, dass die Zahl der Gewalttaten um 30 Prozent gestiegen ist und dass allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres viel mehr Menschen in Afghanistan im Krieg umgekommen sind als im ganzen letzten Jahr. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass diese Art der Kriegsführung in die Irre führt, dass ein Strategiewechsel dringend erforderlich ist, dass man der Fortsetzung des ISAF-Mandats nicht zustimmen kann, wenn kein Strategiewechsel stattfindet,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

(D) und dass die Bundesregierung zu einem Strategiewechsel verpflichtet ist.

Sie haben hier behauptet, ISAF hat lediglich die Aufgabe, den Aufbau sicherzustellen und die Bevölkerung zu schützen. Das war das ursprüngliche Mandat von ISAF. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass heute jeden Tag, jede Woche ISAF-Soldaten an dem Offensivkrieg im Süden Afghanistans beteiligt sind, dass sie genauso wie die OEF-Soldaten an der offensiven Kriegführung schuld sind, bei der immer wieder Dutzende, Hunderte von Zivilisten umkommen. Wenn Sie mir das nicht glauben, dann glauben Sie das Herrn Generalmajor Kasdorf, der vorgestern in der *FAZ* erklärt hat: 90 Prozent der Spezialeinsätze von OEF geschehen mit Unterstützung durch ISAF-Einsätze, sind überhaupt nicht denkbar ohne die Unterstützung durch ISAF-Einsätze.

Wer das alles zur Kenntnis nimmt, der muss einen Strategiewechsel fordern. Ohne einen Strategiewechsel führt das in die Irre. Auch die Bedrohung, in Deutschland, in Europa durch terroristische Anschläge getroffen zu werden, bomben Sie und andere in Afghanistan geradezu herbei. Deshalb werde ich dabei bleiben, hier mit Nein zu stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun mache ich noch einmal darauf aufmerksam, dass es zu diesem Antrag der Bundesregierung eine Beschlussempfehlung gibt. Diese Beschlussempfehlung

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A) auf der Drucksache 16/6612 hat zum Inhalt, diesem Antrag zuzustimmen.

Es ist hier namentliche Abstimmung verlangt. Ich bitte noch einmal, bei der Stimmabgabe darauf zu achten, dass die Stimmkarten, die Sie verwenden, Ihren Namen tragen. Ich nehme an, dass die Schriftführerinnen und Schriftführer an den vorgesehenen Stellen ihre Plätze eingenommen haben. – Das scheint der Fall zu sein. Ich eröffne die Abstimmung.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimmkarte nicht abgegeben hat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung werden wir später bekanntgeben.[1]

Ich komme jetzt zur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 16/6613 zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte in Afghanistan. Der Ausschuss empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/6461 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist bei Zustimmung des ganzen Hauses gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die weiteren Entschließungsanträge:

(B)

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/6663? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist bei Zustimmung der FDP und Ablehnung des übrigen Hauses abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/6660? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist bei Zustimmung der Fraktion Die Linke und Gegenstimmen des übrigen Hauses ebenfalls abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/6661? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist bei Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen und Gegenstimmen des übrigen Hauses ebenfalls abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/6662? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit dem gleichen Ergebnis wie vorher abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Sibylle Laurischk, Rainer Brüderle, Dirk Niebel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

[1] Ergebnis Seite 12373 C

(C)

Konsequenzen der Auswanderung Hochqualifizierter aus Deutschland

– Drucksachen 16/3210, 16/5417 –

Hierzu ist verabredet, eineinhalb Stunden zu debattieren. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort der Kollegin Sibylle Laurischk für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Sibylle Laurischk (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem in dieser Woche verkündet wurde, dass zwei deutsche Naturwissenschaftler den **Nobelpreis** erhalten, könnten wir vielleicht der Meinung sein, dass die Auswanderung Hochqualifizierter in Deutschland keine Rolle spielt.

Tatsächlich verlassen jährlich jedoch Zehntausende das Land. Die Zahl steigt um rund 10 000 im Jahr. Insgesamt verlassen offiziell 155 000 Menschen im Jahr Deutschland. Dabei werden aber nur diejenigen als Auswanderer gezählt, die sich bei den Meldeämtern abmelden. Die eigentliche Zahl dürfte höher liegen. Wir gehen davon aus, dass sich 100 000 Menschen nicht abmelden, sondern bei Freunden und Verwandten gemeldet bleiben. Insofern muss man wohl davon ausgehen, dass pro Jahr rund eine viertel Million Menschen aus Deutschland auswandern.

(D)

Es ist nicht verwunderlich, dass das Phänomen Auswanderung einen immer breiteren Raum in der öffentlichen Diskussion einnimmt. In etlichen Medienberichten und mittlerweile auch Fernsehsendungen beschäftigt man sich mit dieser Thematik.

(Jörg Tauss [SPD]: Ach, deswegen habt ihr eine Große Anfrage gestellt!)

Es fällt auf, dass der Impuls, sein Glück in einem fremden Land zu suchen, nur zu einem geringen Teil von Abenteuerlust und Suche nach Selbstverwirklichung geprägt ist. Viele Auswanderer treffen keine Entscheidung pro Auswanderung, sondern gegen die hiesigen Verhältnisse. Es erfolgt eine Abstimmung mit den Füßen.

(Beifall bei der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Ach!)

Hierbei sind die Gründe vielfältig, sie haben aber den gemeinsamen Nenner, dass bekannte **Strukturprobleme in Deutschland** seit Jahren nicht systematisch beseitigt werden. Zu nennen sind unter anderem bürokratische Hemmnisse für Selbstständige und Existenzgründer, eine mangelhaft ausgestattete Forschungslandschaft und bessere und offenere Forschungsbedingungen in anderen Ländern.

(Jörg Tauss [SPD]: Zwei Nobelpreisträger in dieser Woche! – Gegenruf des Abg. Otto Fricke [FDP]: Sie sind auch die ganze Zeit in Deutschland gewesen!)

Sibylle Laurischk

(A) – Sie haben etwas nicht verstanden, Herr Tauss. – Ärzte haben im Ausland neben einem höheren Salär auch geordnete Arbeitszeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist bei uns mangels klarer Kinderbetreuungsangebote nicht gegeben. Junge Menschen aus den neuen Bundesländern sind einfach gezwungen, wegzugehen, um überhaupt Arbeit zu finden. Die Steuerquote ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern zu hoch. Die FDP fordert seit Jahren eine Steuerreform. Die Mehrwertsteuererhöhung mit den entsprechenden Preissteigerungen tut ein Übriges.

(Beifall bei der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Deswegen wandern die dorthin aus, wo es 20 Prozent gibt!)

Die Auffassung der Bundesregierung in der Antwort auf unsere Große Anfrage, dass eine isolierte Betrachtung der Auswanderung zu kurz greife, da die Rückkehrerquote doch hoch sei, teile ich überhaupt nicht. Bei der Betrachtung der Auswanderung geht es in erster Linie nicht um diejenigen, die gezielt eine Tätigkeit im Ausland suchen, um ihre Karriere zu forcieren und dann hier wieder fortzusetzen, sondern um diejenigen, die talentiert und qualifiziert, aber dennoch in Deutschland perspektivlos sind und deren Chancen im Ausland, selbst auf kurze Zeit gesehen, erheblich besser sind. Ich erinnere hier auch an die Generation Praktikum, die sich ausgenutzt fühlt und aus solchen Erfahrungen heraus bereit ist zu gehen.

(B) Die Auswanderung spielt international zunehmend eine Rolle und ist eine Folge der **Globalisierung** von Wirtschaft und Wissenschaft. Dabei kommt es zu einem Wettbewerb um die besten Köpfe. Durch ihn entscheidet sich, wer bei den Zukunftstechnologien, aber auch in entscheidenden Wirtschaftsbereichen erfolgreich mithalten kann.

(Zuruf von der FDP: Sehr richtig!)

Für Deutschland kommt es darauf an, in diesem Wettbewerb nicht auf der Verliererseite zu stehen.

(Beifall bei der FDP)

Gravierende **ökonomische Gründe** lassen es Arbeitnehmern lohnend erscheinen, ins Ausland zu gehen. 1982, also vor 25 Jahren, stand Deutschland immerhin beim Pro-Kopf-Einkommen weltweit auf Platz 3. Heute ist Deutschland beim Pro-Kopf-Einkommen weltweit auf Platz 18 abgesackt. Dies zeigt, dass es nicht nur handfeste ökonomische Gründe für die Entscheidung zur Auswanderung gibt, sondern zugleich auch gute Gründe dafür, dass es aus der Sicht Hochqualifizierter wenig sinnvoll erscheint, den Weg der Einwanderung nach Deutschland zu suchen.

Für den deutschen Arbeitsmarkt werden aber dringend Fachkräfte benötigt. Beispielsweise fehlen schon heute 50 000 Ingenieure, deren Stellenbesetzung die Schaffung neuer Arbeitsstellen im nachgeordneten Bereich bewirken würde. Somit ist die **qualifizierte Zuwanderung** nicht nur notwendig, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu erhalten, sondern auch ein aktiver Beitrag, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. (C)

Es ist für uns wichtig, dass Talente hier verbleiben bzw. ins Land kommen, denn sie sind gut ausgebildet und hochmotiviert. Der Wandel weg vom produzierenden Gewerbe hin zum Dienstleistungssektor, der sich seit Jahrzehnten vollzieht, ist darauf angewiesen, dass die Arbeitnehmer über einen hohen Bildungsgrad verfügen.

(Beifall bei der FDP)

Der **Bedarf an Fach- und Hochschulabsolventen** steigt ständig, während die Zahl der Studierenden sinkt. Deutschland ist neben Japan, Tschechien, Ungarn und Italien das einzige OECD-Land,

(Jörg Tauss [SPD]: Studiengebühren in NRW zum Beispiel! – Zuruf von der FDP: Aus welchem Land kommen denn die Nobelpreisträger? – Jörg Tauss [SPD]: Aus Berlin! – Weiterer Zuruf von der SPD: Die haben keine Studiengebühren zahlen müssen!)

in dem bereits heute die Erwerbsbevölkerung schrumpft, wenn keine Zuwanderung stattfindet. Da wir gerade das Stichwort **Studiengebühren** hören: Wir sollten uns wirklich überlegen, was es das Land kostet, wenn gut ausgebildete und weitgehend auf Kosten der Öffentlichkeit ausgebildete Leute gehen. Das ist volkswirtschaftlicher Unsinn.

(Beifall bei der FDP)

(D) Die **Freizügigkeit** ist eine der Errungenschaften des Grundgesetzes, und die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU ist eine Errungenschaft der EU. Aufgabe der Politik ist es allerdings, Tendenzen zu erkennen, die schädlich für die deutsche Volkswirtschaft sind. Ein Beispiel habe ich gerade genannt.

Ein Land wie **Russland,** das bislang ein Auswanderungsland war, hat erkannt, dass der Staat aktiv gegen den eigenen Bevölkerungsschwund vorgehen muss. Russlanddeutsche werden wieder eine Perspektive in Russland haben und fühlen sich dort zunehmend akzeptiert. Der russische Staat hat sogar ein Rückkehrprogramm für im Ausland lebende Russen aufgelegt.

(Jörg Tauss [SPD]: Jetzt wollen wir aber keine russischen Verhältnisse hier!)

Obwohl es mittlerweile einen Minimalkonsens zwischen den Parteien gibt, dass **Deutschland** ein **Einwanderungsland** ist und aufgrund des demografischen Wandels die weitere Einwanderung Hochqualifizierter notwendig ist, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu halten bzw. auszubauen, sind die Strukturen nicht darauf ausgerichtet. Dies müssen wir endlich ändern.

Für mich war es daher geradezu sensationell, dass die Bundesregierung bei der Beantwortung der Großen Anfrage zur Auswanderung Hochqualifizierter einräumte, dass eine **Zuwanderungssteuerung** über ein sogenanntes **Punktesystem** sinnvoll sein könnte. Dies hätte auch aus FDP-Sicht den Vorteil, dass die Zuwanderung über

Sibylle Laurischk

(A) passgenaue Profile relativ genau gesteuert werden könnte.

(Beifall bei der FDP)

Ein solches System würde mit gleichzeitigen wirtschaftlichen Strukturreformen Deutschland wieder einen großen Schritt voranbringen. Die deutsche Wirtschaft begrüßt ein solches positives Zuwanderungssignal ausdrücklich. Wirtschaftlich erfolgreiche Einwanderungsländer wie Kanada haben ein solches Punktesystem. Es ist sicherlich eine verpasste Chance der jüngsten Reform des Zuwanderungsrechts, dass wir diese qualifizierte Zuwanderung nicht in die Diskussion und auch nicht in die Gesetzgebung aufgenommen haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Sehr gut! Wo waren die Bundesratsinitiativen?)

– Sie sind doch in der Regierung, oder täusche ich mich da?

(Jörg Tauss [SPD]: Ich bin nicht in Baden-Württemberg in der Regierung und auch nicht in Nordrhein-Westfalen! – Gegenruf von der FDP: Zum Glück!) (C)

Das Integrationsklima in Deutschland muss sich noch weiter verbessern; denn eine gute **Integrationspolitik** ist ein Standortvorteil. Das sage ich insbesondere mit Blick auf die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Die FDP will Reformen; das habe ich bereits ausgeführt. Die Auswanderung würde damit abgebaut werden. Wir würden ein positives Klima für qualifizierte Zuwanderung schaffen und damit den negativen Blick auf die Einwanderung hin zu den Chancen lenken, die sie bietet.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich komme zurück zum letzten Tagesordnungspunkt und gebe Ihnen das **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** bekannt: Abgegebene Stimmen 581. Mit Ja haben gestimmt 454, mit Nein haben gestimmt 79, und enthalten haben sich 48 Abgeordnete. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	581;
davon	
ja:	454
nein:	79
enthalten:	48

(B) (D)

Ja

CDU/CSU

Ulrich Adam
Ilse Aigner
Peter Altmaier
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Veronika Bellmann
Otto Bernhardt
Clemens Binninger
Peter Bleser
Antje Blumenthal
Dr. Maria Böhmer
Jochen Borchert
Wolfgang Bosbach
Klaus Brähmig
Michael Brand
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Monika Brüning
Georg Brunnhuber
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Hubert Deittert
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Maria Eichhorn
Dr. Stephan Eisel
Anke Eymer (Lübeck)
Georg Fahrenschon
Ilse Falk
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Eberhard Gienger
Michael Glos
Ralf Göbel
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Holger Haibach
Gerda Hasselfeldt
Ursula Heinen
Uda Carmen Freia Heller
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Bernd Heynemann
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Robert Hochbaum
Klaus Hofbauer
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Susanne Jaffke
Dr. Peter Jahr
Dr. Hans-Heinrich Jordan
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Eckart von Klaeden
Julia Klöckner
Jens Koeppen
Kristina Köhler (Wiesbaden)
Norbert Königshofen
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Dr. Martina Krogmann
Johann-Henrich Krummacher
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Ingbert Liebing
Eduard Lintner
Patricia Lips
Dr. Michael Luther
Stephan Mayer (Altötting)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Friedrich Merz
Laurenz Meyer (Hamm)
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Philipp Mißfelder
Dr. Eva Möllring
Marlene Mortler
Hildegard Müller
Carsten Müller (Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Bernward Müller (Gera)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Ruprecht Polenz
Daniela Raab
Thomas Rachel
Hans Raidel

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

Dr. Peter Ramsauer
Peter Rauen
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Johannes Röring
Kurt J. Rossmanith
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Albert Rupprecht (Weiden)
Peter Rzepka
Anita Schäfer (Saalstadt)
Hermann-Josef Scharf
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Georg Schirmbeck
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Ingo Schmitt (Berlin)
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Wilhelm Josef Sebastian
Horst Seehofer
Kurt Segner
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Gero Storjohann
Andreas Storm
Max Straubinger
Thomas Strobl (Heilbronn)
Hans Peter Thul
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Uwe Vogel
Andrea Astrid Voßhoff
Gerhard Wächter
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

SPD

Gerd Andres
Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Ernst Bahr (Neuruppin)
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Sören Bartol
Sabine Bätzing
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Klaus Uwe Benneter
Ute Berg
Petra Bierwirth
Lothar Binding (Heidelberg)
Volker Blumentritt
Kurt Bodewig
Clemens Bollen
Gerd Bollmann
Dr. Gerhard Botz
Klaus Brandner
Willi Brase
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Edelgard Bulmahn
Ulla Burchardt
Dr. Michael Bürsch
Christian Carstensen
Marion Caspers-Merk
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Karl Diller
Martin Dörmann
Dr. Carl-Christian Dressel
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Detlef Dzembritzki
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Hans Eichel
Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Annette Faße
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Rainer Fornahl
Gabriele Frechen
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Achim Großmann
Wolfgang Grotthaus
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Alfred Hartenbach
Michael Hartmann (Wackernheim)
Nina Hauer
Hubertus Heil
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Petra Heß
Gabriele Hiller-Ohm
Stephan Hilsberg
Gerd Höfer
Iris Hoffmann (Wismar)
Frank Hofmann (Volkach)
Christel Humme
Lothar Ibrügger
Brunhilde Irber
Johannes Jung (Karlsruhe)
Josip Juratovic
Johannes Kahrs
Ulrich Kasparick
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Hans-Ulrich Klose
Astrid Klug
Dr. Bärbel Kofler
Walter Kolbow
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Rolf Kramer
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Angelika Krüger-Leißner
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Dr. Uwe Küster
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Waltraud Lehn
Gabriele Lösekrug-Möller
Lothar Mark
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Markus Meckel
Petra Merkel (Berlin)
Dr. Matthias Miersch
Ursula Mogg
Detlef Müller (Chemnitz)
Michael Müller (Düsseldorf)
Gesine Multhaupt
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Christoph Pries
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Steffen Reiche (Cottbus)
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Christel Riemann-Hanewinckel
Walter Riester
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Ortwin Runde
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder
Otto Schily
Dr. Frank Schmidt
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Renate Schmidt (Nürnberg)
Olaf Scholz
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Swen Schulz (Spandau)
Frank Schwabe
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Dieter Steinecke
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Christoph Strässer
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Jörn Thießen
Franz Thönnes
Rüdiger Veit
Simone Violka
Jörg Vogelsänger
Dr. Marlies Volkmer
Hedi Wegener
Andreas Weigel
Petra Weis
Gunter Weißgerber
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Rainer Wend
Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzel
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Engelbert Wistuba
Heidi Wright
Uta Zapf
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

FDP

Jens Ackermann
Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Miriam Gruß
Elke Hoff
Birgit Homburger

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A)

Dr. Werner Hoyer
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Michael Link (Heilbronn)
Markus Löning
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Dr. Konrad Schily
Marina Schuster
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Christoph Waitz
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil

(B)

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Dr. Thea Dückert
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Priska Hinz (Herborn)
Fritz Kuhn
Anna Lührmann
Nicole Maisch
Omid Nouripour
Krista Sager
Margareta Wolf (Frankfurt)

Nein

CDU/CSU

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Dr. Peter Gauweiler
Norbert Schindler
Willy Wimmer (Neuss)

SPD

Dr. Lale Akgün
Gregor Amann
Klaus Barthel
Marco Bülow
Renate Gradistanac
Reinhold Hemker
Petra Hinz (Essen)
Jürgen Kucharczyk
Sönke Rix
Heinz Schmitt (Landau)
Andreas Steppuhn
Dr. Wolfgang Wodarg
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)

FDP

Joachim Günther (Plauen)
Heinz-Peter Haustein
Jürgen Koppelin

DIE LINKE

Hüseyin-Kenan Aydin
Dr. Dietmar Bartsch
Karin Binder
Dr. Lothar Bisky
Heidrun Bluhm
Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Werner Dreibus
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Diana Golze
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Lutz Heilmann
Hans-Kurt Hill
Cornelia Hirsch
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Dr. Hakki Keskin
Katja Kipping
Monika Knoche
Jan Korte
Katrin Kunert
Michael Leutert
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Ulrich Maurer
Dorothée Menzner
Kornelia Möller
Kersten Naumann
Wolfgang Nešković
Dr. Norman Paech
Petra Pau
Bodo Ramelow
Elke Reinke
Paul Schäfer (Köln)
Volker Schneider (Saarbrücken)
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Dr. Petra Sitte
Frank Spieth
Dr. Kirsten Tackmann
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Jörn Wunderlich
Sabine Zimmermann

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Winfried Hermann
Peter Hettlich
Dr. Anton Hofreiter
Sylvia Kotting-Uhl
Monika Lazar
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe

Fraktionsloser Abgeordneter

Gert Winkelmeier[1]

Enthalten

CDU/CSU

Peter Albach
Dr. Wolf Bauer
Manfred Kolbe

(C)

SPD

Dr. Axel Berg
Martin Burkert
Dr. Peter Danckert
Christian Kleiminger
Christine Lambrecht
Dirk Manzewski
Marko Mühlstein
Maik Reichel
Ottmar Schreiner
Ewald Schurer
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Dr. Rainer Tabillion

FDP

Uwe Barth
Dr. Edmund Peter Geisen
Michael Kauch
Dr. Heinrich L. Kolb

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Volker Beck (Köln)
Grietje Bettin
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Ulrike Höfken
Bärbel Höhn
Thilo Hoppe
Ute Koczy
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Brigitte Pothmer
Claudia Roth (Augsburg)
Elisabeth Scharfenberg
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk
Dr. Gerhard Schick
Rainder Steenblock
Silke Stokar von Neuforn
Jürgen Trittin
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler

(D)

[1] Korrektur gegenüber der Fassung vom 12. Oktober 2007

Ich komme zurück zu unserer Redeliste und gebe das Wort dem Herrn Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Auswanderung ist bekanntermaßen nicht neu. In früheren Zeiten waren es eher Armut und Verfolgung, die Menschen dazu bewegten, in eine ungewisse neue Welt zu reisen. Heute, in der globalisierten und immer enger zusammenwachsenden Welt, sind die Motive vielfältiger. Die Bandbreite reicht von Rentnern, die das Klima südlicher Länder schätzen, über Menschen, die zu einem Lebenspartner ziehen, den sie irgendwann kennengelernt haben, bis zu Berufstätigen, die von ihrem Arbeitgeber ins Ausland geschickt werden, und Wissenschaftlern, die an internationalen

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

Instituten arbeiten oder Lehr- und Forschungsaufträge außerhalb Deutschlands als willkommene Gelegenheit wahrnehmen, ihr Wissen zu erweitern.

Die **Motive für Auswanderung** gehen aus unserer Statistik so wenig hervor wie die Antwort auf die Frage, ob ein registrierter Fortzug eine dauerhafte oder nur eine befristete Ausreise ist. Deswegen, Frau Kollegin Laurischk, ist es angesichts des vorhandenen statistischen Materials zumindest fragwürdig, ob Ihre Schlussfolgerungen belastbar sind.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Ich denke, schon!)

Nach einer Studie der Deutschen Bundesbank vom Dezember 2006 ist Deutschland noch vor Japan, den Vereinigten Staaten von Amerika und China die real und finanziell offenste Volkswirtschaft. Die deutsche Wirtschaft lebt vor allem vom **Export.** Auch der gegenwärtige Aufschwung ist von der Weltnachfrage nach deutschen Investitionsgütern getragen. Wir sind wirtschaftlich stärker als jedes andere Land in die **Globalisierung** eingebunden, und der überwiegende Teil der Mitarbeiter großer deutscher Unternehmen – Ausländer und Deutsche – arbeitet im Ausland. Man muss schon in die Statistik hineinschauen; dann kommt man nämlich auf die eigentlichen Gründe. Vielleicht ist es deshalb eher selbstverständlich als überraschend, dass in einer so stark exportorientierten Volkswirtschaft die Menschen bereit sind, ihr Land auch einmal aus beruflichen Gründen zu verlassen. Für unsere bedeutende Stellung als Exportland auf den internationalen Handelsmärkten ist das eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg.

Übrigens gibt es auch in meinem Haus immer mehr Beamte, die für mehrere Jahre ins Ausland ziehen, um dort Aufgaben wahrzunehmen. Sie werden zwar auch in der Statistik berücksichtigt, sind aber keine Auswanderer.

Diese Entwicklung – das ist genauso wichtig, Frau Kollegin Laurischk – beschränkt sich nicht auf Deutschland. In unseren europäischen Nachbarländern – in England, Dänemark und Finnland – ist es ähnlich. In Frankreich und Österreich nimmt man – ähnlich wie Sie es darstellen – die Auswanderung teilweise als Bedrohung wahr. Die Schweizer, bei denen auch mehr Menschen auswandern als einwandern, sehen diese Entwicklung – wie anderes auch – viel gelassener.

Die gegenseitigen **Wanderungsströme** werden sich nicht regelmäßig ausgleichen. Dieses Phänomen gilt für alle europäischen Länder. Es ist Ausdruck der Globalisierung. Das heißt nicht, dass man das Phänomen steigender Wanderungsbewegungen ignorieren und nicht versuchen sollte, zu eruieren, was die Gründe sind. Insofern greift die Große Anfrage, die wir heute beraten, ein wichtiges Thema auf. Aber es ist falsch – wie es gelegentlich geschieht –, in den gestiegenen Zahlen reflexartig eine Bedrohung oder geradezu einen Beweis für den Niedergang unseres Landes zu sehen. Die Ursachen und die Auswirkungen sind einfach viel zu komplex. Man muss unbefangen und dafür genauer hinschauen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Problematisch wird Auswanderung dann, wenn Menschen Deutschland den Rücken kehren, nicht weil sie eine besondere, vielleicht eine einmalige Chance im Ausland wahrnehmen oder Auslandserfahrung sammeln wollen, sondern weil sie hier schlicht keine Chancen für sich sehen. Deswegen muss unser Ziel – auch das Ziel weiterer Reformen – sein, die Bedingungen in unserem Staat so zu gestalten, dass alle eine Chance haben, dass Leistung sich lohnt, also zum Erfolg führt. Aber hier sind wir seit zwei Jahren auf einem guten Weg, wie jede Statistik belegt.

Im Übrigen stimmt die Bundesregierung mit den Fragestellern überein, dass es im Zuge der Globalisierung auch um einen **Wettbewerb um die besten Köpfe** geht; das ist zwangsläufig so. Wir müssen natürlich darauf achten, dass wir in diesem Wettbewerb attraktiv bleiben. Also müssen wir Standortbedingungen erhalten oder schaffen, damit deutsche Hochqualifizierte nicht auf Dauer weggehen, sondern dass sie bleiben oder mit internationaler Erfahrung ausgerüstet zurückkommen. Dafür sind die beiden diesjährigen Nobelpreisträger Peter Grünberg und Gerhard Ertl, denen ich im Namen aller meiner Kollegen meinen Glückwunsch aussprechen möchte,

(Beifall im ganzen Hause)

interessante Beispiele. Peter Grünberg verbrachte drei Jahre an der Carleton-Universität in Kanada. Gerhard Ertl studierte in den 50er-Jahren an der Pariser Sorbonne und übernahm später verschiedene Gastprofessuren in den USA. Frau Kollegin Laurischk, nach Ihrer Argumentation hätte jede dieser Auswanderungen zu größten Sorgen Anlass geben müssen. Beide haben nun den Nobelpreis und arbeiten in Deutschland.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Ob sie heute noch zurückkämen, wäre fraglich!)

– Jedenfalls sind sie hier. Beide Nobelpreisträger haben im Ausland gearbeitet und beide sind zurückgekommen. Beide haben übrigens gesagt, dass die Bedingungen in Deutschland gar nicht so schlecht seien.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die **Arbeitnehmerfreizügigkeit** ist eine der Grundfreiheiten in der Europäischen Union; auch das fließt in die Statistik ein. Die Wanderung von Arbeitnehmern ist ein notwendiger und – ich sage auch – gewünschter Prozess für das Zusammenwachsen. Wir sollten also nicht allzu sehr Angst davor haben, dass Hochqualifizierte ins Ausland gehen. Wir sollten besser Verbindung mit ihnen halten, damit sie eines Tages zurückkehren. Vielleicht sollten wir uns über eine bessere Betreuung der Deutschen im Ausland Gedanken machen. Je enger unsere Verbindung zu Deutschen im Ausland ist, desto mehr profitieren wir alle von den Erfahrungen, die sie im Ausland machen, und desto eher können wir ihnen den Weg zurück ebnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist unstreitig, dass wir Nachwuchskräfte aus der ganzen Welt für den Wissenschafts- und Forschungs-

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

standort Deutschland gewinnen und möglichst hier halten möchten und müssen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern, die sie zusammen mit den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen wahrnehmen müssen. Nur so bekommen wir ein attraktives, konkurrenzfähiges Wissenschaftssystem, das dem wissenschaftlichen Nachwuchs berechenbare Karrierewege bietet. Das bedarf dauerhafter Anstrengung. Aber so schlecht, wie es manchmal dargestellt wird, sind wir auch nicht, wenn man der Meinung des Nobelpreisträgers Ertl Glauben schenken darf.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Bundesregierung fördert im Übrigen den wissenschaftlichen Nachwuchs durch eine Vielzahl von Maßnahmen im Rahmen der Programm- und Projektförderung, zum Beispiel durch die Förderung der universitären Spitzenforschung im Rahmen der Exzellenzinitiative, und in erheblichem Umfang auch indirekt durch die institutionelle Förderung der Wissenschafts- und Mittlerorganisationen.

Mit der Verabschiedung des **Zuwanderungsgesetzes** wurden Regelungen in Kraft gesetzt, die im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe die Zuwanderung Hochqualifizierter nach Deutschland erleichtern.

(Zuruf von der FDP: Viel zu unbürokratisch!)

Gänzlich neu und mit den Zuwanderungsregelungen anderer Staaten der Europäischen Union nicht vergleichbar ist, dass wir Hochqualifizierten in Forschung und Lehre von Anfang an und ohne jede Gehaltsgrenze ein Daueraufenthaltsrecht bieten. Das haben andere Staaten in Europa gar nicht; das muss man einmal sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nur für den Bereich der Wirtschaft haben wir eine Gehaltsgrenze festgelegt, weil andere Qualifikationsmerkmale in diesem Bereich nicht zielführend sind. Bedenkt man, dass auch dort von Anfang an ein Daueraufenthaltsrecht eingeräumt wird, dann halte ich die Gehaltsgrenze insoweit für durchaus gerechtfertigt. Insgesamt bieten die neuen Bestimmungen zur Arbeitsmigration weitaus mehr Flexibilität als frühere Regelungen. Es empfiehlt sich allerdings, sie zu kennen, bevor man sie kritisiert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit den neuen Regeln im gerade geänderten Zuwanderungs- und Bleiberecht haben wir auch die Hürden für Ausländer, die in Deutschland investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen, weiter gesenkt. Die Mindestinvestitionssumme ist auf eine halbe Million Euro und die Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze auf fünf halbiert worden. Auch das in der Richtlinie der EU vorgesehene vereinfachte Verfahren zur Zulassung von Forschern ist bereits in der Gesetzesänderung berücksichtigt, die am 28. August dieses Jahres in Kraft getreten ist.

(Jörg Tauss [SPD]: Da können wir noch mal gucken! Wir sind ja offen!)

– Natürlich sind wir offen. Herr Tauss, wenn man aber gucken will, muss man zuerst einmal wissen, was ist; das empfiehlt sich immer. Deswegen habe ich vorgetragen, was wir gerade verabschiedet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jetzt haben wir uns auf der Kabinettsklausur in Meseberg darauf verständigt, kurzfristig weitere Maßnahmen in Kraft zu setzen. Um aktuelle Engpässe in Ingenieurberufen auszugleichen, wird die Bundesagentur für Arbeit ab Mitte Oktober – das ist schon bald; heute ist bereits der 12. Oktober – bei Bewerbern aus den neuen zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf die individuelle Vorrangprüfung verzichten. Ebenso werden wir bei ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen auf die individuelle Vorrangprüfung verzichten, um ihren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Der dazu erforderlichen Verordnung hat das Kabinett bereits zugestimmt.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Es wird Zeit!)

Es ist natürlich richtig, zunächst möglichst das eigene Potenzial auszuschöpfen. Auch das muss man dabei bedenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die künftige Arbeitsmarktentwicklung und der durch den demografischen Wandel zu erwartende wachsende Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften können es aber notwendig machen, weitere Öffnungen des Arbeitsmarkts vorzunehmen. Deswegen haben wir in Meseberg im Hinblick auf mittel- und langfristige Perspektiven beschlossen, dass die zuständigen Ressorts zügig einen Vorschlag für ein systematisches **Monitoring** zur Ermittlung des Bedarfs entwickeln werden, um eine verlässliche Grundlage für Entscheidungen zu schaffen. Die Bundesregierung will eine arbeitsmarktadäquate Steuerung der Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte erreichen und so die Position unseres Landes im Wettbewerb um die Besten weiter stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dabei kommt übrigens auch den deutschen Auslandsschulen eine wichtige Rolle zu.

Wir werden ein **Zuwanderungskonzept** entwickeln, das den Interessen unseres Landes auch im nächsten Jahrzehnt Rechnung trägt, und wir werden quantitative und qualitative Instrumente einsetzen. Wir werden die Erfahrungen auch anderer Länder bei der arbeitsmarktbezogenen Steuerung von Zuwanderung einbeziehen. Schließlich werden wir aufmerksam beobachten, wie sich die Zuwanderungsregelungen im europäischen Rahmen entwickeln. Die Kommission will in Kürze eine Richtlinie zur Zuwanderung von Hochqualifizierten vorlegen, die wir einer genauen Prüfung unterziehen wollen und bei der wir in manchen Punkten ein wenig Grund zur Skepsis haben; um auch dies nicht zu verschweigen.

Jedenfalls ist es gut, dass wir uns nicht verschließen, sondern aktiv am internationalen Austausch teilnehmen. Es ist erfreulich, dass die deutsche Expertise international gefragt ist. So bin ich zuversichtlich, dass es uns auch in der Zukunft gelingt, die Balance zwischen Weltoffenheit und Heimatbindung in Deutschland zu halten.

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

(A) Noch einmal in einem Satz: Es ist wichtig, dass wir uns mit diesen Fragen beschäftigen, aber ich warne vor falschen Schlussfolgerungen aus statistischem Material. Wir wissen, dass Zuwanderung jedenfalls in der Art, die wir statistisch erfassen, in der globalisierten Welt eine notwendige Voraussetzung dafür ist, dass Deutschland seine Position auf den Weltmärkten erhalten kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Sibylle Laurischk [FDP]: Was sagen Sie zum Punktesystem?)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt die Kollegin Dr. Petra Sitte.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bis jetzt läuft die Debatte so, wie ich es mir schon gedacht hatte: Unter dem Titel „Konsequenzen der Auswanderung Hochqualifizierter aus Deutschland“ wird darüber geredet, ob Deutschland nun einen positiven oder negativen Wanderungssaldo hat. Es werden die Berufsperspektiven Hochqualifizierter in Wissenschaft und Wirtschaft thematisiert. Hochqualifizierte werden sozusagen nach Nützlichkeit abgecheckt. Es werden Verluste der Wirtschaft infolge des Fachkräftemangels thematisiert. Es werden Änderungen des Aufenthaltsgesetzes und die (B) Einführung eines Punktesystems zur Steuerung von Zuwanderung gefordert, und letztlich wird über die Lockerung von Freizügigkeitsregelungen für EU-Arbeitnehmerinnen und -Arbeitnehmer diskutiert. Das alles ist nachzulesen und ist hier zum Teil schon angesprochen worden.

Es ist unter den gegebenen Bedingungen und aus Ihrer Sicht durchaus richtig, das zu thematisieren. Wir aber kritisieren genau dieses Herangehen an dieses Thema. Sie doktern damit nämlich nur an den Symptomen herum. Noch viel schlimmer ist: Sie verlieren die Ursachen für diese Misere aus den Augen. Insofern nutze ich die heutige Debatte sehr gern, um einiges Grundsätzliches zu sagen und um auch auf diese Ursachen aufmerksam zu machen. Auf den Punkt gebracht: Es geht in Ihrem Ansatz um die **Kapitalisierung von Wissen.** Wissen ist zur Hauptquelle von Wertschöpfung und Profit geworden. Was bedeutet das für unsere Debatte ganz grundsätzlich?

Erstens. Menschen werden mit all ihren Fähigkeiten und mit ihrer hohen Qualifizierung, also mit ihrem lebendigen Wissen, als ökonomischer Bestandteil dieses Systems betrachtet.

(Uwe Barth [FDP]: Sind sie das nicht?)

– Sie sind weit mehr, Herr Barth. Darauf bestehe ich in dieser Debatte.

Zweitens. Auch Wissen, das bereits vorhanden ist, das viel früher gewonnen wurde, das als verfügbare Erkenntnis vorliegt, das man nachschlagen kann, soll umfassend kommerzialisiert werden. (C)

Beides, hochqualifizierte Menschen und Wissen, darf nach Ihrer Logik aber nur exklusiv verfügbar sein.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Ich glaube, Sie haben überhaupt nicht gehört, was ich gesagt habe! Das ist ja absurd!)

Exklusivität heißt dann eben auch: Es bekommt nicht mehr jede und jeder Zugang zu diesen Ressourcen. Einerseits müssen Unternehmen Know-how für innovative Verfahren, Produkte und Dienstleistungen kaufen bzw. entwickeln können. Andererseits müssen Menschen sich den Zugang zu Wissen und Bildung leisten können. Wer dazu in der Lage ist, der realisiert natürlich den Wettbewerbsvorteil, von dem Sie sprechen. Wissen und Bildung werden dadurch quasi über Monopolstellungen künstlich verknappt. Das heißt, Wissen und Bildung begegnen uns dann auf einem Markt als Ware. Das halten wir für außerordentlich problematisch, weil genau diese Zugangsbeschränkungen letztlich dazu geführt haben, dass es in dieser Gesellschaft einen Mangel an Bildung gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb fehlen hochqualifizierte Menschen.

Beredte Zeugnisse dafür sind die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes, die PISA-Studie und die jüngste OECD-Studie zur Bildungsbeteiligung. Nicht zuletzt der Bericht der Bundesregierung zur technologischen Leistungsfähigkeit konstatiert eklatante Probleme in Bildungs- und Weiterbildungssystemen sowie einen gravierenden Fachkräftemangel. In diesem (D) Land bekommen also viel zu wenige eine reale Chance auf Bildung. Das kritisieren wir; das wollen wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Sitte, möchten Sie eine Zwischenfrage von Frau Laurischk zulassen?

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Bitte schön.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Sibylle Laurischk (FDP):

Frau Kollegin Sitte, ist Ihnen bewusst, dass das politische System, das Sie immer noch vertreten, nämlich das der DDR, nicht zuletzt deshalb untergegangen ist, weil die Hochqualifizierten dort nicht mehr bleiben wollten, da sie in ihrem Land keine Perspektive mehr gesehen haben? Sie haben das System, das Sie vertreten, als gescheitert erachtet. Letztendlich hielten zu viele Menschen die DDR nicht mehr für erhaltbar. Es geht hier nicht um ein ökonomisches Prinzip, sondern um Entwicklungschancen der Menschen sowie der Volkswirtschaften, in denen sie leben.

(Beifall bei der FDP)

(A)

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Frau Kollegin, es geht um eine sehr differenzierte Betrachtung. Ich würde gern wissen, wie Sie zu der Behauptung kommen, dass ich die DDR vertrete. Auch darüber sollte eine differenzierte Debatte geführt werden.

An einem ist die DDR ganz bestimmt nicht zugrunde gegangen: am Bildungssystem.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Bildungssystem der DDR war Vorbild für die finnische Reform. Die Finnen sind derzeit in allen Studien weltweit ganz oben.

Wir kommen mit pauschalen Vorwürfen nicht weiter. Lassen Sie uns eine differenzierte Debatte führen! Ich versuche, meinen Beitrag dazu zu leisten.

(Jörg Tauss [SPD]: Dann können wir zum Thema zurückkehren, Frau Kollegin!)

Ich rede über die Vermittlung von Wissen und Bildung vor allem im öffentlichen Raum. Darüber haben Sie so gut wie kein Wort verloren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sagen – das haben wir hier schon mehrfach betont –: Wissen und Bildung soll sich jeder und jede unabhängig von seiner und ihrer sozialen Situation leisten können. Die Zahl der Verlierer in dieser Gesellschaft wiegt doch wohl weit schwerer als der Profit einzelner Menschen und Unternehmen. Wer unter diesen Bedingungen in dem Bewusstsein, dass es in dieser Gesellschaft einen Mangel an Bildung gibt – das muss offengelegt werden –, von Wissensgesellschaft spricht, führt in die Irre – es sei denn, er wollte Ihre Wettbewerbslogik, Ihren ökonomisierten Ansatz verlassen. Wir wollen das ganz ausdrücklich.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen das gern begründen. Seinem Wesen nach eignet sich Wissen überhaupt nicht, als Ware behandelt zu werden. Denn man kann es gar nicht exakt messen. Wer will bestimmen, wo erfinderische Wissensarbeit in der Gesellschaft angefangen hat und wie viele Stunden für den Wissensgewinn aufgewendet wurden? Zählen zu den Orten der Wissensbildung nicht auch Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, Wissenschaftseinrichtungen, Weiterbildungsstätten? Gerade diese Einrichtungen werden aber vor allem von der Gesellschaft getragen und finanziert. Das sind sehr schöne Beispiele dafür, dass Wissen durch Weitergabe und Teilen vermehrt wird. Die Nobelpreisträger sind angesprochen worden: Beide sind von Wissenschaftseinrichtungen gekommen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, und haben ihre Ideen dort maßgeblich entwickelt.

Wir halten es prinzipiell für falsch, dieses System konsequent Ihrer Wettbewerbslogik zu unterwerfen. Diese Logik heißt am Ende nichts weiter, als dass sich die Gesellschaft, nachdem sie diese Finanzierung ermöglicht hat, selber enteignet. Deshalb ist die Linke gegen Privatisierung und Kommerzialisierung von Wissen und Wissensproduktion im öffentlichen Raum. Wir wollen nicht, dass damit verbundene Einrichtungen und Akteure Teile eines ökonomisierten Systems von Wissenschaft und Bildung werden. Für uns ist das ein zivilisatorischer Rückschritt. Die Gesellschaft war schon einmal weiter.

(C)

Aus diesem Grunde kritisieren wir die bildungs- und wissenschaftspolitische Weichenstellung der Bundesregierung. Sie ändern mit den derzeitigen Maßnahmen nicht wirklich etwas an der Unterfinanzierung des Bildungs- und Forschungssystems in der Breite. Ihre Exzellenz- und Eliteprogramme sind nämlich Ausdruck dieser Wettbewerbslogik. Am Ende erreichen Sie nur wenige Einrichtungen und nur wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Hochschulen müssen sich seit mehreren Jahren an unternehmerischen Kriterien messen lassen. Studierende werden in der Diktion zu Kunden. Sie sollen für das Studium bezahlen. Wer es sich nicht leisten kann, den rettet am Ende auch das BAföG nicht. Wenn er für sein Studium Kredite aufnehmen muss, verlässt er die Hochschule hochverschuldet. All das betrachten wir nicht als Schritte, um Bildung und Wissen viel mehr Menschen zugänglich zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben selber festgestellt, von jenen, die als Hochqualifizierte aus den Bildungseinrichtungen kommen, sind immer mehr bereit, die Heimatregionen zu verlassen. Das tun sie nicht einfach, um einmal die Nase in die Welt zu stecken. Das sind vielmehr Reaktionen auf eine globalisierte Arbeitswelt. Der **globalisierte Arbeitsmarkt** entwurzelt Menschen. Sie müssen praktisch immer und überall flexibel und verfügbar sein. Diese Art von Flexibilität – das kann mir keiner erzählen – wird nicht freiwillig gewählt; sie entwurzelt Familien. Die Betroffenen verlieren permanent ihren Freundeskreis oder müssen sich diesen ständig neu aufbauen. Länder und Regionen müssen trotz bester persönlicher Voraussetzungen verlassen werden. Die Menschen haben keine Chance, sich im eigenen Land selbstbestimmt und auf eigener Leistung beruhend etwas aufzubauen.

(D)

Wir haben aber nicht nur – das will ich betonen – ein Stellenproblem im Wissenschafts- und Wirtschaftssystem. Viele Nachwuchsforscher und -forscherinnen kritisieren das deutsche Wissenschaftssystem als zu unattraktiv für **Berufs- und Familienplanung.** Das deutsche System wird quasi als Closed Shop wahrgenommen, und die Netzwerkbildung, die infolge persönlicher Abhängigkeiten möglich ist, ist kontraproduktiv für eine selbstbestimmte wissenschaftliche Arbeit.

In diesem System bleibt das intellektuelle Potenzial von Frauen dramatisch ungenutzt. Viele Länder sind deutlich weiter, indem sie ausdrücklich sagen: Beide Partner sollen eine Chance bekommen. In den Einstellungsgesprächen wird nach dem familiären Kontext gefragt und darauf Rücksicht genommen.

Weitere Gründe für die Abwanderung von Hochqualifizierten liegen in arbeitsmarkpolitischen Versäumnis-

Dr. Petra Sitte

(A) sen. Nun versucht man durch kurzfristige Maßnahmen, den Fachkräftemangel auszugleichen. Rückhol- und Abwerbungsinitiativen laufen. Grundsätzlich habe ich überhaupt nichts dagegen, dass versucht wird, Hochqualifizierte, die wir ausgebildet haben, wieder zurückzuholen. Schließlich haben wir als Gesellschaft unseren Beitrag dazu geleistet. Warum soll die Gesellschaft daraus nicht ihren Nutzen ziehen? Das ist in Ordnung. Alles andere wäre eine falsche Interpretation.

Abschied und Wiederkehr sind in einer globalisierten Welt, für Wissenschaft und Forschung natürlich erst recht, völlig normale Vorgänge – dass wir uns an dieser Stelle nicht missverstehen. Wenn sich aber globale Einbahnstraßen bilden, wenn reichere Länder sozusagen die Hauptadressaten von Hochqualifizierten sind, dann habe ich damit ein Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich haben die reicheren Länder viel attraktivere Lebensbedingungen zu bieten; das ist völlig klar. Deshalb verläuft dieser Wettbewerb unfair, deshalb muss an dieser Stelle die Politik ihrer Aufgabe nachkommen; auch dort müssen wir gewissermaßen für einen Klimawandel sorgen. Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass den ärmeren Ländern durch den Verlust an Wissen und Bildung Chancen auf kulturelle und Chancen auf demokratische Entwicklungen verloren gehen.

(B) Was glauben Sie denn, wie lange es noch dauern wird, bis die katastrophalen Folgen aus globaler Ungleichverteilung von Reichtum und Produktivität, aus ungerechten Welthandelsstrukturen, aus kriegerischen Auseinandersetzungen um Rohstoffe und aus dem Bildungskolonialismus der reichen gegenüber den ärmeren Ländern dieser Welt auf uns zurückfallen? Die Erde ist nun einmal keine Scheibe. Wir haben es doch erlebt: Die Welle, die wir vorn auslösen, holt uns hinten wieder ein. Bitter ist diese Erfahrung im Bereich der Lohnentwicklung gewesen. Das Lohndumping ist ein aktuelles Thema in Deutschland. Wir haben es selber mit verursacht.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Antwort der Linken besteht nicht in einer Ablehnung der Zuwanderung. Aber wir kritisieren ihre **Selektivität** nach nationalstaatlichen Nützlichkeitskriterien. Nichts anderes wäre im Übrigen das Punktesystem, von dem die Grünen und auch Sie sprechen. Mit der Einführung dieses Punktesystem will man nichts anderes, als dessen Nützlichkeit für Deutschland herauszufinden. Wir kritisieren außerdem die soziale Selektivität und Ungerechtigkeit des deutschen Bildungs- und Wissenschaftssystems. Vor diesem Hintergrund ist beides reformbedürftig.

Abschließend will ich sagen, meine Damen und Herren: Wissen und Bildung sind humane Grundwerte. Darauf haben alle Menschen ein Anrecht – hier wie anderswo.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**
Es gibt eine Kurzintervention des Kollegen Barth.

(Jörg Tauss [SPD]: Kollege Barth, was wollen Sie denn sagen?)

Uwe Barth (FDP):
Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kollegin Sitte, wie Sie wissen, habe ich genau wie Sie eine DDR-Sozialisation. Ich habe das DDR-Bildungssystem durchlaufen. Es hat mich immerhin bis in den Deutschen Bundestag gebracht,

(Jörg Tauss [SPD]: Immerhin! – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Das spricht nicht unbedingt für das System!)

was auch ökonomisch nicht gänzlich nachteilig ist. Daher weiß ich aber, dass pauschale Kritik genauso wenig tauglich ist wie pauschales Lob.

Liebe Frau Kollegin, wenn Sie das DDR-Bildungssystem quasi in Gänze als Vorbild für die freie Welt, die restliche Welt, darstellen, dann sage ich Ihnen Folgendes:

Punkt eins. Ein wesentlicher Grund für den Bau der Mauer 1961 war das massenhafte Davonlaufen von damals gut Ausgebildeten aus der DDR, die sich dort nämlich gedanklich wie materiell eingemauert gefühlt haben – vorher schon und nachher im Ergebnis eingemauert wurden.

(D) Punkt zwei. Wenn Sie dieses System hier so pauschal loben, müssen Sie auch dazusagen, dass Teil dieses Systems eine Auswahl gewesen ist, und zwar nach politischen Kriterien, nach Haltungskriterien. Wer mit dem System nicht zumindest in gewissem Maße mitgegangen ist, durfte kein Abitur machen und durfte auch nicht studieren. Das ist Teil der Wahrheit.

Ich glaube, dass insbesondere die Finnen sich sehr wehren würden, würden sie Ihre Aussage hören, dass sie das Bildungssystem der DDR sozusagen als Vorbild genommen haben und deshalb das Bildungssystem der DDR zu loben ist.

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. Jan Mücke [FDP] – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Der ist Diplomphysiker! Der muss sich ungeheuer mit dem System identifiziert haben! – Gegenruf des Abg. Jörg Tauss [SPD]: Unglaublich! Ich bin betroffen!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Frau Sitte.

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):
Herr Kollege Barth, zum Ersten: So wenig wie ich die DDR pauschal verteidige, kritisiere ich pauschal die Wissenschafts- und Forschungspolitik von Frau Ministerin Schavan. Sie werden sicherlich im Ausschuss schon gemerkt haben, dass ich da sehr genau hinschaue.

Dr. Petra Sitte

(A)

(Uwe Barth [FDP]: Um so mehr entsetzt es mich, dass es hier geschah!)

Zum Zweiten: Ich will überhaupt nicht in Abrede stellen, dass die DDR vor allem deshalb verlassen worden ist, weil die Leute unzufrieden waren. Die Gemengelage der Gründe für diese Unzufriedenheit ist aber sehr breit.

Drittens möchte ich sagen: Die Delegationen aus Finnland, die bei Margot Honecker vorgesprochen und letztlich dann doch DDR-Schulen besucht haben, sind so heimlich nicht vonstatten gegangen. Es geht überhaupt nicht darum, alles pauschal schönzureden. Ich habe es auch nicht gemacht. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass ich mir wünsche, dass wir differenziert darüber diskutieren. Ich kann Ihnen ziemlich genau sagen, was ich an meiner Schulbildung klasse fand und was ich nicht so toll fand.

(Jan Mücke [FDP]: Was denn nicht?)

Was ich ganz klasse fand, war beispielsweise die naturwissenschaftliche Ausbildung zu DDR-Zeiten. Das wirkt bis heute nach. Nicht umsonst habe ich mich ja für die Politikbereiche Forschung und Technologie entschieden.

Zum Schluss möchte ich sagen: Reden wir nicht aneinander vorbei. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass ich über die Ursachen für die gegenwärtige Misere sprechen wollte. Von den Ursachen der gegenwärtigen Misere zu sprechen, heißt, auch von den Nachteilen des bundesdeutschen Bildungs- und Wissenschaftssystems zu sprechen. Alle anderen Probleme leiten sich für mich derzeit davon ab, beispielsweise der Fachkräftemangel in der Wirtschaft. Das alles gehört in diese Debatte hinein. Ich habe dies als Schwerpunkt herausgegriffen. Das ist legitim.

(B)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg Tauss [SPD]: Jetzt wenden wir uns wieder der Zukunft zu!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Kollege Michael Bürsch das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Michael Bürsch (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will in der Tat versuchen, wieder zu dem Thema des heutigen Tages zurückzukommen, nämlich den Wanderungsbewegungen von Hochqualifizierten im 21. Jahrhundert.

Das Positive am Anfang: Ich finde es wie der Innenminister sehr gut, dass wir uns diesem Thema widmen und darauf schauen, was die Gründe für die Wanderungsbewegungen von Fachkräften und Hochqualifizierten sind. Die Debatte verdient allerdings, seriös und differenziert geführt zu werden. Insofern muss ich an die Adresse der FDP sagen: Wenn man so einseitig wie Sie vorgeht, kommt man nicht weiter. Das war zum Teil maßlos übertrieben und klang ein bisschen, zugespitzt gesagt, wie das Horrorszenario „Deutschland: akademikerfreie Zone“.

(C)

(Sibylle Laurischk [FDP]: So, wie Sie das interpretieren, habe ich es nicht gesagt!)

– Mit solcher Schwarzmalerei, Frau Kollegin Laurischk, kommen wir wirklich nicht weiter.

Das FDP-Szenario ist einseitig, weil Wanderungsbewegungen ein relativ normaler Vorgang in einer freien Gesellschaft sind. Zuwanderung und Abwanderung hat es immer gegeben. In den 50 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg – das hat die Zuwanderungskommission schon vor ein paar Jahren festgestellt – sind circa 31 Millionen Menschen zu uns gekommen, 22 Millionen haben in dieser Zeit Deutschland verlassen. Nach den vier Grundrechenarten können wir einen Wanderungsgewinn von 9 Millionen Menschen feststellen. Deutschland ist also – das kann man an dieser Stelle auch einmal betonen – ein Zuwanderungsland.

Gerade in einer globalisierten Welt gehört der Umzug von Spitzenkräften – das bedeutet einerseits Weggang, aber andererseits auch Zuzug – inzwischen zum Alltag. Die Bundesregierung hat hierzu in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der FDP aus meiner Sicht drei schlichte Wahrheiten ausgesprochen. Diese noch einmal zu nennen, trägt vielleicht zur Wahrheitsfindung bei, Frau Kollegin.

Erstens. Hochqualifizierte haben ein Recht darauf, ihre Chancen zu nutzen und ins Ausland zu gehen.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist ein vollkommen natürlicher Prozess, der dem Streben von Menschen nach Veränderung, nach neuen Herausforderungen und neuen Entwicklungsmöglichkeiten entspricht.

Zweitens. Die Wissenschaft ist inzwischen längst internationalisiert. Das sieht man beispielsweise an den Lebensläufen der Nobelpreisträger, die dieser Tage gekürt werden. Das gilt auch für den akademischen Arbeitsmarkt.

Drittens. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine Grundfreiheit der Europäischen Union, auf die wir stolz sind und die wir angestrebt haben, damit nationale Grenzen an Bedeutung verlieren und die Welt weiter zusammenwachsen kann.

Es ist schon einigermaßen erstaunlich, dass ausgerechnet die FDP an dieser Stelle nach mehr Staat ruft. Dieser vehemente Ruf nach mehr Staat, der bitte schön alles Mögliche verhindern, beschränken und schützen soll, ist schon einigermaßen überraschend für die liberale Welt, Frau Kollegin. Das passt irgendwie nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD – Sibylle Laurischk [FDP]: Sie haben wohl nicht zugehört!)

Es spricht einiges für die Annahme, dass ein Großteil der deutschen Auswanderer sich nur eine Zeit lang im Ausland aufhält, um ihren Horizont zu erweitern, neue

Dr. Michael Bürsch

(A) Erfahrungen zu sammeln und damit auch ihre Chancen hierzulande zu verbessern. Ich habe gerade zusammen mit dem Innenausschuss die baltischen Länder besucht. Dort gibt es einen enormen Zug von Hochqualifizierten und Fachkräften nach Irland, Großbritannien, Spanien usw. Aber man stellt schon jetzt, drei Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Union, fest, dass diese Menschen zurückkommen, dass sie den Bezug zu ihrem Heimatland durchaus behalten haben und dass sie jetzt das Wissen und die Erfahrungen, die sie gesammelt haben, nach Lettland, Estland und Litauen bringen.

Es geht also um einen **Kreislauf des Wissens.** Das ist ein Begriff, den der französische Migrationsforscher Ladame schon 1970 prägte. Er spricht von einer „circulation des élites“. Das ist diesem Thema angemessen.

(Jörg Tauss [SPD]: Übersetz das mal für die FDP! – Gegenruf des Abg. Uwe Barth [FDP]: Übersetzen Sie es mir mal!)

– Wir reden ja am heutigen Tage über Internationalität; dann können wir auch etwas Französisches aufnehmen.

Völlig realitätsfern ist aus meiner Sicht, wenn die ganze Wanderungs- und Exzellenzdiskussion auf eine reine Wirtschaftsfrage reduziert wird. An dieser Stelle – und nur an dieser Stelle – bin ich bei Frau Sitte. Die heute weltweite Wanderbewegung von Hochqualifizierten in Wissenschaft und Wirtschaft kann man doch wahrhaftig nicht nur ökonomisch betrachten. Vielmehr geht es um individuelle Perspektiven der Selbstbestimmung von Menschen, und es geht um kulturelle Aspekte. Deutschland will ja nicht nur im internationalen Wettbewerb spitze sein; es will auch ein Land mit einer internationalen Kultur und einer pluralistischen Gesellschaft sein. Diese Aspekte müsste die FDP in ihre Überlegungen zum Standort Deutschland dringend einbeziehen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

So viel zur Lagebeurteilung in Bezug auf das, was die FDP sehr einseitig und einäugig in die heutige Debatte eingeführt hat. Die Diskussion bietet aber, wenn wir sie ernsthaft führen, doch Gelegenheit, einige Dinge zu nennen, die verändert werden können und sollten,

(Sibylle Laurischk [FDP]: Aha!)

auch wenn – es ist schon erwähnt worden – unsere beiden Nobelpreisträger, auf die wir sehr stolz sind, in diesen Tagen bestätigt haben, wie hervorragend der Wissenschaftsstandort Deutschland zu beurteilen ist; auch das muss man als Rückmeldung aus der Praxis im Auge haben.

(Beifall bei der SPD)

Verbesserungswürdig sind – zugegeben – zum Beispiel die Karriereperspektiven für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, ebenso wie das gewaltige Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da sind wir noch nicht am Ende dessen angelangt, was wir erreichen können. Auf Dauer ist aus meiner Sicht auch nicht hinnehmbar, dass viele hochqualifizierte Ärzte in Deutschland im internationalen Vergleich offensichtlich deutlich weniger verdienen als in anderen Ländern.

(C)

(Sibylle Laurischk [FDP]: Und deshalb gehen!)

Das sind nur einige wenige Beispiele, die man wiederum differenziert betrachten muss, nicht nur immer durch dieselbe Brille, Frau Kollegin. Zahlreiche **Rahmenbedingungen** wurden in den letzten Jahren verbessert. Das kann man vielleicht auch als Opposition einmal feststellen. Man muss es nicht loben, aber man kann die Wahrheit durchaus zur Kenntnis nehmen. Es geht darum, diese Dinge kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern. Das ist auch das Ziel dieser Bundesregierung; das sage ich an dieser Stelle mit voller Überzeugung.

Die andere Seite der Medaille der Wanderbewegung von Hochqualifizierten ist die Zuwanderung. Darauf ist schon hingewiesen worden. Ich meine, wir müssen uns im Wettbewerb um die besten Köpfe noch besser positionieren. Wenn wir die Bedingungen künftig nicht verbessern, werden wir in Konkurrenz mit Großbritannien, Irland und anderen Ländern wie Tschechien und den baltischen Ländern ins Hintertreffen geraten. Estland zum Beispiel ist in der IT-Technik sehr weit voraus.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Wir können uns eine Scheibe abschneiden mit Blick darauf, wie viele Dienstleistungen man dort inzwischen über das Internet abrufen kann, dass man in diesem kleinen Land mit den Möglichkeiten des Internets sogar wählen kann.

Kluge Köpfe gehen da hin, wo sie gute Bedingungen finden,

(D)

(Beifall des Abg. Uwe Barth [FDP])

wo sie willkommen sind, wo man ihnen eine langfristige Aufenthaltsperspektive bietet, wo man ihnen auf derselben Augenhöhe begegnet. Da sehe ich durchaus noch Verbesserungsbedarf.

(Uwe Barth [FDP]: Sehr gut!)

Wir haben mit der **Reform des Aufenthaltsgesetzes** in diesem Sommer Schritte in die richtige Richtung gemacht. Das hat der Herr Innenminister erwähnt. Dem begrenzten Lob für das, was wir dort erreicht haben, schließe ich mich ausdrücklich an, ob es um die Möglichkeiten von Studierenden oder um die Möglichkeiten von Selbstständigen geht.

Aber aus meiner Sicht reichen diese Schritte noch nicht aus.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Da stimme ich Ihnen zu!)

Es bedarf auch aus psychologischen Gründen durchaus noch einer weiteren Öffnung und meiner Meinung nach auch des Mutes, Weltoffenheit zu zeigen und deutlich zu machen, dass wir Zuwanderung akzeptieren und wollen, dass unser Land wirklich ein Land der offenen Grenzen ist.

Was wir insofern brauchen, ist eine langfristige Steuerung der Zuwanderung. An der Stelle sage ich ausdrücklich – das habe ich an dieser Stelle mindestens schon

fünf- oder sechsmal gesagt –: Wir brauchen eine **Punkteregelung,**

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

aber nicht, Frau Kollegin, aus ökonomischen Gründen, sondern aus den genannten gesellschaftlichen Gründen. So ist die globalisierte Welt aus meiner Sicht. Wir brauchen die Zuwanderung von Menschen aus allen Ländern dieser Welt. Dafür kann die Punkteregelung durchaus eine gute Methode sein. Wir brauchen ein Auswahlverfahren für Ausländer, das sich nicht an dem kurz- oder mittelfristigen Arbeitsmarktbedarf orientiert, sondern langfristig ausgerichtet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe Länder wie Australien, Kanada und Neuseeland besucht und mir die Regelungen in diesen Ländern angesehen. Es geht dabei ausdrücklich nicht nur um die ökonomische Seite. Da würden Sie mich völlig falsch verstehen, Frau Kollegin. Es geht vielmehr auch um die gesellschaftliche Mitwirkung und um die gesellschaftliche Öffnung. Einen solchen Effekt erhoffe ich mir von der Punkteregelung. Eine entsprechende Auswahl wird anhand verschiedener Kriterien wie Alter, Qualifikation und Sprachkenntnisse getroffen. Das Wichtigste ist: Diese Menschen bekommen sofort eine Niederlassungserlaubnis und damit ein Recht auf Aufenthalt und ein Recht auf Arbeit. Dieses Signal der Weltoffenheit brauchen wir.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir die großen Chancen nutzen wollen, die unser Land und unsere Gesellschaft bieten, dann brauchen wir eine noch besser gesteuerte Zuwanderungspolitik. Nach Verabschiedung des Aufenthaltsgesetzes stelle ich fest, dass sich die beiden großen Volksparteien inzwischen einig sind, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

(Jörg Tauss [SPD]: Es hat lange gedauert! Aber okay!)

Insofern sollten wir daraus die Konsequenzen ziehen.

Ich habe den Innenminister so verstanden, dass wir uns diesem Thema Punkteregelung nunmehr sehr wohlwollend und offen zuwenden werden. Ich habe die Hoffnung, dass sich noch mehr aus diesem Hause an einem solchen Vorstoß für eine Punkteregelung beteiligen. Wir wollen keine Gruppen gegeneinander ausspielen. Es geht nicht darum, die Arbeitnehmer in Deutschland zu benachteiligen. Es geht nicht um die Frage: entweder Ausländer oder Deutsche, die eine Arbeit suchen. Die Interessen beider Gruppen sollen berücksichtigt werden. Das wäre für mich die beste Lösung.

Das Thema ist wichtig. Wir sollten weiter darüber diskutieren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat die Kollegin Dr. Thea Dückert das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich gerne den Glückwünschen an unsere beiden **Nobelpreisträger** von ganzem Herzen an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Dennoch möchte ich in diesem Zusammenhang ganz nüchtern feststellen, dass diese Forschungsergebnisse schon 20 Jahre zurückliegen.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Ganz genau!)

Ich möchte ferner feststellen, dass die Umsetzung dieser in Deutschland erzielten Forschungsergebnisse, also die Erlangung der Marktreife, im Ausland erfolgt ist. Ich denke schon, dass wir darüber nachdenken müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Klar ist: Wir brauchen die besten Köpfe. Das Problem ist aber: Sie rauchen viel zu oft an anderen Orten dieser Welt. Es ist schon so, dass dem Land der Dichter und Denker die Denker abhanden kommen. Das zeigen die Zahlen, so lückenhaft sie auch sind: Im Jahre 2005 sind etwa 150 000 Deutsche ausgewandert, ungefähr 100 000 sind zurückgekommen. Da klafft schon eine große Lücke. Man kann sie nun kleinreden, wie Sie, Herr Schäuble, es versucht haben. Aber ich denke, man kommt weiter, wenn man dieses Problem ernst nimmt.

Sie haben ja gesagt, wir sollten die Gelassenheit anderer Länder wie zum Beispiel England zur Kenntnis nehmen. Es ist immer hilfreich, einen Blick von außen auf die Situation im eigenen Land zu werfen. Im Sommer hat die britische Tageszeitung *The Independent* darauf hingewiesen, dass wir in Deutschland den größten **Massenexodus an Hochqualifizierten** in den letzten 60 Jahren zu verzeichnen haben. Unsere qualifizierten Bürgerinnen und Bürger gingen lieber ins Ausland, weil ihnen die Bedingungen hier nicht attraktiv genug seien.

Nun muss man diesem Alarmismus nicht unbedingt folgen. Aber ich glaube, dadurch wird ein Finger in die Wunde gelegt. Es kann uns nicht egal sein – wir dürfen dieses Problem nicht kleinreden –, wenn ein Missverhältnis zwischen der Anzahl derjenigen, die unser Land verlassen, und der Anzahl derjenigen, die zurückkommen bzw. die neu in unser Land kommen – ich spreche von der Zuwanderung –, besteht.

Wir müssen das ernst nehmen, weil der **Fachkräftemangel** bei uns ganz eklatant ist. Herr Minister, Sie haben gesagt, wir sollten unbefangen hinschauen. Das Wirtschaftsministerium hat eine Studie gemacht und die Zahlen untersucht. Ich denke, das ist ein Beispiel für unbefangenes Hinschauen. Es wurde festgestellt, dass gegenwärtig 100 000 Facharbeiterstellen zu spät oder gar nicht besetzt werden, was einem Wertschöpfungsverlust von 20 Milliarden Euro pro Jahr entspricht. Das ist pro-

Dr. Thea Dückert

(A) blematisch. Deutschland steht, was die Ausbildung von Fachkräften und Hochqualifizierten und das Konkurrieren mit dem Ausland um Fachkräfte und Hochqualifizierte anbelangt, nicht an der Spitze. Das ist einfach so.

Herr Schäuble, die deutsche Wirtschaft ist überhaupt nicht ruhig. Es ist festzustellen, dass 60 Prozent der Betriebe in der I- und K-Branche mit zwischen 50 und 250 Beschäftigten Fachkräftemangel als großes Problem beschreiben. Das Gleiche gilt für 40 Prozent der großen Betriebe.

Die Situation zeichnet sich also dadurch aus, dass wir zu wenig Fachkräfte ausbilden, wir gute ins Ausland gehen lassen, die Bedingungen in Deutschland nicht attraktiv genug sind, damit sie hierbleiben wollen, wir diejenigen, die hier sind, nicht ausreichend weiterqualifizieren – wir müssten sie lebenslang weiterqualifizieren, damit sich ihre Qualifikation nicht entwertet –, und vor allen Dingen dadurch, dass wir es den ausländischen Fachkräften unglaublich schwer machen, hierherzukommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen ein umfassendes Konzept. Wir brauchen eine bessere Ausbildung der jungen Leute, die hier sind, insbesondere der Frauen. Wir brauchen die Qualifizierung derjenigen, die hier sind. Wir brauchen aber auch die Zuwanderung. Wir müssen das zusammen betrachten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) Ich halte überhaupt nichts davon, so eine Art Rückholprogramm aufzulegen. Die FDP hat so etwas vorgeschlagen und auf Russland verwiesen. Ich glaube, für Deutschland besteht die Aufgabe darin, die Arbeitsbedingungen für Hochqualifizierte, auch für Fachkräfte und insbesondere Frauen, so zu gestalten, dass sie gerne hier arbeiten. Das betrifft Fragen der Kindererziehung, der Betreuungseinrichtungen, der Weiterqualifizierung und der Entlohnung. Wir müssen denjenigen, die hier sind, gute Möglichkeiten bieten, aber auch junge Leute aus dem Ausland hierherkommen lassen.

Das Problem ist nicht, dass unsere jungen Leute aus Deutschland rausgehen – das sollen sie ruhig tun, um ihre Qualifikationen zu erweitern –, das Problem ist vielmehr, dass sich diese Regierung sozusagen auf die Bremse stellt und Deutschland gegenüber denjenigen abschottet, die aus dem Ausland kommen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister: Das stimmt doch nicht!)

In Ihrer Antwort haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, dass die Erfahrung lehrt – Stichwort „Greencard“ –, dass jede ausländische hochqualifizierte Kraft, die nach Deutschland gekommen ist, im Durchschnitt 2,5 Arbeitsplätze geschaffen hat. In Ihrer Antwort auf die Frage 49 schreiben Sie auch – Herr Minister, das haben Sie eben auch hier gesagt –, dass es üblich und produktivitätssteigernd sei, wenn unsere gut Ausgebildeten das Land verlassen. Das mag ja sein. Es ist aber auch produktivitätssteigernd, wenn gut Ausgebildete zu uns kommen. Das ist auch üblich, nicht bei uns, aber in den (C) Nachbarländern. Daran müssen wir etwas ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nicht auf die Probleme hingewiesen. Auf das Punktesystem sind Sie nicht ausführlich eingegangen. In der Antwort wird es genamedropt; es kommt vor.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Freundlich angedeutet!)

Ich nehme an, dass an dieser Stelle die Probleme des Arbeitsministeriums durchschlagen. Ich glaube – auch das muss man einmal sagen –, dass wir von der Idee, dass ausländische Arbeitskräfte Arbeit in Deutschland vernichten, angesichts der Realität endlich Abstand nehmen sollten. Diese Einsicht müsste auch in der Regierung angekommen sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Michael Bürsch [SPD]: Wir arbeiten daran!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Frau Dr. Dückert, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich komme zum Schluss. – Wir müssen die Einkommensschwelle für diejenigen, die nach Deutschland kommen wollen, senken. Es ist ein Witz, dass Frau Schavan erst viel dafür getan hat, dass sie nicht gesenkt wurde, im Sommer aber in der Presse eine Senkung gefordert hat. (D)

Ich sage: Jammern Sie nicht! Wenden Sie sich nicht an die Presse! Sie sitzen doch am Ruder. Sie können die Zuzugsschwellen senken. Wenn Sie das machen, haben vielleicht auch die jungen Leute aus dem Ausland die gleichen guten Chancen, hierher zu kommen, wie unsere jungen Leute sie haben, ins Ausland zu gehen. Dann bekommen wir vielleicht eine gute Balance.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Jetzt hat Stephan Mayer das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):
Verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Ich bin froh, dass die FDP-Fraktion diese Große Anfrage zur Abwanderung Hochqualifizierter aus Deutschland gestellt hat. Denn mit der Antwort der Bundesregierung wird Gott sei Dank mit einigen Vorurteilen und Unterstellungen aufgeräumt, die einfach nicht zutreffen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Es ist eine Mär, dass es eine massenhafte Abwanderung und einen flächendeckenden Braindrain aus Deutschland gibt. Natürlich gibt es **Abwanderung aus Deutschland,** aber es gibt auch eine nicht zu vernachlässigende

Stephan Mayer (Altötting)

(A) Zuwanderung. Die Abwanderung ist mitnichten steigend. Die höchsten Zahlen der Abwanderung aus Deutschland liegen bereits einige Jahre zurück, zum Beispiel 1993 mit 815 000 und 1998 mit 755 000.

(Jörg Tauss [SPD]: Anschließend haben wir es geändert!)

In den letzten Jahren beläuft sich die gesamte Abwanderung aus Deutschland immer auf zwischen 600 000 und 700 000 Menschen und ist relativ konstant.

Es trifft zu, dass die Abwanderung deutscher Staatsangehöriger tendenziell steigend ist; aber auch nicht in dem Maße, wie es teilweise in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Zum Beispiel haben im Jahr 1991 98 900 deutsche Staatsangehörige Deutschland verlassen. Im Jahr 2005 waren es 144 800. Sehr interessant ist, dass von diesen knapp 145 000 allein 42 Prozent in EU-Länder und 14 400 – das sind ungefähr 10 Prozent – in die Schweiz ausgewandert sind.

(Zuruf von der FDP: Wir reden nicht über Auswanderung! Wir reden über die Auswanderung Hochqualifizierter!)

Das heißt, dass allein über die Hälfte der deutschen Staatsangehörigen, die Deutschland verlassen haben, in die Europäische Union – das wird naturgemäß durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit erleichtert, die eine der vier Grundfreiheiten ist, auf die wir sehr stolz sind – und in die Schweiz ausgewandert ist.

(B) Sehr interessant ist auch, dass es durchaus eine sehr nennenswerte **Zuwanderung aus dem EU-Ausland** nach Deutschland gibt. Zum Beispiel ist für französische Akademiker Deutschland das Hauptauswanderungsland. Dieses Thema sollte man hier einmal differenziert darstellen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Deutschland ist ein Land, in das Zuwanderung stattgefunden hat und auch immer stattfinden wird. Ich bin aber der Meinung, dass es verfehlt wäre, Deutschland als klassisches Zuwanderungs- oder Einwanderungsland zu bezeichnen. Deutschland ist kein Zuwanderungsland wie Kanada, Australien und Neuseeland es sind oder die USA es einmal waren.

(Jörg Tauss [SPD]: Jetzt aber keine Rolle rückwärts! Darauf haben wir uns gerade geeinigt!

Es gibt Zuwanderung, und Deutschland braucht Zuwanderung. Dies wird mitnichten bestritten.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Was ist denn nun Sache?)

Ich möchte nur daran erinnern, dass nach dem Zweiten Weltkrieg 12 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind und maßgeblich dazu beigetragen haben, Deutschland wirtschaftlich aufzubauen und die neue deutsche Gesellschaft zu formieren und mitzuentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Jörg Tauss [SPD])

(C) Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs – dies gilt es, an dieser Stelle zu erwähnen – sind insgesamt 3,2 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler nach Deutschland gekommen und haben sich hier größtenteils erfolgreich und hervorragend integriert.

(Zuruf von der FDP: Hier geht es um Hochqualifizierte, Herr Kollege!)

An dieser Stelle gilt es auch, festzuhalten, dass, wenn im Einzelfall Bedarf vorhanden ist, wenn in bestimmten Wirtschaftszweigen oder bestimmten Berufsgruppen konkreter Bedarf nach Zuwanderung besteht, diese Zuwanderung schon heute im gesetzlich vorhandenen Rahmen möglich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte an dieser Stelle zum Beispiel an die **Novellierung des Zuwanderungsrechts** erinnern. Wir haben in diesem Jahr beschlossen, den Schwellenwert deutlich zu reduzieren: Selbstständige, die nicht aus dem EU-Ausland kommen, müssen nicht mehr wie bisher 1 Million Euro, sondern nur noch 500 000 Euro investieren. Das Erfordernis, zehn Arbeitsplätze zu schaffen, wurde auf fünf Arbeitsplätze reduziert.

Es ist schon nach der ersten Novellierung des Zuwanderungsrechts, die zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, zum Beispiel möglich, dass ausländische Studenten, die in Deutschland ihren Hochschulabschluss erworben haben, ein Jahr in Deutschland bleiben können, um sich hier eine dauerhafte Anstellung zu suchen. Das ist meines Erachtens ebenfalls ein sehr wichtiger Aspekt, den es in diesem Zusammenhang differenziert herauszustellen gilt. (D)

Ich bin auch sehr froh, dass die Bundesregierung bei ihrer Klausurtagung in Meseberg weitere, durchaus sachgerechte und notwendige detaillierte Erweiterungen der Zuwanderungsmöglichkeiten beschlossen hat, indem zum Beispiel in Zukunft, schon in wenigen Tagen, auf die **individuelle Vorrangprüfung** bei ganz bestimmten Ingenieuren verzichtet wird, an denen in Deutschland ein konkreter, zugegebenermaßen teilweise auch eklatanter Bedarf vorhanden ist, so bei Elektroingenieuren und bei Ingenieuren des Fahrzeug- und des Maschinenbaus. Für sie besteht ab sofort – das gilt auch in Bezug auf die zwölf Mitgliedsländer, die jüngst zur Europäischen Union hinzugekommen sind – die Möglichkeit, auf die individuelle Vorrangprüfung seitens der Bundesagentur für Arbeit zu verzichten. Ebenso ist es nach den Beschlüssen von Meseberg möglich, dass Studenten, die in Deutschland ihren Hochschulabschluss erworben und damit ein erhöhtes Interesse an Deutschland, an der deutschen Gesellschaft und am deutschen Arbeitsmarkt zum Ausdruck gebracht haben, nicht der individuellen Vorrangprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit unterzogen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Das war überfällig!)

Meines Erachtens ist in der breiten Öffentlichkeit ebenfalls zu wenig bekannt, dass die Bundesagentur für Arbeit nach § 39 Abs. 2 Nr. 2 des Aufenthaltsgesetzes

Stephan Mayer (Altötting)

(A) schon heute die Möglichkeit hat, auf die individuelle Vorrangprüfung zu verzichten, wenn in einem ganz konkreten Wirtschaftszweig, in einer ganz bestimmten Berufsgruppe ein Bedarf an ausländischen Arbeitskräften besteht und dieser Arbeitskräftebedarf zudem – das sage ich auch in aller Deutlichkeit – durch inländische Arbeitskräfte und Arbeitsuchende nicht gedeckt werden kann. Von dieser schon heute bestehenden Möglichkeit wird vielleicht da und dort zu wenig Gebrauch gemacht.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die heiß diskutierte **Mindesteinkommensgrenze** von 85 500 Euro brutto wird meines Erachtens insgesamt überschätzt. Sie gilt zum Beispiel nicht für Forscher und für Wissenschaftler, also in einem Bereich, in dem wir uns selbstverständlich stärker aufstellen wollen. Es ist hinlänglich darauf hingewiesen worden, dass wir als deutsche Volkswirtschaft, aber ebenso als deutscher Wissenschaftsstandort in einem weltweiten Wettbewerb um die besten und qualifiziertesten Köpfe gerade im Bereich der Forschung und der Wissenschaft stehen. Für sie gilt schon heute diese Mindesteinkommensgrenze von 85 500 Euro nicht.

Aber ich sage auch ganz deutlich, dass wir nach wie vor in Deutschland Arbeitslosigkeit haben. Auch wenn sie heute Gott sei Dank und insbesondere dank der wegweisenden und zielgerichteten Reformen der Bundesregierung so niedrig ist wie seit zwölf Jahren nicht mehr, muss man doch zur Kenntnis nehmen: In Deutschland sind immerhin noch 3,6 Millionen Menschen offiziell als arbeitslos registriert. Bei solchen Gelegenheiten muss (B) man immer wieder darauf hinweisen, dass es in Deutschland an die 5 Millionen Menschen gibt, die gern arbeiten würden, denen dazu aber keine Gelegenheit gegeben wird. Auch dies gilt es zu berücksichtigen, wenn sehr vorschnell – teilweise leider Gottes auch seitens der Wirtschaft – gefordert wird, die Schleusen zu öffnen und noch mehr ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland zu lassen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich schon beleuchten, dass die aktuellen Vorschläge des EU-Kommissars Franco Frattini, die er am 13. September geäußert hat, durchaus mit einer gewissen Skepsis und auch mit Sorge zu bedenken und zu betrachten sind.

(Jörg Tauss [SPD]: Das haben Sie aber vorsichtig formuliert!)

Franco Frattini hat angekündigt, dass er am 23. Oktober zwei Richtlinienvorschläge zum Thema Hochqualifizierte und eine Rahmenrichtlinie zum Rechtsstatus von Arbeitsmigranten insgesamt erlassen wird. Ich weise sehr deutlich und entschieden darauf hin und bitte die Bundesregierung, sehr geehrter Herr Bundesinnenminister Schäuble, in Zukunft bei den Verhandlungen im JI-Rat darauf einzuwirken und die Klarstellung zu fordern, dass die Kompetenz für die legale Zuwanderung in den Arbeitsmarkt weiterhin in der Kompetenz der EU-Nationalländer liegen muss.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister: So ist es!)

(C) Hierin sehe ich die große Gefahr, dass seitens der EU und der EU-Kommission, insbesondere seitens des zuständigen EU-Kommissars Frattini, eine gewisse Salamitaktik dahin gehend angewandt wird, dass sich die EU immer mehr Kompetenzen im Bereich der legalen Migration einzuverleiben versucht; es ist ganz klar, dass es dem entgegenzuwirken gilt. Meines Erachtens gilt es diesen Bemühungen vor allem deshalb zu begegnen, weil es in Europa, so integriert es mittlerweile auch ist, nach wie vor 27 verschiedene Arbeitsmärkte gibt. Die Situation in Portugal und Zypern unterscheidet sich von der in Finnland und auch von der Situation in Deutschland. Deutschland ist nun einmal das größte, das bevölkerungsreichste Land innerhalb der Europäischen Union und demzufolge auch der größte Arbeitsmarkt. Deswegen gilt es auf dieser Ebene nachdrücklich klarzustellen, dass die Kompetenz für die legale Arbeitsmigration weiterhin in den Händen der Nationalstaaten verbleiben muss.

Ich möchte betonen: Hier sehe ich auch die Wirtschaft in der Verantwortung. So wirtschaftsfreundlich ich persönlich gesinnt bin und so positiv ich insbesondere der mittelständischen Wirtschaft gegenüberstehe, so deutlich muss ich darauf hinweisen, dass sich die Wirtschaft, was die Aus- und Fortbildung junger Menschen anbelangt, nicht aus der Verantwortung stehlen darf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Deswegen gilt es, den meines Erachtens teilweise etwas vorschnellen Verlautbarungen der Wirtschaft, es gebe einen eklatanten Fachkräftemangel, der nur durch eine (D) Ausweitung der Arbeitsmigration aus dem Nicht-EU-Ausland zu beheben sei, entgegenzutreten.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Nein! Wir brauchen eine Bildungsreform! Es geht der Wirtschaft doch auch um ganz andere Themen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt nicht nur innerhalb der Europäischen Union unterschiedliche Arbeitsmärkte, sondern auch in Deutschland. Im Agenturbezirk Ingolstadt beträgt die Arbeitslosigkeit 1,5 Prozent, in Görlitz 21 Prozent. In meinem Wahlkreis, in Altötting, sind die Arbeitslosenzahlen andere als in Hamburg oder Berlin. Hier muss man wirklich ins Detail gehen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird peinlich genau darauf achten, dass beim Zuzug von Nicht-EU-Ausländern weiterhin generell an der individuellen Vorrangprüfung festgehalten wird. Wir lehnen eine wie auch immer geartete Punkteregelung und die Festlegung bestimmter Zuwanderungsquoten für Deutschland kategorisch ab.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Haben Sie das auch mit dem Herrn Innenminister abgesprochen?)

Abschließend möchte ich die FDP-Fraktion bitten – –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte wirklich abschließend.

(A)

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):

Ich komme zum Abschluss, Frau Präsidentin. – Das Zahlenmaterial, das in der Antwort der Bundesregierung geliefert wurde, ist eine gute Basis für die zukünftige Generation. Es besteht keine Veranlassung zu überhitzten und überzogenen Diskussionen. Lassen Sie uns zu einer gewissen Gelassenheit und Sachlichkeit zurückkehren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sibylle Laurischk [FDP]: Wir sind doch schon die ganze Zeit dabei!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht der Kollege Uwe Barth für die FDP-Fraktion.

Uwe Barth (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Mayer, Sie haben gerade eine bemerkenswerte Achterbahnfahrt gemacht.

(Beifall bei der FDP – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Nein! Das war eine sehr gute Rede! – Gegenruf der Abg. Sibylle Laurischk [FDP]: Nein! Eine Achterbahn!)

Deutschland ist kein Zuwanderungsland, aber wir brauchen Zuwanderung. Wir brauchen keine neuen Überlegungen und keine neuen Gesetze. Der Minister sagt: So ist es. Aber in seiner Rede und in der Antwort auf unsere Große Anfrage kündigte er an, Monitoring durchführen und ein entsprechendes Konzept vorlegen zu wollen. Immerhin haben Sie die Forscher und Wissenschaftler in Ihren sehr allgemeinen Ausführungen zur Zuwanderung einmal erwähnt. Ich sage das deshalb, weil wir über die Auswanderung Hochqualifizierter sprechen. **Forscher und Wissenschaftler** gehören zweifellos zu dieser Zielgruppe.

(B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle kennen das Lied „Die Gedanken sind frei“, welches im Wesentlichen zum Inhalt hat, dass sich Gedanken nicht verbieten lassen. Wissenschaftler und Forscher sind von Gedanken getrieben. Sie lassen sich nicht einsperren, in einer globalisierten Welt schon gar nicht. Denkverbote, Gängelung, aber auch finanzielle Unterausstattung – an dieser Stelle möge Herr Staatssekretär Rachel einmal genau zuhören – schrecken Wissenschaftler und Forscher ab und vertreiben sie, und zwar dorthin, wo sie bessere Rahmenbedingungen vorfinden.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja! Deswegen ändern wir das ja jetzt!)

Dass wir gerade zwei **deutsche Nobelpreisträger,** die ausnahmsweise sogar in Deutschland tätig sind, bejubeln dürfen, bedeutet keine Trendwende. Aber das zeigt immerhin – das ist die gute Nachricht –, dass Spitzenforschung möglich ist, wenn man sie das tun lässt und wenn sie das tun dürfen. Die Regel ist leider, dass viele deutsche Spitzenforscher in Deutschland keine geeigneten Rahmenbedingungen mehr vorfinden. Demzufolge findet Spitzenforschung nicht im gewünschten Umfang in Deutschland statt. Spitzenforscher, die auf sehr wichtigen Zukunftsfeldern tätig sind, verlassen unser Land, weil wir sie in ihren Möglichkeiten einschränken, in finanzieller und inhaltlicher Hinsicht.

(C)

Das ist in anderen Ländern ganz anders. Warum waren denn gerade die amerikanischen Research Universities in den letzten Jahren Heimstatt für viele deutsche Nobelpreisträger, und warum bringen sie regelmäßig Nobelpreisträger hervor? Das ist deshalb der Fall, weil dort Forschungsfreiheit herrscht, weil die Wissenschaftler und Forscher dort nicht durch bürokratische Monster belästigt werden,

(Jörg Tauss [SPD]: Ach!)

weil sie von fachfremden Aufgaben befreit sind

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist Miesmacherei!)

und weil ihre Tätigkeit dort angemessen honoriert wird; auch dieser Aspekt spielt für Wissenschaftler bzw. Hochqualifizierte eine Rolle.

Da die Bundesregierung zu Recht festgestellt hat, dass der Bedarf an gut ausgebildeten Menschen in den nächsten Jahren steigen wird, wundert es mich ein bisschen, dass in ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage von Themen wie der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der Initiative „50 plus“ und dem Kindergeld die Rede ist. Das sind keine geeigneten Mittel, um Wissenschaftler wieder nach Deutschland zu holen.

Das Ergebnis ist eine langfristig negative Wanderungstendenz. Man muss konstatieren, dass wir den Sog, den die internationalen Wissenschaftsleuchttürme auf die Hochqualifizierten ausüben, nicht durch eigene Lockinstrumente kompensieren können. Wir sitzen in dem Verliererzug namens **Braindrain,**

(D)

(Jörg Tauss [SPD]: Ja, ja! – Dr. Michael Bürsch [SPD]: Schwarzmalerei hoch drei! Es gibt einen Braindrain: bei der FDP!)

und die Endstation dieses Zuges hat – auch ohne Lokführerstreik – keinen Anschluss an die Weltspitze. Wir haben diese Endstation noch nicht erreicht; das ist die gute Botschaft. Es ist durchaus so, dass die mangelnde politische Bereitschaft der vergangenen Jahre allmählich zu schwinden scheint. Ich will in diesem Zusammenhang das Land Nordrhein-Westfalen erwähnen, das mit dem Programm zur Förderung junger Spitzenwissenschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftler aus dem Ausland einen Weg beschreitet, mit dem jungen Wissenschaftlern zum Beispiel mit der eigenständigen Leitung von Forschungsgruppen, aber auch – Kollege Bürsch hat es angesprochen – mit dem Tenure-Track Perspektiven eröffnet werden. Das sind notwendige Dinge. Bedauerlich, dass es nur vier Länder sind – ich frage mich, was die anderen zwölf machen und was die Bundesregierung tut, um die Länder zu ermuntern.

(Jörg Tauss [SPD]: Was macht denn Baden-Württemberg? Werden wir doch mal konkret! Nix machen sie!)

Der Minister hat gesagt – damit komme ich zum Schluss, Frau Präsidentin –, dass die Nobelpreisträger

Uwe Barth

(A) geäußert hätten, die Bedingungen in Deutschland seien gar nicht so schlecht.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Gut sind die!)

Das ist ein relativ geringer Anspruch, das ist nicht der Anspruch, den wir an unser Land als Wissenschafts- und Forschungsstandort stellen sollten. Wenn die Große Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion dazu geführt hat, dass wir hier über dieses Thema reden und dass die Bundesregierung erklärt, sie will ein Monitoring durchführen und ein Konzept vorlegen, dann hat diese Große Anfrage etwas bewegt. Ich sage Ihnen für meine Fraktion zu, dass wir an diesem Konzept entsprechend mitarbeiten.

Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Frau Präsidentin!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt ist die Kollegin Katja Mast für die SPD-Fraktion an der Reihe.

(Beifall bei der SPD)

Katja Mast (SPD):

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zur Großen Anfrage der FDP muss ich sagen: Wer wie Sie durch Ihre Frage implizit andeutet, das Arbeiten deutscher Fachkräfte im Ausland sei ein riesiges Problem, ist auf dem Holzweg.

(B)

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Die Exportwirtschaft – und wir sind nun einmal Exportweltmeister – braucht internationales Know-how und Ingenieure, die andere Kulturen und Europa kennen. So entsteht hier in Deutschland kulturelle Vielfalt und Wertschöpfung.

(Beifall bei der SPD)

Doch nun zum Kernanliegen. Der Aufschwung in Deutschland soll anhalten. Wir wollen weiter am Abbau der Arbeitslosigkeit arbeiten und alle am Aufschwung teilhaben lassen. Das geht nur mit guten Löhnen und guter Arbeit, inklusive Mindestlohn, und dazu brauchen wir Innovation und Qualität. Für Innovation und Qualität wiederum brauchen wir Fachkräfte, Fachkräfte, Fachkräfte. Woher kommen denn Fachkräfte in einer alternden Gesellschaft? Wir müssen qualifizieren und Qualifizierte herholen. Nur so bekommen wir die Nobelpreisträger der Zukunft und Fachkräfte, die täglich durch ihre Leistung für kulturelle Vielfalt und Wertschöpfung sorgen – unsere Nobelpreisträger des Alltags.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Gute Formulierung!)

Fordern und Fördern, das ist der Grundgedanke der Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010. Fordern und Fördern, das gilt aber auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel. Fördern: Jeder in Deutschland soll als Fachkraft am Arbeitsmarkt eine Chance haben. Fördern: Wir wollen Unternehmen, die gut ausbilden, belohnen. Fordern: Wir brauchen auch ausländische Fachkräfte in Deutschland. Fordern: Unternehmen müssen bei Aus- und Weiterbildung noch stärker zulegen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fachkräfte sind notwendig; daran besteht kein Zweifel. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung macht allerdings klar, dass ein flächendeckender Fachkräftemangel noch nicht besteht, wohl aber ein Fachkräftemangel in einzelnen Wirtschaftsbereichen und Regionen, nämlich dort, wo die Arbeitslosigkeit gering ist, wie in Bayern und Baden-Württemberg. Gesucht werden insbesondere qualifizierte Fachkräfte und Ingenieure.

Ich finde es bemerkenswert, dass die Zahl der arbeitslosen **Ingenieure** seit letztem Jahr schlagartig zurückgegangen ist. Anfang 2006 waren noch 50 000 Ingenieure arbeitslos. 18 Monate danach sind es weniger als die Hälfte. Wir können den eigenen Ingenieurbedarf also nicht über unsere arbeitslosen Ingenieure decken. Deshalb sind alle Handelnden gefragt, hier anzusetzen.

Zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte will ich Ihnen gerne ein Beispiel aus meiner Heimat schildern. Die Hochschule der Goldstadt Pforzheim – bundesweit bekannt für Gestaltung, Technik, Wirtschaft und Recht – hat die Zeichen der Zeit erkannt. Sie reagiert auf die demografische Entwicklung mit einer Globalisierungsstrategie. Der Kollege Tauss war gemeinsam mit mir dort beim Rektor, sodass er weiß, was jetzt kommt.

(D)

(Uwe Barth [FDP]: Er war also auch einmal in einer Hochschule! – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Fortbildung im Alter schadet nicht! – Jörg Tauss [SPD]: Du, ich war nicht zum ersten Mal dort!)

– Du warst nicht zum ersten Mal an der Hochschule, aber beim neuen Rektor, lieber Jörg. – Diese Globalisierungsstrategie wird zugunsten der Studenten und der kleinen und mittelständischen Unternehmen durchgeführt; denn gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen schaffen in Baden-Württemberg Arbeitsplätze.

Trotz knapper Mittel hat diese Hochschule ein zusätzliches Büro für den Ausbau internationaler Hochschulkontakte eingerichtet,

(Jörg Tauss [SPD]: Vorbildlich!)

obwohl schon vierzig solcher Kooperationen bestehen. Man baut also auf einem großen Stamm auf. Das Ziel ist ganz klar: Mehr ausländische Studenten in Pforzheim, bessere Wirtschaftsbeziehungen für die gesamte Region und damit mehr Arbeit für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch die Große Koalition setzt Rahmenbedingungen für **ausländische Fachkräfte;** das haben viele meiner Vorredner schon gesagt. Ausländer, die in Deutschland ihr Studium abgeschlossen haben, können hier nun leichter arbeiten. Das zieht weitere Arbeitskräfte an.

Katja Mast

(A) Politik wird am Beispiel konkret. Lassen Sie mich deshalb ein weiteres hinzufügen: Firmen – gerade im süddeutschen Raum – suchen händeringend nach Maschinenbau-, Fahrzeugbau- und Elektroingenieuren. Deshalb erlauben wir, dass diese Ingenieure schon vor Einführung der Freizügigkeit anderer Berufsgruppen aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei uns arbeiten können. Das ist konkrete Politik und konkrete praktische Hilfe für den Arbeitsmarkt.

Ausländische Fachkräfte, die leichter nach Deutschland kommen, sind das eine. Mir geht es aber vor allem darum, unsere Fachkräfte hier zu halten, sie zu qualifizieren und auszubilden. Es fehlen betriebliche Ausbildungsplätze, es gibt Schulabgänger ohne Ausbildungsfähigkeit, Frauen sind weniger erwerbstätig, weil sie Familie und Beruf nicht vereinbaren können, und den Kindern von Ausländern, die in zweiter oder dritter Generation hier sind, geben wir keine ehrlichen Chancen. Wir schöpfen unsere eigenen Potenziale also nicht aus.

Auch wenn mein Vorredner gesagt hat, dass das nicht ganz stimmt: Bildung und Betreuung sind zur Gewinnung von Fachkräften die richtige Antwort. Hier tut sich viel in Deutschland: das Recht auf einen Kindergartenplatz, das Ganztagsschulprogramm der Schröder-Regierung und das Recht auf einen Krippenplatz ab 2013 von der Großen Koalition: Das sind die richtigen Schritte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ich habe gesagt, es gehe darum, Fachkräfte zu halten, zu qualifizieren und auszubilden. Auch hierfür sind die Beispiele unserer Politik noch lange nicht erschöpft; (B) denn Regieren geht über Debattieren. Deshalb trägt die SPD diese Regierung gerne.

Wir haben bei den über 55-Jährigen eine Beschäftigungsquote, von der die FDP während ihrer Regierungsverantwortung geträumt hätte. Sie liegt heute bei 52 Prozent und lag zu Beginn der Schröder-Regierung bei 38 Prozent. Dadurch werden Fachkräfte im Land und im Erwerbsleben gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Doch wie machen wir die Jugend fit für die Qualifizierung als Fachkräfte? Wir haben hier im Bundestag erst vor vier Monaten den Antrag „Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern“ verabschiedet. Aus meiner Sicht hätte die Überschrift genauso heißen können: Unser Beitrag zur Beseitigung des Fachkräftemangels.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In diesem Antrag finden Sie eine Vielzahl an Maßnahmen zum Fördern und Fordern der **Jugend.** Wir brauchen ein Mehr an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Deshalb prüft das Arbeitsministerium, wie es Unternehmen fördern kann, die überdurchschnittlich ausbilden. Denn wer mehr tut als andere, der soll aus Sicht der SPD belohnt werden. Er soll weniger Arbeitslosenversicherung zahlen müssen. Denn wir wissen: Bildung ist die beste Arbeitslosenversicherung und der beste Schlüssel für mehr Fachkräfte in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

(C) Es gibt viele Jugendliche, die trotz Schulabschluss nicht ausbildungsfähig sind. Jeder von uns kann ein Lied davon singen, was ihm bei Betriebsbesuchen darüber berichtet wird. Mit dem EQJ, aber auch mit dem Qualifizierungszuschuss für jugendliche Langzeitarbeitslose haben wir da Brücken gebaut. Auch das sind alles Einzelbeispiele für konkrete Hilfe zur Beseitigung des Fachkräftemangels und bei der Qualifizierung.

Das ist deshalb wichtig, weil nicht nur Abiturienten Ingenieurwissenschaften studieren, sondern auch Facharbeiter- und Handwerkerkinder im zweiten Bildungsweg nach einer Berufsausbildung. Deshalb müssen wir auch die Durchlässigkeit unserer Studiengänge ausbauen.

Eines ist doch unbestritten: Fachkräfte sind auf Dauer unser zentraler Innovations- und Wachstumsmotor. Bei dieser Entwicklung wollen wir Sozialdemokraten alle Menschen mitnehmen, auch die zahllosen Talente im Land, die sich bisher wegen Sprachproblemen und der frühen Auslese im Schulsystem nicht entfalten konnten.

Wir brauchen gleiche Chancen durch gleiche Bildungschancen für alle. Nur so bekommen wir neben den Nobelpreisträgern aus dem Aus- und Inland auch genügend Personen, die täglich durch ihre Leistung für kulturelle Vielfalt und Wertschöpfung sorgen: unsere Nobelpreisträger des Alltags.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(D) Jetzt spricht Kollege Kai Gehring für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift der Debatte könnte zum Teil lauten: Thema verfehlt! Denn beim Lesen der Großen Anfrage entsteht der Eindruck, dass weder der Fragesteller FDP noch der Antwortgeber Bundesregierung die Problematik richtig erfasst haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Aber jetzt sagen Sie es uns!)

Die FDP beklagt mit einer fast schon nationalen Borniertheit einen Braindrain deutscher Fachkräfte. Die Bundesregierung betont immerhin den möglichen Braingain, tut aber nichts dafür, dass auch wirklich mehr Hochqualifizierte nach Deutschland kommen.

Worum es wirklich in dieser Debatte gehen muss, ist Braincirculation.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Katja Mast [SPD]: Übersetzen! – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Braintraffic klingt besser!)

Das heißt, wir müssen die internationale **Mobilität hochqualifizierter Menschen** in allen Richtungen ermöglichen. Uns Grünen liegt dabei nicht allein der

Kai Gehring

Standort Deutschland am Herzen, sondern auch die Zukunftsperspektiven von Schwellen- und Entwicklungsländern. Nur durch den ständigen Austausch in alle Richtungen der besten Köpfe in dieser globalisierten Welt können alle Seiten profitieren. Das muss die zentrale Botschaft in dieser Debatte sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die entscheidende Frage für Deutschland ist dabei: Wie gewährleisten wir, dass hier genügend hochqualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen? Wie erreichen wir, dass angesichts des demografischen Wandels alle vorhandenen Begabungen und Potenziale von Frauen, Älteren und Migrantinnen und Migranten stärker als bislang genutzt werden, dass möglichst viele junge Menschen exzellent ausgebildet werden und das lebenslange Lernen in diesem Land tatsächlich ernst genommen wird? Wie schaffen wir es, dass sich genügend Hochqualifizierte – egal ob sie zugewandert sind oder nicht – für ein Leben und Arbeiten in Deutschland entscheiden? Die Beantwortung dieser Fragen ist zentral, da der Mangel an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein immer stärkeres Hemmnis für technologischen Fortschritt und für nachhaltiges Wirtschaftswachstum wird.

Unser **Bildungssystem** ist in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung. Es ist leider hochgradig selektiv und zutiefst ungerecht. Dass wir damit Akademiker- und Fachkräftemangel ernten, haben uns die neue OECD-Bildungsstudie und die DSW-Sozialerhebung überdeutlich ins Stammbuch geschrieben. Das war eine klare Ohrfeige für die Bildungs- und Qualifizierungspolitik von Schwarz-Rot.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat zu diesem Thema wenig Taten, aber reichlich schöne Worte produziert. „Nationale Qualifizierungsoffensive“ hieß es in Meseberg, und so heißt der schwarz-rote Versuch einer Brücke über die Fachkräftelücke. Doch nach zwei Jahren Defensive in diesem Bereich wird eine einzelne Offensive nicht ausreichen. Sie haben stattdessen mit einer ideologischen Zuwanderungspolitik die Hürden für ausländische Fachkräfte, Studierende und Höchstqualifizierte beibehalten und zum Teil sogar erhöht. Sie müssen die Hürden absenken, sonst bleibt die Internationalisierung eine hohle Phrase.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um die besten Köpfe zu gewinnen, brauchen wir neben besseren Zuwanderungs- und Integrationsbedingungen vor allem einen Dreiklang aus attraktiven Studienbedingungen, Beschäftigungsbedingungen und Lebensbedingungen. Ich komme nun zu den einzelnen Punkten.

Gute **Studienbedingungen** sind nötig, weil gegen das Fachkräftetief nur ein Studierendenhoch auf Dauer wirken kann. Das heißt, Bund und Länder müssen genügend ausfinanzierte Studienplätze bereithalten, um Zehntausenden zusätzlichen Abiturienten und Studienberechtigten den Weg in die Hörsäle zu ebnen.

(Jörg Tauss [SPD]: 10 000 reichen auch nicht aus!)

Mehr Studienplätze alleine bringen aber nichts, wenn sich junge Menschen ein Studium nicht mehr leisten können.

Statt Große Anfragen einzubringen, sollten Sie von der FDP lieber Ihren Länderkollegen und Landesministern die Studiengebühren ausreden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Da hat er recht!)

Damit wäre viel mehr gegen den Fachkräftemangel getan als mit der Antwort der Bundesregierung.

(Jörg Tauss [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Der nächste Punkt sind die attraktiven Beschäftigungsbedingungen. Sie bedeuten vor allen Dingen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gute Berufseinstiegsperspektiven und angemessene Bezahlung statt prekärer Praktika und Billiglohn sowie gerechtere Karrierechancen für Frauen in diesem Land. Gerade im Bereich Wissenschaft und Forschung, wo die Fachkräftelücke besonders eklatant ist, hat es die Bundesregierung bislang leider versäumt, attraktive und vor allem verlässliche Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Nicht zuletzt sind attraktive Lebensbedingungen notwendig. Denn auch wenn wir von Braindrain oder Braingain reden

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Circulation!)

– wunderbar, da ist ja bei der PDS/Linksfraktion etwas hängen geblieben –:

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Lerneffekt! – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Braintraffic!)

Es geht bzw. kommt nicht nur das Gehirn, sondern der ganze Mensch. Dieser Mensch ist kreativ und hochqualifiziert. Solche Menschen entscheiden sich in der globalisierten Welt für Regionen mit einer besonders hohen Lebensqualität, in denen ein Klima der Toleranz und Offenheit herrscht. Dies gilt besonders für ausländische Fach- und Kreativkräfte. Dementsprechend entwickeln Unternehmen in Regionen mit hoher kultureller Vielfalt deutlich erfolgreicher Produkte und melden mehr Patente an. Das hat die Studie des IAB bewiesen.

Das zeigt, dass die sogenannten weichen **Standortfaktoren** inzwischen knallhart sind. Toleranz ist eine entscheidende Voraussetzung für Talente und Technologie. Soziale Stabilität, Familienfreundlichkeit, kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt sind zwingend für Kreativität und Innovationen in diesem Land.

Bekämpfen Sie deshalb keinen vermeintlichen Braindrain! Sorgen Sie lieber dafür, dass genügend Menschen in diesem Land gut qualifiziert werden und gerne und erfolgreich in Deutschland leben und arbeiten, egal ob sie hier ausgebildet, zugewandert oder hierher zurückge-

Kai Gehring

(A) kehrt sind. Das ist die Aufgabe der Bundesregierung, die sie dringend besser lösen muss.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Als Nächste hat das Wort die Kollegin Anette Hübinger für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Anette Hübinger (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vieles ist heute schon zu dem Thema Auswanderung und Zuwanderung gesagt worden. Dennoch erlaube ich mir, einiges zu wiederholen, weil es für mich wichtig ist.

Wichtig ist für mich, dass es zur Normalität geworden ist, dass wir mittlerweile in einer internationalen, global vernetzten Welt leben. Dies wird von uns hingenommen, ohne zu bedenken, was dafür geleistet wurde und was dahintersteht. Der vielerorts beschriene Exodus der Hochqualifizierten aus unserem Land kann allerdings nicht empirisch festgestellt werden. Vielmehr kehren laut einer Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter Auslandsstipendiaten 85 Prozent der Wissenschaftler wieder nach Deutschland zurück. Untermauert wird dies auch durch eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Danach steigt die Zahl der ausgewanderten hochqualifizierten Personen zwar etwas. (B) Jedoch ist der Auslandsaufenthalt zumeist zeitlich befristet. Vier Fünftel der deutschen Wissenschaftler halten sich weniger als ein Jahr im Ausland auf. Die Studie zeigt aber auch, dass es zu einer Europäisierung der Migration von Deutschen gekommen ist. Konstant über 60 Prozent der Abwanderer halten sich im europäischen Ausland auf. Das ist die Folge eines geeinten Europas und eines gemeinsamen Marktes, wie er von uns gewollt wurde.

Die **Mobilität von Hochqualifizierten** ist nur zu begrüßen, für deutsche und ausländische Fachkräfte sowie Wissenschaftler gleichermaßen. Es liegt doch in unserem eigenen Interesse, dass unsere Wissenschaftler und Fachkräfte ins Ausland gehen, sich dort weiterbilden, persönliche Erfahrungen sammeln und mit diesem Wissen wieder nach Hause zurückkehren. Genauso interessiert sind wir daran, international renommierte Wissenschaftler und Fachkräfte für eine Tätigkeit in unserem Land zu gewinnen.

Künftig kommt der **internationalen Ausrichtung von Wissenschaft und Bildung** in unserem Land eine große Bedeutung zu.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dem Wettbewerb um die klügsten Köpfe müssen wir uns stellen. Für deutsche und ausländische Hochqualifizierte muss eine Tätigkeit gerade in Deutschland interessant werden. Netzwerke wie das Projekt GAIN helfen deutschen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen während eines Auslandsaufenthalts, Kontakte zu halten, und (C) zeigen Wege für eine mögliche Rückkehr an eine deutsche Hochschule oder Forschungseinrichtung auf. Entscheidend für die Attraktivität einer wissenschaftlichen Tätigkeit in unserem Land sind aber die strukturellen Bedingungen in diesen Einrichtungen. Unseren Nachwuchswissenschaftlern müssen eine Perspektive für eine wissenschaftliche Laufbahn in Deutschland und gute Rahmenbedingungen für sich und ihre Familien geboten werden.

Neue Wege sind hier die Einführung von Tenure-Track-Verfahren – das wurde schon angesprochen – sowie die weitere Etablierung von Dual-Career-Services an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Der Wettbewerb um die klügsten Köpfe ist aber auch eine Frage des Gehalts. Daher sollte der Vergaberahmen der W-Besoldung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler überdacht werden. Wir wollen, dass in Zukunft noch mehr ausländische Spitzenforscher und Nachwuchswissenschaftler dem Ruf an eine deutsche Hochschule oder Forschungseinrichtung folgen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die vor wenigen Wochen von Frau Ministerin Schavan vorgestellte Internationalisierungsinitiative zeigt den Handlungsrahmen hierfür auf.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in manchen Branchen wird der Wirtschaftsstandort Deutschland darauf angewiesen sein, gezielt hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben. Auf der (D) Klausurtagung der Bundesregierung in Meseberg wurde hierfür die Entwicklung eines Konzeptes vereinbart. Die Erleichterung des Zugangs ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen zum Arbeitsmarkt in bestimmten Bereichen begrüßen wir.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Anmerken möchte ich an dieser Stelle aber auch, dass unser Bedarf an Fachkräften nicht zu einem Exodus in den Ländern der Dritten Welt führen darf. Vielmehr sollte der zeitliche und gegenseitige Austausch von Menschen und Wissen – mein Kollege nennt das Brain-Circulation; das ist schon ein alter Begriff und kommt vom französischen Ausdruck „circulation des élites“ – das Ziel unserer Bemühungen sein.

Für die CDU/CSU-Fraktion ist ferner klar: Unser Fachkräftemangel kann und wird nicht alleine durch eine gesteuerte Zuwanderung behoben werden. Vielmehr müssen wir unsere eigenen Fachkräfte ausbilden und weiterbilden. Die Bundesregierung hat dies erkannt. Noch im Herbst dieses Jahres soll eine **Nationale Qualifizierungsinitiative** verabschiedet werden. Die Qualität des deutschen Ausbildungs- und Weiterbildungswesens soll grundlegend verbessert werden. Es soll in der vorschulischen und schulischen Ausbildung angefangen werden, in der es eine stärkere Zusammenarbeit geben soll. Die Zahl der Schul- und Studienabbrecher soll deutlich gesenkt werden, und die Zahl der Studierenden soll auf 40 Prozent ansteigen. Das setzt eine intensivere

Anette Hübinger

(A) Betreuung von Schülern und Studierenden voraus. Hierfür haben Bund und Länder mit dem Hochschulpakt die Grundlage gelegt.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD] – Ilse Aigner [CDU/CSU]: Eine gute Geschichte!)

Nicht zuletzt soll der Zugang zum Hochschulstudium für Absolventen der dualen Berufsausbildung erleichtert werden. Aber auch das lebenslange Lernen soll verstärkt gefördert werden. Hier sind auch die deutschen Unternehmen gefordert;

(Ilse Aigner [CDU/CSU]: So ist es!)

denn eine gute und fortwährende Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet eine Investition in den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wie Sie sehen, ist Deutschland durch unsere Politik, die Politik der Großen Koalition, heute und in der Zukunft für die Herausforderungen und Chancen der globalisierten Welt gut aufgestellt. Erfolgreich werden wir aber nur sein, wenn sich unsere Gesellschaft ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gegenüber öffnet.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zum Abschluss der Debatte hat jetzt der Kollege Jörg (B) Tauss für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD – Uwe Barth [FDP]: Unser Altstudent!)

Jörg Tauss (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen des Präsidiums! Ich bedanke mich sehr – das sage ich an die Innenpolitikerinnen und Innenpolitiker gerichtet – für die Möglichkeit, als Wissenschaftspolitiker etwas zu diesem Thema sagen zu dürfen; denn im Grunde genommen – das haben alle Beiträge gezeigt – führen wir auch aufgrund der Anfrage, die die FDP gestellt hat,

(Uwe Barth [FDP]: Nur aufgrund der Anfrage!)

eine bildungspolitische Debatte. Insofern loben wir euch jetzt einmal. Es waren nicht alle Fragen so furchtbar intelligent. Es sind, lieber Herr Minister, auch nicht alle Fragen so beantwortet worden, wie wir als Wissenschaftspolitiker es uns gewünscht hätten. Sie hatten aber gegenüber Frau Schavan angedeutet und haben es heute angesprochen, dass wir in dem einen oder anderen Punkt zu Verbesserungen kommen müssen. Die Beschlüsse von Meseberg sind an vielen Stellen diskutiert worden.

Das Thema ist übrigens auch nicht neu. So neu, dass Sie ausgerechnet jetzt eine Anfrage hätten stellen müssen, ist es nun weiß Gott nicht.

(Uwe Barth [FDP]: Wenn wir es nicht gemacht hätten, wer dann?)

(C) Man könnte schon fast biblisch werden. Schauen Sie sich das Matthäus-Evangelium an. Da finden Sie bereits den ersten Globalisierungsbefehl. Keine Sorge, ich habe nur zehn Minuten Redezeit und will es abkürzen. Ich will nicht den ganzen Zeitraum seit Matthäus abhandeln. Matthäus sagte: Gehet hin in alle Welt!

(Heiterkeit)

Das war, wenn man so will, der Globalisierungsbefehl. Seit diesem Globalisierungsbefehl gibt es Menschen, die dieses tun. Darauf folgte eine jahrhundertelange Entwicklung.

1996 – das war zu Ihrer Regierungszeit – schrieb der *Spiegel*: Wir verlieren Köpfe. – Das habe ich 1996 in einer Debatte angeführt. Damals waren wir tragischerweise noch in der Opposition. Das war die Zeit, in der der *Spiegel* von der „Talfahrt in die Zukunft“ schrieb, weil während Ihrer Regierungsverantwortung die Mittel für Wissenschaft und Forschung deutlich gekürzt worden sind. Im *Spiegel* waren die dramatischen Folgen zu lesen, nämlich dass deutsche Forscher gegangen sind, weil sie hier keine Perspektive mehr hatten.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Was hat sich seitdem geändert?)

Ich glaube, das war einer der Gründe, warum Sie 1998 die Wahl verloren haben; denn die Leute haben gesagt: Wir brauchen etwas Neues. – Dann regierte Rot-Grün. Frau Kollegin Aigner schaut ganz unglücklich, weil ich wieder Rot-Grün beschwöre. Jetzt kommen wir aber zu Schwarz-Rot. Wir haben es ganz gut gemacht. Wir haben seinerzeit mit Rot-Grün den Trend gestoppt; dann (D) kam Schwarz-Rot. Immer dann, wenn Rot dabei ist, geht es aufwärts. Das ist eine gute Botschaft, die uns natürlich freut.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema ist ernst. Deswegen bedaure ich ein bisschen, dass sich die FDP an den Symptomen abarbeitet; denn das Kurieren an Symptomen hilft nichts. Sie stellen keine Diagnose und haben keine politische Therapie.

(Uwe Barth [FDP]: Das war eine Anfrage, Herr Kollege!)

Die zentrale Frage betrifft die Geschwindigkeit und Qualität des **Innovationssystems** in Deutschland. Das ist das Spielfeld, auf dem wir uns bewegen. In dieser Beziehung haben wir etwas getan, und wir müssen noch mehr tun. In diesem Punkt sind wir uns hier im Hause, zumindest die Bildungs- und Wissenschaftspolitiker, einig. Was den Haushalt angeht, so sind wir uns ebenfalls einig. Wir sind dabei, den Haushalt für 2008 aufzustellen, und wir wollen in ihm weitere bildungspolitische Schwerpunkte setzen, die zu hervorragenden Arbeitsbedingungen für junge Wissenschaftler und Forscher führen werden.

Es ist in der Tat eine bildungspolitische Debatte, die wir jetzt führen. Ich stimme allen zu, die das gesagt haben. Kollege Gehring und Kollegin Sitte, es ist richtig, dass wir hier im Lande immer noch Bildungspotenziale vergeuden. Das ist ein Fakt, keine Ideologie. Das ist

Jörg Tauss

(A) keine Frage von Rot, Grün, Schwarz oder Gelb. Es ist ein Fakt in diesem Lande, dass wir immer noch Bildungspotenziale vergeuden. Darum müssen wir uns kümmern.

Es stellt sich die Frage – auch der Arbeitsminister hat das gestern angedeutet –, wie wir mit denjenigen Jugendlichen in Deutschland umgehen, die in den letzten Jahren keine Lehrstelle gefunden haben. Ich verweise an dieser Stelle auf die **Qualifizierungsinitiative,** die im Herbst vorgelegt werden wird. Jugendliche, die keine Ausbildung haben, haben noch nicht einmal die Perspektive, ins Ausland zu gehen. Sie haben überhaupt keine Perspektive, weder bei uns noch anderswo. Qualifikation ist also von zentraler Bedeutung.

Die Studierenden sind angesprochen worden. In der Tat ist es notwendig, dass die Anzahl der Studierenden steigt. Deswegen reden wir darüber, ob es sinnvoll ist, das **BAföG** zu erhöhen.

(Uwe Barth [FDP]: Um wie viel eigentlich?)

Wir streiten mit unserem lieben Koalitionspartner gelegentlich – in den Ländern wird richtig heftig gestritten – über die unsinnigen Studiengebühren. Wir, die SPD, setzen uns wie in der Vergangenheit dafür ein – ich glaube, wir werden erfolgreich sein –, dass es in 2008 zu einer 10-prozentigen Steigerung der Bedarfssätze und zu einer 8-prozentigen Steigerung der Freibeträge kommt. Das ist unser Ziel. Das haben wir auch entsprechend erklärt. Auch hier habe ich den Eindruck, dass die Koalition auf einem guten Weg ist.

(B) Außerdem wollen wir die **Weiterbildungsbeteiligung** bis 2015 steigern; das ist ein klares Ergebnis der Kabinettsklausur in Meseberg. – In diesem Bereich gibt es also wirklich Erfreuliches zu vermelden. In anderen Punkten sind wir noch nicht so weit.

Ich stimme Ihnen völlig zu: Es gibt unterschiedliche Antworten auf die Frage, warum viele junge Wissenschaftler ins Ausland gehen. Beispielsweise hat mein Neffe – ein fitter Kerl; mein Neffe! – in Australien studiert. Er ist dann in die USA gegangen – dafür kann ich nichts; ich bin ja nur der stolze Onkel –, war zunächst an der Ostküste und ist dann an die Westküste gezogen. Er hat eine Amerikanerin geheiratet, eine Familie gegründet und wird in den deutschen Wissenschaftsbetrieb aller Voraussicht nach nicht zurückkehren. So etwas kommt vor. Jetzt müssen wir eben schauen, wie wir dafür sorgen können, dass mehr amerikanische Wissenschaftler zu uns kommen. Über genau diesen Punkt diskutieren wir hier. Von mir aus kann man es „Brain-Circulation" nennen. Mir ist vom Prinzip her wurscht, welchen Begriff man benutzt.

Wir fragen junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, warum sie ins Ausland gegangen sind. Wir waren kürzlich in Kalifornien, Kollegin Aigner.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Gut, es ist mittlerweile ein Jahr her. Da ich nicht so oft verreise, war das für mich kürzlich. – Der Kollege Schulz war in der Tat kürzlich in Kalifornien und hat mit

(C) jungen Nachwuchswissenschaftlern diskutiert. Sie haben gesagt, einer der Gründe, warum sie Deutschland verlassen haben, sei, dass es in Deutschland zu lange dauere, um eine wissenschaftliche Karriere zu machen. Das ist auch einer der Gründe, warum wir gesagt haben, dass wir die **Juniorprofessur** brauchen. Wir müssen es jungen Menschen – Kollege Koppelin, wir beide kommen nicht mehr in Betracht; aber das ist auch wurscht – ermöglichen, in Deutschland frühzeitiger als bisher eine wissenschaftliche Karriere zu machen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Diese Koalition ist nicht mehr ganz so ideologisch befrachtet.

(Uwe Barth [FDP]: Überhaupt nicht!)

Die alte Regelung, dass jemand erst habilitiert werden kann, wenn er einem Professor so lange gedient hat, bis er einen grauen Bart hat, ist schlecht. Hier müssen wir etwas tun. Auch müssen wir ermöglichen, dass Frauen früher eine wissenschaftliche Karriere machen können. Wenn das der Fall ist, dann werden auch mehr junge Frauen diesen Weg einschlagen.

(Beifall der Abg. Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt eine ganze Reihe weiterer Punkte. Liebe Kollegen von der FDP, wir sollten überlegen, was zu tun ist. **Internationale Preise** sind zu erwähnen. Rot-Grün hat zur Förderung internationaler Wissenschaftlerinnen den Kovalevskaja-Preis initiiert. Das ist zwar ein schwieriger Name, aber Sofja Kovalevskaja war eine tolle Frau. Dieser Preis ist hervorragend ausgestattet. Im Moment unterhalten wir uns mit Frau Ministerin Schavan und Herrn Staatssekretär Rachel darüber, wie es mit dem „Research in Germany Award" weitergehen soll. „Germany Award" ist ein klassischer neobadischer Begriff. Es ist ein Preis unterhalb des Nobelpreises, dessen Verleihung darauf abzielt, weitere internationale Spitzenleute hierher zu holen. Tolle Geschichte, das wollen wir machen. Ich verweise auch auf die GAIN-Initiative – ich habe sie gerade im Zusammenhang mit dem Kollegen Schulz indirekt angesprochen – des DAAD, der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Das ist ein ganz wichtiges Angebot.

(D) Übrigens hat die deutsche Wirtschaft, die immer über **Fachkräftemangel** klagt, in den letzten Jahren geschlafen. Es gab in den USA, wohin viele qualifizierte Wissenschaftler gegangen sind, überhaupt keine Stellenangebote. Man hat überhaupt nicht systematisch überprüft, wo sich die Fachkräfte aufhalten. Heute jammert man. In diesem Bereich sind viele Versäumnisse begangen worden.

Ich erinnere an die Initiative eines Deutschen, der vor kurzem aus den USA nach Deutschland zurückgekommen ist. Es handelt sich um Professor Eicke Weber, der nun am Fraunhofer-Institut in Freiburg arbeitet. Eicke Weber hat gesagt: So geht es nicht! Er selbst hat ehrenamtlich dafür gesorgt, dass deutsche Nachwuchswissenschaftler in den USA endlich Stellenangebote der deutschen Wirtschaft bekommen. Ich finde, das ist eine

Jörg Tauss

(A) hervorragende Geschichte. Initiativen wie diese brauchen wir.

Kurzum: Wir brauchen die Erfahrungen und die Fähigkeiten von jungen Menschen, auch von solchen, die zu uns kommen wollen. Wir sollten aufhören, so zu tun – liebe Kollegen von der Union, Sie bekommen in Bayern genug Stimmen; Sie brauchen also nicht jeden Stammtisch zu erobern –, als stünden an den Grenzen Zigtausende von Menschen, vor allem hochqualifizierte, die nur ein Ziel haben, nämlich endlich nach Deutschland zu kommen. Das ist genauso eine Mär wie die Aussage, wir wären kein Einwanderungsland gewesen. Da diese Mär vertreten wurde, haben wir uns um die Qualifizierung der Kinder derer, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, nicht gekümmert. Ich sage: Auch wer nach Deutschland gekommen ist, verdient Respekt, die Heimat verlassen zu haben. Sie haben auch ihre Beiträge geleistet und haben jetzt Kinder, für die wir etwas tun müssen.

In den nächsten Jahren wird es einen Trendwechsel geben: Wir werden uns als Deutsche, als Europäer um die besten Kräfte bewerben müssen. Damit sind wir bei dem Punkt, den Sie angesprochen haben: Darf das zulasten anderer Länder gehen? Andere Staaten in Osteuropa hätten sehr viel mehr Grund, den Weggang von qualifizierten Spitzenkräften in Richtung Europa oder in Richtung USA zu beklagen. Das ist in Rumänien und anderswo – wir hatten kürzlich eine Wissenschaftsdelegation da – ein echtes Problem. Deshalb ist an dieser Stelle mehr Kooperation von unserer Seite nötig, aber auch ein verstärktes Angebot, hierherzukommen. Gleichzeitig müssen wir ermöglichen, dass die Länder an dem, was sie bei uns machen, partizipieren. Ich halte das für einen wichtigen Punkt, auf den wir noch mehr Gedanken verwenden müssen. Ich bin für diesen Hinweis außerordentlich dankbar. Nur zu sagen „Seid umschlungen, kommt zu uns!“, reicht nicht.

(B)

Gleichwohl wurde hier schon das richtige Stichwort gegeben. Ich wollte am Ende der Debatte ebenfalls in die Freude einstimmen, die hier zum Ausdruck gekommen ist. Ich halte es nicht für schlimm, dass Professor Grünberg und Professor Ertl schon seit vielen Jahren in verdienstvoller Weise im Wissenschaftssystem arbeiten. Ganz im Gegenteil, jetzt ist ihre Leistung endlich honoriert worden. Beide kommen aus einer der viel geschmähten **Forschungseinrichtungen,** über die wir lange Zeit diskutiert haben: Ist die deutsche Großforschung nur bürokratisch? Was haben wir etwa seit 1994 – seitdem bin ich im Bundestag – über Jülich für Diskussionen geführt! Es hat sich gezeigt, dass unser Forschungssystem innovativ ist; es kann innovativ sein. Wir müssen alles tun, damit es auch innovativ bleibt.

In diesem Sinne ein schönes Wochenende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vielen Dank für eure nette Anfrage. Trotzdem fühlen wir uns ermuntert, an diesen Stellen so weiterzumachen wie beschrieben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(C)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 29 a und 29 b auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Michaela Noll, Antje Blumenthal, Thomas Bareiß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Renate Gradistanac, Clemens Bollen, Angelika Graf (Rosenheim), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Häusliche Gewalt gegen Frauen konsequent weiter bekämpfen

– Drucksache 16/6429 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Haushaltsausschuss

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Aktionsplan II der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

– Drucksache 16/6584 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Haushaltsausschuss

(D)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. – Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Michaela Noll, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michaela Noll (CDU/CSU):
Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der gefährlichste Ort für Frauen in Deutschland ist nicht ein stillgelegtes Betriebsgelände oder eine dunkle Bahnhofsunterführung; es ist leider ihr Zuhause. Nirgendwo sonst werden Frauen so oft beleidigt, gedemütigt, geschlagen oder sogar getötet. Jede vierte Frau hat körperliche oder sexuelle Gewalt durch ihren Partner erlebt, also im unmittelbaren sozialen Umfeld. 50 000 Frauen flüchten jährlich in ein Frauenhaus. – Das sind nur einige Ergebnisse einer Studie unseres Bundesfamilienministeriums mit dem Titel „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“.

Diese Zahlen sind ernüchternd. Das Ergebnis, dass jede vierte Frau betroffen ist, ist für mich ein Armutszeugnis für ein zivilisiertes Land wie Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Michaela Noll

(A) Meist haben die Frauen einen langen Leidensweg hinter sich, bevor sie überhaupt Anzeige erstatten. Oftmals sind es auch nicht die Opfer, es sind Nachbarn oder Bekannte, die Alarm schlagen.

Frauen sind in Deutschland von häuslicher Gewalt mehr bedroht als durch andere Gewaltdelikte wie Wohnungseinbruch, Raub oder Körperverletzung mit Waffen. Was sind die Risikofaktoren? Risikofaktoren sind vor allem Trennung oder Trennungsabsicht sowie Gewalterfahrung in Kindheit und Jugend. Wir sollten uns auch von der Ansicht verabschieden, dass Gewalt fast ausschließlich in bildungsfernen Schichten geschieht. Gewalt hat viele Gesichter. Schauen Sie sich einmal das Täterprofil eines Stalkers an! Sie kommen oftmals nicht aus bildungsfernen Schichten. Gewalt findet in allen Schichten statt.

Früher war das Gewaltthema ein Tabuthema; es war Privatsache. Es wurde schlichtweg totgeschwiegen. Viele Opfer hatten nicht den Mut, Anzeige zu erstatten. Die Täter wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Aber das hat sich Gott sei Dank geändert. 1997 war es die Union, die als Erste die Vergewaltigung in der Ehe – ein absolutes Tabuthema – unter Strafe gestellt hat.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Du liebe Zeit! Aus der Opposition heraus haben wir das durchgesetzt, Frau Noll! So eine Geschichtsklitterung!)

Zwei Jahre später hat die rot-grüne Bundesregierung ihren Aktionsplan auf den Weg gebracht. Das waren wichtige Schritte. Heute heißt es: Wer schlägt, der geht. Trotz (B) dieser Entwicklung haben wir noch immer erschreckend hohe Zahlen. Gewalt gehört für Frauen nach wie vor zu ihrem Alltag. Deshalb brauchen wir weitere Maßnahmen.

Ich möchte ganz kurz auf das Gesetz gegen die beharrliche Nachstellung eingehen, das am 31. März dieses Jahres in Kraft trat. Ich brauche den Kolleginnen und Kollegen, die hier sitzen, nicht mehr zu erläutern, welche Ausmaße und welche Folgen ein solcher Psychoterror für ein Opfer haben kann. Wir haben lang und breit darüber diskutiert, auch in den Anhörungen. Es ist kein Kavaliersdelikt mehr. In seiner schärfsten Form können die Verfolgung, das Nachstellen und das Einschüchtern Leben bedrohen, wie gerade vor kurzem der Fall der jungen Hamburgerin wieder einmal gezeigt hat.

Dieser Straftatbestand war wichtig, aber wir können uns nicht darauf ausruhen. Wir müssen weitermachen. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass die Bundesregierung vor zwei Wochen beschlossen hat, den Aktionsplan fortzuschreiben. Ich freue mich schon sehr auf das, was die Ministerin uns gleich daraus schildern wird. Wir von den beiden Koalitionsfraktionen wollen den Aktionsplan mit einem Antrag begleiten. Deswegen komme ich auf zwei Punkte zu sprechen, die mir sehr wichtig sind.

Erstens: Stalking. Ein Gesetz gegen Stalking ist wichtig, aber es muss sich auch in der Praxis bewähren.

(Uwe Barth [FDP]: Das ist bei allen Gesetzen so!)

(C) Da sind die Länder und Kommunen gefragt. Bei einem Round-Table-Gespräch in meinem Wahlkreis habe ich festgestellt, wie wichtig Aufklärung, Information und Vernetzung sind. Deshalb geht unser Appell an die Länder, es praxisnah umzusetzen. Genauso wichtig ist es, anzuregen, die Zusammenarbeit mit Frauenhäusern und Beratungsstellen zu intensivieren. Hamburg hat 100 Beamte abgestellt, die sich dem Problem der wachsenden Beziehungsgewalt widmen.

Zweites wichtiges Thema: Gewalt gegen Migrantinnen. Die schon erwähnte Studie hat Hinweise darauf gegeben, dass die Quote extrem hoch ist. 46 Prozent der befragten Migrantinnen gaben an, schon einmal Opfer von sexueller oder körperlicher Gewalt gewesen zu sein; das heißt, jede zweite Migrantin. Ich glaube, auch hier können wir von einer hohen Dunkelziffer ausgehen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Richtig!)

Deswegen brauchen wir in diesem Bereich mehr Sensibilisierung, gerade bei der Aus- und Fortbildung von Juristinnen und Juristen, Ärztinnen und Ärzten. Sie müssen sich mit dem Problem näher auseinandersetzen; denn oftmals sind sie die ersten Ansprechpartner für die Opfer.

Wir brauchen niedrigschwellige Beratungsangebote sowie mehrsprachige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Einige Länder sind bereits auf einem guten Weg. NRW hat gerade einen Zehn-Punkte-Plan gegen Zwangsverheiratung verabschiedet. Dort gibt es Onlineberatung und spezielle Integrationskurse. Ich glaube, das ist der richtige Weg. (D)

Was müssen wir noch machen? Ich halte es für ausgesprochen wichtig, die Migrantenfamilien mit einzubeziehen. Wir müssen vor allem die männlichen Familienmitglieder ansprechen. Wir müssen Brückenbauer – ich nenne sie gerne so – finden. Das sind Menschen mit Migrationshintergrund, die in die Migrantenfamilien gehen und aufgrund ihrer hohen Akzeptanz dazu beitragen können, die Täter anzusprechen, sie in die Verantwortung zu nehmen und auf eine Verhaltensänderung hinzuwirken. Ich weiß, dass das gelingen kann.

In Hilden, in meinem Wahlkreis, haben wir einen sogenannten interkulturellen Berater. Das ist ein Lehrer an einer Grundschule im sozialen Brennpunkt, an der 80 Prozent der Kinder Ausländer sind; er selber ist marokkanischer Herkunft. Er geht in die Familien, in denen Gewalt stattfindet, führt Gespräche, klärt auf und weist auch auf die strafrechtlichen Folgen hin, die dem Täter drohen, wenn er sein Verhalten nicht ändert. Er macht ihm unmissverständlich klar, dass häusliche Gewalt in Deutschland nicht toleriert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Uwe Barth [FDP])

Ich denke, das sind gute und wichtige Beispiele. Ich würde mir wünschen, dass noch weitere folgen und andere Bundesländer ähnliche Konzepte wie in Nordrhein-Westfalen in Angriff nehmen.

Michaela Noll

(A) Außerdem plant die Bundesregierung, die Täter gezielter in Augenschein zu nehmen. Ich glaube, das ist wichtig; denn 90 Prozent der Täter sind Männer. Gerade in der Täterarbeit stehen wir noch am Anfang.

Alles in allem gibt es noch sehr viel zu tun. Ich bin aber der festen Überzeugung: Wenn alle Ebenen, das heißt Bund, Länder und Kommunen, eng und konstruktiv zusammenarbeiten, können wir viel dafür tun, Gewalt in jeglicher Form zu verhindern. Denn: Jede geschlagene Frau ist eine zu viel. Helfen Sie alle mit!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Sibylle Laurischk, FDP-Fraktion.

Sibylle Laurischk (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Noll, ich kann Ihnen in jeder Hinsicht nur zustimmen, wenn Sie sagen, jede geschlagene Frau sei eine zu viel. Das stimmt so. Ich bin sogar der Meinung, dass sich Gewalterfahrungen nicht auf jede vierte Frau in Deutschland beschränken. Vielen Frauen ist nämlich gar nicht klar, in welcher Form sie Gewalt erleben. Es gibt nicht nur die Gewalt, die körperlich ausgeübt wird. Es handelt sich ganz häufig auch um (B) psychische Gewaltausübung, also Missbrauch im seelischen Zusammenhang. Diese Form von Gewalt wird nicht auf den ersten Blick deutlich, ist aber meiner Ansicht nach fast noch schlimmer als die physische Gewalt, wenn man da überhaupt gewichten kann. Insofern ist es gut und richtig und wichtig, dass sowohl ein entsprechender Antrag vorgelegt wurde, als auch, dass das Ministerium von Frau von der Leyen hier aktiv werden wird. Ein Plan für das Vorgehen wurde uns hier ja schon vorgestellt.

Ich bin der Meinung, dass wir die verschiedenen Bereiche, die angesprochen worden sind, intensiv weiter beraten müssen. Ich hoffe, dass wir bei diesen Fragen im Ausschuss sehr kooperativ vorgehen werden; denn das Thema „Gewalt in der Familie“ eignet sich nicht für kontroverse Auseinandersetzungen. Hier ist eine möglichst geschlossene Vorgehensweise angebracht.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich beginne mit dem Schutz von Migrantinnen. Wir bleiben dabei, dass es für die Bewältigung des Themas Zwangsheirat flankierende Maßnahmen wie Beratungsstellen braucht. Zugleich muss betroffenen Frauen, wenn sie sich offenbaren, ein Bleiberecht eingeräumt werden, damit sie dann nicht von Abschiebung bedroht sind oder in irgendeiner Form aufenthaltsrechtliche Probleme befürchten müssen. Hier ist gerade auch im Zusammenhang mit Menschenhandel meiner Ansicht nach weitere (C) Aufklärung und Zusammenarbeit mit entsprechenden Fachverbänden nötig.

Behinderte Frauen können sich, wenn sie Opfer von Gewalt werden, oftmals nicht wehren, weil sie aufgrund ihrer körperlichen Situation oder eben auch ihrer geistigen Behinderung gar nicht erfassen können, in was für eine Situation sie geraten. Der jüngste Bericht hierzu im *Spiegel* erschüttert, wie ich glaube, alle, die ihn lesen.

Ein Feld, das meiner Ansicht nach besonderer Aufmerksamkeit in einer alternden Gesellschaft bedarf, ist Gewalt gegen Ältere. Hiervon sind insbesondere ältere Frauen betroffen; denn das Alter ist weiblich. Gerade die Angst, in Abhängigkeitsverhältnissen wie zum Beispiel einer Pflegesituation nicht ausreichend geschützt zu sein, ist groß. Hier ist, wie ich meine, weitere Aufklärung sowie genaues Hinschauen nötig; denn Gewalt findet dort statt, wo man nicht hinschaut, wo man meint, sie gar nicht wahrnehmen zu können. Oftmals ist sie durchaus vorhanden, aber man schaut eben weg.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf eine andere Form von Gewalt hinweisen, die in der Familie stattfindet, auf die Gewalt gegen Kinder. Es handelt sich häufig um eine indirekte Form von Gewalt. Man glaubt vermeintlich, dass Kinder nichts davon mitbekommen, wenn Mütter geschlagen, drangsaliert oder aus dem Haus geschmissen werden und sich oftmals nachts in haltloser Situation wiederfinden. Das ist ein großer Irrtum. Die Kinder spüren das. Sie sind hoch verunsichert und verängstigt. Sie sind in dieser Situation indirekt Opfer von Gewalt.

(D)

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Das ist ein Zusammenhang, der nach meinem Dafürhalten auch heute noch viel zu wenig berücksichtigt und in der familiengerichtlichen Praxis leider noch immer zu wenig gewürdigt wird.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich zu einem Bereich, Frau Ministerin, auf den ich Ihr besonderes Augenmerk lenken möchte. Im Zusammenhang mit der Familienrechtsreform, die im Justizministerium vorbereitet wird und zum Teil schon vorgestellt wurde, ist nach meinem Dafürhalten darauf zu achten, dass die Umsetzung des Reformziels eines verstärkten Umgangs zwischen Kindern und Vätern – dieser ist sicherlich ein diskussionswürdiges Reformziel – nicht dazu führt, dass hier womöglich der Retraumatisierung von Kindern durch erzwungenen oder nachdrücklich verlangten Umgang mit ihren Vätern Tür und Tor geöffnet wird.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Ich habe hier einen praktischen Anlass zur Sorge. Deswegen sage ich das an dieser Stelle so deutlich, gerade Ihnen als Mutter vieler Kinder und als Medizinerin.

Wir haben in Deutschland zunehmend Schutzräume für Opfer familiärer Gewalt geschaffen, Frauenhäuser

Sibylle Laurischk

(A) und Beratungsstellen. In dem Zusammenhang möchte ich aber kurz ein ganz großes Manko anschneiden, und zwar die unzureichende Finanzierung von Frauenhäusern. Sie ist auf Länderebene sehr unterschiedlich geregelt. In verschiedenen Bundesländern gibt es auf diesem Feld Sparmaßnahmen. Insgesamt ist die Finanzierung nach wie vor nicht nachhaltig gesichert. Wenn wir wirklich die Gewalt in der Familie beseitigen wollen, dann müssen wir sicher finanzierte und professionell aufgestellte Schutzräume anbieten. Solange wir das nicht schaffen und die Zuständigkeiten immer nur zwischen den Ländern und dem Bund hin- und herschieben, kommen wir in einer ganz wesentlichen strukturellen Frage nicht weiter. Dieses Defizit muss abgebaut werden. Das ist ein Appell aus der Opposition an die Bundesregierung und an die Kollegen in der Koalition, hier vielleicht doch einmal einen Weg zu finden.

Es gäbe noch vieles zum Thema „Gewalt in der Familie" zu sagen. Meine Zeit ist leider schon um. Aber ich glaube, das Wesentliche haben Sie gehört.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Renate Gradistanac, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(B) **Renate Gradistanac** (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Statistisch gesehen ist es für eine Frau tausendmal gefährlicher, verheiratet zu sein, als durch den Wald zu joggen. Das sagt eine Kripochefin aus Baden-Württemberg, die eine 30-jährige Berufserfahrung hat. Das eigene Zuhause ist leider immer noch der gefährlichste Ort für eine Frau. Häusliche Gewalt, so Amnesty International, ist in Europa die größte Bedrohung für die Gesundheit und das Leben von Frauen im Alter von 16 bis 44 Jahren. Sie stellt für Frauen ein größeres Risiko dar als Krebs oder Autounfälle.

Gewalt gegen Frauen wird überwiegend durch Männer verübt, von Männern, die Partner oder Ehemänner sind. Es sind also den Frauen bekannte Männer. Das ist schlimm, weil da natürlich ein besonderes Vertrauensverhältnis besteht. Einkommen, Bildung und Alter spielen dabei keine Rolle; es ist ein Gerücht, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders gewalttätig sind. Jährlich suchen mehr als 40 000 Frauen in Deutschland mit ihren Kindern Frauenhäuser auf. Gott sei Dank haben wir Frauenhäuser. Sie brauchen jede Unterstützung der Länder und der Kommunen.

Die Polizei registriert jährlich circa 300 Morde. Dazu sehen wir immer dramatische Fernsehbilder. Außerdem – das ist schwierig; ich bitte das richtig zu verstehen – kostet die Gewalt gegen Frauen die Solidargemeinschaft jährlich 14,8 Milliarden Euro. Die Kosten entstehen durch Justiz, Polizei, ärztliche Behandlung und Arbeitsausfälle.

(C) Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den vergangenen Jahren viel erreicht und die Situation von Opfern verbessert. Der Antrag von CDU/CSU und SPD „Häusliche Gewalt gegen Frauen konsequent weiter bekämpfen" spiegelt dies wider. 1999 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorgelegt. Damit lag damals erstmals ein umfassendes und ressortübergreifendes Gesamtkonzept vor, das eine sehr nachhaltige Bekämpfung in Gang gesetzt hat.

Der Aktionsplan ist erfolgreich umgesetzt. Hier kurz zwei Punkte: Seit 2002 haben wir das Gewaltschutzgesetz. Durch den Platzverweis haben Opfer von Gewalt erstmals eine echte Alternative: das Frauenhaus oder Handeln nach dem Grundsatz – er wurde schon genannt – „Wer schlägt, muss gehen".

Bei mir zu Hause im Schwarzwald hat diese Maßnahme, nämlich dass der „Herr des Hauses" im Falle von Gewaltanwendung gehen muss, schon zu einer gewissen Erschütterung geführt; denn bislang war das Motto „Mir gehören meine Frau, meine Kinder, mein Hund und mein Haus" selbstverständlich. Diese Männer fragen sich nun, wie es sein kann, dass sie im Falle von Gewaltanwendung gehen müssen. Diese Regelung wurde aber von jedermann verstanden, und es hat sich gezeigt, dass das Gesetz weitgehend angewandt wird und die Täter sich daran halten. Man müsste einmal prüfen, ob es noch weitere Verbesserungen geben kann. Von den runden Tischen wird es hierzu sicherlich Vorschläge geben.

(D) Mit dem zweiten Gesetz, dem sogenannten Stalkinggesetz, haben wir im Frühjahr weitere Gesetzeslücken geschlossen. Damit sind Opfer von Nachstellungen besser geschützt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Seit 2004 liegt nun die erste repräsentative Studie über das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen vor. Ich will einige Zahlen nennen: 40 Prozent der befragten Frauen haben seit dem 16. Lebensjahr körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt. Mehr als die Hälfte der Befragten hat unterschiedliche Formen von sexueller Belästigung erfahren. 42 Prozent aller Frauen waren Formen von psychischer Gewalt – diese Sorge kam vorhin zum Ausdruck – ausgesetzt. Die ermittelten wissenschaftlichen und damit repräsentativen Befunde bestätigen die Schätzungen der Frauenbewegung und auch der Fachleute – das wurde seit 40 Jahren vermutet –, dass jede vierte Frau in Deutschland Gewalterfahrungen hat.

Diese Studie hat auch ergeben – Frau Noll, Sie haben dies erwähnt –, dass Migrantinnen noch häufiger Gewalt ausgesetzt sind als deutsche Frauen. Sie werden außerdem auch öfter und schwerer verletzt. Gerade Frauenhäuser und Beratungsstellen sind für diese Migrantinnen wichtig. Der Anteil der Migrantinnen an den Hilfesuchenden in den Häusern ist uns bekannt. Sie nehmen die Angebote in Form von Frauenhäusern und Beratungsstellen deutlich mehr in Anspruch als alle anderen Hilfsangebote.

(A) Voraussichtlich zum Jahresende wird die Studie zur Kriminalität und Gewalt im Leben alter Menschen abgeschlossen sein. Die Zwischenergebnisse lassen darauf schließen, dass auch ältere und pflegebedürftige Menschen Opfer von Gewalt werden: zu Hause und im Pflegeheim – und das nicht nur in Einzelfällen. Fachleute wissen, dass auch ältere Frauen Opfer sexueller Gewalt werden.

Über die Gewalterfahrungen von Frauen mit Behinderungen fehlen uns leider noch gesicherte Daten. Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass ein erhöhtes Gewaltrisiko besteht, besonders dann, wenn sie auf Pflegekräfte angewiesen sind. Wir fordern entsprechende Studien und zielgerichtete Maßnahmen.

Seit letzter Woche liegt der zweite Aktionsplan der Bundesregierung vor. Frau Ministerin, dies ist eine unglaubliche Leistung angesichts der Tatsache, dass so viele Maßnahmen wie zum Beispiel die Betreuung von unter Dreijährigen auf den Weg gebracht werden. Mit seinen 133 Einzelmaßnahmen ist dieser Aktionsplan ein unglaublich ehrgeiziges Projekt. Ich freue mich, dass sich die Maßnahmen in weiten Teilen mit unseren Forderungen decken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Sibylle Laurischk [FDP])

Diese betreffen Frauen mit Behinderungen, Migrantinnen sowie ältere Frauen.

(B) Ausdrücklich möchte ich begrüßen, Frau Ministerin, dass man mit dem Schwerpunkt Prävention bereits bei den Kindern ansetzt. Sie haben unter anderem den Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“ aufgenommen. Darin wird aufgezeigt, wie wichtig es ist, dass Kinder in einer gewaltarmen, besser noch in einer gewaltfreien Umgebung aufwachsen. Wir haben dazu ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Gewalt gegen Kinder geächtet werden soll. Damit wollen wir die Erziehungsberechtigten nicht stigmatisieren, sondern ihnen aufzeigen, dass sie sich an die Beratungsstellen wenden sollen, wenn sie Hilfe brauchen. Die Tatsache, dass das aufgenommen wurde, stärkt die Position der SPD-Bundestagsfraktion, die in dieser Woche einen Antrag mit der Forderung, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen, verabschiedet hat,

(Beifall bei der SPD)

um dem originären Anspruch von Kindern auf persönliche Entwicklung und eine gewaltfreie Umgebung und Erziehung Nachdruck zu verleihen.

Ich komme jetzt zum Schluss. Der Europarat hat die Kampagne „Stoppt häusliche Gewalt gegen Frauen“ gestartet. Wir haben die Erklärung hier in einer feierlichen Stunde bekräftigt. Ich freue mich darauf, an der zügigen Umsetzung des zweiten Aktionsplans durch die Bundesregierung mitzuarbeiten. Ich glaube, diesbezüglich wird im ganzen Deutschen Bundestag zum ersten Mal Einvernehmen bestehen. Das ist ein Beitrag, der den Familien bei der Gestaltung eines guten Familienlebens hilft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(C) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Kollegin Kirsten Tackmann, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung. Darin sind wir uns einig. Deswegen begrüßt meine Fraktion, Die Linke, ausdrücklich die zentralen Forderungen des vorliegenden Koalitionsantrages: häusliche Gewalt gegen Frauen konsequent weiter bekämpfen und den nationalen Aktionsplan fortschreiben. Das ist ja unterdessen erfolgt. Wir können das nur unterstützen.

In der heutigen Debatte möchte ich unseren Blick auf eines der schwerwiegendsten Probleme lenken, mit denen Frauen auf der Flucht vor Gewalt konfrontiert werden. Im Koalitionsantrag steht, dass Frauenhäuser als Zufluchtsstätten nach wie vor notwendig sind. Darin sind wir uns einig. Es wird begrüßt, dass die Kostenerstattung zwischen den kommunalen Trägern nach § 36 a SGB II erfolgt. Das klingt zwar harmlos, ist aber im Vergleich zur früheren Sozialhilfe eine deutliche Verschlechterung. In 12 von 16 Bundesländern werden Frauenhäuser heute nicht mehr pauschal, sondern nach sogenannten Tagessätzen finanziert. Das heißt, dass für Frauen ohne eigenes Einkommen die Kosten entsprechend SGB II übernommen werden. Das hat einige schwerwiegende Konsequenzen:

(D) Erstens. Wenn die Frauen nicht anspruchsberechtigt sind, müssen sie für ihren Aufenthalt im Frauenhaus selbst aufkommen. Das können aber viele oft nicht. Diese Regelung trifft insbesondere Studentinnen und Asylbewerberinnen.

Zweitens. Die Frauen müssen sofort, also in der unmittelbaren Fluchtsituation, einen Hartz-IV-Antrag stellen. Im Klartext heißt das: Die Frauen befinden sich in einer extremen Notsituation. Statt die dringend benötigte sozialpsychologische Betreuung zu erhalten, gehen sie mit einer Mitarbeiterin des Frauenhauses erst einmal zur Arge und stellen einen Hartz-IV-Antrag. Was das konkret bedeuten kann, hat mir eine Mitarbeiterin eines Frauenhauses in Brandenburg berichtet: Die von Gewalt betroffene Frau kam als „normale“ Kundin in einen Raum, wo neben ihrer eigenen Fallmanagerin eine weitere Fallmanagerin saß, mit einem anderen Erwerbslosen im Gespräch. Der Versuch, die Fallmanagerin auf die besondere Situation der von Gewalt betroffenen Frau hinzuweisen, scheiterte an der Insensibilität bzw. Unwissenheit der Fallmanagerin. Der Termin musste abgesagt werden. Ein ALG-Anspruch besteht allerdings erst ab Antragstellung. Das ist nur *ein* Beispiel für die unwürdige Situation, in die von Gewalt betroffene Frauen durch die Regelung im SGB II gebracht werden, von der katastrophalen datenschutzrechtlichen Situation einmal ganz abgesehen.

Dr. Kirsten Tackmann

(A) Hinzu kommt, dass von der Antragstellung bis zur ersten Auszahlung der Leistungen nach dem SGB II Wochen vergehen können. In dieser Zeit sind die Frauen oft mittellos. Eine Zwischenfinanzierung über das SGB XII ist gesetzlich leider ausgeschlossen. Einmalige Beihilfen wie in der früheren Sozialhilfe gibt es nicht mehr. Hinzu kommen Probleme bei der Bewilligung der Übernahme der Kosten für die Unterkunft bzw. für die Fortzahlung der Miete für die verlassene Wohnung usw.

Im neuen Aktionsplan steht:

> Bei der Evaluation der Umsetzung des SGB II wird auch die Gruppe der von Gewalt betroffenen Frauen Berücksichtigung finden.

Angesichts der Armutssituation, in die viele Frauen im Frauenhaus geraten, ist das in der Tat dringend erforderlich. Im Koalitionsantrag fehlt das „Fördern“ übrigens völlig, um von Gewalt betroffenen Frauen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu bieten. Ich finde, das ist ein großer Fehler.

(Beifall des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

In der Bundesrepublik gibt es etwa 400 Frauenhäuser, in denen jährlich schätzungsweise 40 000 Frauen Zuflucht finden. Über die Tagessatzfinanzierung werden die Frauenhäuser SGB-II-abhängig. Sie müssen ihren Etat sogar bis zur Hälfte selbst einwerben. Dadurch werden die Frauenhausmitarbeiterinnen zu Geldbeschafferinnen. Ihnen fehlt dann die Zeit für die psychosoziale (B) Arbeit und die Begleitung der betroffenen Frauen.

Niemand bestreitet heute ernsthaft die gesellschaftliche Realität. 25 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen – das ist hier heute schon mehrfach gesagt worden – machen Erfahrungen mit körperlicher und sexueller Gewalt. Die psychische Gewalt ist ebenfalls schon angesprochen worden. Seit 30 Jahren fordern Frauenhäuser: Jede dieser Frauen soll unabhängig von ihrem sozialen Status oder ihrer Nationalität Zuflucht und Hilfe finden können. Mit Hartz IV haben wir uns von diesem Ziel wieder weiter entfernt. Von Gewalt betroffene Frauen brauchen dringend bundeseinheitlich finanziell abgesicherte Frauen- und Schutzhäuser. Das ist heute schon von anderen Rednern gefordert worden. Die Bundeskanzlerin hat das übrigens auch so gesehen; aber da war sie noch Frauenministerin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen vor allen Dingen von der Koalition, liebe Ministerin, die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen zum Thema Gewalt wird auch daran gemessen werden, ob wir die Probleme, die ich hier aufgeführt habe, lösen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das geschieht zu Recht. Ich denke, wir müssen hier endlich handeln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: (C)

Ich erteile das Wort Kollegin Irmingard Schewe-Gerigk, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am helllichten Tag hier vorne zu stehen und über Frauenpolitik zu sprechen, ist in dieser Legislaturperiode eine Seltenheit geworden. Die Große Koalition, aber auch die FDP und die Linke trauen sich mit diesem Thema nur äußerst selten ans Tageslicht.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Na ja!)

Ich freue mich, dass das heute einmal anders ist. Im Prinzip reden wir auch über ein Problem der inneren Sicherheit. Deshalb hätte Herr Schäuble eigentlich hierbleiben können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der bringt ohnehin nur Unsicherheit!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD, ich freue mich über den nachhaltigen Eindruck, den die rot-grüne Bundesregierung offensichtlich mit ihrem ersten Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen bei Ihnen gemacht hat. Denn der gesamte Feststellungsteil Ihres Antrages ist ein einziges Loblied auf die unter Rot-Grün verabschiedeten Maßnahmen. Ich nenne hier nur den ersten Aktionsplan gegen Gewalt und das Gewaltschutzgesetz. (D)

Ich finde es schön, dass Sie unsere damalige Politik so ausführlich würdigen. Tatsächlich haben diese Maßnahmen und Gesetze zu einem Perspektivwechsel im Umgang mit häuslicher Gewalt geführt. Heute heißt es: Der Täter geht, das Opfer bleibt. Der Staat ist für den Schutz vor Gewalt in der Familie verantwortlich, nicht länger nur ein paar couragierte Frauenprojekte. Justiz und Polizei halten sich nicht länger heraus, wie sie es früher taten, um eine vermeintlich nicht zu störende Privatautonomie der Familie zu schützen.

Die Frauen nehmen das Gesetz an. Allein in Nordrhein-Westfalen wurde die Polizei im Jahr 2006 zu mehr als 19 000 Fällen häuslicher Gewalt gerufen. In fast der Hälfte der Fälle sprach sie einen Wohnungsverweis für die Gewalttäter aus.

Leider gilt noch immer: Gewalt durch den aktuellen oder ehemaligen Partner ist eine der ernsthaftesten Bedrohungen für Leib und Leben von Frauen. Es wurde bereits gesagt: Mehr als jede vierte Frau erleidet sie einmal in ihrem Leben. Familie bleibt für Frauen der gefährlichste Ort; Familie ist kein Wert an sich. Das muss in den Ohren der Betroffen wirklich zynisch klingen.

Es ist deshalb richtig, an den ersten Aktionsplan anzuknüpfen. Aber ich muss sagen, Frau Ministerin: Ihre Verdienste in der Familienpolitik in Ehren, aber was Sie hier in der Frauenpolitik abliefern, ist wirklich unbefriedigend. Denn gemessen an den Problemen, die Sie rich-

Irmingard Schewe-Gerigk

(A) tig analysieren, sind die Lösungsvorschläge als mickrig zu bezeichnen.

Ich will ein Beispiel dafür nennen. Am deutlichsten wird das bei dem, was Sie zum besseren Schutz von Migrantinnen vorschlagen. In Ihrem Antrag steht, dass Sie diese Zielgruppe in den Blick nehmen wollen. Das hört sich prima an. Aber all die Modellprojekte und Studien werden den Migrantinnen wenig helfen. Was nützt zum Beispiel eine Onlineberatung für zwangsverheiratete Frauen – falls sie überhaupt einen Computer haben –, wenn sie sich aufgrund ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus gar nicht aus der Zwangsehe befreien können oder wenn sie ins Ausland verschleppt wurden – das sind viele – und ihnen nach Ablauf eines halben Jahres die Rückkehr nach Deutschland und damit der nötige Schutz verwehrt wird? Das ist so, als würden Sie einer Ertrinkenden sagen, dass das Ufer nahe ist, aber nicht den Rettungsring werfen. Ihnen Schutz zu gewähren, ist unsere Aufgabe; das müssen wir tun. Sie haben das versäumt, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen. Ich nenne das unterlassene Hilfeleistung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein sicherer Aufenthalt ist die Voraussetzung dafür, dass andere Maßnahmen wirken können. Alle Expertinnen und Experten haben uns gesagt: Ein Rückkehrrecht und ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bei Zwangsverheiratung müssen in das Gesetz aufgenommen werden. Das ist die allerwichtigste Hilfe für Zwangsverheiratete. Die Bundesregierung ist auf diesem Ohr leider taub und

(B) verschließt den Hilfesuchenden die rettende Tür.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das stimmt doch nicht!)

– Doch, das stimmt.

Während wir uns hier über ein paar Modellprojekte unterhalten, denken die unionsgeführten Bundesländer bereits über weitere aufenthaltsrechtliche Verschlechterungen nach, konkret darüber, ob die Frist bis zu einem eigenständigen Aufenthaltsrecht für ausländische Ehegattinnen nicht wieder auf drei Jahre erhöht werden sollte.

Frau Noll, Sie haben vorhin das Zehn-Punkte-Programm der Landesregierung Nordrhein-Westfalens angesprochen; das hört sich wunderbar an. Aber warum haben Sie nicht gesagt, dass die einzige Schutzeinrichtung für junge Mädchen in Bielefeld von ebendieser Landesregierung geschlossen worden ist? Das ist die Doppelbödigkeit Ihrer Politik: Sie versprechen etwas, Sie machen Modelle und schreiben Broschüren; aber diese Schutzeinrichtung, in der die erforderliche Hilfe gewährt werden konnte, wird geschlossen. Das ist wirklich doppelzüngig.

Frau Ministerin, Ihr Aktionsplan mag gut gemeint sein, aber für uns gilt auch hier: Gut gemeint ist nicht immer gut. Die von Gewalt betroffenen Frauen im Land haben mehr verdient als einen Aktionsplan mit warmen Worten und wenigen Taten.

(C) Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Das Wort hat nun Bundesministerin Ursula von der Leyen.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir über das Thema Gewalt gegen Frauen und vor allem, wie sich in der Debatte bereits deutlich herausgeschält hat, über das Thema Gewalt im häuslichen Bereich sprechen, insbesondere, wenn wir den 130 Maßnahmen umfassenden Aktionsplan gegen Gewalt hier debattieren, Maßnahmen, zu denen sich die Bundesregierung verpflichtet und die sie ausführen wird, wobei sie deutlich macht, dass sie eng mit Aktivitäten in Ländern und Kommunen verzahnt sein müssen, dann ist es meines Erachtens auch gegenüber den vielen Trägern und Organisationen, die hinter diesen Maßnahmen stehen und sie mit unglaublich viel Einsatz voranbringen, nicht richtig, jetzt in einen parteipolitischen Streit zu verfallen, ob dieser Aktionsplan so geschnitten ist, dass er jeder Fraktion und jedem politisch Handelnden gefällt. Ich halte es für wichtiger, wenn wir geschlossen, fraktionsübergreifend dieses wirklich große Bündel an Maßnahmen, das nicht nur die Bundesregierung, sondern viele andere Beteiligte einbezieht, würdigen und dann auch tatkräftig umsetzen.

(D) Wenn wir wissen, dass jede dritte Frau körperliche Gewalt und jede siebte Frau in strafrechtlich relevanter Form sexuelle Gewalt erlebt hat, dann ist deutlich, dass Gewalt gegen Frauen kein Randproblem ist, sondern mitten in unserer Gesellschaft stattfindet. Damit ist klar, dass Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft heraus in Zusammenarbeit aller Verantwortlichen verhindert oder abgewendet werden muss und dass wir uns nicht in einzelne Gebietskörperschaften oder in einzelne Parteien spalten lassen dürfen.

Gewalt ist eine schwere Hypothek; sie hinterlässt tiefe Spuren und Wunden. Sie ist eine schwere Hypothek auch für die nachwachsende Generation. 60 Prozent der Frauen, die Gewalt erlebt haben, sagen: Die Kinder sind dabei im Haushalt gewesen und haben alles mit angehört. Jede zweite Frau sagt: Die Kinder haben alles mit angesehen und alles mit angehört. Oft sind die Kinder in den Streit mit hineingezogen worden, wenn sie versucht haben, die Mutter zu verteidigen. Jedes zehnte Kind ist dann auch selber körperlich angegriffen, misshandelt und verletzt worden.

Diese Kinder erleben Gewalt als etwas, das zum Alltag dazugehört. Sie erleben Gewalt als etwas, womit der Vater, der Stiefvater oder der Mann seinen Willen durchsetzt: Sie ist sein Argument in der Auseinandersetzung. Also erleben sie Gewalt als etwas, was scheinbar eine selbstverständliche und akzeptierte Verhaltensweise ist. Daraus erklärt sich auch der deutlich erkennbare Zusammenhang, dass dann, wenn es in der Kindheit Gewalterfahrungen gab, das Risiko sehr viel höher ist, später

entweder selber zum Täter oder aber auch zum Opfer zu werden, weil in der Kindheit folgende paradoxe Haltung gelernt wurde: Vielleicht bin ja ich als Kind schuld, dass der Vater so wütend wird, dass er die Mutter schlägt und gegen sie ausfallend wird.

Das genaue Gegenteil muss die Grunderfahrung der Kindheit sein: starke Frauen und starke Männer, die auf Augenhöhe Beziehungen miteinander führen und vor allem Respekt vor der Integrität des anderen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Aus solchen Beziehungen können starke Kinder erwachsen.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist mir ein Teil des Aktionsplans besonders wichtig – hier haben wir einen Schwerpunkt gesetzt –: Wir lenken den Blick auf die Kinder und Jugendlichen, die zu Hause Gewalt erleben und ganz spezifische Hilfe brauchen. Wir brauchen, was dieses Thema angeht, mehr Kompetenzen im schulischen Bereich und eine Verknüpfung mit der Jugendhilfe.

Ich will das am Beispiel eines Modellprojekts präzisieren, das wir an einer Schule in der Stadt Berlin durchführen. Es wird getestet: Wie kann die Schule diese spezifische Thematik gemeinsam mit der Jugendhilfe so in Angriff nehmen, dass den betroffenen Kindern, die dieses Thema ja nicht ohne Weiteres von sich aus ansprechen, in ihrer sehr schwierigen Lebenslage ganz gezielt geholfen werden kann?

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hat mit Gleichstellungspolitik zu tun. Aber es geht dabei auch um Familienpolitik und um Jugend- und Kinderpolitik. Deshalb ist die Vernetzung von Jugendhilfe, schulischem Bereich und all den Trägern und Organisationen, die Gewaltprävention betreiben oder von Gewalt Betroffenen Unterstützung und Hilfe bieten, so unendlich wichtig.

Mehrfach ist hier zu Recht der große Fortschritt erwähnt worden, zu dem das Gewaltschutzgesetz geführt hat. Es verfolgt die Grundhaltung: Wer schlägt, der muss gehen. Ich finde, dass noch ein weiterer Aspekt aufgenommen werden sollte: Wenn nämlich der Täter gehen muss, wenn er also des Hauses bzw. der Wohnung verwiesen wurde und die geschlagene und misshandelte Frau mit den verängstigten Kindern zurückbleibt, dann muss diesen Menschen Hilfe ins Haus geschickt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie sind oft völlig traumatisiert und unfähig, aktiv zu werden, und die Zeit, in der sie handeln müssen, ist auf wenige Tage befristet.

Sehr wichtig ist hier die Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen, mit der Gerichtsbarkeit, mit der Polizei, aber auch mit den Interventionsstellen – sie haben in jedem Bundesland einen anderen Namen. Deren Mitarbeiter suchen die Frauen, Familien und Kinder auf, um sie zu beraten, wo sie Hilfe erhalten, um wieder auf die eigenen Füße zu kommen, wo sie Schutz finden und vor allen Dingen wie ihr Leben weitergehen soll.

Ein zweiter Schwerpunkt, der im Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gesetzt worden ist, betrifft das Thema „Frauen mit Migrationshintergrund“. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt, der hier schon debattiert worden ist. Angesichts der Kürze meiner Redezeit werde ich auf dieses Thema jetzt nicht weiter eingehen.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen, der mir im Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen wichtig ist. Körperliche und sexuelle Gewalt bedeuten körperliche Verletzung. Daher müssen wir unseren Blick auf das Gesundheitswesen richten. Denn es sind die Ärztinnen und Ärzte und die Krankenschwestern und -pfleger, die die betroffenen Frauen als Erste und manchmal Einzige sehen. Es ist ganz entscheidend, dass sie sensibilisiert sind, die Not zu erkennen und richtig zu reagieren, wenn um 2 oder 3 Uhr morgens eine Frau mit Platzwunden zu ihnen kommt.

Sie müssen die richtigen Fragen stellen, die richtigen Untersuchungen durchführen und die Ergebnisse richtig dokumentieren, damit sie später für eventuelle Prozesse genutzt werden können. Nachdem im Rahmen der Fort- und Weiterbildung zu diesem Thema im Krankenhaus erste Erfahrungen gesammelt wurden, ist es mir sehr wichtig, jetzt den Blick auf die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte zu erweitern, um dieses Thema nicht aus den Augen zu verlieren.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, im vorliegenden Aktionsplan wird deutlich, dass der Bund einiges in die Wege geleitet hat. Alleine werden wir diesen Aktionsplan allerdings nicht umsetzen können. Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit der zuständigen Bundesministerien, aber auch eine Kooperation von Bund, Ländern und vor allen Dingen den verschiedenen Trägern der Hilfe. Vor diesem Hintergrund findet der Antrag der Koalition meine volle Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Ich erteile nun das Wort Kollegin Angelika Graf, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Angelika Graf (Rosenheim) (SPD):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein bisschen schwierig, in dieser Debatte den Faden noch einmal aufzunehmen, weil vieles von dem, was wichtig ist, bereits gesagt worden ist.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man muss nicht reden!)

– Ich tue es aber.

Angelika Graf (Rosenheim)

(A)

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU], an den Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] gewandt: Das war jetzt aber typisch Macho-Mann!)

Wir reden über ein Thema, bei dem man die Debatte nicht abbrechen sollte. Man sollte vielmehr versuchen, andere Punkte, die auch wichtig sind, herauszuarbeiten und auf Punkte, die noch nicht angesprochen worden sind, einzugehen.

Es ist angesprochen worden, dass wir diesen zweiten Aktionsplan von seinen Ansätzen und Lösungen her begrüßen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist angesprochen worden, dass es ein erschreckendes Ausmaß von Gewalt gegen Frauen gibt und dass oft die ihnen am nächsten stehenden Personen die Täter sind, was das Thema so schwierig macht. Es ist auch angesprochen worden, dass es sehr unterschiedliche Lebenssituationen sind, in denen Gewalt gegen Frauen – insbesondere gegen Frauen, aber auch gegen Kinder – ausgeübt wird und dass es sich sowohl um seelische als auch um körperliche Gewalt handelt. Für mich ist wichtig: Nicht nur Brachialgewalt, auch Worte können gewalttätig sein, können Menschen sehr verletzen.

Gewalt gegen Frauen wird vor allem in Partnerschaften ausgeübt, und da insbesondere bei Trennung, bei Pflegebedürftigkeit und bei Behinderung. Nicht zu vergessen: Frauen mit Migrationshintergrund – auch das ist schon erwähnt worden – sind von Gewalt überdurchschnittlich häufig betroffen. Wir haben hier im Deutschen Bundestag schon einige Male über Zwangsverheiratung gesprochen und uns mit „Ehrenmorden“ beschäftigt. Wir hatten Anhörungen in den Ausschüssen, in denen der Zusammenhang zwischen häuslicher Gewalt und diesen Formen der Gewalt, der Gewalt gegen junge Frauen, die gegen ihren Willen verheiratet werden, ganz klar herausgekommen ist.

(B)

Die Vielfältigkeit der Situationen, in denen Frauen von Gewalt betroffen sein können, zeigt, dass Gewalt ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Frau von der Leyen, Sie haben gesagt: Das ist kein Randproblem. Ich stimme Ihnen völlig zu: Das ist ein Problem, das mitten in unserer Gesellschaft ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir in einer Zeit leben, in der Gewalt alltäglich ist. Ich spreche jetzt nicht von den Abendnachrichten. Aber wenn man zu etwas vorgerückter Stunde – zum Teil kann man so etwas auch am Nachmittag beobachten – im Fernsehen Sendungen ansieht oder wenn man sich anschaut, was alles an Computerspielen verkauft wird, muss man sagen: Es sind schlimme Dinge, die da laufen. Ich spreche beispielsweise von Musikvideos und von Ego-Shootern und solchen Dingen. Ich spreche aber auch davon, dass in vielen Bereichen unserer Medien Sexualität und Gewalt oder sexualisierte Gewalt öffentlich dargeboten werden. Diese medial gefütterte Gewaltverherrlichung lässt sich nur schlecht durch Gesetze kontrollieren. Es gelten auch hier Angebot und Nachfrage, der Markt regelt das. In dem Moment, wo die Menschen so etwas sehen wollen, werden sie es in der heutigen Zeit auch sehen können. Das heißt, wir müssen zu einem Bewusstsein kommen, dass gewaltverherrlichende Unterhaltung uns als Gesellschaft nicht mehr unterhält und dass wir diese Angebote nicht mehr nachfragen. Das muss das Ziel sein.

(C)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Elisabeth Winkelmeier-Becker [CDU/CSU])

Wir bieten mit dem Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, mit dem Gewaltschutzgesetz aus der rot-grünen Zeit und mit der Kampagne des Europarates, die auch schon angesprochen worden ist, Maßnahmen an, die greifen, wenn Frauen bereits von Gewalt betroffen sind. Genauso wichtig ist aber – auch das ist im Aktionsplan berücksichtigt –, dass wir die Prävention nicht vernachlässigen. Es ist wichtig, den potenziellen Opfern von Gewalt den Rücken zu stärken. Viele Frauen verbringen Jahre in Beziehungen, in denen sie massiver psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt sind. Sie müssen die Kraft bekommen, sich aus dieser Beziehung zu lösen. Sonst laufen alle unsere Anstrengungen ins Leere. Daneben müssen wir sie fit dafür machen, dass sie nicht aus einer Gewaltbeziehung in die nächste Gewaltbeziehung flüchten; denn auch das kommt relativ häufig vor. Wir müssen uns auch über die Gründe für ein solches Verhalten klar werden.

Eines dürfen wir nicht vergessen: Eltern sind immer auch Vorbilder für ihre eigenen Kinder. Welche Hypothek dieses Verhalten ihrer Eltern für die Kinder bedeuten kann, können wir uns alle vorstellen. Es gibt inzwischen auch jede Menge Statistiken darüber. Menschen, die in der Kindheit Gewalt erfahren haben, werden auch im Erwachsenenalter überdurchschnittlich häufig zu Opfern von Gewalt – auch von sexueller Gewalt – oder selbst zu Tätern oder Täterinnen.

(D)

Im Bereich der Prävention können wir noch viel tun – auch für Ältere und Pflegebedürftige. Sie können sich oftmals nicht mehr aus eigener Kraft wehren. Die für sie Verantwortlichen können wir aber sehr wohl sensibilisieren. In Pflegeheimen sind die Heimbeiräte, das Pflegepersonal und die Ärzte gefordert, genauer hinzusehen. Im privaten Bereich ist das jeder Einzelne, der mit betroffenen Pflegebedürftigen in Kontakt kommt.

Zum Schluss eine Bemerkung, die manchen von Ihnen aus meinem Mund erstaunen mag: Männer sind oft Täter, können aber auch Opfer von Gewalt sein. Ich denke, für sie ist die Hemmschwelle, sich Hilfe zu holen, aufgrund der Tabuisierung des Themas immer noch sehr hoch. Da Gewalt aber ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, müssen wir die Männer in ihren verschiedenen Rollen noch stärker in unsere Konzepte einbeziehen – auch deshalb, weil Opfer zu Tätern werden können und weil aus einem geprügelten oder missbrauchten kleinen Jungen oft ein Gewalttäter wird.

Hier schließt sich der Kreis. Es geht darum, dieses Thema gesamtgesellschaftlich in den Blick zu nehmen und allen, die Opfer sein können, den Rücken zu stärken, sodass sie sich gegen die Gewalt, die sie erfahren, wehren können.

Angelika Graf (Rosenheim)

(A)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für alle Gruppen – vom Kind bis zum Greis – gilt: Selbstbewusstsein und die Ergänzung durch professionelle Angebote und Beratungsstellen sind die beste Prävention.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/6429 und 16/6584 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Eckart von Klaeden, Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Detlef Dzembritzki, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Niels Annen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

(B)

Deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen im nationalen Interesse konsequent stärken

– Drucksache 16/6602 –

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

Folgende Kolleginnen und Kollegen haben ihre Reden zu Protokoll gegeben: Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Dr. Christian Ruck, Staatsminister Günter Gloser, Detlef Dzembritzki, Marina Schuster, Wolfgang Gehrcke und Dr. Uschi Eid.[1]

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/6602 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

[1] Anlage 11

(C)

Verzicht der Bundesregierung auf Einnahmen aus Sponsoring

– Drucksachen 16/4488, 16/5564 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme
Norbert Barthle
Carsten Schneider (Erfurt)
Otto Fricke
Dr. Gesine Lötzsch
Anja Hajduk

Folgende Kolleginnen und Kollegen haben ihre Reden zu Protokoll gegeben: Norbert Barthle, Petra Merkel, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Gesine Lötzsch und Anna Lührmann.[2]

Wir kommen zur Beschlussfassung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel: „Verzicht der Bundesregierung auf Einnahmen aus Sponsoring“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung der Drucksache 16/5564, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/4488 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Renate Künast, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(D)

Alte Atomkraftwerke jetzt vom Netz nehmen

– Drucksache 16/6319 –

Überweisungsvorschlag:
Auschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Innenausschuss
Auschuss für Wirtschaft und Technologie
Auschuss für Gesundheit

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fünf Minuten erhalten soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich erteile Kollegin Bärbel Höhn, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Titel dieses Antrags heißt nicht, *alle* Atomkraftwerke jetzt vom Netz zu nehmen, obwohl das auch keine schlechte Forderung wäre, sondern wir haben gefordert, *alte* Atomkraftwerke jetzt vom Netz zu nehmen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Sie haben Recht, Frau Kollegin, „t“ und „l“ in dieser Schrift sind ähnlich.

[2] Anlage 12

(A)

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Genau, da ist nur dieser kleine Querstrich.

Der Antrag hat seinen Grund. Die Pannenserie in den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel hat eine alte Einsicht bestätigt: Atomkraftwerke sind nicht sicher.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Technisches und menschliches Versagen können jederzeit zu Störfällen führen mit katastrophalen Folgen für Mensch und Umwelt. Wir erinnern uns: vor einem Jahr das Atomkraftwerk in Schweden. Wir dachten immer, Schweden hätte die sichersten Atomkraftwerke der Welt. In Forsmark ist es dazu gekommen, dass wir 20 Minuten an einem der schwersten Reaktorunfälle auf der Erde vorbeigeschrammt sind. Es hätte zum schwersten Reaktorunfall seit Tschernobyl kommen können.

Deshalb war es richtig, meine Damen und Herren, dass die rot-grüne Regierung hier in Deutschland den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb bleibt es auch richtig, am Atomausstieg festzuhalten. Deshalb ist es ein Gebot der Vernunft, besonders störanfällige alte Atomkraftwerke so schnell wie möglich abzuschalten. Deutschlands älteste AKWs, Brunsbüttel, Biblis A und Biblis B, führen die Pannenstatistik an, dicht gefolgt von Krümmel. Die Zahl der Zwischenfälle lag in diesen Meilern in den letzten vier Jahren 50 bis 100 Prozent über dem Durchschnitt.

(B)

Daraus kann es nur eine Konsequenz geben: Diese Pannenreaktoren müssen vom Netz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Auch der Bundesminister Gabriel hat diesen Schluss gezogen – wo ist er denn eigentlich? Er sieht heute etwas anders aus, aber das Ministerium ist da, sagen Sie es Minister Gabriel weiter! – und Ende August in der *Süddeutschen Zeitung* die Abschaltung der ältesten AKWs gefordert. Wörtlich hat er dort gesagt, eine solche Abschaltung bringe „einen hohen sicherheitstechnischen Gewinn“. Recht hat er. In diesem Punkt unterstützen ihn die Grünen.

Ich frage mich: Wo bleibt die Konsequenz? Diesen Worten müssen auch Taten folgen. Es kann nicht sein, dass man hier ein großes Risiko sieht und gleichzeitig nichts dagegen macht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Atomkraftwerke sind nicht sicher. Das gilt auch für den Schutz gegen Terroranschläge. Einige Atomkraftwerke sind bautechnisch noch nicht einmal gegen den Absturz leichter Sportmaschinen gesichert. Gegen einen terroristischen Angriff mit einem Verkehrsflugzeug sind alle Atomkraftwerke, die wir hier haben, nicht geschützt. Auch eine Vernebelung der Anlagen würde in einem solchen Fall nichts helfen.

Doch was macht die Bundesregierung? Minister Schäuble verängstigt die Menschen mit dem theoretischen Szenario einer „schmutzigen Bombe“. Minister Jung redet über den verfassungswidrigen Abschuss von Passagierflugzeugen. Wir Grünen haben einen wirksamen Vorschlag, meine Damen und Herren. Wir sagen: Schalten Sie die besonders verwundbaren Atomkraftwerke ab! Denn das gibt mehr Sicherheit in diesem Land.

(C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch da hat Minister Gabriel das Richtige gesagt. In der *Berliner Zeitung* erklärte er, durch eine Abschaltung älterer AKWs könnte die innere Sicherheit sofort verbessert werden. Recht hat er. Aber auch hier muss man fragen: Wo bleiben die Taten? Wir möchten sehen, dass aus diesen richtigen Analysen die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.

Gucken wir uns den nächsten Punkt an, die Versorgungssicherheit. Auch dazu ließe sich einiges sagen. Im Sommer standen zeitweilig 7 der 17 deutschen Atomkraftwerke still. Von Versorgungsproblemen konnte da keine Rede sein. Die gute Nachricht lautet: Wir haben die abgeschalteten AKWs gar nicht vermisst. Nicht eine Lampe hat geflackert. Es hat funktioniert – ohne sieben AKWs.

Umso sicherer und wichtiger ist es, dass wir eine vorzeitige Abschaltung der unsicheren und besonders terrorgefährdeten Pannenreaktoren jetzt machen. Wir können es. Es gibt genug Energie, die wir hier erzeugen. Wir brauchen diese Pannenreaktoren nicht in Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Wir fordern von Ihnen den Willen zum Handeln. Lesen Sie unseren Antrag – er ist einfach gut – und stimmen Sie ihm zu, wenn er wieder zur Abstimmung steht!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Das Wort hat nun Kollege Georg Nüßlein, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):
Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Zum x-ten Mal beschäftigt den Deutschen Bundestag ein Antrag der Grünen zum beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie. Ob alte oder alle Atomkraftwerke sei ihr ziemlich egal, hat Frau Höhn gerade eingeräumt. Zum x-ten Mal legen Sie uns ein Sammelsurium von Vorbehalten, unhaltbaren Anwürfen und nicht belegbaren Behauptungen vor

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was?)

und unterstreichen Ihre altbekannten Ressentiments gegenüber der Kernenergie, und dann wundern Sie sich, wenn kaum jemand an der Debatte teilnimmt.

(Beifall der Abg. Angelika Brunkhorst [FDP])

(A)

Für mich stellt sich die Frage, warum Sie das tun. Ein Motiv einer Oppositionspartei könnte sein, die Uneinigkeit der Regierungskoalition in diesem Punkt zu demonstrieren. Das ist aber entbehrlich; denn wir haben schon im Koalitionsvertrag festgehalten, dass wir uns in dieser Frage nicht einig sind.

(Rainer Arnold [SPD]: Richtig!)

Im Übrigen meine ich, dass es auch gut ist, dass es auch Punkte gibt, in denen wir uns nicht einig sind, weil sich sonst der geschätzte Wähler darüber wundern würde, dass man erst gegeneinander Wahlkampf führt, um dann bei gleichen Mehrheitsverhältnissen in allen Punkten einig zu sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das kann nicht sein. Dabei geht es auch um die Glaubwürdigkeit von Politik. Anders ist es bei Ihnen, liebe Freunde von den Grünen: Was Sie machen, hat mit Glaubwürdigkeit nichts zu tun. Ihnen geht es um nichts anderes als Ihre Rehabilitierung als Ausstiegspartei. Sie wollen sich aus der Verantwortung für den Ausstieg auf Raten davonschleichen, nach dem Motto „Vielleicht merken es unsere Wähler ja nicht“.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So einfach geht das aber nicht. Wer wie Sie im Zusammenhang mit der Kernenergie permanent den Teufel an die Wand malt und das, was Sie über die Gefahren der Kernenergie sagen, wirklich ernst meint, der hätte in der alten Bundesregierung für den sofortigen und kompromisslosen Ausstieg eintreten müssen.

(B)

Offenkundig geht es den Grünen nur darum, immer wieder Ängste zu schüren, um sich dann als weißer Ritter und Beschützer in der Not aufzuspielen und die paar Prozentpunkte zu sammeln, die man braucht, um in den Bundestag zu kommen und entweder in der Regierung faule Kompromisse einzugehen oder dann, wenn man in der Opposition ist, wieder dagegen zu sein.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo bleiben denn Ihre Argumente?)

– Es ärgert mich nicht nur, Frau Höhn, dass Sie dazwischenrufen. Insbesondere ärgert mich das, was Sie immer im Zusammenhang mit den Terrorgefahren an die Wand malen.

(Zurufe von der LINKEN: Schäuble!)

Wir haben in geheimer Sitzung beraten – deshalb können wir hier nicht darüber reden –, aber offen gesagt ist mir nicht klar geworden, woran man die Terrorgefahren festmachen kann.

Wenn die alten Kernkraftwerke das höchste Gefahrenpotenzial im Zusammenhang mit Terrorangriffen aufwiesen,

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es ja auch!)

dann würde ich von Ihnen immerhin so viel Verantwortungsbewusstsein erwarten, dass Sie nicht alle Terroristen dieser Erde auf diese Schwachstelle hinweisen würden, wenn es sie denn gäbe.

(C)

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Zuruf von der SPD: Wir sind uns wirklich nicht einig!)

In dem Stil geht es weiter. Sie behaupten, die jüngsten Störfälle in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel hätten erneut gezeigt, wie stark die Unfallwahrscheinlichkeit mit dem Alter der AKWs steigt.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Erstens sprechen Sie von Störfällen, obwohl es keine Störfälle waren. Das ist der erneute Versuch, Nichtereignisse zu Störfällen hochzustilisieren.

(Lachen bei der LINKEN – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war doch kein Nichtereignis!)

– Aber ein Störfall war es mit Sicherheit nicht, Frau Höhn. Das wissen Sie so präzise wie alle anderen Kollegen im Saal.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wieland von den Grünen?

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Gerne.

(D)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Kollege. – Da Sie uns unterstellt haben, wir wollten nur Ängste in der Bevölkerung schüren und Terroristen auf AKWs als Anschlagsziele aufmerksam machen, frage ich Sie, ob Sie das auch Ihrem Verteidigungsminister unterstellen, der in der *Hessenschau* am 16. September dieses Jahres ausdrücklich die Befugnis zum Abschießen von Flugzeugen gefordert hat, und zwar auch und gerade dann, wenn ein solches Flugzeug auf ein AKW zusteuert?

(Hellmut Königshaus [FDP]: Das bezieht sich doch nur auf hessische Kernkraftwerke!)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Herr Kollege, ich sehe keinen Unterschied zwischen alten und neuen Kernkraftwerken an dieser Stelle. Ich habe nicht gesagt, dass das, was Sie behaupten, stimmt, sondern, dass das, was Sie behaupten, grundfalsch ist. Ich gebe Ihnen recht: Es gibt insgesamt ein Risiko terroristischer Anschläge. Das gilt für jeden Bereich. Wir tun gut daran, uns Gedanken darüber zu machen, wie wir mit diesem Gefahrenpotenzial umgehen. Dazu hat Herr Jung einen hier im Hause vieldiskutierten Beitrag geleistet. Ich glaube nicht, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, noch einmal über die Äußerungen von Herrn Jung zu diskutieren. Das haben wir in dieser Woche bereits getan.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war keine Antwort!)

Dr. Georg Nüßlein

Zweitens. Sie behaupten, die jüngsten Störfälle belegten insbesondere, dass die Unfallwahrscheinlichkeit mit zunehmendem Alter der Atomanlagen steige. Abgesehen davon, dass es sich nicht um Störfälle handelt, ist es zumindest ungeschickt, gerade Krümmel, das 1983 in Betrieb gegangen ist, als Beispiel für ein altes Atomkraftwerk zu wählen.

Drittens. Anhand der Nettowirkungsgrade kann man zeigen, dass ältere Anlagen nicht per se schlechter sind.

Viertens. Mit Ihrer rein auf Plausibilitäten basierenden Aussage stellen Sie das gesamte Wartungs- und Risikomanagement infrage. Das ist wohl Ihre Absicht.

Fünftens. In den USA zum Beispiel werden derzeit bei 50 Kernkraftwerken die Laufzeiten von 40 auf 60 Jahre verlängert. Ich frage mich, warum deutsche Technik Ihrer Meinung nach dafür keine Grundlage bieten kann.

Es geht aber noch abenteuerlicher weiter. Sie behaupten, Atomkraft sei kein wirksames Mittel im Kampf gegen den Klimawandel, insbesondere weil „Atomanlagen über die gesamte Produktions- und Entsorgungskette erhebliche Mengen CO_2“ produzierten. Ich stelle Ihnen anheim, dazu eine McKinsey-Studie zum Thema „Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland“ zu lesen. Dann werden Sie feststellen, dass das Vermeidungspotenzial durch verlängerte Laufzeiten bei der Kernenergie erheblich größer ist als alle anderen Maßnahmen im Energiesektor, die wir treffen könnten, und das zu erheblich niedrigeren volkswirtschaftlichen Kosten.

Dann kommt das alte Argument, das Uran gehe uns aus. Ich will nicht bestreiten, dass auch Uran endlich ist. Aber Uran kommt zu einem erheblichen Teil aus politisch stabilen Regionen. Fast 50 Prozent unseres Natururans kommt zum Beispiel aus Kanada. So kann man natürlich einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Die Reichweiten sind zudem technisch verlängerbar. Im Übrigen ist der Kostenanteil des Rohstoffes nicht sehr hoch. Bei den Produktionskosten liegt der Anteil von Natururan bei 3,5 Prozent, sodass sich preisliche Veränderungen nicht in starkem Maße auswirkten. Unter dem Gesichtspunkt der Endlichkeit sagen wir von der Union deutlich: Wir sehen die Kernenergie als Brücke in einen neuen Energiemix, den wir in den nächsten Jahren mit verstärkten gemeinsamen Anstrengungen entwickeln müssen. 48 Prozent unseres Grundlaststroms kommt von der Kernenergie. Ich weiß nicht, wie man diesen Anteil ersetzen sollte. Vielleicht wissen Sie es. Ich bin gespannt, was die nachfolgenden Redner dazu sagen werden.

Der Gipfel dessen, was die Grünen behaupten und meine Argumentation untermauert, ist folgende Einlassung zum Thema Endlagerung: „Hier ist der Staat gefragt, alles zu unternehmen, dieses Problem schnell zu lösen.“ Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie haben in Ihrer Regierungszeit alles getan, um dieses Problem nicht und erst recht nicht schnell zu lösen.

Sie sind offenkundig da angekommen, wohin Sie immer gehört haben, nämlich auf der Oppositionsbank. Ich appelliere aber auch an die Kollegen der Koalition, da sich die Grünen wieder für eine zielorientierte Erkundung von Gorleben einsetzen: Lassen Sie uns einvernehmlich diesen Weg beschreiten. Dann hätte uns der Antrag, den wir heute diskutieren, doch noch einen Schritt vorangebracht.

Für mich bleiben allerdings unter dem Strich beim Thema Kernenergie insgesamt einige wesentliche Fragen offen. Zum Beispiel: Wenn wir das ehrgeizige Ziel schaffen, bis zum Jahr 2020 30 Prozent unseres Strombedarfs nach Effizienzgewinnen aus erneuerbaren Energien zu decken – wir von der Union werden uns dafür einsetzen, dass uns das gelingt –, dann frage ich: Wo kommen dann die übrigen 70 Prozent her? Aus dem europäischen Ausland? Da drängt sich mir die Frage auf, was Kernkraftwerke im benachbarten Ausland ungefährlicher als inländische macht. Wer steht für den volkswirtschaftlichen Schaden gerade, den wir durch einen schnellen Ausstieg provozieren? Wer bezahlt das alles? Die Verbraucher? Darüber müssen wir reden. Wir müssen aber auch mit den Versorgern darüber reden, dass sie uns zeitnah sagen, was Laufzeitverlängerungen am Ende für die Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Strompreise bedeuten. Die Preise müssen nämlich sinken, wenn wir das tun wollen. Ich halte das für ein wichtiges Signal, das von den Versorgern als Unterstützung unserer Politik kommen muss.

Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, wollen Sie Ihre Redezeit noch verlängern? Der Kollege Kelber wollte eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Wir zwei haben demnächst genügend Gelegenheit, über viele Themen miteinander zu diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie sehen, dass das Thema die Kolleginnen und Kollegen brennend interessiert und wie schnell die alle nach Hause wollen. Deshalb diskutieren wir das später.

(Ulrich Kelber [SPD]: In der Zeit hätten Sie die Frage beantwortet!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Deswegen erteile ich jetzt sofort Kollegin Angelika Brunkhorst, FDP-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Angelika Brunkhorst (FDP):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Höhn, ich schätze Sie wirklich sehr, und Sie haben vieles auf den Weg gebracht, wofür ich Sympathie habe. Aber jetzt muten Sie uns etwas zu. Der Herbst steht vor der Tür, und der Winter naht. Sie holen das Eingemachte aus dem Keller und tischen uns die alten Argumente wieder auf. Es wird zwar neu angerichtet, aber mein Appetit hält sich wirklich in Grenzen. Auch die

Angelika Brunkhorst

(A) Bürger sind mittlerweile so weit, dass sie bei den typischen Argumenten nicht mehr reflexartig Angst bekommen und Kernkraftwerke ablehnen. Die Emnid-Umfrage im Juni hat gezeigt, dass mittlerweile eine Mehrheit der Bürger dafür ist, für eine Überbrückungszeit die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wie war denn die Fragestellung in der Umfrage?)

– Das kann ich Ihnen schriftlich geben. Ich habe sie dabei, Herr Kelber. Seien Sie ganz ruhig. – Ihr Bundesminister Gabriel und die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, haben die Klimaziele für 2020 festgelegt. Es soll 40 Prozent weniger CO_2-Emissionen geben. Wir wollen das schaffen. Das ist ein hehres Ziel. Aber wie wollen Sie das erreichen, wenn Sie die Kernkraftwerke abschalten? Wir haben in 16 Jahren gerade einmal um 15 Prozent reduziert, wollen aber 40 Prozent einsparen. Sie wollen CO_2-Emissionen von 120 Millionen Tonnen einsparen. Wie wollen Sie das kompensieren? Die Frage haben Sie bis heute nicht beantwortet. Wir haben die Emissionen, die wir eingespart haben, hauptsächlich in den ersten fünf Jahren eingespart. Das korrespondiert damit, dass in dieser Zeit viele Industrien in der ehemaligen DDR aufgegeben wurden.

Ich möchte zu einigen technischen Dingen Stellung nehmen. In dem Antrag wird von den Gefahren gesprochen, die vom Alterungsprozess der Reaktoren und den hochkomplexen Veränderungen in der atomaren Struktur metallischer Werkstoffe ausgehen. Ich habe mich schlau gemacht; denn auch ich bin keine Ingenieurin. Man hat

(B) mir gesagt, dass es Tests und Laborverfahren gibt – zum Beispiel noch intensiverer Neutronenbeschuss –, mit denen man erproben kann, wie die metallenen Werkstoffe und Anlagenkomponenten reagieren. Es ist dabei herausgekommen, dass der durch den Neutronenbeschuss bedingte Verschleiß deswegen nicht so hoch ist, wie es bei anderen Kraftwerken der Fall ist, weil wir Wasserpuffer zwischen den Druckbehältern und den Reaktorkernen haben, die größer sind, als es zum Beispiel im Ausland üblich ist. Sollte es trotzdem zu Versprödungen kommen, dann besteht – selbst bei laufendem Betrieb – immer noch die Möglichkeit, die spröden Materialien durch eine sogenannte Erhitzung auszuheilen, zu glätten und die Gitterstruktur neuwertig wiederherzustellen. Ich bitte Sie, diese Anregung einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

An die Bürger in diesem Lande gerichtet, möchte ich sagen: Natürlich haben wir hier bei uns in Deutschland die höchsten Sicherheitsstandards. Es ist so, dass bestimmte Anlagenkomponenten nach einer bestimmten Reihe von Jahren ausgetauscht werden müssen. Während seines Lebenszyklus wird ein Kernkraftwerk einmal runderneuert.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist eines der Grundprobleme! – Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Nehmen Sie runderneuerte Reifen im Winter! Die sind nicht so gut!)

– Ja, Herr Hill. Da wird einfach nicht die ganze Wahrheit gesagt. Auch darum geht es.

(C) Die Grünen tun so, als wären sie der einzige Anwalt für die Sicherheit der deutschen Bevölkerung.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kelber auch noch!)

Dem möchte ich doch widersprechen. Frau Höhn, Sie verlangen in Ihrem Antrag, dass unvoreingenommene Experten befragt werden. Gleichzeitig beantragen Sie, atomkritische Experten zurate zu ziehen. Das ist ein bisschen widersinnig. Das verstehe ich nicht so ganz. Wir haben immer noch hervorragende Wissenschaftler. Es vergeht fast kein Tag, ohne dass Ihnen ein Experte sagt: Wir können aus der Kernenergie nicht aussteigen, wenn wir die Versorgungssicherheit und die günstigen Strompreise halten wollen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sehen doch alles durch die gelbe Parteibrille!)

– Ja, natürlich. Durch Ihre, durch die grüne, sehe ich garantiert nicht. Das kann ich Ihnen sofort unterschreiben.

(Ute Kumpf [SPD]: Ihre Brille ist giftgrün!)

Ich möchte noch einen Bogen schlagen. Liebe Frau Höhn, auch Sie kennen Herr Dr. Moore von Greenpeace und Herrn Professor Vahrenholt. Das sind nun wirklich keine Personen, die im Verdacht stehen, unsere Politik zu unterstützen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie kennen Herrn Dr. Töpfer?)

(D) Sie befinden sich eher auf Ihrer Politikschiene. Auch diese beiden Experten sagen: Liebe Leute, kommt auf den Boden der Realität zurück! Stellt euch den Realitäten! Wir kommen auch über 2020 hinaus nicht ohne die Kernkraftwerke aus, soweit sie sicher sind. – Um Sicherheit geht es auch uns; das möchte ich hier wirklich betonen. Wir sind auf die Erkenntnisse aus den Ereignissen rund um Krümmel und Brunsbüttel, die vorgelegt werden, gespannt. Wir werden das sehr kritisch begutachten. Wir werden darüber noch diskutieren.

Ich möchte noch auf die Endlagerfrage eingehen – Herr Nüßlein hat es hier schon thematisiert –: Es gibt jede Menge Konzeptionen. Es war wirklich Ihr Minister, Herr Trittin, der die Lösung des Problems verhindert hat. Daher haben Sie nicht unbedingt das Recht, hier jetzt eine schnellstmögliche Endlagerung einzufordern.

Danke.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Christoph Pries, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Christoph Pries (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute zum wiederholten Mal in dieser

(A) Legislaturperiode mit der Sicherheit unserer Atomkraftwerke. Im Grundsatz sind wir uns alle einig: Die Sicherheit muss beim Betrieb der deutschen Atomkraftwerke allerhöchste Priorität haben. Sobald wir uns aber darüber unterhalten, was als sicher gilt, ist es mit der Einigkeit schnell vorbei. Denn das, was nach Stand von Wissenschaft und Forschung sicher ist, hängt ganz entscheidend vom Standpunkt des Betrachters ab. Dementsprechend sind die Positionen in der Frage der Reaktorsicherheit ebenso festgefahren wie diejenigen, die den Atomausstieg betreffen.

Man muss allerdings feststellen, dass sich nach den Störfällen in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel – Herr Nüßlein, ich empfehle Ihnen, an Ihrer Definition des Begriffs „Störfall" zu arbeiten – gerade bei der FDP eine gewisse Flexibilität in der Frage der Reaktorsicherheit gezeigt hat.

Kollege Kauch hat am 6. August im *Tagesspiegel* mit Blick auf die Terrorgefährdung alter Atomkraftwerke gefordert:

> Aus unserer Sicht wäre es klug, die Reststrommengen auf besser geschützte Anlagen zu übertragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Antrag von Vattenfall auf Strommengenübertragung für das Atomkraftwerk Brunsbüttel bezeichnet Herr Kauch als „keine gute Idee". Da bin ich mit dem Kollegen uneingeschränkt einer Meinung. Ob das allerdings für die übrigen Kollegen der FDP zutrifft, wage (B) ich nach dem, was Sie gerade gesagt haben, Frau Brunkhorst, zu bezweifeln. Noch im Mai dieses Jahres haben wir hier über einen Antrag der FDP zur Atomenergie debattiert. Darin fordern Sie eine Novelle des Atomgesetzes mit dem Ziel, „die zulässige Betriebsdauer der Kernenergieanlagen zu verlängern".

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, was wollen Sie jetzt? Wollen Sie den Energiekonzernen nahelegen, die unsinnigen Anträge auf Strommengenübertragungen von neuen Atomkraftwerken auf störanfällige Altanlagen zurückzuziehen? Wollen Sie alte Atomkraftwerke wegen ungenügenden Schutzes gegen Terroranschläge schneller abschalten? Oder wollen Sie den Energiekonzernen einen Freibrief für den Betrieb ihrer Anlagen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag geben? Ich bin schon sehr gespannt, wie Sie diesen Widerspruch in Zukunft auflösen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christoph Pries (SPD):
Gerne.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Herr Königshofen, bitte.

(C) **Hellmut Königshaus** (FDP):

Der nicht – mit dem werde ich immer verwechselt –, er würde wegen der Frage Ärger bekommen. Mein Name ist Königshaus. Es ist halt später Freitagnachmittag. – Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir über unterschiedliche Sachverhalte sprechen? Es geht nicht um Restlaufzeitenübertragung. Der Antrag, über den wir im Moment reden und über den die Kollegin gesprochen hat, lautet: Alte Atomkraftwerke jetzt vom Netz nehmen. Das ist etwas anderes als die Frage der Laufzeitenveränderung.

Christoph Pries (SPD):

Herr Königshaus, diese Fragen hängen unmittelbar miteinander zusammen. Wenn Sie Reststrommengen von neuen Atomanlagen auf alte Atomanlagen übertragen wollen, hat das sehr wohl einen Aspekt, der die Sicherheitslage in Deutschland betrifft. Insofern ist das Thema nicht verkehrt angesprochen worden.

Ich bin, wie gesagt, schon sehr gespannt, wie Sie diesen Widerspruch in Zukunft auflösen wollen. Kommen Sie mir jetzt bitte nicht damit, dass natürlich nur Atomkraftwerke weiterbetrieben werden dürfen, die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik sicher sind! Die Chefs der Energiekonzerne werden bei dieser Forderung richtig zittern; ich sehe das schon vor mir. Ich sehe schon, wie die FDP den Herren beim Thema Reaktorsicherheit die Daumenschrauben anlegen möchte, eine Partei, die den Bürgerinnen und Bürgern seit Jahrzehnten erzählt: Deutsche Atomkraftwerke erfüllen höchste Sicherheitsstandards und sind die sichersten der Welt. (D)

(Angelika Brunkhorst [FDP]: Dazu stehen wir auch heute noch!)

– Wer ständig mit Superlativen wirbt, Frau Brunkhorst, sollte nicht vergessen, dass man die nicht steigern kann.

Brunsbüttel und Krümmel haben wieder einmal offenbart, es ist nicht alles so rosig, wie es uns die Hochglanzbroschüren der Energiekonzerne glauben machen wollen. Es ist auch dieses Mal wieder gut gegangen. Aber das ist keine Entschuldigung für die gravierenden Mängel im Sicherheitsmanagement und in der Sicherheitskultur, die in den Atomkraftwerken offenbar geworden sind. Das ist schon gar keine Entschuldigung für die unzureichende Informationspolitik und die schleppende Kooperation des Betreibers mit den Aufsichtsbehörden.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt aus diesem Grund die Maßnahmen, die Bundesumweltminister Sigmar Gabriel nach den Störfällen eingeleitet hat. Dazu gehören: die Einführung von selbst lernenden Sicherheitsmanagementsystemen in den deutschen Atomkraftwerken; die Etablierung klarer und verbindlicher Kommunikationsregeln in den Anlagen; die Beschleunigung der Bearbeitung von Erkenntnissen der periodischen Sicherheitsüberprüfungen und ein verbesserter Schutz der Kraftwerkswarten gegen das Eindringen von Gasen.

Die zügige Umsetzung, die Kontrolle und die Weiterentwicklung dieser Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag, um eine größtmögliche Sicherheit beim Betrieb der

Christoph Pries

deutschen Atomkraftwerke während ihrer Restlaufzeit zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Absolute Sicherheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es bei einer komplexen Hochrisikotechnologie wie der Atomenergie allerdings nie geben. Aus diesem Grund unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion die Initiative von Bundesumweltminister Gabriel zur Übertragung von Reststrommengen von den ältesten auf die neueren Atomkraftwerke. Der Bundesumweltminister hat den vier großen Energiekonzernen angeboten, durch Strommengenübertragung die sieben ältesten Atomkraftwerke sofort bzw. bis zum Herbst 2009 vom Netz zu nehmen.

Dafür hätten die verbleibenden Anlagen, die neueren Baureihen angehören, entsprechend länger in Betrieb bleiben können. Dies hätte das atomtechnische Risiko in Deutschland verringert und zu einer erheblichen Klimaverbesserung zwischen Politik und Energiewirtschaft beigetragen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Vorschlag hätte auf der Grundlage des geltenden Atomgesetzes umgesetzt werden können, das explizit eine genehmigungsfreie Übertragung von Reststrommengen von alten auf neuere Anlagen erlaubt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich bin davon überzeugt, dass der Bundesumweltminister das Notwendige und atomrechtlich Durchsetzbare veranlasst hat. Ihre wichtigsten Forderungen sind damit bereits hinfällig geworden. Dass Sie mit Ihrem Antrag noch eine Schüppe drauflegen, Frau Höhn, ist mit Blick auf die Pflege Ihrer Klientel erlaubt und auch verständlich.

Wie Sie wissen, haben die Energiekonzerne das Angebot des Bundesumweltministers ungenutzt gelassen. Wieder wurde eine Chance vertan, Herr Rüttgers. Und nicht nur das. Die Energiekonzerne haben gleichzeitig angekündigt, an ihren Anträgen auf Übertragung von Reststrommengen von neueren, besser gesicherten Anlagen auf ihre Uraltmeiler festzuhalten. So bedauerlich diese Bunkermentalität ist, so sehr war sie doch zu erwarten. Interessant ist daher weniger die Ablehnung selbst als deren ausschließlich atomrechtliche Begründung. Kein Konzern hat die Ablehnung des Vorschlags von Sigmar Gabriel damit begründet, die gleichzeitige oder zeitnahe Abschaltung von sieben Atomkraftwerken werde die Versorgungssicherheit in Deutschland gefährden; Frau Höhn, Sie hatten es schon angesprochen. Warum das? Die Versorgungssicherheit zählt doch sonst zu den Standardargumenten der Energiekonzerne. Die Antwort ist einfach. Die Abschaltung der sieben Uraltmeiler hätte die Versorgungssicherheit in Deutschland mitnichten gefährdet.

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Genau! – Zuruf von der SPD: Es ist nicht dunkel geworden!)

Im Juli und August dieses Jahres waren zeitweise bis zu sieben deutsche Atomkraftwerke gleichzeitig vom Netz. Und? – Keine Preisexplosion an der Strombörse, keine Stromausfälle, nichts; kurz: Keiner hat es gemerkt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Hans-Kurt Hill [DIE LINKE])

Überhaupt verliert das Argument, erneuerbare Energien seien nicht grundlastfähig, zunehmend an Überzeugungskraft. Am Dienstag haben drei Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien ihr regeneratives Kombikraftwerk vorgestellt. Sie haben damit eine Zusage eingehalten, die sie anlässlich des Energiegipfels im vergangenen Jahr gemacht haben. Durch die zentrale Steuerung von bundesweit 36 Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen sowie eines Pumpspeicherkraftwerkes funktioniert das regenerative Kombikraftwerk wie ein herkömmliches Kraftwerk. Es kann Schwankungen in der Stromproduktion und im Stromverbrauch kompensieren und deckt den Strombedarf einer Kleinstadt mit 12 000 Haushalten – zu jeder Zeit und bei jedem Wetter.

In diesem Jahr werden bereits 15 Prozent des deutschen Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt. Zusammen mit unseren Anstrengungen im Bereich der Energieeinsparung und der Energieeffizienz ist das der richtige Weg zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung. Diesen Weg haben wir begonnen. Diesen Weg werden wir weitergehen. Im Gegensatz dazu ist die Atomenergie ein Auslaufmodell. Mit der Novelle zum Atomgesetz haben wir dafür gesorgt, dass das auch so bleibt. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass beim Betrieb der Anlagen die größtmögliche Sicherheit gewährleistet wird.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile nun das Wort dem Kollegen Hans-Kurt Hill, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Hans-Kurt Hill (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was passiert, wenn unser Auto in die Jahre kommt? Es beginnt zu klappern, schluckt mehr Sprit, und es geht mit den großen Reparaturen los. Selbst wenn wir es zur Inspektion in die Werkstatt bringen, irgendwann müssen wir es ausmustern. Wenn wir es bis zum Gehtnichtmehr oder, wie man im Saarland sagt, bis auf den Grutz fahren, dann hat die Karre nur noch Schrottwert, und wir schauen uns nach den neuesten und effizientesten Modellen um. Im Grunde ist das mit allen Gebrauchssachen so.

Wie ist das nun mit den Atomkraftwerken? Da gibt es neue und alte Anlagen. Nun hören wir, die alten seien genauso gut wie die neuen. Das wird jedenfalls von Vattenfall und Co. so behauptet. Die Kolleginnen und

Hans-Kurt Hill

Kollegen von der CDU/CSU wie auch von der FDP stoßen natürlich ins gleiche Horn.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Wann haben wir das denn gesagt?)

Ich sage Ihnen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen: Da werde ich stutzig und, wie ich glaube, auch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Herr Kollege Nüßlein und Frau Kollegin Brunkhorst, ich kann Ihnen nur empfehlen, sich einmal die neueste Emnid-Umfrage vom August anzusehen. Danach wollen sich zum Beispiel 53 Prozent der CDU/CSU-Anhänger von den AKWs verabschieden.

Nun, bei einem alten Auto bekomme ich eventuell noch einen Kolbenfresser. Bei einem alten AKW geht man das Risiko ein, ganze Lebensräume zu zerstören. Die Wahrheit ist: Die Energieversorger machen pro Atommeiler 300 Millionen Euro Gewinn pro Jahr. Das bedeutet Profit auf Kosten und Risiko der Allgemeinheit.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Das ist schädlich! Sozialisieren!)

Das ist der einzige Grund, Herr Nüßlein, warum die Schrottmeiler noch weiter laufen sollen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was war denn im Sommer? In einer Sondersitzung des Umweltausschusses hat uns der Umweltminister über weitreichendste Probleme bei Atomanlagen unterrichtet. Dabei ist deutlich geworden, dass diese Technik ebenso ist wie andere Technik: je älter, desto problematischer. Betrachten wir doch einmal die damaligen Vorgänge! Durch mangelhafte Überwachungsroutine und vor allem durch die Verschleierungstaktik der mittlerweile schon ausgetauschten Betriebsführung ist eine hochexplosive Mischung entstanden. Hinzu kommt die Terrorgefahr, die eben angesprochen wurde. Dagegen können vor allem alte Kraftwerke – dass das so ist, Herr Nüßlein, wissen Sie genauso gut wie ich – nicht gesichert werden. Ich sage also: Alte Atommeiler sofort abschalten.

Geradezu zynisch finde ich das Verhalten der CDU/CSU und auch der FDP, die all diese Fragen noch für so unwichtig halten. Wer mir also eine alte Karre als neues und sicheres Modell verkaufen will,

(Hellmut Königshaus [FDP]: Wer macht das denn? Tut doch keiner! So ein Quatsch!)

der will nur eines, nämlich seinen Vorteil sichern, und zwar zu meinen Lasten bzw. in unserem Fall zulasten der Bürgerinnen und Bürger. Da gehe ich lieber zu einem ehrlichen Kaufmann. Das soll ganz einfach heißen: Wechseln Sie den Stromanbieter

(Hellmut Königshaus [FDP]: Oder die Steckdose!)

oder auch die Partei! Dann kommt der Atomausstieg von selbst.

Ich wünsche Ihnen auf jeden Fall einen guten und sicheren Nachhauseweg.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/6319 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 33 a und 33 b auf:

a) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Marieluise Beck (Bremen), Birgitt Bender, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auswärtige Kulturpolitik

– Drucksachen 16/2233, 16/4024 –

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neujustierung der auswärtigen Kulturpolitik

– Drucksache 16/6604 –

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Kultur und Medien

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fünf Minuten erhalten soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Uschi Eid, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Dr. Uschi Eid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Stellenwert des Kulturaustausches und der auswärtigen Kulturpolitik ist bei uns im Hohen Hause unumstritten. Tragfähige internationale und gute nachbarschaftliche Beziehungen benötigen ein kulturelles Fundament. Nichts ist hierfür wichtiger als die Begegnungen von Menschen, Künstlern, Kulturschaffenden, Studierenden und Wissenschaftlern über gesellschaftliche und kulturelle Grenzen hinweg.

Ereignisse wie der Karikaturenstreit haben deutlich gemacht, dass der auswärtigen Kulturpolitik als Medium und Botschafter für Toleranz, Verständigung, aber auch für Humor eine zunehmend wichtigere Rolle zukommt. Dialog und Begegnung mit anderen Völkern und Kultu-

Dr. Uschi Eid

(A) ren sind wichtige Grundlagen, um interkulturellen Missverständnissen und Konflikten vorzubeugen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch deshalb muss die auswärtige Kulturpolitik fester Bestandteil der Außenpolitik sein. Dass wir dabei durchaus unterschiedliche Bewertungen von Deutschlands Rolle in der Welt und in Europa vornehmen, Deutschlands Selbstverständnis als Kulturnation anders akzentuieren oder auch die Aufgabe kulturpolitischer Instrumente unterschiedlich sehen, ist eher ein Gewinn für dieses Politikfeld. Eine kritische und konstruktive Begleitung aus dem Deutschen Bundestag ist gerade deswegen wünschenswert und notwendig.

Ich freue mich deshalb sehr, dass zum Beispiel die Initiative meiner Fraktion erfolgreich war, jetzt wieder einen Unterausschuss für auswärtige Kultur- und Bildungspolitik einzurichten, also einen parlamentarischen Ort, wo diese Debatte intensiv geführt werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das vergangene Jahr wurde vom Auswärtigen Amt als Reflexionsphase zur konzeptionellen Ausrichtung der auswärtigen Kulturpolitik angekündigt. Der grüne Antrag heute ist ein Beitrag meiner Fraktion zu dieser Reflexion und konzeptionellen Ausrichtung. Denn obwohl die Bundesregierung nicht müde wird, eine Trendwende in ihrer auswärtigen Kulturpolitik auszurufen, sehe ich diese nicht. Unser Antrag könnte Hilfestellung geben, um die Marschroute festzulegen.

(B) Ich kann hier aus Zeitgründen nur vier der wichtigsten Anregungen aus unserem Antrag nennen. Erstens. Eine zentrale Aufgabe der auswärtigen Kulturpolitik ist es, die kulturelle Dimension der europäischen Integration zu stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Argument, in Europa sei die kulturelle Basis zur Schaffung der Union bereits ausreichend gelegt, halte ich für wenig begründet. Das Zusammenwachsen Europas bedarf vielmehr eines dauerhaften kulturellen Austauschs, vor allem mit den neu aufgenommenen Staaten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Die transatlantische Freundschaft und die notwendige Kooperation mit den USA in wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht sollte auch durch die auswärtige Kulturpolitik unterstützt werden, um die Basis einer gemeinsamen Welt- und Wertesicht zwischen Nordamerika und Europa zu festigen sowie kulturelle und wertebezogene Differenzen abzubauen.

Drittens. Die regionalen Schwerpunktsetzungen bedürfen einer kritischen Überprüfung. Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ist es verständlich, dass die Schwerpunktsetzungen auf Mittel- und Osteuropa, Asien und den Nahen Osten aufrechterhalten bleiben sollen, um dynamischen Wachstumsregionen auch kulturpolitisch Rechnung zu tragen. Verstärkte Medien-, Kultur- und Wissenschaftskooperationen sind aber

(C) auch mit reformorientierten afrikanischen Staaten geboten. Eine Erhöhung der Präsenz der Mittlerorganisationen halte ich dort für dringend erforderlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens. Eine besondere kulturelle Herausforderung ist die Verhinderung von Konflikten. Durch den Aufbau kulturpolitischer Dialog- und Begegnungsstrukturen, durch gezielte Förderung des interkulturellen Verständnisses und freiheitlich-moderner Bildungssysteme kann ein Beitrag geleistet werden, Feindbilder abzubauen, eine Kultur der Toleranz zu fördern und Fähigkeiten zur friedlichen Konfliktbearbeitung zu vermitteln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist 30 Jahre her, dass eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages eine Bestandsaufnahme des Politikfeldes auswärtige Kulturpolitik vornahm. Meiner Meinung nach und nach Meinung meiner Fraktion ist es an der Zeit, eine erneute umfassende Analyse der Entwicklungen, Herausforderungen und Aufgaben der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vorzunehmen. Durch die erneute Einsetzung einer solchen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages nach 30 Jahren könnte die Aufgabe sinnvoll erfüllt werden.

Herr Präsident, da wir unseren Antrag heute überweisen, würde ich mich freuen, wenn er im Laufe der Ausschussberatungen auch die Zustimmung der anderen Fraktionen finden könnte. Ich freue mich auf eine konstruktive Beratung.

(D) Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Peter Gauweiler [CDU/CSU] und der Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Das Wort hat nun Kollege Peter Gauweiler für die CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute nicht nur über eine Große Anfrage, sondern auch über eine große Antwort der Bundesregierung. Mit 99 Seiten zu Ihren 165 Fragen hat sie Dissertationsniveau erreicht. Aber ich kann wirklich nur jedem Abgeordneten – auch wenn wir uns heute zur auswärtigen Kulturpolitik, was vielleicht sogar angenehmer ist, traditionsgemäß im kleinen Kreis versammeln – empfehlen, das durchzulesen. Die Fragen und Antworten sind ein wirklich gutes Kompendium für die Arbeit dieses Hauses.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie mal eine kompakte Zusammenfassung!)

– Die Zusammenfassung, die Sie, Herr Wieland einfordern, sehe ich darin, zunächst einmal der Kollegin Dr. Uschi Eid für die Arbeit, die sie geleistet hat, herzlich zu danken.

Dr. Peter Gauweiler

(Beifall im ganzen Hause)

Sie haben ganz richtig gesagt, dass sich die Große Koalition rühmt, eine Wende zum Besseren geschafft zu haben. Die Grünen sind der Meinung, dass dies noch keine ausreichende Wende ist. Auch das ist richtig. Nach dem Beitrag der Frau Kollegin Eid und angesichts der Politik ihrer Fraktion können wir als Erstes feststellen, dass es eine Wiederentdeckung der auswärtigen Kulturpolitik durch die Grünen gibt. Auch dieses Ergebnis ist einer Erwähnung wert.

Es ist gut, was wir – ich nenne in diesem Zusammenhang Frau Griefahn, Frau Grütters und Frau Jochimsen – in diesem Bereich in den letzten zwei Jahren fraktionsübergreifend haben erreichen können. Nehmen Sie nur den gemeinsamen Antrag von Union und SPD zur Stärkung der Goethe-Institute, für die sich, ausgehend von einer Krise, eine große Chance ergab. Nehmen Sie nur – das möchte ich hier rühmen, Herr Staatsminister – die Konferenz des Auswärtigen Amtes „Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik“, die nahezu von allen Feuilletons deutscher Zeitungen als – diesen Ausdruck habe ich heute gelernt – „Leuchtfeuer“ herausgestellt worden ist.

Auch im finanziellen Bereich hat die Große Koalition für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Beachtliches geleistet. Zwischen 1998 und 2005 sind die Haushaltsmittel für die auswärtige Kulturpolitik massiv gesunken. Im Jahr 2005 gab es den absoluten Tiefpunkt. Mit einer Steigerung um 3,8 Prozent gegenüber 2006 haben wir eine Trendwende im jetzigen Haushalt eingeleitet. Frau Eid, wenn euch der Fischer jetzt zu sehr plagt, dann halten Sie ihm einmal entgegen, dass er die Schließung von 17 Goethe-Instituten zwischen 1998 und 2002 zu verantworten hat.

(Lothar Mark [SPD]: Sehr richtig!)

Nun gibt es elf Neueröffnungen. Das kann sich doch sehen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Auch das ist eine Erwähnung wert: Es gibt wieder ein großes Interesse an der deutschen Sprache. Das sehen die offen Linken genauso wie die verschwiegen Rechten positiv. Die Zahl der ausländischen Studenten in Deutschland ist seit 2004 um 65 Prozent gestiegen. Deutschland belegt zwischenzeitlich den dritten Platz bei den beliebtesten Studienstandorten in der Welt.

(Ute Kumpf [SPD]: Wenn wir Studiengebühren einführen, ist es damit gleich vorbei!)

– Dazu melde ich schon einmal einen Redebeitrag für die nächste Debatte an.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

Natürlich müssen wir uns über die räumlichen Prioritäten unterhalten und darüber diskutieren, ob man in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik Europa vernachlässigen darf. Ich finde es beachtlich, dass in Ihrer Großen Anfrage die Frage nach den räumlichen Schwerpunkten – dies ist für Sie intern sicherlich ein unangenehmes Thema; das ist bei uns genauso der Fall – angesprochen worden ist. Frau Griefahn, wir waren uns einig, dass eine Schwerpunktsetzung nicht unmittelbar zulasten Europas – Entschuldigung, dass ich in diesem Zusammenhang immer vom Abendland gesprochen habe –, unseres kulturellen und wirtschaftlichen Umfeldes, gehen darf.

Wir müssen es als positive Tatsache erwähnen, dass in der Zwischenzeit in Osteuropa neben dem Englischen das Deutsche eine Lingua franca geworden ist. Das Goethe-Institut teilt uns mit, dass in den USA 2,5 Prozent der Menschen deutsch sprechen. In den Staaten der GUS liegt dieser Anteil bei über 38 Prozent. Das sind Zahlen, an denen wir nicht einfach vorbeigehen können. Auch im Sprachlichen gilt: Stammkundschaft geht vor Laufkundschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

In der Antwort auf die Große Anfrage heißt es, dass man sich bemühen werde, „das vorhandene Netz europäischer Institutsstandorte zu erhalten“. Damit ich hier nicht nur Süßholz raspele, möchte ich sagen: „Bemühen“ klingt ein bisschen schwach. Wenn im Zeugnis steht, er hat sich im Englischen sehr bemüht, dann weiß die kundige Pädagogin, dass da noch einiges zugelegt werden könnte.

(Ute Kumpf [SPD]: Sie kennen sich da anscheinend aus!)

– Danke, Frau Professor.

Ich finde es gut, dass Kulturpolitik zunehmend als Instrument der Konfliktverhütung verstanden wird,

(Lothar Mark [SPD]: Sehr gut!)

und zwar nicht nur bei der abendlichen Diskussion am Kamin unter Wohlerzogenen. Ich erinnere mich noch gut an das, was mir Herr Barenboim auf die Frage „Herr Professor, was sagen Sie, wenn eingewendet wird, dass die Idee Ihres israelisch-arabischen Orchesters furchtbar naiv ist?“ geantwortet hat. Er sagte: „Möglicherweise stimmt das. Das, was wir machen, ist ziemlich naiv. Aber zu erwarten, dass sich die Menschen besser vertragen, nachdem man erst ganze Stadtteile der jeweils anderen Seite dem Erdboden gleichgemacht hat und danach in die übliche Konferenzdiplomatie eingetreten ist, halte ich für noch viel naiver.“

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht schaffen wir es ja irgendwann einmal, daraus Konsequenzen für die praktische Politik zu ziehen.

Wir haben uns nicht ohne Grund schon im letzten Jahr mit großer Hilfe des Auswärtigen Amtes darum bemüht, im Libanon mit den Kulturattachés aus allen Ländern dieser Region, aus Israel ebenso wie aus den arabischen Ländern, zusammenzutreffen. Herr Präsident, ich habe mich damals sehr darüber gefreut und war dankbar dafür, dass uns das Präsidium die Möglichkeit geboten hatte, eine solche Konferenz in Beirut durchzuführen. Aus Sicherheitsgründen musste diese Konferenz damals

Dr. Peter Gauweiler

(A) leider kurzfristig abgesagt werden. Wir bemühen uns, dass, Haushaltsmittel vorausgesetzt, zu einem geeigneten Zeitpunkt, den wir mit dem Präsidium abstimmen werden, eine solche Konferenz nunmehr in Kairo durchgeführt wird.

Ich fand das, was Herr Gysi heute zum Thema Birma gesagt hat, sehr gut. Er hat die Dynamik des kulturellen Einsatzes aufgezeigt. Wir alle hoffen, dass die Kulturintervention, die von den Mönchen gestartet wurde, erfolgreich sein wird. Dieses Beispiel steht für viele. Es besteht die Möglichkeit, dass das irgendwann auch in den Köpfen der Menschen ankommt.

Die Große Anfrage und die Antwort der Bundesregierung sind – ich sage das zum Schluss – ein wertvolles Fundament, auf dem der Deutsche Bundestag die auswärtige Kulturpolitik, die eine Investition in die Zukunft ist, entwickeln kann. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Dr. Uschi Eid [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Ich erteile das Wort Kollegin Lukrezia Jochimsen, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! (B) Auch ich habe bei diesen vielen Fragen und Antworten viel gelernt, auch über die Anfänge unserer auswärtigen Kulturpolitik. Ich habe zum Beispiel gelernt, dass es noch 1975 eine große parlamentarische Debatte über die Neudefinition der auswärtigen Kulturpolitik gegeben hat. Die Kultur sollte die dritte Säule der Außenpolitik – so hieß das damals – sein. Nicht nur wirtschaftliche und politische Interessen Deutschlands sollten nach außen vertreten werden, sondern gleichberechtigt auch kulturelle, und zwar in Form einer friedlichen, partnerschaftlichen Verständigung mit anderen Ländern, Völkern und Kulturen.

So weit, so fern; denn mittlerweile stützt sich die deutsche Außenpolitik auch auf eine – um im Bild zu bleiben – vierte Säule, die militärische Säule. Damit hat sich aus meiner Sicht alles grundlegend geändert. An einem Tag wie heute, an dem wir eine große Debatte über die Verlängerung des Mandats für den Militäreinsatz in Afghanistan geführt haben, kann ich nicht über die Neujustierung der auswärtigen Kulturpolitik reden, ohne auf Afghanistan und unsere militärische Außenpolitik einzugehen.

Was bedeutet ein Zuwachs im Etat für auswärtige Kulturpolitik angesichts der Ausgaben für die militärische Außenpolitik, die die Regierung der Bevölkerung aufnötigt? Und vor allem: Was kann unsere auswärtige Kulturpolitik in einem Land, in dem wir Krieg führen, leisten? In Afghanistan werden Schulen gebaut, es wird Unterricht ermöglicht. Das ist gut. Aber unsere Militäreinsätze und die unserer Verbündeten zerstören Schulen (C) wieder, und gerade Kinder und Jugendliche werden täglich getötet und verletzt.

Dialogkultur und interkulturelle Verständigung gelten als Ziele unserer auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Ich frage Sie: Wie werden diese Ziele heute in Afghanistan erreicht? Auch soll unsere auswärtige Kulturpolitik Kooperationsmöglichkeiten mit Mittlerorganisationen herstellen. Aber haben die Mittlerorganisationen in Afghanistan uns nicht gerade gebeten, sie im militärfreien Raum operieren zu lassen, weil sie sonst um das Leben ihrer Leute und die Akzeptanz ihrer Arbeit fürchten müssen?

Was also bewirkt unsere löbliche Investition in auswärtige Kulturpolitik tatsächlich? Zunächst einen schönen Schein, um nicht zu sagen einen Propagandavorhang, hinter dem ganz anderen politischen Interessen nachgegangen wird: unserer Sicherheit – das haben wir heute Morgen mehrfach gehört – und geopolitischen Machtstrategien. So werden dann beim zweiten Blick die Widersprüche deutlich zwischen dem, was wir als unsere auswärtigen Kulturaufgaben angeben – Verständigung, Verantwortungsethik, Autonomie von Kunst und Bildung, ja, Verhinderung von Konflikten –, und dem, was sich tatsächlich abspielt: Krieg.

Die vierte Säule der auswärtigen Politik, die militärische, muss also weg. Solange sie Stützpfeiler unserer Außenpolitik ist und bleibt, kann kulturelle Arbeit und Unterstützung in einem Land wie Afghanistan nicht wirklich Gutes bewirken und vor allem die militärische Präsenz nicht rechtfertigen.

(D) Das habe ich in der alten Bundesrepublik gelernt: Keine Schule, kein Krankenhaus, auch keine Mädchenbildung konnte die sowjetische Militärherrschaft rechtfertigen. Kein Politiker und kein Journalist hat damals solch einen Zusammenhang hergestellt. Wieso dies 2007 bei uns gang und gäbe ist, ist mir unverständlich. Es käme einer besonderen Neujustierung der auswärtigen Kulturpolitik gleich, wenn sich dies ändern würde.

Ja, wir als Fraktion Die Linke sind für eine Neujustierung der auswärtigen Kulturpolitik. Die Idee einer Enquete-Kommission unterstützen wir auch. Insofern werden wir dem Antrag der Grünen zustimmen. Aber für uns geht Neujustierung auswärtiger Kulturpolitik mit dem Verzicht auf militärische Mittel einher.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Nun hat als letzte Rednerin des heutigen Tages Kollegin Monika Griefahn, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Monika Griefahn (SPD):
Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Uschi Eid, wir diskutieren heute über die Große Anfrage und über Ihren Antrag. Ich finde das Instrument der Kleinen und Großen Anfragen prinzipiell gut, weil damit wichtige Aspekte dargestellt, aktuelle

Monika Griefahn

Daten und auch Verbesserungsmöglichkeiten deutlich gemacht werden. Aber ich muss sagen: Bei dieser Großen Anfrage, auch wenn alle Vorredner sie sehr positiv bewertet haben, habe ich mich doch manchmal gefragt, ob das alles wirklich notwendig war, liebe Uschi Eid. Denn wir haben das Instrument des Unterausschusses „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik", der viele Fragen aufgegriffen und Daten zur Verfügung gestellt hat. Wir haben den jährlichen Bericht über die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, über den wir intensiv diskutiert haben.

Ich finde, wir haben sehr viel auf den Weg gebracht, sodass diejenigen, die davon betroffen sind, jetzt auch arbeiten müssen. Als jemand, der sich damit beschäftigt, wie die Leute die notwendigen Unterlagen zusammentragen müssen, muss ich ehrlich sagen: Manchmal hat es ein bisschen an Beschäftigungstherapie für unsere Mittlerorganisationen erinnert, die in der Zeit Unterlagen zusammentragen mussten, in der sie eigentlich hätten arbeiten müssen, um die Konzepte umzusetzen, die wir schon beschlossen haben, und zwar einvernehmlich.

Ich hätte mir gewünscht, dass Fragen wie zum Beispiel die, an welchen internationalen und europäischen Tagungen Mitarbeiter aller Ressorts der Bundesregierung seit 1998 teilgenommen haben, in so einer Auflistung nicht vorkommen. Ich finde die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage richtig. Sie schreibt: „Die Bundesregierung führt hierzu keine umfassenden Übersichten."

(Dr. Uschi Eid [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist das Banalste, das du bringen kannst!)

Das finde ich wirklich ein bisschen üppig.

Ich muss sagen: Wir arbeiten da immer gut zusammen, und vieles ist auf dem Weg; wir müssen es voranbringen.

Die erkennbare, in den vergangenen Monaten eingeleitete beeindruckende Trendwende in der auswärtigen Kulturpolitik hängt auch mit den handelnden Personen zusammen. Unser Minister hat sich dafür aktiv eingesetzt; bei Joschka Fischer habe ich dies manchmal sehr vermisst. Liebe Uschi Eid, du warst damals auch in der Regierung und hättest vieles davon auch mit anleiern können. Es hat mir ein bisschen leidgetan, dass Lothar Mark und ich, die wir hierfür schon viel früher aktiv waren, immer gepusht, aber nicht immer entsprechende Resonanz gefunden haben.

Nichtsdestotrotz konnten wir erreichen, dass das Goethe-Institut als größte Mittlerorganisation bereits in diesem Jahr gestärkt worden ist und dass mehr Mittel vorhanden sind. Die Neukonzeption läuft auf Hochtouren. Auch für 2008 werden wir weitere Anstrengungen unternehmen und zum Beispiel Projektmittel um 10 Millionen Euro erhöhen. Das sind Gelder, die wirklich vor Ort ankommen.

Angesichts dessen, dass auch Einrichtungen, die uns beiden wichtig sind, über zu wenig Mittel verfügen konnten – zum Beispiel das Goethe-Institut in Addis Abeba, das neben Nairobi das einzige Institut in Mittel-Ost-Afrika ist, das bislang nur 43 600 Euro Projektmittel im Jahr zur Verfügung hatte und davon auch noch Spracharbeit und alle Anschaffungen für die Bibliothek bezahlt hat –, ist klar, dass zu wenig Geld für die kulturellen Projekte übrig bleibt. Es ist eine gute Sache, dass diese Einrichtung mehr Geld bekommt, wenn die Projektmittel für das Goethe-Institut erhöht werden; dafür haben wir gemeinsam gestritten. Bei der Aufstockung dieser Mittel liegt der Fokus auf dem neuen Schwerpunktprojekt: 20 Millionen Euro für die Initiative „Aktion Afrika" fließen in einen Themenbereich, bei dem wir die Hilfe von Ihnen, Frau Eid, wirklich brauchen können, um die Initiative praktisch auszustatten. Mit den Mitteln werden wir Schüleraustausche, Medienarbeit, Stipendien, Künstleraustausche und Kulturprojekte durchführen, um für den Kontinent, der vielleicht ein Stück zu kurz gekommen ist, tatsächlich etwas auf den Weg zu bringen.

Einen Aspekt der Großen Anfrage begrüße ich übrigens ausdrücklich. Mehrere Fragen zielen auf die Verbindung von auswärtiger Kulturpolitik und Entwicklungshilfe ab. Das halte ich für einen sehr wichtigen Punkt. In der Antwort der Bundesregierung heißt es dazu:

> Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg von Entwicklungsprojekten besteht darin, dass sie mit den kulturellen Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes kompatibel sind.

Genau diese Verbindung zeigt uns, wie wichtig es auch für den Erfolg für Entwicklungshilfe ist, dass wir die Kultur des Gastlandes nicht nur gut kennen, sondern auch in den kulturellen Dialog eintreten. Die Trennung von Kulturpolitik und Entwicklungshilfe ist meiner Meinung nach – das sage ich schon seit längerem – nicht mehr zeitgemäß, gerade in Schwellenländern, wo die Instrumente der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und Bildung als solche sowie deren Verknüpfung zentrale Punkte sind, um voranzukommen. Ich hoffe dabei natürlich auf die kompetente Kooperation und Hilfe, die auch Uschi Eid dabei geben kann, weil sie sich damit schon immer besonders beschäftigt hat.

Einen Schwerpunkt in der Großen Anfrage bilden Fragen zum Einsatz von Evaluation. Hier passiert vieles, und noch mehr ist geplant. Die Budgetierung des Goethe-Institutes, die ich ebenfalls zusammen mit meinem Kollegen Lothar Mark seit 1998 einzuführen versucht habe und die endlich 2008 weltweit gelten wird, bedeutet nicht nur den flexibleren und besseren Einsatz finanzieller Mittel, sondern eben auch den Einsatz von Evaluation. Um durch Ergebnisse von Evaluationsmaßnahmen die derzeitige Arbeit des Auswärtigen Amtes und seiner Mittler noch weiter zu optimieren, werden wir auch 2008 dafür rund 300 000 Euro zusätzlich in den Haushalt einstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle muss ich aber auch dem heute vorliegenden Antrag der Grünen in zweierlei Hinsicht widersprechen. Erstens ist von der dort festgestellten Halbher-

Monika Griefahn

(A) zigkeit unserer Maßnahmen nun wirklich nichts zu erkennen, wenn man sieht, dass wir Evaluation durchführen. Zweitens bin ich dagegen, dass wir, wie es zurzeit Mode zu sein scheint, einem Evaluationswahn verfallen.

(Lothar Mark [SPD]: Sehr richtig!)

Das bringt nichts, kostet viel Geld und hindert an der Arbeit, die vor Ort gemacht werden muss. Wenn man immer nur Berichte schreibt, dann kommt man nicht mehr dazu, die Dinge tatsächlich zu tun.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich kann davon ein Lied singen: Ich war Bildungsreferentin und musste immer irgendwelche Anträge und Berichte schreiben, während ich für die Maßnahmen an sich die wenigste Zeit aufwenden konnte. Das müssen wir wirklich dringend anders machen.

(Beifall bei der SPD)

Im nächsten Jahr machen wir noch einen wichtigen Schritt, auf den ich zum Schluss eingehe. Das ist die Schulinitiative, für die wir 2008 zusätzliche 41,5 Millionen Euro aufbringen wollen; damit wollen wir das Netz der deutschen Schulen im Ausland verstärken und ausbauen. Das ist wichtig – Herr Gauweiler hat darauf aufmerksam gemacht –, denn in den letzten Jahren ist immer klarer geworden, welch großen Beitrag Bildung für die Entwicklung eines Landes und dessen Kultur leistet, aber auch, welche Anbindung die deutsche Sprache da-(B)bei bietet. Ich werde mir wirklich merken, wie Sie das so schön gesagt haben: Stammkundschaft vor Laufkundschaft. Das ist ganz richtig.

In den kommenden Jahren wollen wir das Schulnetz auf 1 000 Partnerschulen ausbauen, insbesondere in der Region Asien, aber auch im Nahen und Mittleren Osten sowie in Mittel- und Osteuropa; denn dort sind wir nicht hinreichend präsent. Das bedeutet nicht, dass wir überall neue Schulen bauen müssen. Stattdessen können wir auch an qualifizierten Schulen des Gastlandes die Angebote, Deutsch als Fremdsprache zu erlernen, ausbauen und so eine Antwort auf die starke Nachfrage gerade in Asien und Osteuropa geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich erlebe auf internationalen Konferenzen immer wieder, dass wir gebeten werden, dafür zu sorgen, dass auf diesen Konferenzen auch auf Deutsch übersetzt wird. Denn viele unserer Kollegen, zum Beispiel solche aus Osteuropa, können eher Deutsch als Englisch.

(Lothar Mark [SPD]: Das ist gut so!)

Wenn die Konferenzsprache nur Englisch oder Französisch ist, können sie nicht folgen. Hier haben wir, wie ich glaube, eine Verantwortung. Wir müssen deutlich machen, dass Deutsch in der EU und auf vielen internationalen Konferenzen eine Amtssprache ist. Weil wir aber immer klaglos hinnehmen, dass Englisch oder Französisch geredet wird, tragen wir mit dazu bei, dass unsere (C) osteuropäischen Kollegen häufig nicht mitreden können. Das finde ich nicht gut.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein weiterer sehr wichtiger Aspekt ist die Schularbeit; das wird mir immer wieder deutlich. Im Moment feiern mehrere Schulen auf der ganzen Welt größere Jubiläen. So feiert zum Beispiel die Deutsche Schule Montevideo gerade ihr 150-jähriges Jubiläum. Die Anbindung Uruguays an Deutschland ist enorm. Viele Leute in diesem Land, auch viele Entscheidungsträger, haben diese Schule durchlaufen. Sie gilt als eine der besten Schulen in Montevideo, und viele Leute gehen zum Studieren dorthin. Ich glaube, dass unsere Anbindung an derartige Länder sehr wichtig ist. Wir müssen sie ausbauen. Das ist im Rahmen der Schulinitiative, die die Koalition mit einem eigenen Antrag, den sie in den nächsten Wochen einbringt, parlamentarisch begleiten wird, ein sehr wichtiger Punkt.

Wie Sie sehen, ist in der auswärtigen Kulturpolitik eine ganze Menge im Fluss. Wir haben viel vor. Es kommt auf die Taten an. Ich wünsche mir, dass wir über unsere Taten diskutieren und konkrete Anträge stellen, um das Außenministerium in seinen Aktivitäten zu unterstützen. Auf die Auswertung von Berichten sollten wir nicht so viel Wert legen. Mehr Wert sollten wir darauf legen, dass etwas getan wird. Ich hoffe, dass wir in diesem Sinne im Ausschuss weiterhin aktiv kooperieren.

Danke schön.

(D) (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Der Kollege Harald Leibrecht von der FDP-Fraktion hat seine Rede zu Protokoll gegeben. Ich schließe damit die Aussprache.[1)]

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/6604 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Der Ältestenrat hat in seiner gestrigen Sitzung vereinbart, dass in der kommenden Sitzungswoche keine Befragung der Bundesregierung und am Donnerstag keine Aktuelle Stunde stattfinden soll. Sind Sie damit einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist auch das so beschlossen.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 24. Oktober 2007, 13 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15.08 Uhr)

1) Anlage 13

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Dr. Bergner, Christoph	CDU/CSU	12.10.2007
von Bismarck, Carl-Eduard	CDU/CSU	12.10.2007
Deligöz, Ekin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	12.10.2007
Dött, Marie-Luise	CDU/CSU	12.10.2007
Dr. Faust, Hans Georg	CDU/CSU	12.10.2007
Dr. Happach-Kasan, Christel	FDP	12.10.2007
Hüppe, Hubert	CDU/CSU	12.10.2007
Dr. Jordan, Hans-Heinrich	CDU/CSU	12.10.2007
Lämmel, Andreas G.	CDU/CSU	12.10.2007
Lafontaine, Oskar	DIE LINKE	12.10.2007
Dr. Lippold, Klaus W.	CDU/CSU	12.10.2007
Lopez, Helga	SPD	12.10.2007
Merten, Ulrike	SPD	12.10.2007
Dr. Müller, Gerd	CDU/CSU	12.10.2007
Nitzsche, Henry	fraktionslos	12.10.2007
Dr. Pfeiffer, Joachim	CDU/CSU	12.10.2007
Rupprecht (Tuchenbach), Marlene	SPD	12.10.2007
Schneider (Erfurt), Carsten	SPD	12.10.2007
Dr. Schwall-Düren, Angelica	SPD	12.10.2007
Strothmann, Lena	CDU/CSU	12.10.2007
Thiele, Carl-Ludwig	FDP	12.10.2007
Toncar, Florian	FDP	12.10.2007

(B)

Anlage 2

Erklärungen nach § 31 GO

zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 27)

Volker Beck *(Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Einen zivilen Aufbau in Afghanistan kann es gegenwärtig ohne eine militärische Absicherung durch ISAF nicht geben. Ich stimme dennoch dem Antrag der Bundesregierung nicht zu, da das, was Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft in Afghanistan machen, weder militärisch, polizeilich noch zivil ausreicht, um das Land zu stabilisieren und zu befrieden. Ein militärischer Rückzug ist erst dann vertretbar, wenn afghanische Sicherheitskräfte, Polizei und Militär, die Sicherheit im Land allein herstellen können und wollen.

(D)

Allerdings ist eine Entsendung von Soldaten auch nur dann für einen Parlamentarier vertretbar, wenn die zivilen und militärischen Komponenten so angelegt sind, das der Einsatz erfolgreich sein kann. Wenn man dazu politisch nicht in der Lage ist, kann man auch nicht von den Soldaten verlangen, dass sie ihr Leben in diesem gefährlichen Einsatz gefährden.

Die internationale Staatengemeinschaft muss ihre zivilen und militärischen Anstrengungen verstärken und einen Strategiewechsel einleiten: Der Krieg gegen den Terror durch OEF muss beendet werden. Die Talibanökonomie des Drogenhandels muss durch Aufkaufen der Mohnernte und der Entwicklung von Alternativen zerschlagen werden. Der zivile Aufbau muss erheblich verstärkt werden. Dem Aufbau einer gut ausgebildeten und anständig bezahlten Polizei kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Der Einsatz der Tornados ist vor dem Hintergrund der Defizite bei der Unterstützung des zivilen Aufbaus mindestens die falsche Prioritätensetzung. Ohne eine Lösung der Probleme an der pakistanisch-afghanischen Grenze ist eine militärische Stabilisierung im Osten und Süden des Landes nicht möglich.

Erst wenn der überfällige Strategiewechsel sichtbar ist und der zivile Aufbau verstärkt wird, kann ich mir eine Zustimmung zu dem notwendigen, aber so, wie von

(A) der Regierung vorgelegt, nicht hinreichenden ISAF-Mandat vorstellen.

Dr. Axel Berg *(SPD):* Die Entscheidung, die Mandatsverlängerungen der Internationalen Sicherheitsbeistandtruppe, ISAF, und der Entsendung von RECCE-Tornados gemeinsam abstimmen zu lassen, bringt mich in ein Dilemma, da ich bisher allen ISAF-Einsätzen guten Gewissens zugestimmt habe, die Entsendung von RECCE-Tornados aber für falsch und gefährlich halte und dementsprechend meine Stimme verweigert habe.

Ich halte den Einsatz von ISAF nach wie vor für wichtig und richtig. Die ISAF soll eine friedliche, politische Entwicklung Afghanistans gewährleisten und die Regierung Afghanistans bei ihrer Aufgabe, für Sicherheit, Recht und Ordnung im ganzen Land zu sorgen, unterstützen. Auch beim Wiederaufbau Afghanistans hat ISAF Erfolge vorzuweisen. Insbesondere die deutsche Bundeswehr hat in ihrem Verantwortungsbereich zu einer Stabilisierung des Nordens Afghanistans beigetragen.

Dabei muss ISAF klar abgegrenzt werden von der „Operation Enduring Freedom“, OEF, die die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zum Ziel hat. So hat der Einsatz von Tornados der Bundeswehr über ganz Afghanistan meine Befürchtungen vom Frühjahr leider bestätigt. Er hat zu erheblichen Unscharfen bei der Aufgabenteilung von ISAF und OEF geführt.

(B) Ich sehe meine Zweifel von damals, dass es gelingen wird, die Einsatzbedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen ISAF und OEF – detailliert zu trennen und dies auch der Bevölkerung zu vermitteln, bestätigt. Es scheint, dass Widerstandsgruppen in Afghanistan eine solche Differenzierung nicht nachvollziehen und die deutschen Tornados als Flugzeuge im Kampfeinsatz bzw. zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen bewerten.

Durch den doppelten Verwendungszweck, Dual Use, der RECCE-Tornados, können sowohl die ISAF- als auch die OEF-Operationen in ihrer ganzen Breite unterstützt werden. Es geht also weder nur um Schutz noch nur um Kampf, sondern sowohl um Stabilisierungs- als auch um Kampfunterstützung.

Zusätzlich sehe ich auch meine Zweifel an der Problematik des Nutzens der Tornados im Sinne ihrer Aufgabenbestimmung bei weitem nicht ausgeräumt, denn auch die präzisere Aufklärung durch Tornados kann das hohe Risiko ziviler Opfer nicht entscheidend reduzieren, da Kombattanten und Zivilbevölkerung angesichts landesüblicher Kleidung und Bewaffnung kaum zu unterscheiden sind. Da im Süden Afghanistans vorrangig die Strategie verfolgt wird, die Aufständischen zu bekämpfen, werden nicht nur eigene Soldaten einem erhöhten Risiko ausgesetzt, sondern es wird auch die Zivilbevölkerung massiv in Mitleidenschaft gezogen und Nothilfe und Aufbau werden vernachlässigt.

Der Einsatz deutscher Tornados ist für mich damit kein Beitrag zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan. Die Tornado-Entsendung hat Afghanistan insgesamt

(C) deshalb nicht sicherer gemacht: Das durch Widerstandsaktivitäten verunsicherte Gebiet Afghanistans hat sich nach übereinstimmenden Erkenntnissen der UNO und anderer namhafter Organisationer – Senlis Council, Großbritannien – von der Hälfte auf etwa zwei Drittel des afghanischen Staatsgebiets vergrößert. Der jüngste Anschlag auf BKA-Mitarbeiter in Kabul kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass die Tornado-Entsendung den Hass des Widerstandes nun auch auf das deutsche Personal in Afghanistan gelenkt hat.

In dieser Einschätzung fühle ich mich bestärkt durch das Positionspapier des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtorganisationen e.V. – VENRQ –, in dem auch eine zunehmende Vermischung der Aktivitäten von OEF und ISAF beklagt wird, die zunehmend zum Vertrauensverlust in der afghanischen Bevölkerung führt.

Ich teile die Meinung von VENRO, in dem u. a. die in Afghanistan hervorragende Hilfe leistenden Organisationen Caritas International, Deutsche Welthungerhilfe, Malteser International, medico international, medico mondale, Misereor und Afghanistan-Schulen Mitglied sind, dass die internationale Hilfe und Unterstützung bei der Friedenssicherung nur gelingen kann, wenn parallel zum Staatsaufbau, „State-building“, auch der zivilgesellschaftliche Aufbau vorangetrieben wird.

(D) Deshalb unterstütze ich ausdrücklich die Forderung, dass eine Abkehr vom Primat des Militärischen hin zu einer weiteren Stärkung der Zivilgesellschaft und einer konsequenten Fortsetzung der sinnvollen Wiederaufbauhilfe sich auch in der Bereitstellung von Finanzmitteln widerspiegeln muss: Gegenwärtig werden aus dem Bundeshaushalt pro Jahr mehr als 530 Millionen Euro für den Militäreinsatz inklusive des Tornado-Einsatzes ausgegeben. Für den zivilen Aufbau stehen dagegen im Jahr 2007 lediglich 100 Millionen Euro zur Verfügung, ab 2008 sind 125 Millionen Euro vorgesehen. Dieses Missverhältnis von Ausgaben für militärische und zivile Zwecke muss zumindest in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht, das heißt, es müssen deutlich mehr Finanzmittel für den zivilen Aufbau zur Verfügung gestellt werden.

Ich fordere meine Kollegen im Haushaltsausschuss bzw. die Kollegen im Verteidigungsausschuss, im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit dazu auf, die Bedenken und Wünsche der in Afghanistan tätigen Nichtregierungsorganisationen ernst zu nehmen und die Mittel für den zivilen Aufbau signifikant zu erhöhen.

Aus diesen Gründen kann ich weder den weiterhin dringend notwendigen Einsatz der ISAF ablehnen noch dem Einsatz von RECCE-Tornados zustimmen und muss mich leider der Stimme enthalten.

Wolfgang Börnsen *(Bönstrup) (CDU/CSU):* Ich stimme dem Antrag nicht zu, da ich ihn verfassungsrechtlich für fragwürdig, ethisch für nicht gerechtfertigt und politisch für falsch halte. Diese Auffassung habe ich bereits in den vergangenen sechs Jahren vertreten und fühle mich durch die zunehmende Radikalisierung in

(A) diesem Land darin bestärkt. Die Absicht Südkoreas, die eignen Truppen abzuziehen, die deutlichen Überlegungen Kanadas einen ähnlichen Schritt vorzunehmen und die aktuelle Diskussion in den Niederlanden belegen, dass es sehr wohl auch internationale ernstzunehmende Ansätze gibt, einen stufenweisen Rückzug vorzunehmen. Es geht darum, eine Befriedung in diesem Land zu erreichen und die Gefahren durch den Terrorismus zu minimieren. Dazu bedarf es politischer, nicht militärischer Lösungen.

Martin Burkert *(SPD):* Die Entscheidung, die Mandatsverlängerungen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) und der Entsendung von RECCE-Tornados gemeinsam abstimmen zu lassen, bringt mich in eine Hopp- oder Topp-Situation. Dem ISAF-Einsatz hätte ich guten Gewissens zugestimmt. Die Entsendung von RECCE-Tornados hatte ich aber für falsch und gefährlich gehalten und habe dementsprechend meine Stimme verweigert.

Ich halte den Einsatz von ISAF für wichtig und richtig. Die ISAF soll eine friedliche politische Entwicklung Afghanistans gewährleisten und die Regierung Afghanistans bei ihrer Aufgabe, für Sicherheit, Recht und Ordnung im ganzen Land zu sorgen, unterstützen. Auch beim Wiederaufbau Afghanistans hat ISAF Erfolge vorzuweisen. Insbesondere die deutsche Bundeswehr hat in ihrem Verantwortungsbereich zu einer Stabilisierung des Nordens Afghanistans beigetragen.

(B) Dabei muss ISAF klar abgegrenzt werden von der Operation „Enduring Freedom“ (OEF), die die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zum Ziel hat. So hat der Einsatz von Tornados der Bundeswehr über ganz Afghanistan meine Befürchtungen vom Frühjahr leider bestätigt. Er hat zu erheblichen Unschärfen bei der Aufgabenteilung von ISAF und OEF geführt. Ich sehe meine Zweifel von damals, dass es gelingen wird, die Einsatzbedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen ISAF und OEF – detailliert zu trennen und dies auch der Bevölkerung zu vermitteln, bestätigt. Es scheint, dass Widerstandsgruppen in Afghanistan eine solche Differenzierung nicht nachvollziehen und die deutschen Tornados als Flugzeuge im Kampfeinsatz bzw. zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen bewerten. Durch den doppelten Verwendungszweck (dual use) der RECCE-Tornados, können sowohl die ISAF- als auch die OEF-Operationen in ihrer ganzen Breite unterstützt werden. Es geht also weder nur um Schutz noch nur um Kampf, sondern sowohl um Stabilisierungs- als auch um Kampfunterstützung.

Zusätzlich sehe ich auch meine Zweifel an der Problematik des Nutzens der Tornados im Sinne ihrer Aufgabenbestimmung bei weitem nicht ausgeräumt, denn auch die präzisere Aufklärung durch Tornados kann das hohe Risiko ziviler Opfer nicht entscheidend reduzieren, da Kombattanten und Zivilbevölkerung angesichts landesüblicher Kleidung und Bewaffnung kaum zu unterscheiden sind. Da im Süden Afghanistans vorrangig die Strategie verfolgt wird, die Aufständischen zu bekämpfen, werden nicht nur eigene Soldaten einem erhöhten

(C) Risiko ausgesetzt, sondern auch die Zivilbevölkerung massiv in Mitleidenschaft gezogen und Nothilfe und Aufbau vernachlässigt.

Der Einsatz deutscher Tornados ist für mich damit kein Beitrag zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan. Die Tornado-Entsendung hat Afghanistan insgesamt deshalb nicht sicherer gemacht: Das durch Widerstandsaktivitäten verunsicherte Gebiet Afghanistans hat sich nach übereinstimmenden Erkenntnissen der UNO und anderer namhafter Organisationen – Senlis Council, Großbritannien – von der Hälfte auf etwa zwei Drittel des afghanischen Staatsgebiets vergrößert. Der jüngste Anschlag auf BKA-Mitarbeiter in Kabul kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass die Tornado-Entsendung den Hass des Widerstandes nun auch auf das deutsche Personal in Afghanistan gelenkt hat. In dieser Einschätzung fühle ich mich bestärkt durch das Positionspapier des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtorganisationen e. V. (VENRO), in dem auch eine zunehmende Vermischung der Aktivitäten von OEF und ISAF beklagt wird, die zunehmend zum Vertrauensverlust in der afghanischen Bevölkerung führt.

Hinterfragen muss man auch, warum überhaupt noch Tornados gebraucht werden, wenn die USA mittlerweile auch schon mit Flugzeugen eigene Aufklärungsflüge durchführt und damit auf eigenes Datenmaterial zurückgreifen kann.

(D) Aus diesen Gründen kann ich weder den weiterhin dringend notwendigen Einsatz der ISAF ablehnen noch dem Einsatz von RECCE-Tornados zustimmen und muss mich leider der Stimme enthalten.

Elke Ferner *(SPD):* Ich stimme mit dem Antrag der Bundesregierung überein, dass ISAF für die Herstellung von Frieden und Sicherheit in Afghanistan einen essenziellen Beitrag leistet und stimme deshalb der Verlängerung des Einsatzes der deutschen ISAF-Kräfte zu. Bei der Abstimmung über den Einsatz deutscher RECCE-Tornados hatte ich mich im März 2007 der Stimme enthalten, weil ich – wie noch heute – darin eine Gefährdung des ISAF-Einsatzes und der Arbeit der NGOs sehe. Die Zusammenfassung des ISAF- und des Tornado-Mandates im heute vorliegenden Antrag ist der Grund für meine heutige persönliche Erklärung.

Ich stimme dem Antrag zu, weil unsere Bundeswehr unter ISAF und die teilweise unter ihrem Schutz arbeitenden NGOs eine sehr gute und für die Stabilisierung Afghanistans unverzichtbare Arbeit leisten. Ich begrüße das bisherige Engagement der Bundesregierung in diesem Bereich, aber es muss deutlich ausgeweitet werden. Das Hauptziel muss es sein, staatliche Strukturen weiter aufzubauen und die Armut zu verringern.

Viele Erfolge – zum Beispiel im Bereich der Mädchenbildung oder der Verbesserung der Infrastruktur – sind durch die Verschlechterung der Sicherheitslage in den meisten Provinzen Afghanistans gefährdet. Die Regierung Karzai wird zudem in weiten Teilen des Landes nicht wahrgenommen. Kaum jemand weiß über seine verfassungsmäßigen Rechte Bescheid. Die Verabschie-

(A) dung des Amnestiegesetzes, mit dem die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen endgültig verhindert wurde und die Verstrickung der Regierung und des Parlamentes in Drogengeschäfte nehmen beiden Institutionen zusätzlich Glaubwürdigkeit. Darüber hinaus ist die afghanische Bevölkerung zunehmend frustriert über das Tempo, in dem die Verbesserungen für sie persönlich greifbar werden. Das ist verständlich, dennoch ist das Grundproblem, dass immer noch moderne staatliche Institutionen auch auf den unteren Provinz- und Distriktebenen fehlen oder nicht voll funktionieren. Ohne sie ist aber weder Frieden noch eine Demokratisierung oder eine stabile wirtschaftliche Entwicklung des Landes möglich. Dieses fehlende staatliche Gewaltmonopol kann nicht durch die simple Einrichtung entsprechender Institutionen und auch nicht durch militärische Gewalt hergestellt werden. Es fehlen demokratische Rechts- und Gerechtigkeitskonzeptionen sowie institutionalisierte, als legitim verstandene Konfliktaustragungsmechanismen. In diesem Punkt mangelt es im gesamten internationalen Engagement noch.

Der afghanische Staat muss in die Lage versetzt werden, dass er die Lebenssituation der Afghanen und Afghaninnen tatsächlich verbessern kann, in dem er Sicherheit herstellt, Rechtsgleichheit gewährleistet und als Dienstleistungserbringer – Bildung, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, soziale Absicherung – funktioniert.

Deshalb stimme ich dem vorliegenden Antrag auch in der Absicht zu, die Bundesregierung, die in ihrem aktualisierten Papier zur Afghanistan-Strategie geschilderten Vorhaben auch den zivilen Wiederaufbau stärken will, in (B) der Umsetzung dieses Papiers zu unterstützen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf das Positionspapier des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. vom 8. Oktober 2007.

Ich erwarte von der Bundesregierung, dass insbesondere menschenrechtliche Aspekte künftig noch stärker – zum Beispiel in die Formulierung der Mandatsverlängerungen betreffenden Anträge – Eingang finden. Die mit der Vollstreckung von 15 Todesurteilen vollzogene Abkehr Präsident Karzais von dem unterzeichneten Moratorium zur Todesstrafe ist nicht hinnehmbar.

Fest steht für mich: Eine Politik gegen die zivile afghanische Bevölkerung wird nicht zum Erfolg führen. Die Strategie der Vermeidung sogenannter Kollateralschäden muss künftig Teil jedes Mandates sein. Die Sinnhaftigkeit militärischer Operationen muss auch für die afghanische Bevölkerung erkennbar sein. Ihr fällt es zunehmend schwerer, die einzelnen Mandate und ihre Aktionen auseinander zu halten.

Ich bleibe bei meiner Einschätzung des Tornado-Mandates vom 5. März 2007: Ich bezweifle nach wie vor, dass die Einsatzbedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen ISAF und OEF – detailliert geregelt werden können. Ich befürchte nach wie vor, dass aufgrund dieses Einsatzes deutsche Soldaten für Kriegsoperationen verantwortlich gemacht werden könnten, auf deren Planung und Durchführung sie keinerlei Einfluss haben. Ich sehe die Gefahr, dass der Tornado-Einsatz die Lage in Afghanistan eher destabilisiert

(C) als stabilisiert und damit die gute Arbeit deutscher Hilfsorganisationen gefährdet. Ich hoffe, dass ich mit dieser Einschätzung nicht Recht habe.

In Abwägung beider Sichtweisen stimme ich heute jedoch dem ISAF-Mandat und damit dem gesamten Antrag zu.

Joachim Günther *(Plauen) (FDP):* Der geplanten Mandatsverlängerung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan werde ich nicht zustimmen.

Der Bundesregierung fehlt in Afghanistan ein schlüssiges Konzept. Auch die Entsendung der Tornados nach Afghanistan hat nicht zu mehr Sicherheit und Stabilität beigetragen. Die Regierung Karzai beklagt zu Recht die hohe Zahl von Zivilisten, die bei den NATO-Luftangriffen getötet wurden. Dieses hat sicherlich mit dazu beigetragen, dass die gezielten Anschläge gegen deutsche Soldaten bzw. Einheiten zugenommen haben.

Zudem hat selbst die Bundeskanzlerin noch im November 2006 im Deutschen Bundestag erklärt, dass ein Einsatz der Bundeswehr im Süden von Afghanistan nicht infrage komme. Dennoch werden die Tornados auch im Süden des Landes eingesetzt.

Gleichzeitig werden die Zustände in Afghanistan immer besorgniserregender. Trotz des ISAF-Einsatzes befinden sich Teile des Landes im Kriegszustand. Ebenso haben die Anschläge im gesamten Land sehr stark zugenommen. Auch bei der Reduzierung des Drogenanbaus konnten bisher keine überzeugenden und nachhaltigen (D) Erfolge erzielt werden; im Gegenteil, der Anbau hat sich im Süden des Landes stark ausgeweitet.

Die internationale Gemeinschaft hat daher bisher keines ihrer Ziele erreicht und muss sich nun fragen lassen, ob die Mittel, die sie einsetzt, geeignet sind, die Stabilisierung und Demokratisierung in der Zukunft zu erreichen. Der Krieg in Vietnam hat uns gelehrt, dass selbst ein massiver Einsatz von Soldaten und Material nicht zum Erfolg führen muss. Weiterhin besteht für mich ein eklatantes Missverhältnis zwischen dem Einsatz für militärische Ausgaben und den Ausgaben für den Wiederaufbau. Die hohen finanziellen Mittel für den militärischen Einsatz sollten gezielt für Entwicklungshilfeprojekte eingesetzt werden.

Derzeit ist nicht einmal die Chance eines Endes des Bundeswehreinsatzes und eine Verbesserung des Zustands der Verhältnisse in Afghanistan unter den gegenwärtigen Bedingungen in Sicht. Ich halte deshalb einen stufenweisen Rückzug der Truppenstärke in Afghanistan für geboten.

Britta Haßelmann *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Die Bundesregierung hat einen Antrag zur Fortsetzung des ISAF-Einsatzes in Afghanistan in den Deutschen Bundestag eingebracht, über den das Parlament heute zu entscheiden hat. Hier geht es für jede und jeden von uns Abgeordneten darum, die Entscheidung zur Entsendung deutscher Soldatinnen und Soldaten auf der Grundlage einer sorgfältigen Abwägung über die Erfolgsaussichten

(A) und Risiken eines solchen Einsatzes und deren Einbettung in eine Gesamtstrategie zu treffen.

Ich unterstütze ausdrücklich die Stabilisierung Afghanistans, weil ein Scheitern der internationalen Gemeinschaft für die Menschen in Afghanistan und die internationale Gemeinschaft fatal wäre. In den zurückliegenden Jahren haben die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und auch ich persönlich nach sorgfältiger Prüfung den Anträgen der Bundesregierung zur Beteiligung an ISAF zugestimmt und die deutsche zivile und militärische Beteiligung am internationalen Afghanistan-Engagement intensiv begleitet. Die internationale Staatengemeinschaft hat in ihren Bemühungen um eine Stabilisierung und den Wiederaufbau Afghanistans viel erreicht. Der im Jahre 2005 in der Eröffnung des afghanischen Parlaments abgeschlossene Petersberg-Prozess hat die wichtigsten Institutionen und Grundlagen für das politische System und die gesellschaftliche Entwicklung Afghanistans geschaffen. Allerdings sind diese neuen Fundamente noch nicht tragfähig. Afghanistan befindet sich in einer schwierigen Phase. Deshalb verbietet sich auch ein „Raus aus Afghanistan". Ich habe von Anfang an den Einsatz des zivilen Wiederaufbaus mit militärischer Absicherung unterstützt und bejaht. Die von den Vereinten Nationen mandatierte ISAF-Schutztruppe bleibt für die Absicherung des Aufbaus in Afghanistan weiterhin notwendig und unverzichtbar. Allerdings lässt die Bundesregierung nicht erkennen, dass sie zu einem von Bündnis 90/Die Grünen und mir eingeforderten Strategiewechsel bereit ist. Ein solcher dringend notwendiger Strategiewechsel muss die zentralen zivilen Komponenten von ISAF (B) stärken, eine Beendigung von OEF forcieren und auch gegenüber den Partnern für eine Verstärkung der Bemühungen eintreten. Ein Strategiewechsel und eine Forcierung der Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft und der Bundesrepublik sind unbedingt notwendig.

Sosehr ich einerseits von der Notwendigkeit einer weiteren ISAF-Beteiligung überzeugt bin, so sehr bin ich gleichzeitig besorgt über die halbherzige Politik der Bundesregierung. Deshalb werde ich dem Antrag der Bundesregierung in diesem Jahr nicht zustimmen, aber auch bei diesem Mandat nicht mit Nein stimmen – und mich enthalten.

Iris Hoffmann *(Wismar) (SPD):* Ich unterstütze und befürworte ausdrücklich das deutsche Engagement für den Wiederaufbau und die Stabilisierung Afghanistans. Die Bundeswehr leistet dabei im Rahmen von ISAF einen wichtigen und hervorragenden Beitrag zur Absicherung des zivilen Wiederaufbauprozesses.

Die Bemühungen der vergangenen Jahre zeigen in verschiedenen Bereichen erste Erfolge. So gehen inzwischen mehr als sechs Millionen Kinder wieder zur Schule, so viele wie noch nie in der Geschichte Afghanistans. Für sie wurden 3 500 neue Schulen gebaut. Hiervon profitieren insbesondere Mädchen, denn ihnen war während der Herrschaft der Taliban der Zugang zu Bildung verwehrt.

(C) Auch in Bereichen der Infrastruktur, der medizinischen Versorgung, des Polizeiaufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung gibt es Fortschritte. Die afghanische Wirtschaft wuchs 2005 um 14 Prozent und Experten prognostizieren für die kommenden Jahre ein Wachstum von rund zehn Prozent.

Diese positiven Entwicklungen können jedoch nicht verhehlen, dass sich die Sicherheitslage vor allem im Süden des Landes in den letzten zwei Jahren wieder deutlich verschlechtert hat. Armut und Gewalt nehmen vor allem in den ländlichen Gebieten zu, die bisher kaum bis gar nicht von den Fortschritten im Land profitiert haben. Hier gilt es, die entwicklungspolitischen Aktivitäten möglichst bald auf die ländlichen Regionen auszuweiten, um dem weiteren Erstarken der Taliban und Warlords vorzubeugen.

Sehr kritisch sehe ich immer noch den Einsatz der deutschen Tornado-Aufklärungsflugzeuge. Unabhängig von der Frage, ob und wie die durch diese Einsätze gewonnenen Erkenntnisse verwendet bzw. weitergegeben werden, habe ich immer noch die Befürchtung, dass sie die zumindest in Teilen Afghanistans erreichte Stabilisierung und damit auch die Sicherheit unserer Soldaten gefährden könnten. Soldaten berichten, dass sich durch die Einsätze bei der afghanischen Bevölkerung der Eindruck einer deutschen „Kriegsbeteiligung" verstärke und immer weniger zwischen den deutschen Truppen und zum Beispiel denen der Amerikaner unterschieden werde.

(D) Auch wenn ich den Einsatz der Tornados weiterhin für falsch halte, ist letztendlich das Engagement der Bundeswehr im Rahmen von ISAF alternativlos, denn eine Stabilisierung des Landes ist die Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung und den zivilen Wiederaufbau der Region.

Ich habe mich deshalb entschieden, einer Verlängerung des Mandats heute zuzustimmen.

Dr. Peter Jahr *(CDU/CSU):* Ich stimme für die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz der ISAF unter Führung der NATO, da eine Beendigung der deutschen Beteiligung ein falsches Zeichen sowohl gegenüber der afghanischen Bevölkerung als auch gegenüber unseren Verbündeten wäre. Einem Ausscheiden Deutschlands würden mit großer Wahrscheinlichkeit weitere Bündnispartner folgen. Als der Deutsche Bundestag einer Beteiligung der Bundeswehr am ISAF-Einsatz zustimmte, hat er auch gleichzeitig eine Verantwortung für das Land Afghanistan und sein Volk übernommen. Sich jetzt aus Afghanistan herauszuziehen, hieße, die dortige Bevölkerung dem Chaos und dem Terror der Taliban oder selbst ernannter Warlords preiszugeben. Sämtliche Bestrebungen, eine Demokratie in Afghanistan zu etablieren, wären damit obsolet.

Vor diesem Hintergrund gibt es keine andere Möglichkeit, als den Weg fortzusetzen, den wir begonnen haben. Dies soll aber keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass ich die momentane Afghanistan-Strategie der Bundesregierung für unzureichend halte, vor allem in Hin-

(A) blick auf eine langfristige Lösung des Afghanistan-Konflikts. Aus dem einst zeitlich begrenzten Einsatz ist längst ein langjähriges und teilweise leidvolles Mandat geworden.

Hierbei sei nochmals besonders an die bis jetzt 21 in Afghanistan getöteten deutschen Soldaten erinnert. Diese bittere Wahrheit gilt es auch gegenüber unserem eigenen Volk einzugestehen. Daher muss endlich ein Konzept für einen Ausstieg der Bundeswehr aus dem Afghanistan-Einsatz erstellt werden, das jedoch keine Gefahr für die innere Sicherheit Afghanistans darstellt. Deutsche Streitkräfte können und dürfen nicht zu einer dauerhaften Protektoratsmacht am Hindukusch werden.

Dr. Anton Hofreiter *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Die in Afghanistan tätigen Entwicklungshilfeorganisationen fordern einen Kurswechsel für den Afghanistan-Einsatz der Weltgemeinschaft. Sie fordern den Stopp von OEF und eine andere Ausrichtung des ISAF-Mandats. Sie greifen insbesondere ein Kernstück des deutschen Einsatzes, die PRTs, die Provincial Reconstruction Teams, an. Sie halten die Vermischung von militärischer und ziviler Arbeit für gefährlich. Die Grüne Fraktion fordert seit längerem einen Strategiewechsel ein. Die Bundesregierung verharmlost weiter die kritische Entwicklung, dies wird deutlich aus den Antworten auf unsere Große Anfrage zur Afghanistan-Politik. Die Bundesregierung denkt überhaupt nicht daran, ihren Kurs zu ändern: Sie hält am OEF-Einsatz weiter fest, sie befürwortet die Tornados und ändert die Relation – circa (B) 500 Millionen Euro für das Militär und nur 125 Millionen Euro für den zivilen Aufbau – nicht. Die Mittel für den Aufbau der afghanischen Polizei – dafür ist Deutschland federführend verantwortlich – sind völlig unzureichend. In der Regel sind deutlich unter Hundert Polizisten in der Ausbildung tätig. Die Frustration und Enttäuschung in der Bevölkerung nehmen dabei weiter zu, wobei man sich dabei der großen regionalen Unterschiede bewusst sein muss.

Inzwischen wird im Süden und Osten Afghanistans das Militär des ISAF-Einsatzes – der war eigentlich anders als der von „Enduring Freedom“ nicht auf Kriegsführung ausgerichtet, sondern auf Schutz und Unterstützung der Aufbau- und Entwicklungsarbeit – immer mehr für den Aufgabenbereich von „Enduring Freedom“ eingesetzt. Die Unterscheidung der Einsätze dort von ISAF und „Enduring Freedom“ wird immer weniger möglich. Die Zeit drängt sehr in Afghanistan. Dies erkennt man der starken Zunahme von bewaffneten Angriffen und Anschlägen in Afghanistan: Sie haben von circa 2 400 im Jahr 2005 auf über 6 000 in 2006 zugenommen. Dieses Jahr hat sich die Lage weiter verschlechtert.

Es ist nötig: eine massive Verstärkung der zivilen Hilfe; ein Stopp der OEF-Operation, welche immer wieder zu Opfern unter der Zivilbevölkerung führt; eine vernünftige Neuausrichtung der ISAF-Mission, welche sich im Süden Afghanistans immer mehr in der Praxis dem Einsatzstil von OEF angenähert hat, wie an der Zahl der zivilen Opfer der ISAF-Mission zu erkennen ist; und die (C) Beendigung des sehr teuren und letztendlich wenig hilfreichen Tornado-Einsatzes.

Es gibt keine Möglichkeit den Antrag der Großen Koalition im Parlament noch zu verändern. Ein einzelner Abgeordneter kann nur Ja oder Nein sagen, oder sich enthalten. Die Politik der Bundesregierung gefährdet die Stabilisierung Afghanistans, statt sie zu unterstützen. Die Große Koalition ist nicht bereit, ihre Strategie den sich verändernden Gegebenheiten anzupassen; deshalb bleibt mir als Konsequenz nur ein Nein zu dem Antrag der Bundesregierung.

Dr. Heinrich L. Kolb *(FDP):* Ich lehne die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan, ISAF, und den Einsatz von Bundeswehr-Aufklärungsflugzeugen vom Typ Tornado-RECCE grundsätzlich weiterhin ab.

Allerdings sehe ich, dass eine mehrheitliche Ablehnung der beiden vorgenannten Einsätze notwendig den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zur Folge haben müsste.

Mit meiner Enthaltung verbinde ich die Erwartung, dass – nachdem das Engagement in Afghanistan gegen meinen in den bisherigen Abstimmungen zum Ausdruck gebrachten Willen eingegangen wurde – die Bundesregierung die Zeit der Mandatsverlängerung dazu nutzt, den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan in Abstimmung mit den internationalen Partnern in einer geordneten Art und Weise vorzubereiten und durchzuführen. (D)

Manfred Kolbe *(CDU/CSU):* Der heute zur Beschlussfassung im Deutschen Bundestag anstehende Antrag zur Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an der ISAF-Mission sowie dem weiteren Tornado-Einsatz in Afghanistan kann ich aus den folgenden Gründen nicht zustimmen:

Erstens. Ähnlich wie im Irak gelingt es dem Westen offenbar nicht, ein demokratisches Staatswesen aufzubauen und die Menschen innerlich dafür zu gewinnen. Vielmehr hat sich die Sicherheitslage offenbar weiter verschlechtert und allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres sollen bei Anschlägen oder Kämpfen über 5 000 Menschen getötet worden sein. Die westliche Aufbauhilfe soll an großen Teilen der Bevölkerung vorbeigehen und Armut, Korruption und Hoffnungslosigkeit zunehmen.

Zweitens. Die zunehmende Militarisierung führt zu einer wachsenden Anzahl von unschuldigen Opfern unter der Zivilbevölkerung, hauptsächlich durch Luftangriffe. Mittlerweile dürfte bei solchen sogenannten „Kollateralschäden“ eine vielfache Anzahl unschuldiger (!) Menschen getötet worden sein, wie bei den schrecklichen Terrorangriffen vom 11. September 2001 auf New York, die Ausgangspunkt unseres Engagements waren. Auch auf mehrfache Nachfragen war der Bundesverteidigungsminister nicht bereit, mir Angaben zu zivilen Opfern in Afghanistan zu machen. Mit jedem unschuldig

getöteten Zivilisten bekämpfen wir nicht den Terror, sondern schaffen diesem neuen Zulauf.

Drittens. Ein realistisches Konzept des Westens für Afghanistan vermag ich derzeit nicht zu erkennen. Vor diesem Hintergrund kann ich es nicht verantworten, deutsche Soldaten in einen lebensgefährlichen Einsatz zu schicken. Wir brauchen vielmehr eine Grundsatzdebatte darüber, wie die Bundesrepublik Deutschland und der Westen insgesamt den Terror bekämpfen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan aufbauen können.

Jürgen Koppelin *(FDP):* Der geplanten Mandatsverlängerung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan werde ich nicht zustimmen. Der Bundesregierung fehlt in Afghanistan ein schlüssiges Konzept. Auch die Entsendung der Tornados nach Afghanistan hat nicht zu mehr Sicherheit und Stabilität beigetragen. Die Regierung Karzai beklagt zu Recht die hohe Zahl von Zivilisten, die bei den NATO-Luftangriffen getötet wurden. Dieses hat sicherlich mit dazu beigetragen, dass die gezielten Anschläge gegen deutsche Soldaten bzw. Einheiten zugenommen haben. Zudem hat selbst die Bundeskanzlerin noch im November 2006 im Deutschen Bundestag erklärt, dass ein Einsatz der Bundeswehr im Süden von Afghanistan nicht in Frage komme. Dennoch werden die Tornados auch im Süden des Landes eingesetzt.

Gleichzeitig werden die Zustände in Afghanistan immer besorgniserregender. Trotz des ISAF-Einsatzes befinden sich Teile des Landes im Kriegszustand. Ebenso haben die Anschläge im gesamten Land sehr stark zugenommen. Bei der Reduzierung des Drogenanbaus konnten bisher keine überzeugenden und nachhaltigen Erfolge erzielt werden; im Gegenteil, der Anbau hat sich im Süden des Landes stark ausgeweitet.

Die internationale Gemeinschaft hat daher bisher keine ihrer Ziele erreicht und muss sich nun fragen lassen, ob die Mittel, die sie einsetzt, geeignet sind, Stabilisierung und Demokratisierung in der Zukunft zu erreichen. Der Krieg in Vietnam hat uns gelehrt, dass selbst ein massiver Einsatz von Soldaten und Material nicht zum Erfolg führen muss. Weiterhin besteht für mich ein eklatantes Missverhältnis zwischen dem Einsatz für militärische Ausgaben und den Ausgaben für den Wiederaufbau. Die hohen finanziellen Mittel für den militärischen Einsatz sollten gezielt für Entwicklungshilfeprojekte eingesetzt werden.

Derzeit ist nicht einmal die Chance eines Endes des Bundeswehreinsatzes und eine Verbesserung des Zustands der Verhältnisse in Afghanistan unter den gegenwärtigen Bedingungen in Sicht. Ich halte deshalb einen stufenweisen Rückzug der Truppenstärke in Afghanistan für geboten.

Ute Koczy *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Das Ziel, die afghanische Bevölkerung auf ihrem Weg zu einem friedlichen und stabilen Staat zu begleiten, kann nur mit einem militärischen, aber vor allem auch zivilen Strategiewechsel erreicht werden. Noch ist das Zeitfenster für einen erfolgreichen Aufbau offen, aber die Situation ist ernst. Ich erwarte, dass der dringend notwendige, von uns Grünen in mehreren Anträgen geforderte Strategiewechsel von der Bundesregierung jetzt angegangen und konstruktiv umgesetzt wird.

Der vorliegende Antrag bezeugt jedoch, dass die Bundesregierung die Zeichen der Zeit nicht erkennt und in den bisherigen Bahnen reagiert. Die Zusammenführung der Abstimmungen über das ISAF-Mandat und den Tornado-Einsatz geschieht überwiegend aus taktischen Überlegungen. Dies dient in keinem Fall einer ehrlichen und fundierten Diskussion über den zukünftigen Weg in Afghanistan. Im Gegenteil, das ist sogar kontraproduktiv. Viele Chancen der Vermittlung über die realistischen Ziele in Afghanistan werden damit vertan.

Ich sehe die Notwendigkeit, den afghanischen Aufbau- und Friedensprozess durch ISAF abzusichern. Doch auch hier bedarf es eines Kurswechsels, der jedoch ebenso wenig realisiert wird wie meiner Meinung nach der notwendige forcierte Einstieg in einen qualitativ verbesserten zivilen und entwicklungspolitischen Wiederaufbau. Da ich außerdem den Tornado-Einsatz als ein Signal des „Weiter so!“ ablehne, kann ich diesem Antrag auf keinen Fall zustimmen.

Ich enthalte mich meiner Stimme, in der Hoffnung, dass dies als ein Signal gewertet wird, einen anderen Weg der Unterstützung Afghanistans einzuschlagen, und zwar mit der Botschaft „Zivil vor Militär“.

Undine Kurth *(Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* In der deutschen Afghanistan-Politik darf es ein „Weiter so!“ nicht geben. Angesichts der bedrückenden Berichte aus Afghanistan ist ein schneller Strategiewechsel unumgänglich. Hierfür muss sich die Bundesregierung einsetzen.

Es ist meine persönliche Überzeugung, dass Afghanistan nur dann eine Chance hat, ein friedlicher, demokratischer, die Frauenrechte wahrender und seinen Menschen Freiheit, Sicherheit und Entwicklung garantierender Staat zu werden, wenn die Staatengemeinschaft das Engagement in Afghanistan im Rahmen des ISAF-Einsatzes aufrechterhält.

Der Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen am 15. September 2007 hat den bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten empfohlen, dem verbundenen Mandat aufgrund der ablehnenden Haltung zum Tornado-Einsatz nicht zuzustimmen.

Ich teile diese Auffassung der Parteitagsmehrheit nicht. Ich nehme den Beschluss aber sehr ernst. In der heutigen Abstimmung zu den Afghanistan-Einsätzen werde ich daher meine persönliche Überzeugung zurückstellen und mit Enthaltung votieren. Ich will so dazu beitragen, dass sich die gesamte Partei im Abstimmungsverhalten der Fraktion wiederfindet.

Ich hoffe, so dazu beitragen zu können, dass der innerparteiliche Gesprächs- und Diskussionsfaden nicht abreißt und wir zu gemeinsamen Lösungen für einen verlässlichen außenpolitischen Kurs finden.

(A) Mein Votum fällt mir nicht leicht, weil es mich bedrückt, dass sich die Menschen in Afghanistan von uns Grünen im Stich gelassen fühlen könnten.

Anna Lührmann *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Trotz Kritik an der Afghanistan-Politik der Bundesregierung und der internationalen Gemeinschaft habe ich heute der Verlängerung des deutschen ISAF-Beitrages zugestimmt. Denn auch als Oppositionspolitikerin musste ich mich in dieser konkreten Bundestagsabstimmung der Frage stellen, ob die Situation in Afghanistan mit diesem deutschen Militärbeitrag oder mit einem Abzug der Bundeswehr besser würde. Nicht die Umsetzung des ISAF-Mandates durch die NATO, die Operation „Enduring Freedom“, OEF, oder das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung stand heute zur Abstimmung, sondern es geht um den deutschen Beitrag zur ISAF, vor allem im Norden des Landes. Ich bin der Auffassung, dass dieser fortgesetzt werden muss, weil er sinnvoll und elementar wichtig für die Menschen in Afghanistan und den zivilen Aufbau ist. Alle Informationen und Diskussionen der letzten beiden Wochen haben gezeigt, dass auch die kritischste Haltung zu den Aufklärungstornados, die auch Teil des Mandates sind, keinesfalls die Bedeutung des lebenswichtigen Auftrags von Gesamt-ISAF aufwiegt.

Damit gewichte ich ähnliche Argumente anders als die Mehrheit des grünen Sonderparteitages. Dieser hatte der Bundestagsfraktion empfohlen, dem ISAF-Mandat nicht zuzustimmen, um damit Kritik an den Aufklärungs-Tornados und der allgemeinen Afghanistan-Strategie deutlich zu machen. (B) Die deutliche Mehrheit der Bundestagsfraktion hat sich an diese Empfehlung gehalten, und das ist auch gut so. Auch ich habe einige Tage nach dem Parteitag ernsthaft erwogen, mich zu enthalten, da ich den Beschluss des Parteitages durchaus ernst nehme. Dann traf ich jedoch auf eine Gruppe afghanischer Parlamentarier und konnte die Frage „Warum sind Sie für die deutsche ISAF-Beteiligung und stimmen im Bundestag doch nicht zu?“ nicht guten Gewissens beantworten. Damit meine ich nicht, dass für meine persönliche Entscheidung die Außenwirkung ausschlaggebend war. Vielmehr wurde mir in der Diskussion klar, dass ich eine Enthaltung vor meinem Gewissen nicht verantworten kann. Wenn es um Militäreinsätze geht, kann man sich schuldig machen, wenn man dafür stimmt. Man kann sich aber auch schuldig machen, wenn man dagegen stimmt und damit billigend in Kauf nimmt, dass Truppen abziehen und ein heftiger Bürgerkrieg beginnt. Das ist die Frage, die heute im Plenum des Bundestages zur Abstimmung stand.

Jenseits dieser konkreten Abstimmung sehe ich – wie auch der grüne Sonderparteitag – erheblichen Bedarf für eine Veränderung der Afghanistan-Politik der Bundesregierung und der internationalen Gemeinschaft, da sowohl Sicherheit als auch ziviler Aufbau weiterhin unzureichend sind. Die zivile Hilfe und der Polizeiaufbau müssen dringend aufgestockt werden und der Bevölkerung in allen Provinzen zugute kommen. Die Bundesregierung muss sich unter anderem dafür einsetzen, dass der OEF-Einsatz beendet wird, der Drogenanbau anders (C) bekämpft wird und intensivere Verhandlungen sowohl mit afghanischen Oppositionellen als auch mit regionalen Nachbarn geführt werden. Diese dringend notwendigen Überprüfungen und die daraus abzuleitenden Strategieveränderungen können jedoch nur das Ergebnis von multilateralen Verhandlungen – nicht zuletzt mit den Afghaninnen und Afghanen selber – sein und lassen sich nicht unilateral durch Bundestagsbeschluss bestimmen. Dabei muss die Bundesregierung in Zukunft auch Kritik, vor allem an kontraproduktivem militärischem Vorgehen, deutlich einbringen. Bei aller Kritik kann ich als Vertreterin einer multilateralen Außenpolitik nicht fordern, dass sich Deutschland unilateral aus der Gesamtverantwortung eines UN-mandatierten Einsatzes zurückziehen soll. Wenn alle Akteure konstruktiv zusammenarbeiten, besteht noch Hoffnung für eine friedliche Zukunft Afghanistans.

Nicole Maisch *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Der Grünenparteitag hat trotz seiner grundsätzlichen Unterstützung von ISAF mit Mehrheit beschlossen, die Abgeordneten dazu aufzufordern, bei der Abstimmung über die Verlängerung des ISAF-Mandates mit Nein oder Enthaltung zu stimmen, um der grünen Forderung nach einem Strategiewechsel in Afghanistan Nachdruck zu verleihen. Ich respektiere die Entscheidung meiner Partei; aber ich kann ihrem Votum in dieser Sache nicht folgen und glaube, dass von dem Parteitag ein falsches politisches Signal ausgegangen ist, welches von vielen Menschen hier und in Afghanistan als Beginn eines Abschieds der Grünen aus der gemeinsamen Solidarität mit Afghanistan interpretiert worden ist. (D)

Wie die Mehrheit der grünen Partei, ihrer Anhängerschaft und der grünen Bundestagsfraktion bin ich der Meinung, dass der zivile Aufbau und die politische Stabilisierung Afghanistans derzeit nicht ohne militärischen Schutz möglich sind. Ein sofortiger Rückzug von ISAF würde bedeuten, das afghanische Volk und die zivilen Helferinnen und Helfer vor Ort im Stich zu lassen und einen Rückfall des Landes in einen Bürgerkrieg in Kauf zu nehmen. Deshalb stehe ich bei aller Kritik, die im Entschließungsantrag meiner Fraktion zum Ausdruck gebracht wird, hinter dem Konzept von ISAF als internationaler, von den Vereinten Nationen mandatierten Schutztruppe. Multilaterale Außenpolitik, in der die Nationen gemeinsam versuchen, Probleme von globaler Relevanz zu lösen und die Verantwortung, die Menschenrechte zu verteidigen, gemeinsam schultern, lebt von der Verlässlichkeit der Bündnispartner. Ein Abzug des deutschen Kontingents aus Afghanistan würde das Gesamtprojekt ISAF infrage stellen. Auch deshalb kann ich dem deutschen Beitrag zu ISAF meine Zustimmung nicht verweigern.

Trotzdem kann es in Afghanistan nicht weitergehen wie bisher. Ein Strategiewechsel, der den zivilen Aufbau und die politische Stabilisierung weiter stärkt, eine neue Strategie im Umgang mit den Opiumbauern und die Bekämpfung der Korruption vorantreibt, ist dringend geboten. Ein Abzug der internationalen Truppe aus Afghanistan löst aber keines dieser Probleme.

(A) Ich werde ISAF zustimmen, denn ich könnte nicht begründen, dass ich einerseits einen Strategiewechsel hin zu mehr zivilem Aufbau in Afghanistan fordere, aber andererseits dem Mandat, das das Instrument dieses Strategiewechsels sein soll, meine Zustimmung verweigere.

Eine besondere Rolle in der innerparteilichen Debatte hat der Streit um die RECCE-Aufklärungstornados gespielt. Ich habe im März der Entsendung der Tornados zugestimmt, weil ich davon überzeugt war und bin, dass man den Menschen, die ihr Leben in Afghanistan riskieren, sei es als Soldatinnen und Soldaten oder Aufbauhelferinnen und Aufbauhelfer, den bestmöglichen Schutz schuldet. Wir Abgeordnete entscheiden über die Entsendung von Truppen und stehen damit in besonderer persönlicher Verantwortung für die Menschen, die wir entsenden.

In den letzten Wochen haben mich zahlreiche Appelle von internationalen Hilfsorganisationen und afghanischen Parlamentariern erreicht, die uns deutsche Parlamentarierinnen und Parlamentarier und insbesondere uns Grüne aufgefordert haben, Afghanistan nicht im Stich zu lassen und der Fortsetzung von ISAF die Zustimmung nicht zu versagen. Diese Appelle und die Reiseberichte von Fraktionskollegen, die vor Ort waren, bestärken mich darin, dass es richtig ist, meinem Gewissen zu folgen und für ISAF zu stimmen.

Lothar Mark *(SPD):* Nach gründlicher Abwägung aller Argumente zur Fortsetzung der deutschen Beteiligung am ISAF-Einsatz in Afghanistan habe ich mich (B) dazu entschlossen, der Verlängerung des Mandats zuzustimmen, da dieses dazu beiträgt, die Lage vor Ort unter Kontrolle zu bekommen bzw. zu halten.

Im Haushaltsausschuss habe ich deshalb einer deutlichen Aufstockung der Mittel für den zivilen Aufbau und die Schulung der Polizei über das bisher Vorgesehene zugestimmt.

Das Ungleichgewicht zwischen den Ausgaben für den zivilen Aufbau und die militärische Absicherung in Afghanistan sehe ich aber nach wie vor kritisch. Die Bundesrepublik Deutschland verwendet jährlich mehr als fünfmal so viel Mittel für das Militär wie für die Entwicklungszusammenarbeit. Das Verhältnis beim rechtsstaatlichen Polizeiaufbau beträgt sogar 20 zu 1 zugunsten des Militärs. Auf lange Sicht müssen die extrem teuren deutschen Soldaten schrittweise durch gut ausgebildete und motivierte afghanische Soldaten ersetzt werden, um die frei werdenden Mittel verstärkt für den zivilen Aufbau einsetzen zu können.

Den mit dem Antrag ebenfalls zur Abstimmung gestellten Tornado-Einsatz halte ich für ein falsches Signal und hätte deshalb eine getrennte Abstimmung der Mandate bevorzugt, da ich dem Tornado-Einsatz meine Zustimmung verweigert hätte. Meiner Auffassung nach gefährdet er den ISAF-Einsatz eher, als dass er zur Stabilisierung der Lage beiträgt, zumal die Einsatzbedingungen zwischen der US-geführten Operation Enduring Freedom, OEF, und ISAF nur schwer zu regeln sein dürften und die deutschen Soldaten in der afghanischen (C) Bevölkerung für Kriegsoperationen verantwortlich gemacht werden könnten.

Im Ergebnis bleibt mir aber nur die Möglichkeit, dem Antrag zur weiteren Beteiligung Deutschlands am ISAF-Einsatz insgesamt zuzustimmen. Im Haushaltsausschuss werde ich mich dafür einsetzen, dass von den zuständigen Fachausschüssen ein glaubwürdiges und schlüssiges Gesamtkonzept für die nächsten Jahre im oben beschriebenen Sinne vorgelegt wird.

Jerzy Montag *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* In den zurückliegenden Jahren habe ich nach sorgfältiger Prüfung immer dem Antrag der Bundesregierung zur deutschen Beteiligung an ISAF zugestimmt und die deutsche zivile und militärische Beteiligung am internationalen Afghanistan-Engagement intensiv begleitet. Auch heute will ich eine im Sinne des afghanischen Aufbaus und Friedensprozesses erfolgreiche ISAF.

Die von den Vereinten Nationen mandatierte ISAF-Schutztruppe bleibt für die Absicherung des Aufbaus in Afghanistan weiterhin notwendig und unverzichtbar. Darauf haben in den letzten Tagen nicht zuletzt auch deutsche Hilfs- und Entwicklungsorganisationen hingewiesen. Der führende Beitrag der Bundeswehr zur ISAF-Region Nord ist aufseiten der Verbündeten und insbesondere der Afghanen hoch angesehen. Das zeigte sich besonders nach dem Anschlag in Kunduz am 19. Mai dieses Jahres, dem drei Bundeswehrsoldaten zum Opfer fielen. In einer Solidaritätsresolution erklärten die Rechtsgelehrten, Ältestenvertreter, Lehrerschaft, Schülerinnen und Schüler, Jugendorganisationen und Hand- (D) werksgenossenschaft der Provinz Kunduz: „Die Anwesenheit des deutschen PRTs in der Provinz Kunduz ist so notwendig wie das Wasser zum Leben. Die leidgeplagten Einwohner der Provinz Kunduz brauchen weiterhin die Unterstützung des PRTs.“ Solange afghanische Polizei, Justiz und Armee nicht selbst die Sicherheit im Land gewährleisten können, hätte ein Abzug von Bundeswehr und ISAF den Rückzug der meisten UN-Organisationen, NGOs, Entwicklungshelfer und Polizeiberater zur Folge, die in dem gewaltträchtigen Umfeld ohne Rückhalt wären. Alleingelassen würden die friedensbereiten Kräfte, ermutigt die verschiedenen Gewaltakteure. Die Tür würde geöffnet für eine Machtergreifung der Taliban im Süden und Bürgerkrieg in anderen Landesteilen.

So sehr ich einerseits von der Notwendigkeit der weiteren ISAF-Beteiligung überzeugt bin, so sehr bin ich zugleich besorgt über die halbherzige Politik der Bundesregierung und die widersprüchliche und zum Teil kontraproduktive Politik der Staatengemeinschaft in Afghanistan. Ich weiß um die vielen, oft weniger sichtbaren Aufbauerfolge und die Notwendigkeit von langem Atem. Die Leistungen der engagierten und mutigen Soldaten, Entwicklungsexperten, Polizeiberater, Diplomaten und Friedensfachkräfte verdienen unser aller hohen Respekt und Anerkennung.

Angestoßen durch Besuche vor Ort und Gespräche mit Afghanistan-Praktikern weist die Grüne Fraktion seit mehr als einem Jahr in Schreiben an die zuständigen Minister, in Bundestagsdebatten und Anträgen eindringlich

(A) auf die kritische Lageentwicklung in Afghanistan hin und fordert einen Strategiewechsel sowie eine Forcierung der Aufbauanstrengungen. Im November letzten Jahres verweigerte die Grüne Fraktion der weiteren deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom erstmalig ihre Zustimmung. Verdichtet hatten sich Hinweise über kontraproduktive Operationsweisen im Süden und Osten, durch die Gewalt mehr gefördert als eingedämmt wurde. Unsere Warnrufe fanden volle Zustimmung bei vielen zivilen und militärischen Afghanistan-Insidern, aber kaum ein Echo aufseiten der Regierung.

Deutlich wird das im jüngsten Afghanistan-Konzept der Bundesregierung und ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage zur Afghanistan-Politik: Verharmlost wird die kritische Entwicklung der politischen und Sicherheitslage, wo die Enttäuschung und Frustration in der afghanischen Bevölkerung – mit regionalen Differenzierungen – gravierend zugenommen haben: über eine vielfach versagende und korrupte Regierung, über grassierende Kriminalität, über eine weit hinter ihren Versprechen zurückbleibende Staatengemeinschaft. Der richtige Anspruch des Primats des zivilen Aufbaus wird durch eine Praxis der Bundesregierung konterkariert, in der der Anteil der Mittel für den Aufbau nur ein Fünftel beträgt von denen, die für die militärische Absicherung eingesetzt werden. Beschönigt wird das Ergebnis von fünf Jahren deutscher Führungsrolle beim Polizeiaufbau. Ein grundsätzlich richtiger Ansatz wurde mit völlig unzureichenden Mitteln verfolgt. Mit der Polizeimission EUPOL ist da bisher keine Besserung in Sicht, zurzeit (B) eher das Gegenteil. „Durchgewunken“ wird OEF, wo ausgeklammert bleibt, wie sehr Operationsweisen gerade von OEF immer wieder das Ansinnen von Regierung, ISAF und Staatengemeinschaft zunichte machen, die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen.

In Afghanistan drängt die Zeit, wird das Zeitfenster für eine Wende zum Besseren schmaler. Dringend notwendig sind eine neue und besser konzertierte Anstrengung der Internationalen Gemeinschaft und der Bundesrepublik und ein substanzieller Strategiewechsel. Hundert im Verband Entwicklungspolitik, VENRO, zusammengeschlossene deutsche Hilfs- und Entwicklungsorganisationen haben dies vor wenigen Tagen noch einmal nachdrücklich eingefordert.

Wenn die Bundesregierung die Aufwendungen für Aufbau und Entwicklung um 25 Prozent erhöhen will, wo Fachleute mindestens eine Verdoppelung fordern, zeigt das, wie wenig die Bundesregierung die Dringlichkeit der Lage erkannt hat. Um in Afghanistan dazu beizutragen, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen und den Abwärtstrend umzukehren, sind ganz andere Anstrengungen erforderlich!

Hinzu kommt der Umgang der Bundesregierung mit dem umstrittenen Einsatz der Tornado-Aufklärer. Der Nutzen von Luftaufklärung für den ISAF-Stabilisierungseinsatz ist für mich unstrittig. Bisher hat es die Bundesregierung aber versäumt, erhebliche Bedenken auszuräumen: Wie kann eine nur restriktive Weitergabe von Tornado-Bildern an OEF garantiert werden, wenn (C) im Osten der ISAF-Regionalkommandeur und Kommandeur OEF Afghanistan identisch sind, wenn im Süden und Osten Einheiten von ISAF und OEF dicht zusammen und zum Teil unter wechselnder Unterstellung operieren? Auch wenn die Tornados kaum zur „Zielmarkierung“ geeignet sind: Wie weit tragen sie mittelbar zu den dortigen Kampfeinsätzen bei? Schließlich bleiben die teuren Tornados Symbol für eine falsche finanzielle Prioritätensetzung.

Ich will eine im Sinne des afghanischen Aufbaus und Friedensprozesses erfolgreiche ISAF. Die Politik der Bundesregierung gefährdet die Erfolgschancen von ISAF, statt sie zu verbessern. Deshalb werde ich in diesem Jahr dem Antrag der Bundesregierung nicht zustimmen.

Den Menschen in Afghanistan sagen wir Grüne ganz deutlich: Wir lassen Euch nicht im Stich! Wir setzen uns zugleich für eine wirksamere deutsche und internationale Unterstützung ein! – Das versprachen wir unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem afghanischen Parlament bei jeden Zusammentreffen aus tiefer Überzeugung und vollem Herzen. Das gilt unverändert weiter. Deshalb wäre ein Nein zu dem Mandat falsch.

Weil ich Verlässlichkeit und Erfolg, weil ich effektiven Multilateralismus will, werde ich dem Antrag der Bundesregierung in diesem Jahr nicht zustimmen, sondern mit Enthaltung stimmen. Mein Abstimmungsverhalten bitte ich die von der deutschen Politik nach Afghanistan entsandten Soldaten und Zivilexperten und auch die Menschen in Afghanistan in diesem Sinne zu (D) verstehen: ganz und gar nicht als Signal zum Rückzug aus Afghanistan, sondern als konstruktiven Warnruf der Grünen, die sich seit den 80er-Jahren in besonderer Weise den Menschen und den Menschenrechten in Afghanistan verpflichtet fühlen und ihre Kontrollfunktion als Opposition ernst nehmen.

Maik Reichel *(SPD):* Bei der heutigen Abstimmung zu oben genanntem Antrag werde ich mich der Stimme enthalten. Diese Enthaltung liegt in der Tatsache begründet, dass die Entsendung von Tornados und das ISAF-Mandat zusammengelegt wurden. Den Einsatz von Tornados lehne ich ab – dies habe ich bereits bei der Abstimmung im März 2007 getan –, da ich darin eine Gefährdung des ISAF-Einsatzes und der Arbeit auch der NGOs sehe. Unsere Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr leisten einen sehr guten und notwendigen Beitrag für die Stabilisierung Afghanistans.

Ich begrüße das Engagement der deutschen Regierung, jedoch müssen wir es deutlich ausweiten. Hauptziel muss es sein, staatliche Strukturen weiter aufzubauen und die Armut im Land zu verringern. Ich unterstütze das deutsche Engagement im Rahmen der ISAF-Mission einschließlich der humanitären Hilfe. Gleichzeitig bedaure ich, dass ich aufgrund der Zusammenlegung der beiden oben genannten Mandate unsere Soldatinnen und Soldaten nicht mit einem klaren Ja unterstützen kann. Trotzdem wünsche ich ihnen für ihre verantwortungsvolle und nicht ungefährliche Arbeit alles Gute.

(A)

Elisabeth Scharfenberg *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Auf der Grundlage des „Afghan Compact" haben im Februar 2002 rund 70 Staaten und internationale Organisationen unter der Verantwortung der afghanischen Regierung ihre Unterstützung zum Wiederaufbau von Afghanistan für die kommenden fünf Jahre zugesagt. Das Ziel war es, dazu beizutragen, selbsttragende staatliche Strukturen aufzubauen, um die Afghaninnen und Afghanen in die Lage zu versetzen, die politischen und gesellschaftlichen Konflikte demokratisch legitimiert, rechtsstaatlich und basierend auf den universalen Menschenrechten lösen zu können, sowie selbst für Sicherheit im Lande sorgen zu können.

Noch bedarf Afghanistan weithin der Unterstützung durch die UN-mandatierte International Security Assistance Force, ISAF. Unter der Führung der NATO leistet ISAF einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau des Landes. Solange eine militärische Absicherung des zivilen Aufbaus erforderlich ist. darf sich die Bundeswehr nicht ohne weiteres aus Afghanistan zurückziehen. Vielmehr müssen wir zu der übernommenen Verantwortung stehen, um den begonnenen zivilen Aufbau zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Die Bundesregierung betont in ihrem Afghanistan-Konzept, dass sie den zivilen Wiederaufbau und die Entwicklung in den Vordergrund stellen möchte. Dem gegenüber steht aber ein klares Missverhältnis zwischen den Ausgaben für eine militärische Absicherung und den Mitteln für den zivilen Aufbau. Auch eine Erhöhung der Mittel von 100 Millionen auf 125 Millionen Euro reicht keineswegs aus. Von einem Kurswechsel hin zu einer Schwerpunktsetzung auf den zivilen Aufbau kann also keine Rede sein. Vielmehr müssen die Mittel für die deutsche zivile Aufbauhilfe 2008 auf mindestens 200 Millionen Euro verdoppelt werden.

(B)

Entscheidend für einen Strategiewechsel ist zudem die Rolle der Operation Enduring Freedom, OEF. Für OEF-Truppen gibt es kein Stationierungsabkommen, vielmehr behalten sich die USA vor, gemäß dem Military Commissions Act im souveränen Staat Afghanistan nach eigenen Maßgaben vorzugehen. Angesichts der Tatsache, dass OEF-Einsätze durch rücksichtloses Vorgehen, insbesondere durch Luftangriffe, immer wieder eine hohe Zahl ziviler Opfer gekostet haben, gefährdet die Antiterroroperation OEF die Akzeptanz von ISAF. Das Nebeneinander dieser beiden – auch völkerrechtlich – völlig unterschiedlicher Missionen ist eine schwere Belastung für den Erfolg von ISAF.

Zudem liegt bis heute keine Evaluation der Tornado-Einsätze vor. Die Frage, ob die Aufklärungsflüge der Tornados wirklich einen Beitrag für die Absicherung von ISAF geleistet haben, wäre aber als Entscheidungsgrundlage von großer Bedeutung gewesen. Bis heute wurde jedoch weder in den Ausschüssen noch im Parlament eine entsprechende Auswertung seitens der Bundesregierung vorgelegt.

Ohne einen klaren Strategiewechsel für ein verstärktes ziviles Engagement sowie eine Evaluation der Tornado-Einsätze kann ich dem Antrag der Bundesregierung nicht zustimmen und werde mich daher enthalten.

(C)

Heinz Schmitt *(Landau) (SPD):* Die Bundesregierung hat am 19. September 2007 eine Fortsetzung des Einsatzes deutscher Soldaten im Rahmen des ISAF-Mandates sowie den weiteren Einsatz von Recce-Aufklärungstornados in Afghanistan beschlossen. Im Bundestag stehen nun beide Einsätze erstmals gemeinsam zur Abstimmung. Bereits bei der ersten Abstimmung über den Einsatz von Tornado-Flugzeugen in Afghanistan, am 7. März 2007, habe ich meine Bedenken gegen diese Mission in einer Erklärung nach der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zum Ausdruck gebracht und den Antrag der Bundesregierung abgelehnt. Während ich den ISAF-Auftrag grundsätzlich befürworte, befürchte ich, dass vom Einsatz der Aufklärungstornados der Bundeswehr erhebliche Gefahren für unsere Soldaten in der ISAF-Mission ausgehen. Der Erfolg von ISAF insgesamt ist aus meiner Sicht dadurch gefährdet. Die Stimmung gegenüber den deutschen Soldaten hat sich durch den Einsatz der Torandos mit mehr als 500 Starts und Landungen bereits verschlechtert. Die Mission unserer Soldaten im Rahmen von ISAF muss strikt vom „Antiterrorkampf" der Operation „Enduring Freedom" (OEF) getrennt bleiben. Der Einsatz von Aufklärungs-Tornados bringt erhebliche Unschärfen mit sich, da eine Übermittlung von Aufklärungsergebnissen an OEF zwar „restriktiv", aber dennoch explizit als Auftrag vorgesehen ist. OEF wird unter anderem von mehreren großen Nichtregierungsorganisationen zunehmend als Hemmnis für die Herstellung von Frieden, für den Wiederaufbau und für eine erfolgreiche Entwicklung in Afghanistan gesehen. Mit einer möglichen Unterstützung von OEF durch die Tornado-Aufklärung wären deutsche Soldaten damit zumindest indirekt daran beteiligt, dass sich die Spirale der Gewalt in Afghanistan weiter dreht. Dies lehne ich entschieden ab. Ich kann daher dem Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung des Einsatzes von Tornados auch dieses Mal nicht zustimmen. Diese Ablehnung betrifft damit bedauerlicherweise auch das ISAF-Mandat aufgrund der Verknüpfung beider Mandate.

(D)

Frank Schwabe *(SPD):* Ich stimme dem Antrag der Bundesregierung trotz schwerer Bedenken zu. Ich habe mich bisher bei der Verlängerung des ISAF-Mandats enthalten und den Tornado-Einsatz abgelehnt. Ich habe aber jetzt den Eindruck, dass ich mich – trotz des von mir empfundenen Dilemmas – für oder gegen den Einsatz entscheiden muss. Ich teile die Argumentation derer, die in internationalen militärischen Einsätzen nicht die Lösung internationaler Konflikte sehen und zu Recht hinterfragen, warum gerade Afghanistan der Ort militärischen Einsatzes ist, während woanders Leid und Elend hingenommen werden. Ich widerspreche einer Haltung, die immer mehr auf Einsatz des Militärs in internationalen Konflikten setzt. Gleichzeitig ist aber auch eine Haltung, die jede internationale Verantwortung ablehnt, nicht die meine. Manchmal muss internationale Verantwortung auch einen militärischen Teil enthalten. Es wäre naiv, die augenscheinlichen Probleme des Einsatzes und der schwierigen Situation in Afghanistan nicht zur Kenntnis zu nehmen. Ich kenne niemanden, der ohne Zweifel ist. Meine Sorge ist, dass, wenn es nicht schnell

(A) zu dramatischen Veränderungen des internationale Einsatzes durch eine Stärkung der afghanischen Zivilgesellschaft und der inländischen Sicherheitsstrukturen kommt, der Einsatz scheitern muss. Ich halte das leider für eine hoch mögliche Variante.

Entscheiden muss ich mich vor dem Hintergrund einer ganz konkreten Situation: In der Verantwortung für die Auswirkungen auf die internationale Entwicklung, in Verantwortung vor dem Hintergrund des Engagements deutscher ziviler und militärischer Einsatzkräfte vor Ort und in der Verantwortung für die afghanische Bevölkerung, für die Deutschland vor einigen Jahren Verantwortung übernommen hat. Ich glaube, dass trotz wachsender Skepsis der afghanischen Bevölkerung in der Abwägung der Vor- und Nachteile der Einsatz zurzeit für die Menschen hilfreich ist. Beim Abzug der internationalen Truppen würden radikale Kräfte sofort die Überhand gewinnen, und alle Verbesserungen wären gefährdet. Ich glaube, dass es zu entsetzlichen Gräueltaten kommen würde.

Nach meinem Eindruck führt der Einsatz der Tornados wie befürchtet in der afghanischen Bevölkerung zu einer Verschärfung der Wahrnehmung Deutschlands als Aggressor. Andererseits muss ich nach den verfügbaren Informationen derzeit davon ausgehen, dass durch die Tornados keine Angriffe von OEF-Truppen auf die Zivilbevölkerung ermöglicht werden. Deshalb stellt der Tornado-Einsatz aus heutiger Sicht für mich keinen Hinderungsgrund zu einer Zustimmung zu ISAF dar. Ich bin tief besorgt über den Einsatz im Rahmen von OEF. Und ich bin tief besorgt über die Entwicklung der Regierung (B) Karzai. Ich verurteile die abscheulichen Hinrichtungen in den letzten Tagen, verantwortet durch eine von Deutschland gestützte Regierung. Der Einsatz muss sich verändern. Deutschland muss – wie die gesamte internationale Gemeinschaft – sein ziviles Engagement massiv stärken. Dazu läuft die Zeit ab. Wenn das nicht erreicht wird, muss der Einsatz scheitern. Dennoch glaube ich, dass es die konkrete Lebenssituation der Menschen heute notwendig macht, den Einsatz jetzt weiterzuführen. Deshalb stimme ich zu.

Wolfgang Spanier *(SPD):* Die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan unterstütze ich nach wie vor.

Die Aufbauhilfe durch die Bundeswehr im Norden Afghanistans halte ich aus humanitären und politischen Gründen für einen wichtigen Einsatz. Das ISAF-Mandat beinhaltet das Recht der Soldaten auf Selbstverteidigung. Militärische Gewalt ist auch dann zulässig, wenn es darum geht, die Regierung und die Menschen in Afghanistan zu schützen.

Der Wiederaufbau Afghanistans zeigt Erfolge, allerdings bin ich davon überzeugt, dass die zivilen Mittel für den Wiederaufbau verstärkt werden müssen.

Ein Rückzug der Bundeswehr aus ISAF würde den Wiederaufbau des Landes zunichte machen, die Menschen in Afghanistan im Stich lassen, das Land ins (C) Chaos stürzen, terroristischen Gruppen wieder freie Hand geben.

Die bisher getrennten Bundestagsmandate für ISAF sowie den Tornado-Einsatz werden in einem Mandat zusammengeführt. Nach wie vor kann ich dem Einsatz deutscher Aufklärungsflugzeuge in Afghanistan nicht zustimmen. Die Aufklärungsflugzeuge dienen nicht nur dem Schutz der Bundeswehr im Norden Afghanistans. Mit dem geplanten Einsatz von deutschen Tornados der Bundeswehr engagiert sich die Bundeswehr beim Kriegseinsatz im Süden Afghanistans im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“. Die Ergebnisse der Luftaufklärung dienen auch dem Einsatz militärischer Mittel. Damit werden deutsche Soldaten in Kampfhandlungen einbezogen, auf deren Planung und Durchführung sie keinerlei Einfluss haben.

Weil beide Mandate im Antrag der Bundesregierung in einem Mandat zusammengeführt werden, kann ich dem Antrag nicht zustimmen.

In der Gesamtwürdigung des Antrags der Bundesregierung enthalte ich mich der Stimme.

Waltraud Wolff *(Wolmirstedt) (SPD):* Der ISAF-Einsatz hat eindeutig belegt, dass der Aufbau des zivilen Lebens in Afghanistan möglich ist und weiterhin besonderer Unterstützung bedarf. Aus diesem Grund habe ich diesem Einsatz auch immer zugestimmt.

Zusätzliche Mittel für den gesellschaftlichen und verwaltungstechnischen Aufbau sind notwendig. Auch hier (D) stimme ich mit den Zielen des Einsatzes überein. Frauen und Mädchen haben weitreichende Rechte erhalten. Dies gilt es zu erhalten und in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Den Tornado-Einsatz halte ich nach wie vor für falsch, und ich bedauere zutiefst, dass mir mit der Zusammenlegung beider Mandate eine Zustimmung und Unterstützung des zivilen Aufbaus nicht mehr möglich ist.

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. Thea Dückert, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Omid Nouripour, Alexander Bonde, Kerstin Andreae und Margareta Wolf (Frankfurt) (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. Sep-

(A)

tember 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 27)

Erstens. Parteipolitisches Taktieren ist in Fragen von Krieg und Frieden völlig unangebracht. Deshalb ist es für uns nicht akzeptabel, dass die Große Koalition die Abstimmungen um die Verlängerung der Mandate des UN-legitimierten Einsatzes der International Security Assistance Forces, ISAF, und der US-geführten Antiterroreinsätze im Rahmen von Operation Enduring Freedom, OEF, zeitlich so weit auseinandergelegt hat.

Diese Entscheidung geschieht ausschließlich aus Rücksicht auf die Parteitagsregie der Sozialdemokratie, nimmt aber dem Bundestag die Möglichkeit, über ein geschlossenes, kohärentes Paket an militärischer Unterstützung für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan abzustimmen. Auch die Zusammenlegung der Mandate von ISAF und der RECCE-Tornados geschieht – so richtig sie auch im Rahmen der Kommandostruktur ISAFs sein mag – leider nicht ohne den Hintergedanken einer Disziplinierung der SPD-Abgeordneten.

Zweitens. Ein „Weiter so“ kann es in Afghanistan nicht geben. Angesichts sich vermehrender Berichte über die Verschlechterung der Sicherheitslage, der Erhöhung der Zahl ziviler Opfer, der Unterfinanzierung und Ineffizienz der zivilen Aufbauarbeit, dem Scheitern der bisherigen Strategie im Kampf gegen den Mohnanbau, angesichts des fehlenden Willens vieler lokaler Warlords zur Entwaffnung und der grassierenden Korruption in der afghanischen Administration bedarf es eines schnellen Strategiewechsels. Dabei ist von großer Bedeutung, dass die Strukturen der internationalen Gemeinschaft auf eine kontinuierliche „Afghanisierung“ der Sicherheit und des zivilen Aufbaus hinwirken müssen. Die Assistenz der internationalen Gemeinschaft muss provisorisch bleiben.

(B)

Die Bundesregierung verweigert sich bisher weitgehend dieser Einsicht. Die wenigen Ansätze aus dem im September vorgelegten Strategiepapier Afghanistan der Bundesregierung reichen mitnichten aus. Die Bundesregierung muss sich dringend in Afghanistan und bei unseren Bündnispartnern für einen Strategiewechsel einsetzen. Sofortige Maßnahmen müssen mindestens die Verdopplung der von der Bundesrepublik zur Verfügung gestellten Mittel für den zivilen Aufbau und die Beendigung des OEF-Kommandos sein. Der OEF-Einsatz ist kontraproduktiv, weil er durch Doppelstrukturen die Arbeit von ISAF erschwert, und vor allem, weil er durch Kommandoaktionen im Rahmen des „Krieges gegen den Terrorismus“ das Vertrauen der Bevölkerung in Afghanistan verspielt hat.

Drittens. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Dies erfordert effektive Kontrollmöglichkeiten ihrer Aktivitäten durch den Bundestag. Dafür bedarf es einer verlässlichen und kontinuierlichen Informationspolitik der Bundesregierung, allen voran des Bundesverteidigungsministers. Diese war in den letzten Monaten allerdings mehr als dürftig. Insbesondere zur Evaluierung des Tornado-Einsatzes hätten wir vor der Abstimmung einen umfassenden Bericht erwartet. So ist eine umfassende Bewertung der Arbeit der RECCE-Tornados kaum möglich.

(C)

Die Bundesregierung wird hier ihrer Verantwortung gegenüber dem Parlament nicht gerecht und verspielt in der Öffentlichkeit Vertrauen, das gerade die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan brauchen. Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich ihrer Berichtspflicht nachzukommen und das Parlament umfassend über Art und Umfang der Aktivitäten der RECCE-Tornados in Afghanistan zu informieren.

Viertens. Die Sicherung des Wiederaufbaus in Afghanistan ist eine der großen Herausforderungen deutscher Außenpolitik. Im Interesse der Menschen in Afghanistan leisten die Soldaten der Bundeswehr dort seit mehreren Jahren einen gefährlichen, aber sehr wichtigen Einsatz. Beiträge für mehr Sicherheit sind unverzichtbar.

Gerade ISAF leistet vor Ort einen wichtigen Dienst und ist auch auf Grundlage vieler Stimmen aus dem Land und von Nichtregierungsorganisationen unverzichtbar für zivile Aufbauprojekte in Afghanistan. Denn ohne Sicherheit ist die Aufbauarbeit nicht leistbar. Vor dem Hintergrund der Bedrohung der Sicherheit Afghanistans durch die Taliban und aufgrund des nicht abgeschlossenen Aufbaus der afghanischen Polizei und Armee kann diese Sicherheit derzeit nur UN-mandatiert und militärisch gewährleistet werden.

(D)

Fünftens. Die RECCE-Aufklärungstornados sind Teil der ISAF-Mission und dürfen nur unter den Auflagen des ISAF-Mandats eingesetzt werden. Eine kritische Evaluierung ihres Einsatzes war bislang nicht möglich – geschuldet der schlechten Informationspolitik der Bundesregierung. Aber auch eine sehr kritische Haltung zur Zweckmäßigkeit des Einsatzes der Tornado-Aufklärungsflugzeuge wiegt nicht schwer genug, um der Beteiligung der Bundeswehr an der ISAF-Mission die Zustimmung zu entziehen. ISAF bleibt für den zivilen Aufbau unerlässlich.

Sechstens. Ein Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen hat im September den Abgeordneten der Grünen-Fraktion empfohlen, dem verbundenen Mandat aufgrund der ablehnenden Haltung zum Tornado-Einsatz nicht zuzustimmen. Wir respektieren diese Entscheidung des Parteitags und die Entscheidung der Mehrheit der Fraktion, dieses Ergebnis im Abstimmungsverhalten in dieser Frage widerzuspiegeln.

Wir können dieser Aufforderung allerdings aus Gewissensgründen nicht folgen, da die Bedeutung einer Fortsetzung der ISAF-Mission für die Menschen und den Aufbau in Afghanistan deutlich schwerer wiegt, so dass wir der Bundeswehrbeteiligung daran die Zustimmung nicht verweigern können. Dies ist das Ergebnis intensiver Gespräche und Diskussion unter anderem mit Menschen, die dauerhaft in Afghanistan leben und solchen, die dort Aufbauarbeit leisten.

(A)

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dirk Manzewski, Christine Lambrecht, Dr. Peter Danckert und Dr. Margrit Spielmann (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 27)

Seit dem Eingreifen der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan 2001 haben sich positive Entwicklungen für das Land gezeigt. Insbesondere die Bedingungen für Frauen haben sich durch Diskriminierungsverbote in der Verfassung und eine Quotierung für weibliche Parlamentsangehörige erheblich verbessert. Frauen haben Zugang zu Bildung und können damit den Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben setzen. Der Bereich der Bildung ist auch insgesamt vorangekommen. Seit 2001 wurden landesweit 3 500 neue Schulen gebaut und die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich auf 6,5 Millionen mehr als verfünffacht. Hiervon profitieren insbesondere die jungen Mädchen, da ihnen unter Herrschaft der Taliban der Zugang zu Bildung verwehrt war. Allein 2005 wurden 500 000 Mädchen zum ersten Mal eingeschult. Mittlerweile sind 40 000 Studierende, darunter ein Viertel junge Frauen, heute an den Universitäten des Landes eingeschrieben. Ein Besuch von afghanischen Frauen in der SPD-Bundestagsfraktion hat diese Verbesserungen nachhaltig dargelegt. Auch sind Fortschritte bei der medizinischen Versorgung, dem Aufbau der Polizei und dem Wachstum der Wirtschaft zu erkennen.

(B)

Trotz dieser durchaus positiven Entwicklungen halten wir die Vorgehensweise bei diesem Einsatz gleichwohl weder für nachhaltig noch zielführend. Die Situation vor Ort scheint vielmehr zu kippen. Gewalt, Armut und Hoffnungslosigkeit nehmen wieder zu. Vor allem an der ländlichen Region scheinen die positiven Entwicklungen vorbeigegangen zu sein. Hier ist ein Wiedererstarken von Taliban, bewaffneten Kriegsfürsten und Banden zu beobachten. Soldaten berichteten uns von der zunehmenden Korruption im Lande, die auch die Zusammenarbeit mit den deutschen Einheiten stark belastet. Das zu Beginn der deutschen Beteiligung formulierte Ziel, für Afghanistan Menschenrechte, Demokratie und Wohlstand zu ermöglichen, scheint in weite Ferne gerückt.

Damit wird aber auch die Situation unserer Soldaten in Afghanistan immer komplizierter und unsicherer. Hierzu hat auch der Einsatz der deutschen Tornados beigetragen. Unabhängig von der Frage, ob und wie die durch diese Einsätze gewonnenen Erkenntnisse nun verwendet bzw. weitergeben werden, verstärkt sich vor allem durch die Häufigkeit der Einsätze bei der afghanischen Bevölkerung der Eindruck einer deutschen „Kriegsbeteiligung“. Soldaten berichteten uns, dass seitdem immer weniger zwischen den deutschen Truppen und zum Beispiel denen der Amerikaner unterschieden wird, was zu einer weiteren Gefährdung unserer Soldaten führt.

(C)

In diesem Spannungsfeld findet nunmehr die Entscheidung über die Verlängerung der Beteiligung der deutschen Streitkräfte an diesem Einsatz statt. Auf der einen Seite zeigen sich durchaus positive Aspekte für das Land, auf der anderen Seite scheint das augenblickliche Vorgehen nicht geeignet, eine langfristige Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan zu ermöglichen. Eine Zustimmung zum ISAF-Einsatz wäre für uns dennoch grundsätzlich möglich gewesen – auch wenn wir eine strategische Neuausrichtung des Einsatzes angesichts der derzeitigen Situation in Afghanistan dringend für erforderlich erachten. Die nunmehr erfolgte Verknüpfung mit dem Tornado-Einsatz macht uns dies hingegen unmöglich. Aus diesem Grund können wir persönlich dem Antrag der Bundesregierung weder zustimmen noch gegen ihn stimmen und werden uns daher enthalten.

Anlage 5

(D)

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Detlef Müller (Chemnitz), Mechthild Rawert und Christoph Strässer (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 27)

Wir stimmen mit dem Antrag der Bundesregierung überein, dass ISAF für die Herstellung von Frieden und Sicherheit in Afghanistan einen bedeutsamen Beitrag leistet, und stimmen deshalb der Verlängerung des Einsatzes der deutschen ISAF-Kräfte im Ergebnis zu.

Den Einsatz deutscher RECCE-Tornados hatten wir im März 2007 abgelehnt.

(A)

Die Zusammenfassung des ISAF- und des Tornado-Mandates im heute vorliegenden Antrag ist der Grund für unsere heutige persönliche Erklärung.

Wir stimmen dem Antrag zu, weil unsere Bundeswehr unter ISAF und die teilweise unter ihrem Schutz arbeitenden NGOs eine sehr gute und für die Stabilisierung Afghanistans unverzichtbare Arbeit leisten. Ein mit einer Ablehnung verbundenes Ende dieses Engagements in der jetzigen Situation halten wir für nicht verantwortbar.

Wir begrüßen das bisherige Engagement der Bundesregierung in diesem Bereich, halten es aber nicht für ausreichend. Es muss deutlich ausgeweitet werden, insbesondere was den Mitteleinsatz für den zivilen Wiederaufbau angeht. Hauptziel muss sein, staatliche Strukturen weiter aufzubauen und die Armut zu verringern.

Viele Erfolge – zum Beispiel im Bereich der Mädchenbildung oder der Verbesserung der Infrastruktur, des Zugangs zu gesunden Wasserressourcen oder zum Gesundheitswesen, so unzureichend sie augenblicklich auch noch sein mögen – sind durch die Verschlechterung der Sicherheitslage in den meisten Provinzen Afghanistans gefährdet. Die Regierung Karzai wird zudem in weiten Teilen des Landes nicht wahrgenommen und schon gar nicht respektiert. Kaum jemand weiß über seine verfassungsmäßigen Rechte Bescheid. Die Verabschiedung des Amnestiegesetzes, mit dem die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen endgültig verhindert wurde, sowie die Verstrickung der Regierung und von Parlamentariern in Drogengeschäfte nehmen beiden Institutionen zusätzlich Glaubwürdigkeit. Darüber hinaus ist die afghanische Bevölkerung zunehmend frustriert über das Tempo, in dem die Verbesserungen für sie persönlich greifbar werden.

(B)

Das ist verständlich, dennoch ist das Grundproblem, dass immer noch moderne staatliche Institutionen auch auf den unteren Provinz- und Distriktebenen fehlen oder nicht voll funktionieren. Ohne sie ist aber weder Frieden noch eine Demokratisierung oder eine stabile wirtschaftliche Entwicklung des Landes möglich.

Dieses fehlende staatliche Gewaltmonopol kann nicht durch die simple Einrichtung entsprechender Institutionen und auch nicht durch militärische Gewalt hergestellt werden. Es fehlen demokratische Rechts- und Gerechtigkeitskonzeptionen sowie institutionalisierte, als legitim verstandene Konfliktaustragungsmechanismen. In diesem Punkt mangelt es im gesamten internationalen Engagement noch.

Der afghanische Staat muss in die Lage versetzt werden, dass er die Lebenssituation der Afghanen und Afghaninnen tatsächlich verbessern kann, indem er Sicherheit herstellt, Rechtsgleichheit gewährleistet und als Dienstleistungserbringer (Bildung, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, soziale Absicherung) funktioniert.

Deshalb stimmen wir dem vorliegenden Antrag auch in der Absicht zu, die Bundesregierung, die mit den in ihrem aktualisierten Papier zur Afghanistan-Strategie geschilderten Vorhaben auch den zivilen Wiederaufbau stärken will, in der Umsetzung dieses Vorhabens zu unterstützen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf das Positionspapier des Verbandes Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. vom 8. Oktober 2007.

(C)

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass insbesondere menschenrechtliche Aspekte künftig noch stärker – zum Beispiel in die Formulierung der die Mandatsverlängerungen betreffenden Anträge – Eingang finden. So ist die mit der Vollstreckung von 15 Todesurteilen vollzogene Abkehr Präsident Karzais von dem unterzeichneten Moratorium zur Todesstrafe nicht akzeptabel.

Fest steht für uns: Eine Politik gegen die zivile afghanische Bevölkerung wird nicht zum Erfolg führen. Die Strategie der Vermeidung sogenannter Kollateralschäden muss künftig Teil jedes Mandates sein.

Die Sinnhaftigkeit militärischer Operationen muss auch für die afghanische Bevölkerung erkennbar sein. Ihr fällt es zunehmend schwerer, die einzelnen Mandate und ihre Aktionen auseinanderzuhalten. Daraus ergibt sich die ganz klare Schlussfolgerung, dass mit militärischen Mitteln allein die Auseinandersetzung nicht zu gewinnen ist. Aber genauso gilt: Ohne militärische Absicherung des von zivilen Organisationen zu betreibenden Wiederaufbaus wird dieser nicht gelingen. Auch dies ist Ergebnis der bereits zitierten Erklärung von VENRO vom 8. Oktober 2007.

Wir sind – insbesondere nach einem Informationsbesuch in Afghanistan Ende August 2007 und nach sorgfältiger Auswertung der dabei gewonnenen Erkenntnisse – zu dem Ergebnis gekommen, dass die Vorbehalte, die uns zu einer Ablehnung des Tornado-Einsatzes im März geführt haben, in einem wesentlichen Punkt nicht mehr aufrechterhalten werden können: Die technische Ausstattung der Tornados schließt nach unserer Überzeugung aus, dass die Tornados aktiv zur Vorbereitung oder unmittelbaren Beteiligung an Kampfhandlungen und damit auch am Tod unbeteiligter Zivilisten benutzt werden können. Die Übermittlung sogenannter Echt-Zeit-Informationen ist mit den RECCE-Tornados aus technischen Gründen nicht möglich. Bei Kampfhandlungen am Boden ist der Luftraum für Aufklärungstornados, die nur über Bewaffnung für den Selbstschutz verfügen, gesperrt. Der Zeitraum, der von der getätigten Luftaufnahme über den Rückflug zur Basis, die Entwicklung der Aufnahmen und die Entscheidung über deren Verwertbarkeit vergeht, schließt einen Nutzen für aktuelle Kampfhandlungen nach unserer Überzeugung definitiv aus. Auch die Kontrollmechanismen, die ausschließen sollen, dass eine Weitergabe der gewonnenen Erkenntnisse mandatswidrig zum Beispiel auch für Operationen im Rahmen der Operation OEF erfolgt, haben uns überzeugt, wobei wir nicht so naiv sind, zu glauben, dass ein solches Sicherheitssystem immer zu 100 Prozent funktioniert.

(D)

Wir befürchten jedoch nach wie vor, dass aufgrund dieses Einsatzes deutsche Soldaten mit Kriegsoperationen in Verbindung gebracht werden könnten, auf deren Planung und Durchführung sie keinerlei Einfluss haben. Mehrere Hundert Tornado-Einsätze, die der Absicherung

(A) des ISAF-Mandates und des Wiederaufbaus Afghanistans dienen, könnten durch die Bevölkerung Afghanistans fehlgedeutet und mit anderen Einsätzen in Verbindung gebracht werden. In diesem Zusammenhang könnte die Gefahr bestehen, dass der Tornado-Einsatz die gute und wichtige Arbeit deutscher Hilfsorganisationen gefährdet. Wir hoffen, dass wir mit dieser Einschätzung nicht recht haben.

In Abwägung beider Sichtweisen stimmen wir heute dem ISAF-Mandat und damit dem gesamten Antrag zu. Eine Ablehnung des Tornado-Einsatzes würde im Ergebnis – auch wenn man dies nicht will – zu einem Nein auch zu ISAF führen. Dies können wir, wie dargelegt, nicht verantworten, auch nicht als Ausdruck des Protestes gegen die nach Auffassung vieler Kolleginnen und Kollegen taktisch begründete Zusammenlegung der beiden bislang getrennten Mandate. Wir verbinden mit der nochmaligen Zustimmung zur Mandatsverlängerung allerdings die klare Erwartung und Aufforderung an die Bundesregierung, innerhalb der nächsten sechs Monate endlich den Anforderungen aus dem Parlament gerecht zu werden und Vorschläge für den immer wieder beschworenen Strategiewechsel zu unterbreiten und zur Debatte zu stellen, denn ein entschiedenes „Weiter-so“ kann und darf es nicht geben.

Anlage 6

Erklärung nach § 31 GO

(B) **der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Jürgen Trittin, Kerstin Müller (Köln), Rainder Steenblock, Irmingard Schewe-Gerigk, Wolfgang Wieland, Grietje Bettin, Thilo Hoppe, Katrin Göring-Eckardt, Christine Scheel, Ulrike Höfken, Dr. Gerhard Schick, Kai Gehring, Bärbel Höhn und Markus Kurth (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 27)**

In den zurückliegenden Jahren haben wir nach sorgfältiger Prüfung immer dem Antrag der Bundesregierung zur deutschen Beteiligung an ISAF zugestimmt und die deutsche zivile und militärische Beteiligung am internationalen Afghanistan-Engagement intensiv begleitet. Gerade weil wir eine im Sinne des afghanischen Aufbaus und Friedensprozesses erfolgreiche ISAF wollen, (C) können wir in diesem Jahr dem Antrag der Bundesregierung nicht zustimmen. Wir werden uns enthalten.

Die von den Vereinten Nationen mandatierte ISAF-Schutztruppe bleibt für die Absicherung des Aufbaus in Afghanistan weiterhin notwendig und unverzichtbar. Darauf haben in den letzten Tagen nicht zuletzt auch deutsche Hilfs- und Entwicklungsorganisationen hingewiesen. Der führende Beitrag der Bundeswehr zur ISAF-Region Nord ist aufseiten der Verbündeten und insbesondere der Afghanen hoch angesehen. Das zeigte sich besonders nach dem Anschlag in Kunduz am 19. Mai, dem drei Bundeswehrsoldaten zum Opfer fielen. In einer Solidaritätsresolution erklärten die Rechtsgelehrten, Ältestenvertreter, Lehrerschaft, Schülerinnen und Schüler, Jugendorganisationen und Handwerksgenossenschaft der Provinz Kunduz: „Die Anwesenheit des deutschen PRTs in der Provinz Kunduz ist so notwendig wie das Wasser zum Leben. Die leidgeplagten Einwohner der Provinz Kunduz brauchen weiterhin die Unterstützung des PRTs.“ Solange afghanische Polizei, Justiz und Armee nicht selbst die Sicherheit im Land gewährleisten können, hätte ein Abzug von Bundeswehr und ISAF den Rückzug der meisten UN-Organisationen, NGOs, Entwicklungshelfer und Polizeiberater zur Folge, die in dem gewaltträchtigen Umfeld ohne Rückhalt wären. Alleingelassen würden die friedensbereiten Kräfte, ermutigt die verschiedenen Gewaltakteure. Die Tür würde geöffnet für eine Machtergreifung der Taliban im Süden und Bürgerkrieg in anderen Landesteilen.

(D) So sehr wir einerseits von der Notwendigkeit der weiteren ISAF-Beteiligung überzeugt sind, so sehr sind wir zugleich besorgt über die halbherzige Politik der Bundesregierung und die widersprüchliche und zum Teil kontraproduktive Politik der Staatengemeinschaft in Afghanistan. Wir wissen um die vielen, oft weniger sichtbaren Aufbauerfolge und die Notwendigkeit von langem Atem. Die Leistungen der engagierten und mutigen Soldaten, Entwicklungsexperten, Polizeiberater, Diplomaten und Friedensfachkräfte verdienen unser aller hohen Respekt und Anerkennung.

Angestoßen durch Besuche vor Ort und Gespräche mit Afghanistan-Praktikern weist die Grünen-Fraktion seit mehr als einem Jahr in Schreiben an die zuständigen Minister, in Bundestagsdebatten und Anträgen eindringlich auf die kritische Lageentwicklung in Afghanistan hin und fordert einen Strategiewechsel sowie eine Forcierung der Aufbauanstrengungen. Im November letzten Jahres verweigerte die Grünen-Fraktion der weiteren deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom erstmalig ihre Zustimmung. Verdichtet hatten sich Hinweise über kontraproduktive Operationsweisen im Süden und Osten, durch die Gewalt mehr gefördert als eingedämmt wurde. Unsere Warnrufe fanden volle Zustimmung bei vielen zivilen und militärischen Afghanistan-Insidern – aber kaum ein Echo aufseiten der Regierung. Deutlich wird das im jüngsten Afghanistan-Konzept der Bundesregierung und ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage zur Afghanistan-Politik: Verharmlost wird die kritische Entwicklung der politischen und Sicherheitslage, wo die Enttäuschung und Frustration in

(A) der afghanischen Bevölkerung – mit regionalen Differenzierungen – gravierend zugenommen haben: über eine vielfach versagende und korrupte Regierung, über grassierende Kriminalität, über eine weit hinter ihren Versprechen zurückbleibende Staatengemeinschaft. Der richtige Anspruch des Primats des zivilen Aufbaus wird durch eine Praxis der Bundesregierung konterkariert, in der der Anteil der Mittel für den Aufbau nur ein Fünftel beträgt von denen, die für die militärische Absicherung eingesetzt werden. Beschönigt wird das Ergebnis von fünf Jahren deutscher Führungsrolle beim Polizeiaufbau: Ein grundsätzlich richtiger Ansatz wurde mit völlig unzureichenden Mitteln verfolgt. Mit der Polizeimission EUPOL ist da bisher keine Besserung in Sicht, zurzeit eher im Gegenteil. „Durchgewunken“ wird OEF, wo ausgeklammert bleibt, wie sehr Operationsweisen gerade von OEF immer wieder das Ansinnen von Regierung, ISAF und Staatengemeinschaft zunichtemachen, die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen.

In Afghanistan drängt die Zeit, wird das Zeitfenster für eine Wende zum Besseren schmaler. Dringend notwendig sind eine neue und besser konzertierte Anstrengung der Internationalen Gemeinschaft und der Bundesrepublik und ein substanzieller Strategiewechsel. Hundert im Verband Entwicklungspolitik, VENRO, zusammengeschlossene deutsche Hilfs- und Entwicklungsorganisationen haben dies vor wenigen Tagen noch einmal nachdrücklich eingefordert. Wenn die Bundesregierung die Aufwendungen für Aufbau und Entwicklung um 25 Prozent erhöhen will, wo Fachleute mindestens eine Verdoppelung fordern, zeigt das, wie wenig die
(B) Bundesregierung die Dringlichkeit der Lage erkannt hat. Um in Afghanistan dazu beizutragen, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen und den Abwärtstrend umzukehren, sind ganz andere Anstrengungen erforderlich!

Hinzu kommt der Umgang der Bundesregierung mit dem umstrittenen Einsatz der Tornado-Aufklärer. Der Nutzen von Luftaufklärung für den ISAF-Stabilisierungseinsatz ist für uns unstrittig. Bisher hat es die Bundesregierung aber versäumt, erhebliche Bedenken auszuräumen: Wie kann eine nur restriktive Weitergabe von Tornado-Bildern an OEF garantiert werden, wenn im Osten der ISAF-Regionalkommandeur und Kommandeur OEF Afghanistan identisch sind, wenn im Süden und Osten Einheiten von ISAF und OEF dicht zusammen und zum Teil unter wechselnder Unterstellung operieren? Auch wenn die Tornados kaum zur „Zielmarkierung“ geeignet sind: Wieweit tragen sie mittelbar zu den dortigen Kampfeinsätzen bei? Schließlich bleiben die teuren Tornados Symbol für eine falsche finanzielle Prioritätensetzung.

Wir wollen eine im Sinne des afghanischen Aufbaus und Friedensprozesses erfolgreiche ISAF. Die Politik der Bundesregierung gefährdet die Erfolgschancen von ISAF, statt sie zu verbessern. Deshalb können wir in diesem Jahr dem Antrag der Bundesregierung nicht zustimmen.

Den Menschen in Afghanistan sagen wir ganz deutlich: „Wir lassen euch nicht im Stich! Wir setzen uns zu-
(C) gleich für eine wirksamere deutsche und internationale Unterstützung ein!“ Das versprachen wir unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem afghanischen Parlament bei jedem Zusammentreffen aus tiefer Überzeugung und vollem Herzen. Das gilt unverändert weiter. Deshalb wäre ein Nein zu dem Mandat falsch. Weil wir Verlässlichkeit und Erfolg, weil wir effektiven Multilateralismus wollen, werden wir dem Antrag der Bundesregierung in diesem Jahr nicht zustimmen, sondern mit Enthaltung stimmen.

Wir bitten unsere Freundinnen und Freunde in Afghanistan, wir bitten die von der deutschen Politik nach Afghanistan entsandten Soldaten und Zivilexperten, unser Abstimmungsverhalten in diesem Sinne zu verstehen: ganz und gar nicht als Signal zum Rückzug aus Afghanistan, sondern als konstruktiven Warnruf der Grünen, die sich seit den 80er-Jahren in besonderer Weise den Menschen und den Menschenrechten in Afghanistan verpflichtet fühlen und die ihre Kontrollfunktion als Opposition ernst nehmen.

Anlage 7

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Lale Akgün, Reinhold Hemker und Renate Gradistanac (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 27) (D)

Erstens. Wir halten den bisherigen ISAF-Einsatz für richtig, ein Rückzug würde das Erreichte gefährden und die Rückkehr der Taliban und des Bürgerkriegs bedeuten.

Zweitens. Wir halten eine deutliche Aufstockung der Mittel für den zivilen Aufbau und die Schulung der Polizei über das bisher Vorgesehene für notwendig und werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür einsetzen.

Drittens. Wir halten den Tornado-Einsatz nach wie vor für das falsche Signal und im Rahmen des deutschen Engagements für kontraproduktiv, auch wenn die Tornados nach den uns bekannten Informationen ausschließlich von ISAF eingesetzt werden.

Viertens. Wir protestieren mit unserem Votum gegen die Zusammenlegung der Entscheidung zum ISAF-Ein-

satz und zum Tornado-Einsatz. Hierdurch werden die große Zustimmung zum ISAF-Einsatz und die Akzeptanz des deutschen Engagements für die Menschen in Afghanistan ohne Not belastet.

Wir stimmen deshalb gegen die obige Beschlussvorlage.

Anlage 8

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Renate Schmidt (Nürnberg), Ortwin Runde, Willi Brase, Ulla Burchardt, Elvira Drobinski-Weiß, Dagmar Freitag, Wolfgang Grotthaus, Angelika Krüger-Leißner, Ute Kumpf , Hilde Mattheis, Petra Merkel (Berlin), Dr. Matthias Miersch, Florian Pronold, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Marlies Volkmer, Lydia Westrich und Swen Schulz (Spandau) (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 27)

Erstens. Wir haben den ISAF-Einsatz immer für richtig gehalten, ein Rückzug würde das Erreichte gefährden und die Rückkehr der Taliban und des Bürgerkriegs bedeuten.

Zweitens. Wir halten eine deutliche Aufstockung der Mittel für den zivilen Aufbau und die Schulung der Polizei über das bisher Vorgesehene hinaus für notwendig und werden uns im Rahmen der Haushaltsberatungen dafür einsetzen.

Drittens. Wir halten den Tornado-Einsatz nach wie vor für das falsche Signal und nicht für notwendig, auch wenn die Tornados nach den uns bekannten Informationen ausschließlich von ISAF eingesetzt wurden.

Unter Abwägung dieser Gesichtspunkte halten wir eine Zustimmung zur Verlängerung des oben genannten Mandats für verantwortbar und richtig.

Anlage 9

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Winfried Hermann, Hans-Christian Ströbele, Peter Hettlich, Sylvia Kotting-Uhl, Monika Lazar und Dr. Harald Terpe (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 27)

Nach fast sechs Jahren militärischen Kampfes und militärischer Präsenz in Afghanistan stellen wir fest: Die Sicherheitslage im Lande ist nach wie vor prekär. Und sie wird zunehmend schlechter. Vor allem im letzten Jahr ist die Zahl der Selbstmordanschläge dramatisch angestiegen und damit auch die Zahl der Opfer. Zugleich wurde der Kampf gegen bewaffnete Aufständische (Taliban und andere Gruppen) verstärkt militärisch geführt. Insbesondere im Süden und Osten des Landes wird im Rahmen der Operation Enduring Freedom – OEF – zunehmend auch unter dem Dach von ISAF mit Raketen und Bomben ein brutaler Antiterrorkrieg geführt, der immer mehr Zivilisten und Zivilistinnen das Leben kostet. Ortschaften, in denen Taliban oder Al-Qaida-Kämpfer vermutet wurden, wurden zerstört. Hunderte von Frauen, Kindern und älteren Menschen verloren allein in diesem Jahr bei solchen Einsätzen ihr Leben. Jeder dieser Militärschläge mit zivilen Opfern schürt den Hass und fördert den Widerstand gegen die ausländischen Truppen. Das Ansehen der fremden Schutztruppen schwindet rapide. Die Beschützer werden zunehmend als Besatzer wahrgenommen, trotz vielfacher Wiederaufbauhilfe.

Wir sind überzeugt: Der Krieg gegen Terror ist militärisch nicht zu gewinnen. Der Erfolg von ISAF wird durch die militärische Gewaltspirale zunehmend unmöglich gemacht.

Der Einsatz von Tornados und die Einbindung in dieses ISAF-Mandat sind der falsche Weg. Sie tragen zur Eskalation der Konflikte bei. Die deutschen Aufklärungsflugzeuge entlasten britische Kampfflugzeuge, die sich jetzt ganz auf den Kampf aus der Luft konzentrieren können. Diese Arbeitsteilung wird so auch in der afghanischen Bevölkerung gesehen. Dass die deutschen Aufklärungsbilder nur zur Sicherung und zum Schutz und nicht für zielgenaue Angriffe gegen (vermeintliche) Aufständische oder Terroristen benutzt werden, halten wir für naiv. Die Kommandostruktur der US-Streitkräfte von OEF und ISAF sind beispielsweise nicht getrennt, die Tornados werden als NATO-Flugzeuge von einer gemeinsamen Leitzentrale geführt und koordiniert, sie sind informationstechnisch in die NATO integriert.

(A) Ein weiterer Einsatz von deutschen ISAF-Soldaten wäre nur dann verantwortbar, wenn er in Richtung polizeiähnlicher Sicherheitsmission entwickelt würde und wenn ein klar erkennbarer Kurs- und Strategiewechsel der Bundesregierung und der NATO eingeleitet würde. Hierzu gehören auch Friedensverhandlungen mit allen wichtigen Akteuren im Lande und ein Konzept zur Entwicklung von Sicherheit und Frieden durch die Menschen in Afghanistan selbst. Ein solcher grundlegender Strategiewechsel, weg von militärischer Eskalation, hin zur Deeskalation und zu verstärktem zivilen Aufbau ist leider nicht in Sicht. Die Ausgaben für Militär – rund 500 Millionen pro Jahr alleine von Deutschland – betragen nach wie vor ein Vielfaches dessen, was für zivilen Aufbau – rund 120 Millionen Euro – ausgeben wird. Die Aufbauhilfe für Justiz und Polizei ist dagegen viel zu gering, ebenso die Förderung von Zivilgesellschaft. Wirtschaft und Infrastruktur sowie Alternativen zum Drogenanbau müssten systematisch aus- und aufgebaut, Korruption müsste verstärkt bekämpft werden, damit die Menschen erfahren, dass es für alle aufwärts geht. Die einfache Gleichung, nur wenn militärisch Sicherheit hergestellt ist, kann der zivile Aufbau gelingen, halten wir für falsch. Immer mehr NGOs und Entwicklungshelfer sagen, dass die derzeitige Form des „militärischen Schutzes“ ihre Projekte eher gefährdet.

Wenn wir dieses ISAF-Mandat ablehnen, so tun wir dies im Bewusstsein, dass ein „Weiter-so“ für viele Menschen in Afghanistan, aber auch für die deutschen Soldaten lebensgefährlich wäre. Mit der Ablehnung dieses Mandates lehnen wir nicht eine internationale Verantwortung für friedlichen Aufbau und Entwicklung in Afghanistan ab. (B) Vielmehr ist unsere Absage an diesen militärischen Einsatz verbunden mit einen Bekenntnis zu einer zivilen Friedens- und Entwicklungsstrategie. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Anlage 10

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Angelika Graf (Rosenheim), Christel Humme, Lothar Binding (Heidelberg), Wolfgang Gunkel, Volker Blumentritt, Ulla Burchardt, Gabriele Hiller-Ohm, Frank Hofmann (Volkach), Dr. Herta Däubler-Gmelin und Waltraud Lehn (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 27) (C)

Wir stimmen mit dem Antrag der Bundesregierung überein, dass ISAF für die Herstellung von Frieden und Sicherheit in Afghanistan einen essenziellen Beitrag leistet, und stimmen deshalb der Verlängerung des Einsatzes der deutschen ISAF-Kräfte zu.

Den Einsatz deutscher RECCE-Tornados hatten wir bereits im März 2007 abgelehnt, weil wir – wie noch heute – darin eine Gefährdung des ISAF-Einsatzes und der Arbeit der NGOs sehen.

Die Zusammenfassung des ISAF- und des Tornado-Mandates im heute vorliegenden Antrag ist der Grund für unsere heutige persönliche Erklärung.

Wir stimmen dem Antrag zu, weil unsere Bundeswehr unter ISAF und die teilweise unter ihrem Schutz arbeitenden NGOs eine sehr gute und für die Stabilisierung Afghanistans unverzichtbare Arbeit leisten.

Wir begrüßen das bisherige Engagement der Bundesregierung in diesem Bereich, aber es muss deutlich ausgeweitet werden. Das Hauptziel muss es sein, staatliche Strukturen weiter aufzubauen und die Armut zu verringern.

Viele Erfolge, zum Beispiel im Bereich der Mädchenbildung oder die Verbesserung der Infrastruktur, sind durch die Verschlechterung der Sicherheitslage in den meisten Provinzen Afghanistans gefährdet. Die Regierung Karzai wird zudem in weiten Teilen des Landes nicht wahrgenommen. Kaum jemand weiß über seine verfassungsmäßigen Rechte Bescheid. (D) Die Verabschiedung des Amnestiegesetzes, mit dem die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen endgültig verhindert wurde, und die Verstrickung der Regierung und des Parlamentes in Drogengeschäfte nehmen beiden Institutionen zusätzlich Glaubwürdigkeit. Darüber hinaus ist die afghanische Bevölkerung zunehmend frustriert über das Tempo, in dem die Verbesserungen für sie persönlich greifbar werden.

Das ist verständlich, dennoch ist das Grundproblem, dass moderne staatliche Institutionen auch auf den unteren Provinz- und Distriktebenen immer noch fehlen oder nicht voll funktionieren. Ohne sie ist aber weder Frieden noch eine Demokratisierung noch eine stabile wirtschaftliche Entwicklung des Landes möglich.

Dieses fehlende staatliche Gewaltmonopol kann nicht durch die simple Einrichtung entsprechender Institutionen und auch nicht durch militärische Gewalt hergestellt werden. Es fehlen demokratische Rechts- und Gerechtigkeitskonzeptionen sowie institutionalisierte, als legitim verstandene Konfliktaustragungsmechanismen. In diesem Punkt mangelt es im gesamten internationalen Engagement noch.

Der afghanische Staat muss in die Lage versetzt werden, dass er die Lebenssituation der Afghanen und Afghaninnen tatsächlich verbessern kann, indem er Sicherheit herstellt, Rechtsgleichheit gewährleistet und als Dienstleistungserbringer für Bildung, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung funktioniert.

(A)

Deshalb stimmen wir dem vorliegenden Antrag auch in der Absicht zu, die Bundesregierung, die neben den in ihrem aktualisierten Papier zur Afghanistan-Strategie geschilderten Vorhaben auch den zivilen Wiederaufbau stärken will, in der Umsetzung dieses Papiers zu unterstützen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf das Positionspapier des Verbandes Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. vom 8. Oktober 2007.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass insbesondere menschenrechtliche Aspekte künftig noch stärker, zum Beispiel in die Formulierung der Mandatsverlängerungen betreffende Anträge, Eingang finden. Die mit der Vollstreckung von 15 Todesurteilen vollzogene Abkehr Präsident Karzais von dem unterzeichneten Moratorium zur Todesstrafe ist nicht hinnehmbar.

Fest steht für uns: Eine Politik gegen die zivile afghanische Bevölkerung wird nicht zum Erfolg führen. Die Strategie der Vermeidung sogenannter Kollateralschäden muss künftig Teil jedes Mandates sein.

Die Sinnhaftigkeit militärischer Operationen muss auch für die afghanische Bevölkerung erkennbar sein. Ihr fällt es zunehmend schwerer, die einzelnen Mandate und ihre Aktionen auseinanderzuhalten.

Wir bleiben bei unserer Einschätzung des Tornado-Mandates vom 5. März 2007: Wir bezweifeln nach wie vor, dass die Einsatzbedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen ISAF und OEF – detailliert geregelt werden können. Wir befürchten nach

(B)

wie vor, dass aufgrund dieses Einsatzes deutsche Soldaten für Kriegsoperationen verantwortlich gemacht werden könnten, auf deren Planung und Durchführung sie keinerlei Einfluss haben. Wir sehen die Gefahr, dass der Tornado-Einsatz die Lage in Afghanistan eher destabilisiert als stabilisiert und damit die gute Arbeit deutscher Hilfsorganisationen gefährdet. Wir hoffen, dass wir mit dieser Einschätzung nicht recht haben.

In Abwägung beider Sichtweisen stimmen wir heute jedoch dem ISAF-Mandat und damit dem gesamten Antrag zu.

Anlage 11

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags: Deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen im nationalen Interesse konsequent stärken (Tagesordnungspunkt 30)

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg *(CDU/CSU):* Eingangs möchte ich gerne auf zwei Entwicklungen verweisen, die meines Erachtens das heute behandelte Thema wesentlich prägen:

Erstens die wachsende Rolle Deutschlands auf dem internationalen Parkett und zweitens die sich wandelnde wie auch wachsende Bedeutung internationaler Organisationen für eine globale Politik.

(C)

Das Ende des Kalten Krieges hat vor knapp 20 Jahren die politischen Verhältnisse Europas grundlegend verändert. Einerseits hat die Auflösung des ehemaligen kommunistischen Machtblockes ein vielfältiges und ausdifferenziertes Staatengefüge in Europa wiederentstehen lassen, andererseits ist mit dem wiedervereinigten Deutschland in der Mitte eben dieses Kontinents ein Staat entstanden, dem zumindest regional wieder faktisch eine Spitzenrolle zugefallen ist. Auch im breiteren internationalen Kontext ist Deutschland in eine stärker beachtete Position gerückt, wie beispielsweise in den Verhandlungen der Gruppe EU 3 + 3 über das iranische Atomprogramm oder auch in den Kosovo-Statusverhandlungen deutlich wird. Deutschland demonstriert seine gestiegene Verantwortung auf internationalem Parkett zudem mittels einer durchaus ehrgeizigen Agenda, die nicht nur durch diverse politische Initiativen, diplomatische Aktivitäten in internationalen Verhandlungen und Vermittlerdiensten zum Ausdruck kommt, sondern als Fernziel mehrfach einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat ins Auge gefasst hat – freilich mit bislang überschaubarem Erfolg.

Für Deutschland bedeutet dies ein verstärktes Maß an Verantwortung und Erwartungshaltung gegenüber Berlin. Wir sind nun Ansprechpartner für viele internationale Probleme geworden. Im Gegenzug ermöglicht dies unserem Land allerdings auch in deutlicherer Weise prägend Einfluss auf globale politische Themen und Anliegen zu nehmen. Anfangs aus dem Ausland durchaus auch kritisch beäugt, hat sich Deutschlands internationales Engagement in der internationalen Politik inzwischen

(D)

an vielen Stellen bewährt und die Dienste deutscher Diplomaten und Außenpolitiker als Vermittler, Partner und auch als Freunde werden an vielen Stellen des Globus aufgrund von Verantwortungsbewusstsein, Verständnis und gesundem und lebensnahem Augenmaß sehr geschätzt. Ihnen allen sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Die zweite Entwicklung, die ich hier skizzieren möchte, betrifft das Recht internationaler Organisationen, insbesondere das Völkerrecht: War Letzeres in seiner Anfangszeit eine Rechtsordnung, in der ausschließlich Staaten als Rechtssubjekte angesehen wurden, und die diese als alleinige wesentliche Akteure betrachtete, so hat sich diese Rechtsordnung durch die sukzessive und sich beschleunigende Entwicklung internationaler Organisationen deutlich erweitert. Die Dynamik zur Schaffung und zum Ausbau der Kompetenzen im Bereich internationaler Organisationen hält ungebrochen an und wird wohl auch in naher Zukunft nicht stagnieren oder Rückschritte machen. Auf anderer Ebene ist mit der EG/EU bereits heute ein Maß an internationaler Integration erreicht worden, das noch vor wenigen Jahren und Jahrzehnten zwischen Nationalstaaten als undenkbar galt.

Die VN haben trotz mancher Kritik – nicht nur gegenüber ihrem Vorgänger, dem Völkerbund – Beachtliches geleistet, insbesondere wenn man die vielen kleinen Erfolge betrachtet, die nicht immer die Schlagzeilen beherrschen, und die vielfach schon fast als selbstverständlich angesehen werden. Doch nicht nur internationale

Organisationen alleine sind heute verstärkt Völkerrechtssubjekte. Zunehmend wird auch das Individuum partiell völkerrechtsfähig. Verträge wie die EMRK statten das Individuum über das Maß von schlichten Rechtsreflexen mit persönlichen – und sogar auf überstaatlicher Ebene einklagbaren – Rechten aus. Entsprechende internationale Organisationen, wie der EGMR in Straßburg haben sich als glaubhafte Garanten auch dieser neuen Dynamik des Völkerrechts einen Namen gemacht.

Zusammenfassend kann man somit konstatieren, dass sowohl der Einfluss internationaler Organisationen als Akteure der internationalen Politik gewachsen ist, als auch, dass Deutschland in diesem Politikfeld ein zunehmender Stellenwert erwachsen ist. Dieser Stellenwert wird nicht zuletzt durch unsere beträchtlichen Beitragszahlungen an internationale Organisationen verdeutlicht. Dies alles wird bisher allerdings – trotz genannter Erfolge – durch weiterhin nur unzureichende Bemühungen flankiert, auch in Führungs- und Entscheidungsstrukturen internationaler Organisationen entsprechend des gewachsenen Einflusses vertreten zu sein. Diese Situation erfordert eine entsprechende konsequente und zielstrebige Personalpolitik der Bundesrepublik im Hinblick auf internationale Organisationen und rechtfertigt eine solche auch.

Zwar scheint ein erster statistischer Überblick über die Aufteilung der Bediensteten in internationalen Organisationen einen angemessenen Anteil deutscher Staatsbürger widerzuspiegeln. Jedoch stellt eine differenziertere Betrachtung der personellen Struktur durchaus einen Anlass dar, über mögliche weitergehende und systematischere Ansätze nachzudenken. Dies erscheint allein daher notwendig, da gerade im Bereich von Führungs- und Entscheidungspositionen eine deutliche Unterrepräsentation Deutschlands erkennbar ist.

Jüngste Blicke auf die Personalpolitik unserer Nachbarn in Frankreich könnten hier als Impulsgeber dienen: In den Schaltzentralen verschiedener internationaler Organisationen wie EZB, WTO, EBRD und IWF befinden sich derzeit französische Staatsbürger in Führungspositionen. Auch eine Betrachtung der Vergangenheit dieser Institutionen lässt ein überdurchschnittliches französisches Personalengagement erkennen.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Frankreich verfügt zum einen über ein Hochschulsystem, in dem bereits Studenten gezielt auf Tätigkeiten in internationalen Organisationen ausgebildet werden: Studiengänge, die in Modulen ein breites Wissen in den Bereichen Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften, sowie tiefere Kenntnisse ausländischer Kulturen und Sprachen vermitteln, fallen in Deutschland – so sie hierzulande überhaupt existiert haben – zunehmend Einsparungsplänen an Universitäten zum Opfer, während man in Frankreich Studiengänge mit interdisziplinärer und regionalwissenschaftlicher Ausrichtung fördert und unterstützt. Diesbezüglich redet man in unserem Lande wie die Brandung an unbewegliche Steine.

Auch darf nicht unterschlagen werden, dass der französische Staatsdienst – aus welchen Gründen auch immer – trotz mancher Beschwerden für viele Hochschulabsolventen einen attraktiven Arbeitgeber darstellt, während Ministerien und Behörden in Deutschland im Wettbewerb um Spitzenkräfte bisher oftmals das Nachsehen haben.

Als weiterer wesentlicher Grund bleibt festzustellen, dass die französische Politik versucht, eigene Staatsbürger über Parteigrenzen hinweg gezielt in Führungs- und Entscheidungspositionen zu bringen. Französische Staatsbürger in internationalen Organisationen werden – zumindest in der Außenwirkung – nicht in erster Linie als „Brückenköpfe“ und/oder „Ausführungsorgane“ französischer Interessen angesehen. Dies macht die Unterstützung der besagten Kandidaten für eine große Zahl anderer Staaten attraktiv. Dieser Punkt erscheint mir wesentlich und ich bitte den hier vorliegenden Antrag so zu verstehen, dass deutsche Kandidaten für hochrangige Ämter und Amtsträger in internationalen Organisationen auch als Repräsentanten des ganzen Landes und nicht als politische Weisungsempfänger verstanden und angesehen werden. In meinen Augen stellt die erhöhte Präsenz Deutscher in internationalen Positionen einen Eigenwert dar. In diesem Sinne sollen sich entsprechende Fördermaßnahmen mittelfristig nicht nur auf zu fördernde Personalwechsel von deutschen Ministerien und Behörden in internationale Organisationen beziehen, sondern auch die dauerhaftere Präsenz deutscher Staatsbürger in internationalen Organisationen gefördert werden. Zudem lohnt es sich, über Quereinstiege von Personen aus Wirtschaft und Wissenschaft ebenso nachzudenken wie über die Förderung von direkten Berufseinstiegen und lebenslangen Laufbahnen in den internationalen Organisationen.

Über die wichtigen, in diesem Antrag genannten Maßnahmen hinaus muss der Ansatz, sich verstärkt auch personell in internationalen Organisationen zu engagieren, jedoch umfassend gedacht und angegangen werden. Der vorliegende Antrag wird einen ersten Schritt in diese Richtung markieren, jedoch sei klar verdeutlicht, dass wir uns mit ihm – trotz der Umsetzungen der letzten Jahre – erst am Anfang einer Entwicklung befinden, die zeitlich und inhaltlich zügig und konsequent durch weitere Maßnahmen flankiert und konkretisiert werden muss, wie sie im vorliegenden Antrag teilweise erst angedeutet werden.

Als geeignetes Instrument zur Beförderung der im Antrag formulierten Ziele müssen verstärkt Ausbildungsstrukturen geschaffen werden, die es ermöglichen, überhaupt geeignete Bewerber für entsprechende Posten anbieten zu können. Gerade das im Antrag angesprochene Spiralsystem und auch die vom AA durchgeführten Schulungen sind ein probates Mittel, derzeitig bereits vorhandenes Humankapital im Sinne verstärkter deutscher Präsenz in internationalen Organisationen bereitstellen zu können, jedoch muss deutlich sein, dass auch ein weiterer Blick in die Zukunft erforderlich wird.

Um in Zukunft gut ausgebildete und qualifizierte Fachkräfte für internationale Organisationen zur Verfügung stellen zu können, muss Deutschland zusätzlich entsprechend tiefer greifende universitäre Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen: In der Ausbildung

(A) künftiger Führungskräfte für internationale Organisationen bedarf es eines eigenständiges Systems von interdisziplinären, internationalen und regionalwissenschaftlichen Studiengängen, wie sie ausgesprochen erfolgreich in den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und in Frankreich angeboten werden. Modulartige Studiengänge, die die Felder Recht, Politik, Wirtschaft, fremde Kultur und Sprachen in eine kohärente Ausbildung integrieren, existieren hierzulande derzeit nur rudimentär. Zaghafte, bestehende Strukturen sind in der Hochschulpolitik oftmals dem Rotstift zum Opfer gefallen. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen. Ahnliches gilt für regionalwissenschaftliche Institute und Forschungseinrichtungen. Übrigens gerade auch in Bayern.

Da das Hochschulsystem bekanntermaßen in der Hoheit der Bundesländer liegt, muss der Bund künftig verstärkte Kooperation suchen und sich gezielt mit den zuständigen Instanzen abstimmen. Für eine ideelle Förderung könnte man beispielsweise die Initiative aus dem Bundesbildungsministerium aufgreifen, die 2007 zum Jahr der Geisteswissenschaften erklärt hat, und hier konkrete Perspektiven für ein späteres Arbeitsfeld beispielweise von Geistes- und Sozialwissenschaftlern eröffnen.

Allerdings sollte man auch eine finanzielle Förderung einer entsprechenden akademischen Ausbildung als unabdingbar verstehen. Die Ergebnisse der jüngsten Exzellenzinitiative der Vorgängerregierung wirken für geistes- und sozialwissenschaftliche Zweige allerdings eher demotivierend und haben die bereits vorhandenen Ausbildungspotenziale teilweise sogar in Gefahr gebracht.

(B)

Neben den im Antrag geforderten personellen Ressourcen für die Ausbildung und Unterstützung geeigneter Kandiaten für die Tätigkeit in internationalen Organisationen gilt es jedoch dringend auch den Blick über den Tellerrand der unmittelbaren Fördermaßnahmen zu richten.

Um eine erhöhte deutsche Personalpräsenz bei internationalen Organisationen gewährleisten zu können, muss auch unsere politische wie diplomatische Auslandsarbeit entsprechend unterstützt werden. Dies nicht nur um wichtige Strukturen für erfolgreiche Personalentwicklung und -unterstützung bieten zu können, denn deutsche Auslandsvertretungen bieten nicht nur breite Möglichkeiten der Qualifizierung und Unterstützung deutscher Funktionsträger. In ihnen können zudem Netzwerke gebildet werden, Beziehungen und Kontakte gepflegt und Rückkoppelungen ermöglicht werden.

Für die Vertretung eines glaubhaften Anspruches auf stärkere Vertretung in internationalen Organisationen ist auch eine gewisse Präsenz in der Fläche vonnöten. Dies gilt insbesondere für die Besetzung von Spitzenpositionen, für die es auch um die Unterstützung einer möglichst großen Zahl von Ländern zu werben gilt, die sich wiederum vertreten und verstanden wissen wollen. Mittels unserer Auslandsvertretungen können wir uns als verlässlicher und präsenter Partner für eine Vielzahl von Staaten anbieten, was wiederum dazu führt, dass unsere internationalen Partner bescheiden animiert werden, die Besetzung von Führungspositionen in internationalen Organisationen mit deutschen Staatsbürgern zu unterstützen.

(C)

Es muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass im Netz der deutschen Auslandsvertretungen über den Verlauf der vergangenen Jahre große Lücken entstanden sind, die mittelfristig geschlossen werden müssen, um unser gestiegenes Maß an internationaler Verantwortung zu füllen und dies auch in die Besetzung von Führungspositionen internationaler Organisationen zu übertragen. Bereits jetzt ist Deutschland in gewissen Gegenden nur noch schwach vertreten, bei gleichzeitig steigender Präsenz anderer Nationen.

Eine weitere Ausdünnung unseres Netzes an diplomatischen und konsularischen Auslandsvertretungen, Schulen und auch Goethe-Instituten hat einen Mangel an Präsenz in ganzen Weltregionen zufolge. Hierdurch wurde es zumindest schwieriger, sich einer Vielzahl von Staaten als attraktiver Partner anzubieten. Um aber einen Führungsanspruch in internationalen Organisationen vertreten zu können, ist es von hohem Wert, einer größtmöglichen Zahl von Staaten glaubhaft Verständnis und Engagement für deren Interessen und Anliegen vermitteln zu können. Dies wird nur durch ein engmaschiges Netz von Vertretungen in der Fläche zu bewerkstelligen sein.

Ohne eine entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung auch der deutschen Auslandsvertretungen wird Deutschland einen glaubhaften Anspruch auf Vertretung in Führungs- und Entscheidungsstrukturen internationaler Organisationen nur schwer durchsetzen oder auch nur befördern können. Letztlich wird in den nächsten Jahren daher wenig an einer deutlichen Anhebung der finanziellen Ausstattung der Auslandsarbeit des AA vorbeiführen.

(D)

Es wurde in den letzten Jahren vieles geleistet und angestoßen – hierfür danken wir. Gleichwohl gilt es, die begonnene Dynamik kreativ fortzusetzen.

Dr. Christian Ruck *(CDU/CSU:)* Nach den bitteren Erfahrungen des 20. Jahrhunderts haben die Weltgemeinschaft und Europa neue internationale und multilaterale Mechanismen zur Lösung globaler und regionaler Probleme geschaffen. Trotz aller Unzulänglichkeiten gibt es für die internationalen Bemühungen keine sinnvolle Alternative, umso mehr als durch das Ende des Ost-West-Konflikts die Ordnung in der Welt nicht größer geworden ist und die Globalisierung von Chancen und Risiken sowie neuen Herausforderungen wie der Klimawandel die Notwendigkeit strategischer Lösungen noch dringender machen.

Deutschland ist Mitglied in mehr als 200 internationalen Institutionen. Wegen des zunehmenden Einflusses dieser Institutionen und der Wichtigkeit von ihnen begleiteter Prozesse für Deutschland ist es von zentraler Bedeutung, die Politik dieser Institutionen genau zu verfolgen und mitzugestalten. „Wir können – so der Bundespräsident in seiner Berliner Rede – erheblich zur gemeinwohlverträglichen Gestaltung der Globalisierung beitragen – vorausgesetzt wir sind auch mit ausreichend viel kompetentem Personal zur Stelle, und wir wissen was wir wollen.“

Um Deutschlands Interessen aktiv zu vertreten, ist die Mitwirkung in den institutionellen Lenkungsgremien unzureichend. So zahlte Deutschland bei dem Einsatz der MONUC mit rund 90 Millionen US-Dollar wie üblich rund 9 Prozent der Kosten, hatte aber zunächst auf die Operation wenig Einfluss.

Deutschland ist heute in einer ganz anderen Weise gefordert, internationale Verantwortung zu tragen, aber auch seine nationalen Interessen im Wettstreit internationaler Prozesse mit Nachdruck zu vertreten. Dazu sind wir auf kompetente Beratung und frühzeitige Informationen angewiesen.

Während sich unsere Wettbewerber wie Franzosen und Briten schon seit Jahren in ihrem nationalen Personalmanagement darauf eingestellt haben, hinkt Deutschland – trotz aller positiven Veränderungen – leider noch immer hinterher. Wenn wir besser werden wollen – und das müssen wir im nationalen Interesse – ist es erforderlich, stärker zu agieren und weniger zu reagieren. Das erfordert nicht nur den Willen, sondern auch die Kapazitäten, in bestimmten Politikfeldern die Meinungsführerschaft zu übernehmen.

Seit meiner letzten Initiative zur Stärkung der international ausgerichteten Personalpolitik der Bundesregierung vor rund zehn Jahren hat sich vieles zum Positiven gewendet. AA und Kanzleramt haben mit den beteiligten Ressorts straffere Strukturen geschaffen. Es wurden zahlreiche Instrumente, wie Datenbanken für Stellenpools, Vorbereitungskurse für internationale Ausschreibungen und Bewerbungscoachings entwickelt, Kampagnen und eine Jobmesse durchgeführt. Damit konnte der deutsche Personalanteil seit 1998 von 3 400 auf 5 400 Personen gesteigert werden. Ich möchte den beteiligten Akteuren dafür meinen herzlichen Dank aussprechen.

Die Pflege von Kontakten der Bundesregierung mit den deutschen Mitarbeitern in internationalen Organisationen wurde über eine intensivierte Netzwerkarbeit deutlich verbessert.

Das in dieser Woche vom Kabinett verabschiedete Personalrahmenkonzept wird den positiven Trend noch beschleunigen und die Voraussetzungen schaffen, verstärkt auch internationale Führungspositionen besetzen zu können.

Bei aller Freude über die Verbesserungen: Wenn wir eine unserem Gewicht entsprechende Rolle spielen wollen, dann müssen wir noch einige „Schippen" drauflegen. Wesentliche Ansatzpunkte haben wir in unserem Antrag deutlich formuliert:

Erstens. Von zentraler Bedeutung ist das Spiralmodell – die Rotation von Personal der Bundesregierung zwischen Ministerien und internationalen Organisationen. Dies wird von anderen seit Jahren mit Erfolg praktiziert. Der Bedarf und das Interesse ist groß, durch die jährliche lineare Stellenkürzung die dafür erforderliche Personalreserve zu schaffen. Da müssen wir etwas tun und dafür sorgen, den Ressorts auf Grundlage seriöser Bedarfsplanungen entsprechende zusätzliche Stellen zur Verfügung zu stellen.

Zweitens. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel. Die Flexibilität unserer Spitzenkräfte, geordnete nationale Bahnen für ein internationales Engagement zu verlassen, muss sich auch für deren nationale Karriere lohnen. Wir müssen weg von der Situation, das wer Karriere machen will, am besten zu Hause bleibt. Die Tätigkeit im Ausland oder für eine internationale Organisation muss zu einem festen Bestandteil der Personal- und der Karriereentwicklung werden.

Drittens. Wir müssen auch für eine größere Flexibilität im öffentlichen Dienst sorgen. Zumindest der zeitlich beschränkte Einsatz von Deutschen mit internationaler Erfahrung im deutschen öffentlichen Dienst sollte stärker ermöglicht werden.

Viertens. Die Eifersüchteleien der Ressorts müssen abgebaut werden. Wir können nur erfolgreich sein, wenn alle an einem Strang ziehen. Der Erfolg für Deutschland muss Handlungsmaxime sein.

Fünftens. Die Netzwerkarbeit der ehemaligen deutschen Beschäftigten bei internationalen Organisationen muss intensiviert werden.

Wenn wir zumindest zu den wichtigsten Mitbewerbern aufschließen wollen, gibt es noch viele dicke Bretter zu bohren. Lassen Sie uns gemeinsam den notwendigen Mentalitätswechsel angehen.

Detlef Dzembritzki *(SPD):* Der vorliegende Antrag schließt an einen Beschluss des Deutschen Bundestages von 1998 an und entwickelt ihn weiter. Ferner knüpft er an einen entsprechenden Antragsentwurf aus der 15. Legislaturperiode an, der aufgrund des vorzeitigen Endes der Legislatur nicht mehr zur Verabschiedung kam. Wir greifen hier also ein Thema auf – die deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen –, das für den Deutschen Bundestag nicht neu ist, das aber in den vergangenen Jahren nichts an Aktualität verloren hat, sondern eher noch wichtiger geworden ist.

Ich möchte zunächst die Leitgedanken des Antrags in aller Kürze skizzieren: Der Einfluss internationaler Organisationen hat in der Vergangenheit kontinuierlich zugenommen und wird weiter zunehmen. Es ist deshalb wichtig, die Politik dieser Institutionen im Auge zu behalten und sie nach Kräften mit zu gestalten. Hierzu ist man auf Ansprechpartner innerhalb dieser Institutionen, auf Kontaktpersonen, angewiesen. Ein Netzwerk deutscher Mitarbeiter und eine umfassende Personalstrategie der Bundesregierung sind hierzu erforderlich, so wie sie auch von anderen Ländern mit großer Selbstverständlichkeit angestrebt und betrieben werden. Dem widerspricht, dass Deutschland in vielen internationalen Organisationen qualitativ und quantitativ nicht angemessen repräsentiert ist.

Hier ist sicher auch ein Wort der Selbstkritik nicht unangebracht. Trotz der Bedeutung des Themas ist etwa eine systematische Personalpolitik der Bundesregierung gegenüber internationalen Organisationen nicht immer erkennbar. Vernünftige Reformansätze, die es gab – ich nenne hier beispielhaft die verstärkte Anwendung des sogenannten Spiralmodells, das den wiederholten Wech-

(A) sel von Tätigkeiten in nationalen und internationalen Institutionen erleichtern soll –, sind in der Praxis leider oft genug stecken geblieben. Umso erfreulicher ist das jetzt von der Bundesregierung vorgelegte Personalrahmenkonzept zu Fragen der internationalen Personalpolitik. Auch müssen die in internationalen Organisationen tätigen Deutschen besser mit der deutschen Politik vertraut gemacht werden, gleichzeitig sollte aber auch die deutsche Politik ihr Know-how besser nutzen.

Seit dem Beschluss des Deutschen Bundestages von 1998 wurden aber messbare Verbesserungen erreicht. Ich nenne hier – wiederum beispielhaft – die Staatssekretärsrunde, den Koordinator im Auswärtigen Amt, den Ressortkreis, den Internationaler Stellenpool und das Carlo-Schmid-Programm für Praktikanten. Nun kommt es darauf an, an das Erreichte anzuknüpfen und ein System der Personal- und Nachwuchsförderung zu entwickeln. Dieses System muss zu einer angemessenen deutschen Präsenz in internationalen Organisationen und zur systematischen Nutzung des dort erworbenen Wissens führen.

Der Antrag nennt die Schritte, die unseres Erachtens erforderlich sind, um hier zu einer deutlichen Verbesserung der Situation zu gelangen. Einige aus meiner Sicht besonders wichtige Punkte möchte ich hier nennen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine langfristig angelegte Personalstrategie auszuarbeiten und umzusetzen – sowohl für den öffentlichen als auch für den nichtöffentlichen Bereich. Die Koordinierung der internationalen Personalpolitik soll weiter ausgebaut werden.

(B) Die Aufnahme auch von befristeter Arbeit in internationalen Organisationen soll attraktiver gemacht und die Reintegration nach der Rückkehr in die deutschen Institutionen verbessert werden. Ich habe das Spiralmodell bereits erwähnt. Dieses Modell muss konsequent angewandt und weiterentwickelt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, aufzuzeigen, welche Maßnahmen sie in diesem Zusammenhang zu ergreifen beabsichtigt, und welche Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Modells erfüllt sein müssen.

Ferner müssen wir – und das ist ebenfalls ein wichtiger Punkt – zu einer verbesserten Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und privater Wirtschaft gelangen. Es sind nicht nur die öffentlich Bediensteten aus der Bundesrepublik, die einen wichtigen Beitrag in internationalen Organisationen leisten, auch in der Privatwirtschaft, das wird manchmal übersehen, gibt es hier sehr große Potenziale, deren Erfahrungen wir in internationale Organisationen einbringen können und einbringen sollten. Ferner brauchen wir ein Konzept zur systematischeren Nutzung der Erfahrung von Rückkehrern bei der Besetzung wichtiger Inlandspositionen mit internationalem Bezug, und wir dürfen auch die sozialen Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht übersehen.

Eine wichtige Frage ist auch die der fortgesetzten Kommunikation mit denjenigen, die ihre Arbeit vorübergehend oder für längere Zeit in internationalen Organisationen ausüben. Diese Kommunikation sollte durch ein internetgestütztes Netzwerk verbessert werden, über das (C) zum Beispiel der künftige Personalbedarf einer Organisation abgefragt werden kann.

Die Hochschulen sollten ihr Angebot stärker auf eine Tätigkeit in internationalen Organisationen ausrichten. Weitere Forderungen des Antrags zielen auf eine Erleichterung des Einstiegs bei internationalen Organisationen, eine Erhöhung des deutschen Personalanteils bei NATO und OECD und eine stärker inhaltlich ausgerichtete Schwerpunktsetzung deutscher Politik in internationalen Organisationen.

Ich bin überzeugt, dass unsere Initiative aus dem Parlament die gute Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und der Interessenvertretung der deutschen Beschäftigten in internationalen Organisationen uns bei der weiteren Arbeit zum Erfolg führen wird.

Marina Schuster *(FDP):* Heute treffen sich im Auswärtigen Amt die, über die wir gerade sprechen: nämlich die deutschen Vertreter bei internationalen Organisationen. Und erst gestern konnten wir diese Spitzenvertreter zu einem Gespräch treffen. Gleichwohl: Das Thema der deutschen Präsenz in internationalen Organisationen ist nicht neu. Wir führen in jeder Legislaturperiode mindestens eine Debatte dazu. Und der vorliegende Antrag unterscheidet sich denn auch kaum von jenen aus den Vorjahren. Und das liegt eben daran, dass die Situation weiterhin unbefriedigend ist. Ich zitiere aus dem Antrag der Koalitionsfraktionen: „Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern in vielen Organisationen quantitativ und qualitativ nicht angemessen repräsentiert.“

(D) Nun kann man verschiedene Vergleichsmaßstäbe anlegen, um Deutschlands Erfolg oder Misserfolg bei der Platzierung des eigenen Personals in internationalen Organisationen zu messen. Ein paar Beispiele werde ich nachher noch nennen.

Entscheidend ist für uns aber vor allen Zahlenwerken unser eigener Anspruch. Deutschland setzt auf einen aktiven Multilateralismus. Der Grad unserer internationalen Vernetzung ist wirtschaftlich und politisch immens. Und diese internationale Vernetzung ist auch ein Garant für unseren Wohlstand und unser Ansehen bei unseren Partnern. Wir sehen uns als einen Motor der Europäischen Union. Und die Bundeskanzlerin hat bei ihrer Rede bei den Vereinten Nationen ja verdeutlicht: Deutschland strebt in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Zu diesen eigenen politischen Ansprüchen steht die Präsenz deutschen Personals in internationalen Organisationen in einem krassen Missverhältnis. Gemessen an den finanziellen Beiträgen zu internationalen Organisationen, an den Bewerberzahlen oder auch an den finanziellen Bemühungen der Bundesregierung gibt es nur ein klares Urteil: wir könnten besser dastehen.

Selbst wenn man die teilweise festgelegten nationalen Quoten berücksichtigt: Deutschland muss hier besser werden. Ein Beispiel: Allein bei der Weltbank steht unser Personalanteil im vergleichbaren höheren Dienst mit 6 Prozent einem französischen Anteil von mehr 13 Prozent und einem britischen von mehr als 10 Prozent ge-

(A) genüber, obwohl wir zweitgrößter Beitragszahler sind. Das gleiche Bild bei Organisationen ohne nationale Quoten.

Nun liegt mir keine Aufstellung vor, die unsere Personalpräsenz in internationalen Organisationen nach Dienststufen aufschlüsselt; vielleicht könnte man das von der Bundesregierung ja mal bekommen. Aber wenn mich mein Eindruck nicht täuscht, dann sind wir insbesondere auf der Ebene der Referatsleiter und ihrer Stellvertreter besonders schlecht vertreten – sprich dort, wo Entscheidungen intensiv vorbereitet werden. Hier besteht mit Sicherheit Verbesserungsbedarf. Eine Konzentration auf Leitungsposten ist aber bei Weitem nicht ausreichend.

Und noch etwas ist mir wichtig: Es macht nur dann Sinn, nationale Experten zeitweise oder längerfristig in internationale Organisationen zu entsenden, wenn man diese dann nicht aus den Augen verliert und aufs Abstellgleis stellt. Sie brauchen nach der Rückkehr auch entsprechende Alternativen, damit man ihr Potenzial nützt, statt sie auf der Karriereleiter ganz hintenanzustellen.

Es geht auch um Berufsperspektiven für junge Menschen in Deutschland. Unsere internationale Vernetzung werden wir dauerhaft nämlich nur dann aufrechterhalten können, wenn diese beruflich wie privat von möglichst vielen Menschen gelebt und geteilt wird. Wir haben sehr gut ausgebildete junge Menschen, viele von ihnen bereits mit ersten Auslandserfahrungen. Das ist ein Kapital, das wir international investieren müssen, um unsere

(B) Interessen bestmöglich zu vertreten. Ich bin der Meinung: Weder die Bewerber noch wir sollten da falsche Bescheidenheit oder Zurückhaltung an den Tag legen.

Wir erkennen ausdrücklich an, dass vonseiten der Informationspolitik für interessierte Bewerber bereits einiges getan wurde. Aber wenn ich mir die Zahlen zur Personalentwicklung anschaue, dann stelle ich noch keinen Durchbruch fest. Das heißt, wir brauchen mehr Anstrengungen, die sich nicht nur auf die Platzierung von Spitzenbeamten konzentrieren, und zwar sowohl finanziell als auch organisatorisch.

Schaut man in den Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 dann ist von solchen verstärkten Bemühungen leider nicht viel zu sehen. Für die „Auswahl und Vorbereitung von Bewerberinnen und Bewerbern für internationale Aufgaben“ stehen im AA-Haushalt gerade einmal 133 000 Euro zur Verfügung. Absolut und auch verglichen mit den durchaus sinnvoll ausgegebenen 700 000 Euro für die Ausbildung junger Diplomaten aus anderen Ländern ist dies eindeutig zu wenig. Ob wir mit diesen bescheidenen Mitteln wirklich einen Bewerberpool generieren können, der dann auch international wettbewerbsfähig ist, wage ich zu bezweifeln.

Auf die Möglichkeiten einer besseren politischen Flankierung von Bewerbungen aus unserem eigenen Land kann ich jetzt nicht eingehen. Das sollten wir in den Ausschüssen tun. Nur so viel: Bei langfristig angelegter Personalpolitik kommt es auch auf Kontinuität seitens der Planung an. Das ist mit dem im Auswärtigen

(C) Amt bestehenden Rotationsprinzip nur bedingt vereinbar. Wie hier mehr Kontinuität in die Personalentwicklung gebracht werden kann, gehört zu den zu lösenden Aufgaben.

Einen Satz aus dem Antrag der Koalitionsfraktionen möchte ich zum Abschluss noch zitieren: „Eine systematische Personalpolitik der Bundesregierung gegenüber internationalen Organisationen ist nicht immer erkennbar.“ Das ist sehr wohl richtig. Ich erwarte mir von den Beratungen in den Ausschüssen dann auch, dass man hier Farbe bekennt – sprich: Geld in die Hand zu nehmen –, dass nicht das Gleiche passiert wie mit unserem Antrag zum Auswärtigen Dienst, den alle Fraktionen im Auswärtigen Ausschuss eigentlich befürworteten, aber dann gegenüber Steinbrück nicht durchgebracht haben. Das hätten wir uns für die Mitarbeiter im AA wirklich gewünscht und dafür kämpfen wir weiter.

Wolfgang Gehrcke *(DIE LINKE):* Haben die keine anderen Probleme, habe ich spontan gedacht, als ich diesen Punkt auf der Tagesordnung sah. Ich könnte Ihnen eine Menge außenpolitischer Themen nennen, die endlich im Plenum des Bundestages diskutiert gehörten: Der nach wie vor drohende Krieg gegen den Iran, die zugespitzte Lage im Südkaukasus, die Kosovo-Problematik, UNO-Reform; um nur einige zu nennen. Aber sei’s drum. Nur, mein Ärger ist nach Lektüre des Antrages der Koalitionsparteien beträchtlich gewachsen.

In Ordnung geht, dass Diplomaten besser betreut, besser ausgebildet und – ich füge hinzu – besser bezahlt

(D) werden müssen. Die Koordination soll verbessert werden, auch das trifft nicht meinen Widerspruch. Ich kritisiere die politische Linie und nicht die Arbeit der deutschen Diplomaten. Die arbeiten gut – im Gegensatz dazu ist die Politik der Bundesregierung falsch. Ich ärgere mich, dass mehr Einfluss für Deutschland auch damit begründet wird, dass Deutschland erheblich zahlt. Ich dachte immer, wir zahlen, damit die internationalen Organisationen gut arbeiten, und nicht, weil wir daraus ableiten wollen, auch dort bestimmend zu sein. Das ist überheblich – ebenso überheblich wie die deutsche Forderung nach einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat.

In der Überschrift wird vom „nationalen Interesse“ Deutschlands geschrieben. Im Text findet sich nichts, wie das „nationale Interesse“ Deutschlands definiert wird. Definiert wurde das nationale Interesse im Weißbuch zur Bundeswehrreform. Und genau diese politische Linie, der deutsche Zugriff auf Naturressourcen, auf Handelswege, die Auslandseinsätze der Bundeswehr, das lehnen wir, die Linke, ab.

Zu Beginn ihrer Amtszeit hat die Bundeskanzlerin im Auswärtigen Ausschuss die Philosophie ihrer Außenpolitik als „selbstbewusste Bescheidenheit“ beschrieben. Das hat mir gefallen. Nur, die tatsächliche Außenpolitik der Bundesregierung ist anders: Deutschland betreibt wieder Großmachtpolitik, nicht national, sondern über den deutschen Einfluss in internationalen Organisationen.

(A) In diese Richtung geht auch der vorliegende Antrag der Koalitionsparteien. Mehr Einfluss für Deutschland – das ist seine Botschaft. Damit schließt sich der Kreis zur Forderung nach einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat. Selbstbewusste Bescheidenheit sähe anders aus. Wer Deutschland am Hindukusch verteidigen will, gehört nicht in den Weltsicherheitsrat. Deutsche Diplomaten arbeiten in internationalen Organisationen um diese zu stärken, und nicht, um nationale Interessen zu vertreten. In diesem Geist sollten wir Diplomaten ausbilden, betreuen und koordinieren – und nicht nach dem Gestus: Wer die Musik bezahlt, bestimmt, was gespielt wird.

Dr. Uschi Eid *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Seit vielen Jahren wird zu Recht immer wieder darüber geklagt, dass Deutschland in internationalen Organisationen zu wenig vertreten ist – sei es bei den Vereinten Nationen, ihren Unterorganisationen wie UNDP, UNICEF, WHO, FAO oder in internationalen Finanzorganisationen wie Weltbank und IWF oder den Regionalen Entwicklungsbanken, um nur einige zu nennen. Die Gründe dafür sind vielfältig, und ihre Beseitigung dauert lange. Eine oder auch zwei Legislaturperioden genügen offenbar dafür nicht.

Ich sage dies, weil es schon im Juni 1998 einen Bundestagsbeschluss gab, der in die gleiche Richtung ging wie der jetzt vorgelegte Koalitionsantrag. Seitdem ist – auch unter Rot-Grün – immerhin einiges geschehen, zum Beispiel wurden hemmende Regelungen verändert und Informationsmöglichkeiten verbessert. Die einzelnen Ressorts haben für ihre Zuständigkeitsbereiche personalwirtschaftliche Gesamtkonzepte vorgelegt, die (B) inzwischen in einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit zu einem Rahmenkonzept weiterentwickelt wurden. Konzepte allerdings müssen auch umgesetzt werden. Und bisher sind immer noch zu viele gut gemeinte Bemühungen im bürokratischen Räderwerk steckengeblieben.

Die Schlüssel für eine Eignung für Aufgaben in internationalen Organisationen sind Qualifikation und Motivation.

Woran es ganz sicher nicht fehlt, sind geeignete Menschen in Deutschland. Allerdings genügt die fachliche und sprachliche Ausbildung an Hochschulen und Universitäten allein nicht für die Übernahme von Aufgaben in internationalen Organisationen. Um die Voraussetzungen dafür zu verbessern, müssen zum Beispiel Auslandspraktika absolviert werden. Obwohl es eine ganze Reihe von geeigneten Einrichtungen dafür gibt, werden Praktika in internationalen Organisationen und in EU-Institutionen staatlicherseits noch immer viel zu wenig gefördert. In den internationalen Finanzinstitutionen ist mangelnde deutsche Präsenz besonders auffällig, ein Zustand der schleunigst durch geeignete Fördermaßnahmen zu beenden ist.

Außerhalb von Auswärtigem Amt und BMZ wird die Eignung für internationale Aufgaben noch zu wenig als Kriterium bei der Einstellung und Beförderung angewandt. Darüber hinaus braucht der Nachwuchs spezielle Vorbereitungskurse auf internationale Aufgaben. Auch (C) davon gibt es eine Reihe nationaler wie internationaler Programme, die noch zu wenig genutzt werden.

Mindestens so wichtig wie die Eignung ist jedoch der Anreiz, sich auf offene Stellen in internationalen Organisationen zu bewerben. Wenn das – wie es der Fall ist – zu wenige Menschen tun, muss nach den Gründen gefragt werden. Ohne motivierte Bewerberinnen und Bewerber nützen auch perfekte Qualifikationen nicht viel.

Woran liegt die Zurückhaltung? Die Rückkehrer machen die Erfahrung, dass ihr Einsatz im Ausland wenig oder gar nicht honoriert wird. Schlimmer noch: Die zeitweilige Abwesenheit führt oft genug zu einem Karriereknick. Dieser unhaltbare Zustand schadet nicht nur den Betroffenen. Wegen seiner negativen Auswirkungen auf die Bewerberzahlen beeinträchtigt er auch die Präsenz Deutschlands auf dem internationalen Parkett. Wo es keine deutschen Mitarbeiter, Kollegen oder Vorgesetze gibt, kann man Deutsche auch nicht wahrnehmen oder kennenlernen.

Um diesen Missstand zu beheben, sind bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden oder geplant. Die Förderung von zeitweiligen Auslandseinsätzen muss zu einer Selbstverständlichkeit werden. Für viele Bereiche sollte sie geradezu notwendige Voraussetzung für Beförderungen werden. Bisher ist jedoch oft das Gegenteil der Fall: Auslandserfahrungen werden personalpolitisch vielerorts als Komplikation für die Planung und als überflüssig angesehen. Dies deutet auf einen Grad an Provinzialität hin, der in einer international vernetzten Welt einfach kontraproduktiv ist.

(D) Es ist eine Banalität, muss aber gesagt werden: Reisen bildet, und Auslandserfahrungen erweitern den Horizont. Ein Land wie Deutschland, vielfach verflochten mit der Welt, kann sich keine Personalpolitik leisten, die nicht ausreichend auf internationale Strukturen ausgerichtet ist. Und last but not least: Deutschland hat Kompetenzen. Deutsches Personal kann Fähigkeiten und Fachwissen einbringen, sei es im Umwelt-, Gesundheits-, Agrar- oder Friedens- und Sicherheitsbereich. Diese Kompetenzen müssen international besser eingesetzt und genutzt werden. Das zu tun, dient uns allen.

Günter Gloser, *Staatsminister für Europa:* Der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Beschlussantrag wird zur rechten Zeit im Plenum behandelt. Die dem Antrag zugrunde liegende These von der zunehmenden Globalisierung und Multilateralisierung unserer Außenpolitik hätte nicht nachdrücklicher unterstrichen werden können, als dies durch unsere Präsidentschaften in EU und G 8 geschehen ist.

Multilaterale Foren werden in einer globalisierten Welt immer maßgeblicher. Die Bundesregierung teilt uneingeschränkt die Analyse des Antrags, dass nachhaltige deutsche Mitgestaltung in diesen Institutionen natürlich eine interessenorientierte, nachdrückliche und vor allem mittelfristig angelegte internationale Personalpolitik zur Voraussetzung hat.

Politisches Ziel der Bundesregierung war und ist es, dass Deutschland entsprechend seinem politischen, wirt-

schaftlichen und kulturellen Gewicht, aber auch gemäß dem hohen deutschen Finanzierungsanteil in internationalen Organisationen auf *allen* Funktionsebenen angemessen vertreten ist.

Insbesondere seit 1998 hat die Bundesregierung ihre Bemühungen bereits deutlich intensiviert, um eine Erhöhung der deutschen Präsenz zu verwirklichen. Diese Bemühungen haben inzwischen zu konkreten Fortschritten geführt. Der Antrag erwähnt einige dieser Fortschritte, manch andere könnten noch ergänzt werden.

Was jetzt im nächsten Schritt nottut – und auch da stimme ich mit dem Antrag überein –, ist eine weitere Systematisierung und strategischere Ausrichtung der deutschen internationalen Personalpolitik. Auch insoweit ist die Bundesregierung bereits initiativ geworden: Vor zwei Tagen, am 10. Oktober, hat das Kabinett ein „Personalrahmenkonzept der Bundesregierung zu zentralen Fragen der internationalen Personalpolitik“ beschlossen.

Dieses Konzept ist unter Federführung des Auswärtigen Amtes in den vergangenen 18 Monaten im Ressortkreis gemeinsam erarbeitet und verhandelt worden. Es definiert einen anzustrebenden gemeinsamen Mindeststandard aller Ressorts – im Rahmen ihrer personalwirtschaftlichen Möglichkeiten und spezifischen dienstlichen Erfordernisse – zu den zentralen, den öffentlichen Dienst betreffenden Fragestellungen der internationalen Personalpolitik.

Regelungsgegenstand dieses Konzepts sind unter anderem die folgenden Bereiche: Umsetzung des Spiralmodells, systematische Erfassung strategischer Zielpositionen und Bewerberzielgruppen, Systematisierung der Aus- und Fortbildung, Ausdehnung der Nachwuchsförderung und Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für deutsche internationale Bedienstete.

Mit der Billigung des Konzepts ist die Bundesregierung der Forderung des aktuellen Beschlussantrags nachgekommen, eine langfristig angelegte Personalstrategie für eine verbesserte Positionierung deutschen Personals in internationalen Organisationen auszuarbeiten.

Eines ist jedoch klar: Der Lackmustest für die Umsetzung sowohl des Konzepts als auch der entsprechenden Forderungen dieses Hauses wird die Bereitstellung dafür erforderlicher finanzieller Ressourcen sein, sofern die Maßnahmen sich nicht aus dem bestehenden Personal- und Mittelbestand der Ressorts erwirtschaften lassen sollten. Eine Bestandsaufnahme der Kostenfrage wird von der Bundesregierung zu gegebener Zeit vorgenommen.

Die Seriosität gebietet es zu sagen: Auch hier im Bundestag müssen wir uns darüber klar sein, dass wir nur dann eine Umsetzung der Forderungen des vorliegenden Beschlussantrags im öffentlichen Dienst einfordern können, wenn wir umgekehrt den Ressorts eine Stellenausstattung zubilligen, die eine erforderliche Vorbereitung, flexible und zügige Präsentation von Kandidaturen in internationalen Organisationen erlaubt. Mit anderen Worten: Wenn wir uns strategisch in internationalen Organisationen positionieren wollen, müssen wir auch bereit sein, den dafür im öffentlichen Dienst anfallenden Preis zu bezahlen. Ansonsten bleiben diese Beschlüsse samt ihrer Forderungskataloge weitgehend bedeutungslos.

Parallel zu den Bemühungen im Bereich des öffentlichen Dienstes finden derzeit im Ressortkreis Sondierungen statt, wie die personalpolitische Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Sektoren für internationale Organisationen intensiviert werden kann. Dies betrifft die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen internationalen Organisationen und öffentlichem Dienst, Privatwirtschaft und wissenschaftlichen Institutionen. Ob in diesem Zusammenhang eine stärkere Öffnung des ministeriellen Bereichs für Rückkehrer aus internationalen Organisationen – wie es der Beschlussantrag fordert – tatsächlich einen gangbaren Weg darstellt, wage ich persönlich angesichts unseres den hoheitlichen Bereich beherrschenden Beamtenrechts zu bezweifeln. Alternativ käme nur eine dramatische Erhöhung von Mitteln für tarifliche und außertarifliche Zeitvertragsstellen im ministeriellen Bereich in Betracht. Beide Optionen scheinen mir wenig wahrscheinlich zu sein.

Ungeachtet des Dissenses in einzelnen Aspekten decken sich die Analyse und Schlussfolgerungen des Beschlussantrags mit der grundsätzlichen Einschätzung und den konkreten Projektplänen der Bundesregierung. Eine regelmäßige Berichtspflicht über die weitere Entwicklung wird Bundesregierung wie Bundestag dazu anhalten, sich wechselseitig darüber zu unterrichten, inwieweit die Forderungen dieses Antrags umgesetzt bzw. ob die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen worden sind.

Anlage 12

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts zu dem Antrag: Verzicht der Bundesregierung auf Einnahmen aus Sponsoring (Tagesordnungspunkt 31)

Norbert Barthle *(CDU/CSU):* Es ist Freitagnachmittag, viele Kollegen sind auf dem Weg in die Wahlkreise, um dort ihre politische Arbeit fortzusetzen. Wir nicht. Warum nicht? Weil uns die PDS wieder einmal mit einem Schaufensterantrag quält. Statt sich einmal um die wirklich wichtigen Themen in unserer Republik zu kümmern, wie wir zum Beispiel unser Gemeinwesen weiter reformieren und modernisieren, um damit die Grundlagen für unseren Wohlstand zu sichern, stürzt sich die Linke zum x-ten Mal mit Verve auf einen kaum relevanten Nebenschauplatz. Aber so funktioniert das bei Populisten: Such dir ein Thema – schlag laut Alarm – und hoppel zum nächsten!

Nun also das Sponsoring. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf Einnahmen aus Sponsoring zu verzichten. Die Begründung lautet:

> Durch Sponsern der Bundesverwaltung können sich Unternehmen Vorteile verschaffen, und es entsteht der Eindruck, dass die Bundesregierung käuflich ist.

(A)

Ich habe einmal angerufen, zum Beispiel beim Berliner Senat: Lasst ihr euch sponsern? Ja sicher, das kommt vor, lautete die Antwort. Da ist doch nichts dabei, wir sind ja nicht nur sexy, sondern vor allem arm, und Sponsoring erspart uns Kosten, ist ja auch immer für einen guten Zweck. – Nun frage ich einmal hier in die Runde, ob jemand weiß, welche andere Partei neben der SPD den Berliner Senat bildet? Die PDS, richtig.

Mit Ihrem Antrag sagen Sie indirekt, das auch der Berliner Senat im Verdacht der Käuflichkeit steht. Dass Sie mit Ihrer rechten Hand die Bundesregierung abwatschen wollen, kann ich ja noch verstehen. Aber dass Sie sich mit Ihrer linken Berliner Hand selbst eine runterhauen, finde ich schon amüsant.

Wenn der Antrag im Jahr 2000 gestellt worden wäre, hätte ich ja unter Umständen noch ein wenig Verständnis dafür gehabt. Damals hatte der Bundesrechnungshof festgestellt, dass die notwendige Transparenz beim Sponsoring nicht immer gegeben gewesen sei. Die rotgrüne Bundesregierung hat reagiert, das Innenministerium erließ 2003 eine „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Tätigkeiten des Bundes durch Leistungen Privater“; gemeint sind damit Sponsoring, Spenden und sonstige Schenkungen. Dort sind die Grundsätze klar genannt, denen sich die Verwaltung unterwirft, um dem von Ihnen pauschal geäußerten Vorwurf zu begegnen.

Es heißt dort richtigerweise:

> Sponsoring trägt in geeigneten Fällen dazu bei, Verwaltungsziele zu erreichen. Gleichwohl muss die öffentliche Verwaltung schon jeden Anschein fremder Einflussnahme vermeiden, um die Integrität und die Neutralität des Staates zu wahren.

(B)

An diese Verwaltungsvorschrift hat sich die öffentliche Verwaltung zu halten; und ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass sie dies auch sorgfältig und verantwortungsbewusst tut.

In Ihrem Antrag nennen Sie selbst die Summe von 55 Millionen Euro, die im ersten Zweijahresbericht August 2003 bis Dezember 2004 angenommen wurde. Was Sie – selbstverständlich – verschweigen, ist die Tatsache, daß hiervon allein 41 Millionen Euro für eine Gesundheitskampagne zur Aidsaufklärung aufgewendet wurden. Ich bin Berichterstatter für den Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums und damit auch für die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zuständig. Wir sind, wie alle in diesem Haus wissen, von einem ausgeglichenen Haushalt noch entfernt, auch wenn die Richtung dank der entschlossenen Politik der Großen Koalition endlich wieder stimmt. Endlich sinkt die Neuverschuldung, das Ziel einer schwarzen Null im Jahr 2011 ist erreichbar. Doch in diesen Zeiten leerer Kassen wäre zum Beispiel ein Großteil der wichtigen Aufklärungsarbeit dieser Bundeszentrale schlicht nicht möglich gewesen. Erst durch Sponsoring wurde die flächendeckende Aidskampagne der Bundesregierung durchführbar.

Wie die Reaktion der PDS darauf lauten würde, kann ich mir lebhaft vorstellen: Der Staat soll das bezahlen. Unser verehrter Kollege Peter Struck hat ja einmal ausgerechnet, wie viele Milliarden Euro die Ideen und Vorschläge der PDS kosten würden und kam auf die erstaunliche Zahl von knapp 155 Milliarden Euro – jährlich, wohlgemerkt. Wer so jenseits von Gut und Böse argumentiert, kann natürlich auch auf die paar Millionen Euro aus Sponsoring großzügig verzichten.

(C)

Wer jedoch, wie der Rest des Hauses, seine Verantwortung gegenüber kommenden Generationen ernst nimmt, die Haushaltslage wirklich nachhaltig verbessern möchte, wird zu dem Ergebnis kommen, dass Einnahmen aus Sponsoring nicht so grundsätzlich zu kritisieren sind, wie die Linke das mit ihrem Antrag tut. Werden die Prinzipien der Verwaltungsvorschrift eingehalten, wird die notwendige Transparenz gewahrt, sieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Sponsoring keinerlei Probleme.

Nicht nur wir sehen das so, der Bundesrechnungshof übrigens genauso. Als er im Jahr 2006 auf Wunsch des Rechnungsprüfungsausschusses den ersten Sponsoring-Bericht der Bundesregierung überprüfte, kam er zu dem Ergebnis, dass die Verwaltungsvorschrift geeignet ist, die Transparenz über die von Privaten empfangenen Leistungen herzustellen und damit die Integrität und Neutralität des Staates zu wahren. Die Verbesserungsvorschläge des Rechnungshofes wurden und werden selbstverständlich ernst genommen und umgesetzt: Bereits im zweiten Jahresbericht für die Jahre 2005 und 2006 wurden die Namen der Sponsoren für Leistungen über 5 000 Euro offengelegt.

(D)

Dieser zweite Bericht weist Leistungen von insgesamt 80,3 Millionen Euro aus. Auch hier bilden die Informationskampagnen zur Aidsprävention und -aufklärung sowie zum Nichtrauchen mit 49,7 Millionen Euro die Schwerpunkte.

Der Haushaltsausschuss hat in seiner Beschlussempfehlung vom 8. Juni 2007 mit den Stimmen der Union, der SPD, der FDP und der Grünen diesen Schaufensterantrag abgelehnt. Ich fordere alle hier im Plenum auf, heute das Gleiche zu tun. Schicken wir den Antrag dahin, wohin er gehört: in den Papierkorb!

***Petra Merkel** (Berlin) (SPD):* Wir haben im Frühjahr bereits über diesen Antrag der Fraktion Die Linke gesprochen – damals wurden unsere Reden zu Protokoll gegeben. Nach Überweisung an die zuständigen Ausschüsse liegen die Voten nun vor, und wir beraten den Antrag erneut im Plenum. In allen Ausschüssen ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Zwischenzeitlich – diesen Sommer – wurde der zweite Sponsoring-Bericht vom Bundesministerium des Innern vorgelegt. In diesem wurden unsere Anregungen, die Anregungen des Rechnungsprüfungsausschusses, aufgegriffen und umgesetzt. Ein Punkt, der uns sehr wichtig war, ist, dass die Sponsoren genannt werden – dies tut der Bericht nun auch, und ein hohes Maß an Transparenz ist damit gewährleistet.

Schon im März habe ich auf darauf hingewiesen, dass die entscheidende Frage ist: Wollen wir Sponsoring zu-

(A) lassen und so etwas Zusätzliches ermöglichen, für das uns sonst die Mittel fehlen? Oder wollen wir generell keinerlei Sponsoring zulassen, weil es die Möglichkeit geben könnte – eine Eventualität –, dass jemand den Eindruck gewinnen könnte, hier könnte versucht werden, eine Gegenleistung zu erkaufen. Ich beantworte diese Frage, wie schon vor sieben Monaten – Sponsoring ja, aber transparent und korrekt! So, wie wir es machen! Und selbstverständlich ist auch: Mit Sponsoring werden keine Pflichtaufgaben, keine Kernaufgaben finanziert.

Natürlich ist Sponsoring ein Thema, auf das sich die Presse gerne stürzt, und gerne werden dann Beträge genannt, die den Eindruck erwecken, in unserem Land blühe die Pflanze Korruption. Aber – meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Linken – Sie sind doch nicht ernsthaft davon überzeugt, dass sich die Bundesregierung kaufen lässt, weil ein Unternehmen ein Fest mit 50 000 Euro oder weniger sponsert! Sie stellen in der Begründung Ihres Antrages ja gerade auf den Bereich des Ministeriums für Verteidigung ab: Ich habe mir im zweiten Sponsoring-Bericht die Firmen und die Sponsoring-Summen des Bundesministeriums für Verteidigung besonders noch einmal angesehen – ich gestehe: Die treiben mir nicht die Tränen in die Augen –, aber ich habe jetzt auch den Namen des Gebers, die Summe und den Verwendungszweck als Grundinformation.

Selbstverständlich müssen wir dieses heikle Thema sehr sensibl und korrekt handhaben. Ich finde, das tun wir! Das tun wir im Parlament mit kritischem Blick und mit aller notwendigen Verantwortung. Wir sind uns (B) eventueller Gefahren bewusst und nutzen auch unsere Möglichkeiten zur parlamentarischen Kontrolle. Wir haben uns im Rechnungsprüfungsausschuss – dessen Mitglied ich bin und in dem ich für den Bereich des Bundesinnenministeriums zuständig bin – viele Jahre mit dem Thema Sponsoring beschäftigt – und wir werden das Thema auch weiter verfolgen. Wir haben die Entstehung des Sponsoring-Berichts unterstützt, der erscheint nun alle zwei Jahre, und wir beraten ihn intensiv. Wir haben dafür Sorge getragen, dass Sponsoring in geregelten Bahnen verläuft. Wir haben ebenfalls dafür gesorgt, dass Sponsoring transparent und nachvollziehbar ist, sodass nicht der Eindruck entstehen könnte, irgendwer wäre irgendwie käuflich oder jemand würde wegen Sponsoring begünstigt.

Im zweiten Sponsoring-Bericht, der seit Juli vorliegt, finden sich Beträge, die in unterschiedlicher Höhe einiges ermöglichen. Was können wir dem zweiten Sponsoring-Bericht denn jetzt entnehmen? Auch aus diesem Bericht wird erneut ersichtlich, dass mit dem Sponsoring Projekte verwirklicht werden konnten, die ohne dieses Sponsoring nicht oder nur in geringerem Umfang möglich gewesen wären. Im Vergleich zum Gesamthaushalt haben diese Leistungen nur ein sehr geringes Volumen.

Die Gesamtsumme für alle Ressorts betrug laut zweitem Sponsoring-Bericht (für die Jahre 2005 und 2006) rund 80 Millionen Euro – davon entfielen rund 75,8 Millionen Euro auf 716 Leistungen, deren Wert über 5 000 Euro lag. Schwerpunkt waren erneut – wie schon im ersten Bericht – die Sachleistungen.

(C) Und wenn jetzt für alle ersichtlich ist, dass das THW Schenkungen, Spenden und Sponsoring für viele Ortsverbände erhält – da können wir uns doch nur bei den Sponsoren bedanken! Von der Teilfinanzierung einer Kfz-Halle bis zur Verpflegung für Jugendarbeit, von der Sachleistung einer Anhänger-Wechselbrücke bis zur Schenkung von zwei Pkw und der Übernahme der Kosten für Live-Musik – da ist Sinnvolles für den THW mit privatem finanziellen Engagement unterstützt und ermöglicht worden.

Ich möchte gerne ein weiteres Beispiel geben – das verdeutlicht, dass es wahrlich nicht anrüchig ist, wenn ein Ministerium oder ein Amt Sponsorleistungen annimmt –: Das Bundespräsidialamt hat zum Beispiel insgesamt Leistungen von fast 1 Millionen Euro (935 737 Euro) angenommen – diese dienten ausschließlich zur Unterstützung des Sommerfestes 2006.

Und jetzt frage ich Fraktionsmitglieder der Linken: Gehen Sie jetzt nicht zum Sommerfest des Bundespräsidenten? Verweigern Sie das gesponserte Essen und die Getränke?

Ich möchte gerne von Ihnen wissen, was Sie von dem Sponsoring-Bericht halten. Reichen Ihnen die Informationen nicht? Was finden Sie verwerflich an den dort aufgeführten Leistungen?

Schon im März habe ich auf die Leistungen, die das Bundesministerium für Gesundheit erhielt, hingewiesen. Fast 50 Millionen Euro hat dieses Ministerium an Sponsorleistungen erhalten – und zwar für Maßnahmen zur (D) Gesundheitsprävention – nämlich kostenlose Plakatflächen für Anzeigen zur Aidsprävention. Nochmals an die Fraktion Die Linke – Warum wollen Sie das nicht zulassen?

Ich habe mir noch mal Ihre Rede vom März dieses Jahres durchgelesen – Sie konstruieren zwischen Aufträgen an große Firmen, politischen Entscheidungen, Spenden und Sponsoring eines: Korruption. In dem zweiten Bericht wird unseren Forderungen im Rechnungsprüfungsausschuss nach mehr Transparenz Rechnung getragen. Nun gibt es ein Gegenmittel gegen den Vorwurf von Begünstigung und Korruption – und das heißt Transparenz. Und die haben wir geschaffen: Ab 5 000 Euro werden die Namen der Geber genannt. Für das Mäzenatentum im Kulturbereich gibt es eine besondere Regelung, sie werden nicht genannt. Derzeit arbeitet das Ministerium darüber hinaus an einer Vorgabe, die den Bedürfnissen der Mäzene und der Öffentlichkeit Rechnung tragen soll. Ob sich die Grenze von 5 000 Euro bewährt, werden wir wiederum überprüfen. Ich bin sicher, dass die große Mehrheit im Rechnungsprüfungsausschuss, auch mit den Oppositionsfraktionen – vielleicht nicht mit der Linken –, auch die folgenden Sponsoring-Berichte kritisch bearbeiten wird und mithilfe des Rechnungshofs und der Ministerien die Gratwanderung zwischen Transparenz und Bürokratie wahren wird.

Sie werden sich nach meiner Rede nicht wundern, dass meine Fraktion Ihren Antrag ablehnen wird.

(A)

Dr. Claudia Winterstein *(FDP):* Die Linksfraktion fordert in ihrem Antrag, die Bundesregierung solle auf Einnahmen durch private Spenden verzichten.

Wissen Sie eigentlich, wovon Sie sprechen? Beim Thema „Spenden“ zeigen Sie lieber mit dem Finger auf andere, während es Ihre Partei mit den Spenden offenbar nicht ganz so genau nimmt. Es ist schon eine bemerkenswerte Ironie, dass der Ältestenrat Ihren Antrag gerade dann auf die Tagesordnung setzt, wenn gleichzeitig gegen die Linkspartei in Sachen Spenden ermittelt wird.

Doch nun zur Sache: Abgesehen von dem scheinheiligen Getue halte ich die Bedenken der Linksfraktion zum Sponsoring in der Bundesverwaltung auch sachlich für falsch. Sie sagen: Das Ansehen des Staates steht auf dem Spiel; Kollegin Lötzsch spricht in einer Pressemitteilung sogar von „der gekauften Republik“. Da sollte man doch die Kirche im Dorf lassen. Sie unterstellen, dass Unternehmen sich Vorteile verschafft hätten, ohne diese Vorwürfe belegen zu können. An der Stelle sollten Sie vorsichtiger argumentieren.

Rund 82 Millionen Euro in Geld- und Sachspenden haben Ministerien und Behörden des Bundes in den Jahren 2005 und 2006 von privater Seite erhalten, Geld, mit dem überwiegend Projekte finanziert wurden, für die ansonsten keine Mittel zur Verfügung gestanden hätten. Es wäre äußerst bedauerlich, wenn der Staat auf diese Mittel verzichten müsste.

Der mit Abstand größte Teil der Sponsoren-Gelder ist in die Aidsaufklärung geflossen: über 44 Millionen Euro. Wir sind uns doch wohl hier alle einig, wie wichtig dieses Thema ist, insbesondere vor dem Hintergrund steigender Infektionszahlen in Deutschland. Ich kann beim besten Willen nicht erkennen, was falsch daran sein soll, wenn der Staat die Unterstützung privater Geber in Anspruch nimmt, um gute, sinnvolle Projekte durchzuführen. Wollen Sie wirklich ohne Not eine gute Sache beenden?

(B)

Ganz im Gegenteil: Das Engagement der Spender verdient unsere volle Unterstützung. Immer weniger Bürger identifizieren sich mit dem Staat. Eine Kultur des Spendens fördert den Austausch zwischen Bürger und Staat. Wer spendet, setzt sich aktiv für die Gesellschaft ein! Wir brauchen mehr privates Engagement und nicht weniger!

Selbstverständlich brauchen wir klare Regeln für das Sponsoring. Das heißt: Offenlegen, was gesponsert, wie viel gesponsert wurde und vor allem: von wem gesponsert wurde!

Der gesponserte Zweck muss eine eindeutige Außenwirkung haben. Es kann zum Beispiel nicht angehen, dass sich Ministerien interne Betriebsfeiern bezahlen lassen. Firmen dürfen sich nicht zu Dauersponsoren einer bestimmten Behörde entwickeln, das gefährdet die Chancen- und Wettbewerbsgleichheit unter den potenziellen Sponsoren.

Und das Wichtigste ist: Wir brauchen Transparenz. Dazu gehört die Veröffentlichung der Sponsorennamen im Interesse der Bürger und Steuerzahler. Transparenz ist das wirksamste Mittel, damit gar nicht erst der Verdacht von Korruption oder Interessenüberschneidungen aufkommen kann. Hier hat die Bundesregierung in der Vergangenheit Fehler begangen. Durch die fehlende Namensnennung im ersten Sponsoring-Bericht konnte der Eindruck entstehen: Der Bund hat etwas zu verbergen. Der Bundesrechungshof hat dies zu Recht kritisiert. Wir haben im Rechungsprüfungsausschuss diese Kritik aufgenommen, und das Innenministerium hat im zweiten Sponsoring-Bericht die Namen der Unternehmen und Verbände genannt.

(C)

Regeln für das Sponsoring sind wichtig, sie dürfen aber nicht dazu führen, dass sich potenzielle Spender abgeschreckt fühlen und vom Sponsoring zurückziehen. Dies gilt vor allem für den Kunst- und Kulturbereich. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Kunstmäzene ihre Unterstützung nur anonym leisten wollen. Dieser Wunsch ist absolut respektabel. Eine zwingende Nennung der Namen von Kunstmäzenen würde deren Spendenbereitschaft bremsen und negative Auswirkungen auf den Kulturbereich haben. Deswegen haben wir uns im Rechnungsprüfungsausschuss für eine Ausnahme im Sponsoring-Bericht eingesetzt, die das Ministerium auch so umgesetzt hat. Somit haben wir nun eine zufriedenstellende Regelung erreicht.

Denn eines ist klar: Das Sponsoring braucht klare Regeln und Transparenz. Der Staat muss aber auch die Chance haben, privates Engagement für sinnvolle Dinge zu nutzen, und ausgerechnet das wollen Sie verhindern. Kehren Sie also lieber vor der eigenen Haustür, anstatt uns mit scheinheiligen und überflüssigen Anträgen zu nerven.

(D)

Dr. Gesine Lötzsch *(DIE LINKE):* In dieser Woche wurde viel über Gerechtigkeit im Bundestag gesprochen, das ist ein gutes Zeichen. Wir sollten alle Politikfelder unter dem Gerechtigkeitsaspekt unter die Lupe nehmen.

Nehmen wir die demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen. Haben alle den gleichen Zugang zu den Entscheidungsträgern, oder gibt es hier Abstufungen und Privilegien, die zu einem demokratischen System im Widerspruch stehen? Ich weiß nicht, ob schon mal eine Arbeitslosenvereinigung Empfänge, Bälle oder Essen in einem Bundesministerium ausgerichtet hat, um in einer gemütlichen, völlig ungezwungenen Atmosphäre bei einem Glas Wein und einer Frühlingsrolle über das Leben mit Hartz IV mit einem Minister ins Gespräch zu kommen. Ich weiß, dass der Rüstungskonzern EADS seit 2003 insgesamt 20 Empfänge, Bälle und Essen für das Bundesministerium der Verteidigung, die Bundeswehr und ihre Gäste ausgerichtet hat. Ich weiß auch, dass der Rüstungskonzern EADS in der Zeit von 1999 bis 2007 Rüstungsaufträge im Wert von 10,5 Milliarden Euro von der Bundesregierung erhalten hat. Natürlich werden Verträge nicht auf Empfängen oder Bällen geschlossen, doch wer behauptet, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem Sponsoring durch EADS und den üppigen Rüstungsaufträgen gibt, der irrt.

(A) Die Bundesregierung tut ja so, als ob Korruption ein merkwürdiges Phänomen wäre, das es nur in Afrika gibt. In unserem Land gibt es eine lange Geschichte von Bestechung und Korruption. Denken wir nur an Herrn Schäuble, der eine illegale Spende von 100 000 DM vom Waffenhändler Schreiber angenommen hatte und als CDU-Parteivorsitzender zurücktreten musste.

Der Journalist Hans Leyendecker hat in seinem neuen Buch *Die große Gier* die Korruption unter anderem bei Siemens aufgearbeitet. Bemerkenswert ist, dass es immer um Korruption im Ausland geht.

In Norwegen hat Siemens dem Militär zu hohe Rechnungen gestellt. Die Sache flog auf, weil ein ehrlicher norwegischer Siemens-Mitarbeiter den Betrug meldete. Allerdings wurde er daraufhin von Siemens entlassen. Wenn Siemens dem norwegischen Militär überhöhte Rechnungen ausstellt, wäre nicht einmal zu überprüfen, ob der Konzern mit der Bundeswehr ähnlich verfährt? Ich habe die Bundesregierung gefragt, welche Konsequenzen sie aus den massiven Korruptionsvorwürfen gegenüber Siemens bezüglich der Verträge, die die Bundesregierung mit dem Konzern geschlossen hat, zieht und ob sie beabsichtigt, die entsprechenden Verträge auf Korruption hin zu überprüfen? Die Bundesregierung antwortete: „Anlass zu einer Überprüfung von Verträgen mit Siemens besteht erst dann, wenn der Verdacht vorliegt, dass Mitarbeiter von Siemens Bedienstete der Bundesregierung bestochen haben.“

(B) Jeder Bürger, der hört, dass sein Nachbar von einem üblen Versicherungsvertreter über den Tisch gezogen wurde, würde seinen Vertrag, den er mit dem gleichen üblen Versicherungsvertreter abgeschlossen hat, überprüfen. Doch die Bundesregierung ist da völlig sorgenfrei. Es ist ja auch nicht ihr Geld, sondern das Geld der Steuerzahler.

Das Sponsoring der Bundesregierung ist eine Einstiegsdroge für Bestechung und Korruption, deshalb fordert die Linke, die Finanzierung von Empfängen und Bällen in den Bundesministerien durch Unternehmen und Lobbyisten endlich zu beenden. Es geht darum, die Integrität und die Neutralität des Staates zu wahren, aber auch mehr Gerechtigkeit beim Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu politischen Entscheidungen zu erlangen.

Anna Lührmann *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Wir können es klar benennen: Sponsoring von Bundesbehörden ist und bleibt ein heikles Thema. Denn allzu leicht kann in der Öffentlichkeit der Anschein entstehen, dass sich einzelne Interessengruppen mittels gezielter Sponsorleistungen versuchen die Gunst der Bundesverwaltung zu verschaffen. Aber ist es ratsam, das Kind leichtfertig mit dem Bade auszuschütten, wie von der Linken mit einem kompletten Sponsoring-Verbot hier gefordert? Um es vorweg zu nehmen: Nein, ist es nicht! Denn im Einzelfall kann Sponsoring durchaus von Bedeutung sein: In finanzieller, wie aber auch in ideeller Hinsicht.

(C) Lassen Sie uns das Thema doch einmal veranschaulichen. Der zweite Sponsoring-Bericht für den Zeitraum von 2005 bis 2006 benennt entsprechende Leistungen in einer Gesamthöhe von 80 Millionen Euro. Darunter fallen Geldleistungen aber auch Sachleistungen. Diese reichen von der Umlackierung eines Lkws für das Technische Hilfswerk in Mannheim für knapp 5 000 Euro bis hin zur Bereitstellung von Plakatflächen für die Aids-Präventionskampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in einem Gegenwert von 11,1 Millionen Euro. Um einmal die Verhältnisse zurechtzurücken. Aus den derzeit laufenden Haushaltsberatungen können sie entnehmen, dass der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ein jährliches Gesamtbudget von lediglich 7 Millionen Euro zur Verfügung steht. Daran lässt sich unschwer erkennen, welche enorme Bedeutung Sponsoring gerade in diesem Bereich hat.

Aber es gibt selbstverständlich auch Sponsorleistungen, die wir kritisch beäugen. Insbesondere dann, wenn es wie zum Beispiel im Verteidigungsbereich zwischen Sponsoren und der entsprechenden Bundesverwaltung anderweitige vertragliche Beziehungen bestehen. Doch in diesen Fällen ist Transparenz und Offenheit die beste Methode, um möglichen Einflussnahmen zu begegnen. Wer in diesen Bereichen mit unlauteren Mitteln Einfluss nehmen will, wird auf jeden Fall versuchen seine Anonymität zu wahren. Deswegen haben wir uns von Bündnis 90/Die Grünen dafür eingesetzt, dass das Sponsoring aus dem Schattenbereich ins Licht kommt. Wir haben uns im Rechnungsprüfungsausschuss mehrmals mit der Thematik beschäftigt und glücklicherweise über die Monate hinweg beim zuständigen Bundesinnenministerium einen Sinneswandel bewirken können. (D) Die fehlende namentliche Nennung der Sponsoren im ersten Sponsoring-Bericht wurde anfangs mit abwechselnd skurrilen Begründungen erklärt. In einem Ablehnungsbescheid auf Einsicht in die Namensliste erklärte das Bundesinnenministerium in einem Schreiben beispielsweise einem Antragsteller: Auf die Namensnennung werde auch deshalb verzichtet, „damit Sponsoren oder Spender durch die Veröffentlichung nicht befürchten müssen, künftig auch von anderer Seite gebeten zu werden, Maßnahmen, Projekte, etc. zu unterstützen.“ Diese Begründung ist nicht nur völlig abwegig, sondern lässt erst recht Vermutungen ins Kraut schießen, dass es hier wohl etwas zu verheimlichen gibt. Der Verdacht von Parteilichkeit und Beeinflussung ist dann nicht von der Hand zu weisen.

Gerade deswegen ist es ungemein wichtig, dass für die Öffentlichkeit in diesem sensiblen Bereich Transparenz hergestellt wird. Ein Vertuschen und Tuscheln beschädigt dagegen die eigentlich gute Idee, dass die Bundesverwaltung einzelne Projekte durch eigens bei Unternehmen und Verbänden akquirierte Mittel mitfinanziert. Dadurch wird der Bundesverwaltung die Möglichkeit eröffnet, neben den regulären Budgetmitteln durch eigene Anstrengungen zusätzliche Maßnahmen durchführen zu können. Dies stärkt meiner Meinung nach im ausgesprochen positiven Sinne die Eigenverantwortung und den Gestaltungsspielraum der Verwaltung.

(A) Das Bundesinnenministerium hat letztlich unsere Kritik aus dem Rechnungsprüfungsausschuss aufgenommen. Als schmaler Grat zwischen der Gefahr von überbordender Bürokratie auf der einen Seite und möglichst großer Transparenz auf der anderen Seite soll in Zukunft eine Namensnennung ab einer Wertgrenze von 5 000 Euro vorgesehen werden. Diese Wertgrenze ist ein Kompromiss. Die Mehrzahl der Sponsorleistungen liegt nämlich unterhalb dieser Grenze. Es muss in Zukunft überprüft werden, ob sich diese Grenze als praktikabel erweist. Im Zweifelsfall muss sie dementsprechend angepasst werden.

Der schmale Grat besteht aber auch darin, dass mit einer neuen Transparenzregelung nicht das Mäzenatentum in der Kulturförderung behindert werden soll. Deswegen braucht es eine scharfe begriffliche Differenzierung zwischen Sponsoring, Spende und sonstiger Schenkung. Beim privaten Mäzenatentum sollte dem Wunsch nach Anonymität Rechnung getragen werden können, gerade weil hier im Gegensatz zum Sponsoring eben beispielsweise keine Gegenleistung in Form von Werbung erwartet wird. Die Kulturförderung zeigt exemplarisch, wie kontraproduktiv ein völliger Verzicht auf Sponsoring, Spenden und Schenkungen wäre.

Wir brauchen vielmehr eine Regelung die den schmalen Grat meistert. Dies bedeutet: Sponsoring braucht größtmögliche Transparenz.

(B)

Anlage 13

Zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung:

- **Große Anfrage: Auswärtige Kulturpolitik**
- **Antrag: Neujustierung der Auswärtigen Kulturpolitik**

(Tagesordnungspunkt 33)

Harald Leibrecht *(FDP):* Wenn wir heute über eine Neujustierung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik debattieren, müssen wir zunächst einmal den Istzustand analysieren.

Wir haben hier vor einem knappen Jahr über die Haushaltssituation in der auswärtigen Kulturpolitik debattiert. Ich habe damals erklärt – und dazu stehe ich auch heute –, dass ich den erhöhten Haushalt für dieses Ressort natürlich begrüße, dass es aber notwendig ist, Umstrukturierungen in der auswärtigen Kulturpolitik vorzunehmen.

Für die FDP ist es dabei von großer Wichtigkeit, dass es zu einer breit gefächerten Vermittlung deutscher Kultur kommt, um einer facettenreichen auswärtigen Kulturpolitik gerecht zu werden. Das heißt, so wichtig natürlich das Goethe-Institut als Mittler deutscher Kultur ist und so sehr ich die Reformbestrebungen des Goethe-Instituts begrüße, dass wir die zahlreichen anderen Mittlerorganisationen mit ihren wichtigen Beiträgen für die deutsche auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht vernachlässigen dürfen.

(C)

Für ihren mehr als umfangreichen Antrag zur Neujustierung auswärtiger Kulturpolitik möchte ich Frau Dr. Eid ganz herzlich danken. Sie sprechen darin viele wichtige Punkte an, auch wenn dieser Antrag wahrscheinlich vor den Haushaltsberatungen noch besser aufgehoben gewesen wäre.

Ich persönlich bin sehr an einer Revitalisierung der transatlantischen Beziehungen interessiert, die in den letzten Jahren ja arg strapaziert worden sind. Doch denke ich, dass wir uns hier nicht allein auf die Vermittlung eines realistischen Deutschlandbildes in den USA konzentrieren sollten. Gleichen Stellenwert muss für uns auch haben, dass wir es schaffen, auch wieder ein realistisches Bild der USA hier in Deutschland zu zeichnen.

Wenn wir langfristig innovative internationale Kooperationen auf zivilgesellschaftlicher Ebene vorantreiben, sei es im transatlantischen Dialog, bei der noch immer zäh verlaufenden europäischen Integration oder in anderen Regionen, zahlt sich das auch für uns aus und ist somit eine sinnvolle Investition in die Zukunft.

Erklärtes Ziel der liberalen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sind die Darstellung der kulturellen Vielfalt Deutschlands und die aktive Förderung der Verbreitung der deutschen Sprache. Wir möchten das Interesse an Deutschland, seiner Geschichte, Kultur und Politik im Ausland wecken und damit die Voraussetzungen für enge und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Partnern schaffen. Auswärtige Kulturpolitik sollte dabei Deutschland nicht nur in seinen vielfältigen Teilen, sondern auch als Ganzes widerspiegeln. Andererseits ist auswärtige Kulturpolitik keine Einbahnstraße. Sie dient ebenso dazu, unsere Aufmerksamkeit den Kulturen anderer Länder zu schenken und von deren Eigenarten und Vielfalt zu lernen.

(D)

Das ist, denke ich, ein ganz besonders wichtiger Punkt, wenn wir darüber reden, was auswärtige Kulturpolitik zur Krisenprävention beitragen kann. Hier geht es nämlich unter anderem darum, in Zukunft schneller politische Entwicklungen in der Welt zu erkennen und darauf reagieren zu können.

Daher meine ich, dass wir uns mit unserer Auslandskulturarbeit frühzeitig in Regionen engagieren müssen, die bislang von unserem Tellerrand gefallen sind. Ich denke zum Beispiel an Zentralasien, wo zum Teil erschreckende Diktaturen entstanden sind. Aktive Kultur- und Bildungspolitik sollte hier zum Ziel haben, die mit einem aufgeklärten, freiheitlichen, demokratischen Staat verbundenen Werte zu vermitteln.

Gerade in der heutigen globalisierten Welt müssen wir lernen, unterschiedliche Kulturen zu verstehen, und uns darum bemühen, von anderen Kulturen besser verstanden zu werden. Eine effektiv gestaltete auswärtige Kultur- und Bildungspolitik kann einen sehr wichtigen Beitrag dazu leisten.

(A)

Anlage 14

Amtliche Mitteilungen

Der Bundesrat hat in seiner 836. Sitzung am 21. September 2007 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen bzw. einen Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen:

– **Drittes Gesetz zur Änderung des Rindfleischetikettierungsgesetzes**

– **Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Verbraucherinformation**

– **Gesetz über die Aufhebung des Freihafens Bremen**

– **Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements**

– **Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport**

– **Gesetz zur Reform des Versicherungsvertragsrechts**

– **Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen**

– **Gesetz zur Umsetzung des VN-Übereinkommens vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen**

(B)

– **Gesetz zu dem Abkommen vom 25. Juni 2003 zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Auslieferung, zu dem Abkommen vom 25. Juni 2003 zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Rechtshilfe, zu dem Vertrag vom 14. Oktober 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen, zu dem Zweiten Zusatzvertrag vom 18. April 2006 zum Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika sowie zu dem Zusatzvertrag vom 18. April 2006 zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen**

– **Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 26. Mai 2000 über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstraßen (ADN)**

– **Gesetz zu dem Protokoll vom 22. April 2005 zur Änderung des Übereinkommens vom 11. Oktober 1973 zur Errichtung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage**

– **Viertes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen**

Darüber hinaus hat er die nachstehende Entschließung gefasst:

(C)

Der Bundesrat begrüßt grundsätzlich die mit dem Gesetzentwurf intendierte Zielsetzung, mit dem erweiterten Förderangebot zur nachhaltigen beruflichen Integration junger Menschen insbesondere leistungsschwächeren Jugendlichen beim Übergang zwischen Schule und Beruf eine zusätzliche Chance zur Aufnahme einer Berufsausbildung und zu einem beruflichen Abschluss zu geben.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der nach wie vor überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit auch Jüngerer ohne Berufsabschluss ist die berufliche Erstausbildung die entscheidende Voraussetzung für den Einstieg ins Erwerbsleben und dauerhafte Berufschancen. Nach Auffassung des Bundesrates muss deshalb sichergestellt werden, dass die neuen Qualifizierungsinstrumente die Aufnahme und den Abschluss einer Berufsausbildung tatsächlich unterstützen.

In Anbetracht dessen hält er den Ansatz des Qualifizierungszuschusses, leistungsschwache Jugendliche betrieblich zu qualifizieren und zu einer Berufsausbildung zu motivieren, grundsätzlich für richtig, aber nicht für hinreichend ausgestaltet. Die betriebliche Qualifizierung im Rahmen einer regulären Beschäftigung verbessert zwar die individuellen Integrationschancen. Entscheidend für eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit ist aber, dass mit den Qualifizierungszuschüssen nach dem SGB III

– ein systematischer Kompetenzzuwachs für die Jugendlichen erreicht wird,

(D)

– an bereits in der Einstiegsqualifizierung, in Berufsvorbereitungsmaßnahmen oder einer abgebrochenen Berufsausbildung vermittelte Ausbildungsbestandteile angeschlossen wird,

– ein Beitrag zur Vervollständigung einer Berufsausbildung geleistet wird und

– Maßnahmen gefördert werden, die auf einen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgerichtet sind.

Der Bundesrat bittet deshalb die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, dass Qualifizierungselemente in Maßnahmen nach dem SGB III und dem SGB II anschlussfähig ausgestaltet werden und sich vorrangig an dem Ziel eines Ausbildungsabschlusses orientieren.

Des Weiteren hält der Bundesrat eine zeitlich befristete Öffnung der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen für marktbenachteiligte Altbewerberinnen und Altbewerber für erforderlich und bittet, diese Regelung bis zum 31. Dezember 2009 zu verlängern. Dabei sollen auch diese Maßnahmen an bereits absolvierte Ausbildungsbestandteile in der Einstiegsqualifizierung, in berufsvorbereitenden Maßnahmen und in einer abgebrochenen Berufsausbildung anschließen.

– **Zweites Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – JobPerspektive**

(A) Darüber hinaus hat er die nachstehende Entschließung gefasst:

Der Bundesrat unterstützt grundsätzlich, dass mit dem „Zweiten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen – Jobperspektive“ die Integration von arbeitsmarktfernen Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt gefördert werden soll.

Mit dem Beschäftigungszuschuss soll eine neue Arbeitgeberleistung für die Einstellung von Arbeitnehmern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, eingeführt werden. Die Förderdauer soll zunächst bis zu 24 Monate betragen und anschließend ohne zeitliche Unterbrechung unbefristet erbracht werden, wenn eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich innerhalb der nächsten 24 Monate nicht möglich ist.

Der Bundesrat hat Bedenken, ob die Möglichkeit der Gewährung eines Beschäftigungszuschusses bei Einstellung junger Erwachsener unter 25 Jahren nicht die Verwirklichung des vorrangigen Ziels der Ausbildung junger Erwachsener gefährden könnte. Außerdem sieht der Bundesrat die Gefahr, dass die Zielsetzung des SGB II, Hilfebedürftigkeit durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu überwinden, durch die Möglichkeit einer unbefristeten Gewährung des Beschäftigungszuschusses unterlaufen werden könnte.

(B) Der Bundesrat fordert die Bundesregierung deshalb auf, die Wirkungen des neuen Instrumentes des Beschäftigungszuschusses auf die Ausbildung von jungen Erwachsenen unter 25 Jahren sowie im Hinblick auf die Zielsetzung des SGB II, Hilfebedürftigkeit dauerhaft zu überwinden, nach Ablauf eines Erprobungszeitraumes von drei Jahren zu untersuchen und Bundestag und Bundesrat über das Ergebnis zu berichten.

– **Gesetz zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes**

Darüber hinaus hat er die nachstehende Entschließung gefasst:

Mit dem vorliegenden Gesetz wird in § 4 Abs. 5 Nr. 2 des Mikrozensusgesetzes 2005 für Frauen im Alter von 15 bis 75 Jahren die Frage nach der „Zahl der lebend geboren Kinder“ eingefügt, die alle vier Jahre erhoben wird.

Im Gesetzgebungsverfahren zum Mikrozensusgesetz 2005 waren sich fast alle Beteiligten darin einig, dass eine weitere Aufblähung des Fragebogens eine Gefahr für die Qualität der gesamten Mikrozensuserhebung darstellt. Deshalb konnte im Vermittlungsverfahren zum Mikrozensusgesetz 2005 der Fragenkatalog eingeschränkt werden.

Beim Mikrozensus 2007 umfasst das Frageprogramm für den „Grundbogen“ 158 Fragen. Unter Einbeziehung des Zusatzbogens zum sogen. Ad-hoc-Modul der EU-Arbeitskräftestichprobe erhöht sich der Frageumfang auf 174 Fragen. Der Fragebogen (rd. 40 Seiten), die dazugehörigen Erläuterungen und die weiteren Informationen (C) für die Befragten über den Mikrozensus umfassen über 50 DIN-A-4-Seiten. Die beim Gesetzgebungsverfahren zum Mikrozensusgesetz 2005 befürchtete Überfrachtung des Mikrozensus ist trotz der im Vermittlungsverfahren erreichten Begrenzung der zusätzlichen Fragen eingetreten.

Auch der Gesetzgeber hat die Problematik der Überfrachtung des Mikrozensus gesehen. Deshalb ist in der Verordnungsermächtigung in § 13 Nr. 2 Mikrozensusgesetz 2005 zur Vermeidung einer Erweiterung des Erhebungsumfangs die Einführung neuer Erhebungsmerkmale zur Deckung eines geänderten Bedarfs an die gleichzeitige Aussetzung anderer Merkmale gekoppelt. Im aktuellen Gesetzgebungsverfahren wurde diese Koppelung mit dem Hinweis auf keine zu erwartenden praktikablen Lösungsvorschläge umgangen. Dies ist nicht sachgerecht und im Hinblick auf die Erhaltung der Qualität der gesamten Mikrozensuserhebung künftig nicht mehr hinnehmbar.

Merkmalsstreichungen führen selbstverständlich immer zu Informationsverlusten. Aber nach dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ist auch Bürokratieabbau ein Ziel der Koalition. Die Erweiterung des Erhebungsumfangs beim Mikrozensus ist mit der „Neuentlastung von Bürgern, Wirtschaft und Behörden von einem Übermaß an Vorschriften und der damit einhergehenden Belastung durch bürokratische Pflichten“ nicht vereinbar.

Vor diesem Hintergrund fordert der Bundesrat, dass jede künftige Erweiterung des Fragenkatalogs beim Mikrozensus – und mag sie für sich betrachtet auch noch so berechtigt sein – nicht zu einer Erweiterung des Erhebungsumfangs führen darf. (D)

– **Zweites Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft**

Darüber hinaus hat er die nachstehende Entschließung gefasst:

Die Bundesregierung wird gebeten, die Auswirkungen der neu eingeführten Bereichsausnahme für Schulbücher bei der Schrankenregelung des § 53 Abs. 3 UrhG sorgfältig zu beobachten und im Fall einer unangemessenen Verschlechterung der Bedingungen für den Kultusbereich der Länder kurzfristig eine Anpassung des Gesetzes vorzuschlagen.

Der Bundesrat spricht sich darüber hinaus dafür aus, nach der Verabschiedung des „Zweiten Korbes“ möglichst rasch die Arbeiten an einem „Dritten Korb“ für die Belange von Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Wissens- und Informationsgesellschaft aufzunehmen. Im Rahmen dieses „Dritten Korbes“ gilt es insbesondere

– zu prüfen, wie den Besonderheiten von Open Access- und Open Source-Verwertungsmodellen Rechnung getragen werden kann;
– auf Basis der Ergebnisse eines internationalen Vergleichs einen klaren Rechtsrahmen für ein Zweitveröffentlichungsrecht für Urheber von wissenschaftli-

(A) chen Beiträgen, die überwiegend im Rahmen einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind, zu schaffen;

– über die bisherige Fassung des § 52b UrhG hinaus die Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen neben öffentlichen Bibliotheken, Museen und Archiven auch in Bildungseinrichtungen zu ermöglichen.

Darüber hinaus setzt sich der Bundesrat weiter dafür ein, dass

– die bestehende Regelung hinsichtlich der öffentlichen Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung (§ 52a UrhG) hinsichtlich bestehender Rechtsunsicherheiten, geltender Bereichsausnahmen sowie ihrer Befristung überprüft wird;

– die elektronische Versendung von Fachartikeln durch Bibliotheken nicht mehr begrenzt wird. Die bisherigen Regelungen sind nicht ausreichend. Der offene Zugang zu Informationen muss gewahrt bleiben. Die Kernaufgaben der Bibliotheken als Orte der Informationsversorgung sollten nicht zu Gunsten des Marktes beschränkt werden.

Begründung:

Auf Vorschlag des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages (Bundestagsdrucksache 16/5939) werden mit einer Ergänzung von § 53 Abs. 3 UrhG Schulbücher von der gesetzlichen Schranke, die die Vervielfältigung zum Gebrauch im Schulunterricht (B) und für Prüfungen erlaubt, ausgenommen. Eine derartige Vervielfältigung ist damit nur noch mit Einwilligung des Berechtigten zulässig. Durch diese sogenannte Bereichsausnahme sollen Eingriffe in den Primärmarkt der Schulbuchverlage vermieden werden.

Im Hinblick auf die Vorgaben des Dreistufentests, wonach durch eine Schrankenregelung die normale Verwertung eines Werks nicht beeinträchtigt werden darf, steht die Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Schulbuchverlage bei der Ausgestaltung der Schranke außer Frage. Das klassensatzweise Kopieren ganzer Schulbücher oder großer Teile davon ist allerdings bereits nach geltendem Recht nicht zulässig. Andererseits ist die Fertigung einzelner Kopien in Klassenstärke für Unterricht und Prüfungen notwendig und nicht mehr wegzudenken. So verwenden die Lehrkräfte für Prüfungen, aber auch zur Ergänzung oder Vertiefung des Stoffs Aufgaben, Übungen und Darstellungen aus Schulbüchern, die nur sie selbst zur Verfügung haben, und die von der Klasse nicht als Lehrmittel verwendet werden. Auch bieten die Verlage spezielle Lehrerhefte an, die ergänzend zu dem Schulbuch für die Schüler unter anderem auch Kopiervorlagen enthalten. Für diese bisher zulässigen und im Unterricht unabdingbaren Kopien erhalten die Urheber eine Vergütung gemäß § 54a UrhG.

Derartige, für einen modernen, effektiven Unterrichtsablauf auch im Interesse der Schüler weiterhin notwendige Kopien sind künftig nur mit Zustimmung der Rechteinhaber zulässig. Der Bundesrat (C) geht davon aus, dass seitens der Rechteinhaber nicht beabsichtigt ist, die Kopien grundsätzlich zu verbieten. Dies wäre nicht nur aus Sicht der Schulen, sondern auch aus Sicht der Urheber problematisch, weil die bisherige Vergütung entfallen würde, ohne dass das Verbot wirksam kontrolliert werden könnte. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, unter welchen Bedingungen eine Zustimmung erteilt wird. Dies gilt sowohl für das Verfahren als auch für die Frage einer Lizenzzahlung. Zunächst sind daher die Beteiligten (Kultusverwaltung, Schulbuchverlage, Urheber und ZFS – Zentralstelle Fotokopieren an Schulen) aufgefordert, sinnvolle und praktikable Regelungen zu treffen, die den Primärmarkt der Schulbuchverlage ausreichend schützen, aber im Schulbetrieb notwendige Kopien zu angemessenen Bedingungen und ohne Verwaltungsaufwand auf vertraglicher Basis weiter ermöglichen.

Sollte sich aber diese Erwartung nicht erfüllen und die Neuregelung zu Unzuträglichkeiten im Schulbetrieb oder zu unangemessenen Kosten für die Schulen, Schulaufwandsträger und Kultushaushalte führen, die durch den notwendigen Schutz des Primärmarkts der Schulbuchverlage nicht gerechtfertigt sind, ist eine Änderung des Gesetzes erforderlich. Die Prüfung sollte zusammen mit der im Jahr 2008 auf jeden Fall erforderlichen Überprüfung zu den §§ 52a und 137k UrhG erfolgen.

Darüber hinaus bleibt die Schaffung eines bildungs- und wissenschaftsfreundlichen Urheberrechts für die (D) sich herausbildende globale Wissens- und Informationsgesellschaft ein zentrales bildungs- und forschungspolitisches Ziel. Dafür hat sich der Bundesrat in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung, dem "Zweiten Korb", vom 19. Mai 2006 – Bundesratsdrucksache 257/06 (Beschluss) – mit Nachdruck eingesetzt. Auf den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2007 wird ebenfalls verwiesen (Bundestagsdrucksache 16/5939, S. 26). Mit der Umsetzung des „Zweiten Korbes“ zur Änderung des Urheberrechts wurde zwar ein Schritt auf dem Weg zu einem solchen bildungs- und wissenschaftsfreundlichen Urheberrecht unternommen. Diesem müssen jedoch weitere Schritte folgen. Notwendig ist ein „Dritter Korb“ zur Novellierung des Urheberrechts, der die spezifischen Anforderungen von Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Wissens- und Informationsgesellschaft sowie der zunehmend wissensbasierten Wirtschaft stärker in den Mittelpunkt rückt und den rasanten technologischen Entwicklungen im IuK-Bereich sowie den Rahmenbedingungen für die neuen Lehr- und Lernplattformen (beispielsweise e-Learning, Distance Teaching, Online Instructioning usw.) Rechnung trägt.

Auf der Grundlage des Open-Access-Prinzips könnte die Chance für innovative, attraktive und elektronischen Umgebungen angemessene Organisations- und

(A) Geschäftsmodelle für Publikation und Distribution von Wissen eröffnet werden, die auch Verlagen und der gesamten Informationswirtschaft neue Möglichkeiten zur Erschließung von Publikations- und Distributionsmärkten bieten.

In den USA („government purpose license“) und Großbritannien („crown copy-right“) können Urheber, die bei aus Steuermitteln finanzierten Einrichtungen beschäftigt sind, Nutzungsrechte an Verlage nur eingeschränkt übertragen. Auf Grund eines internationalen Vergleichs muss ein verlässlicher rechtlicher Rahmen für ein Zweitveröffentlichungsrecht bei Wissenschaftspublikationen geschaffen werden, wie dies in AGB großer internationaler Wissenschaftsverlage teilweise bereits, aber auch in wenig transparenter Differenzierung, möglich ist.

Um Bildungseinrichtungen, deren Bildungsauftrag unzweifelhaft ist, nicht un-verhältnismäßig von der dynamischen technologischen Entwicklung abzukoppeln und deren Nutzerinnen und Nutzern nicht moderne Nutzungsmöglichkeiten zu verwehren, sind eine Erweiterung des Anwendungsbereichs des im "Zweiten Korb" eingeführten § 52b UrhG, wozu die Urheberrechtsrichtlinie die Möglichkeit eröffnet, und eine Präzisierung des Anwendungsbereichs von § 52a UrhG sowie dessen vollständige Entfristung erforderlich.

– **Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes**

Er hat beschlossen:

(B) 1. festzustellen, dass das Gesetz nicht seiner Zustimmung bedarf

und

2. einen Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen.

Begründung zu Ziffer 1:

Das Gesetz bedarf nach der Föderalismusreform nicht mehr der Zustimmung des Bundesrates.

– **Gesetz zur Reduzierung und Beschleunigung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren**

Er hat beschlossen:

– festzustellen, dass das Gesetz seiner Zustimmung bedarf

und

– dem Gesetz zuzustimmen.

Begründung zur Zustimmungsbedürftigkeit:

Entgegen der Eingangsformel im Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages vom 21. Juni 2007 bedarf das Gesetz der Zustimmung des Bundesrates gemäß Artikel 84 Abs. 1 Satz 5 und 6 des Grundgesetzes.

Dies folgt aus § 73 BImSchG in der Fassung von Artikel 2 Nr. 6 des Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetzes vom 9. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2819). Danach kann von dem in diesem (Bundes-Immissionsschutz-) (C) Gesetz und auf Grund dieses Gesetzes getroffenen Regelungen des Verwaltungsverfahrens durch Landesrecht nicht abgewichen werden. Mit dieser erst in den damaligen Beratungen des Bundestages eingefügten Regelung sollen Abweichungsbefugnisse der Länder nach Artikel 84 Abs. 1 Satz 2 GG und Artikel 125b Abs. 2 GG ausgeschlossen werden. In der hierzu gehörenden Beschlussempfehlung (Bundestagsdrucksache 16/3311, S. 16) wird das besondere Bedürfnis nach bundeseinheitlicher Regelung i.S.d. Artikels 84 Abs. 1 Satz 5 GG ausführlich begründet. Das Gesetz wurde (u.a. durch diese Regelung) zustimmungsbedürftig i.S.d. Artikels 84 Abs. 1 Satz 6 GG und mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen.

Da § 73 BImSchG i.d.F. des Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetzes die Abweichungsbefugnis des Landesgesetzgebers generell für alle Regelungen des Verwaltungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (in seiner jeweils geltenden Fassung) ausschließt, bedürfen auch spätere Gesetzesänderungen zum Verfahrensrecht der Zustimmung des Bundesrates. Eine solche Änderung sieht aber Artikel 4 Nr. 1 des Gesetzes zur Reduzierung und Beschleunigung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren mit der als § 12 Abs. 1 Satz 3 in die 9. BImSchV einzufügenden verfahrensrechtlichen Neuregelung vor. Nach Artikel 84 Abs. 1 Satz 5 und 6 GG ist dieses Gesetz daher zustimmungsbedürftig.

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben (D) mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die künftige Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ – Rahmenpläne 2006 bis 2009 und 2007 bis 2010

– Drucksachen 16/310, 16/413 Nr. 1.6 –

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen

Umweltverwaltungen unter Reformdruck – Herausforderungen, Strategien, Perspektiven

– Drucksachen 16/4690, 16/5327 Nr. 1 –

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden EU-Vorlagen bzw. Unterrichtungen durch das Europäische Parlament zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

(A)

Innenausschuss

Drucksache 16/4258 Nr. 2.22

Finanzausschuss

Drucksache 16/6041 Nr. 1.10
Drucksache 16/6041 Nr. 2.5
Drucksache 16/6041 Nr. 2.6
Drucksache 16/6041 Nr. 2.7
Drucksache 16/6041 Nr. 2.21

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Drucksache 16/5505 Nr. 2.26
Drucksache 16/5681 Nr. 1.4
Drucksache 16/5806 Nr. 1.3
Drucksache 16/6041 Nr. 1.4
Drucksache 16/6041 Nr. 2.3
Drucksache 16/6041 Nr. 2.4
Drucksache 16/6041 Nr. 2.19

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Drucksache 16/3196 Nr. 1.52
Drucksache 16/3573 Nr. 2.6
Drucksache 16/5199 Nr. 2.3
Drucksache 16/5806 Nr. 1.5

Ausschuss für Gesundheit

Drucksache 16/4939 Nr. 1.3
Drucksache 16/6041 Nr. 2.15

(C)

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Drucksache 16/6041 Nr. 1.1
Drucksache 16/6041 Nr. 1.2

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Drucksache 16/2555 Nr. 2.116
Drucksache 16/5199 Nr. 1.3
Drucksache 16/6041 Nr. 1.3

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Drucksache 16/6041 Nr. 1.11

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Drucksache 16/4939 Nr. 2.9

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Drucksache 16/3382 Nr. 2.34
Drucksache 16/3897 Nr. 1.10
Drucksache 16/4105 Nr. 2.47
Drucksache 16/4501 Nr. 2.10
Drucksache 16/4939 Nr. 2.16



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-7980